lux prima (Hg.)

Verschwörungsmythen, Heimatschutz und autoritäre „Identitäten“

Wissenschaftliche Untersuchungen gegen Rechts

edition assemblage

lux prima (Hg.)

Verschwörungsmythen, Heimatschutz und autoritäre „Identitäten“

Wissenschaftliche Untersuchungen gegen Rechts

edition assemblage

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek:
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar.

lux prima (Hg.)

**Verschwörungsmythen, Heimatschutz
und autoritäre „Identitäten“**

Wissenschaftliche Untersuchungen gegen Rechts

1. Auflage, 2023
ISBN: 978-3-96042-156-6

© edition assemblage

info@edition-assemblage.de | www.edition-assemblage.de

Mitglied der Kooperation book:fair

Lektorat: Sebastian Schuller, Ismail Küpeli, Nora Langenfurth
Umschlag und Satz: Carina Büker | edition assemblage
Druck: Interpress | Printed in Hungary 2023

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Gefördert durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung
www.rosalux.de/studienwerk

Die Publikation wird aus Mitteln des
Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert.

Eigentumsvorbehalt:
Dieses Buch bleibt Eigentum des Verlages, bis es der gefangenen Person direkt ausgehändigt wurde.
Zur-Habe-Nahme ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts.
Bei Nichtaushändigung ist es unter Mitteilung des Grundes zurückzu-senden.

Inhalt

Vorwort 9

Einleitung 13

Julia Rasp

Das autoritäre Subjekt
- zwischen Kontinuität und Wandel 21

Laura Müller

Auf dem Weg in die Corona-Diktatur?
Eine machtanalytische Untersuchung
der politischen Maßnahmen
in der Corona-Pandemie 47

Svenja Bierwirth & Iris Veronica Restrepo Lopez

Sozialräumliche Grenzziehungen mittels
femonationalistischer Identitätskonstruktionen
am Beispiel der AfD 67

Regula Selbmann

Von „Deutschland den Deutschen“
zu „Defend Europe“.
Europa-Konzepte der Identitären Bewegung. 93

Lukas Geisler

Lesbos und die Geburt
der „Externalisierungsanstalt“ 115

Bahar Çati & Hazal Bilgili

Zur Geschichte, Ideologie und Aktualität
des türkischen Faschismus
mit gesondertem Blick
auf sein Wirken in Deutschland 135

Hêvîdar Işik

Werde Deutsch, bleibe Türke
- Eine Analyse der Rekrutierungsstrategien
der Grauen Wölfe in Deutschland
am Beispiel der ADÜTDF 155

Maryam Kohlgraf

Identität und Bedrohung
- Die Konstruktion von „Heimat“
im Kontext der Bundeswehr 175

Kurzbiografien der Autor:innen 196

Kurzbiografien der Mitglieder
des Redaktionskollektivs 198

Vorwort

Die Wissenschaft, ihre Institutionen und Plattformen bilden ein umkämpftes Feld in unserer Gesellschaft, bei dem es um die De-/Stabilisierung von Herrschaftswissen und Deutungshoheit geht. Die Vorstellung, es gäbe eine rein objektive, von der gesellschaftlichen Herrschaftsmatrix und einer politischen Perspektivierung abgeschnittene Forschung, ist deshalb ernsthaft in Frage zu stellen. Gerade in den letzten Jahren konnten wir beobachten, dass es eine zunehmende Verwissenschaftlichung rechter Ideologien gibt. Neben Professor:innen und Dozent:innen, die ihre rechte Gesinnung im Zuge der Corona-Krise offen in die Universitäten trugen, entstanden immer mehr rechte Verlage, Zeitschriften und Think-Tanks. Rechte Thesen werden salonfähig gemacht, indem sie in einem wissenschaftssprachlichen Gewand daherkommen. Verbreitung finden diese Thesen auch über neurechte Bildungsplattformen, wie dem Institut für Staatspolitik, aber auch die dezidierte Rekrutierung und Förderung von rechter Wissenschaft an den Universitäten – zukünftig auch durch die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung – sind Teil des Versuchs, an politischer Wirkmacht zu gewinnen. Gerade aufgrund dieser Entwicklungen müssen wir als linke Wissenschaftler:innen mit kritischen Gesellschaftsanalysen kontern und Wege für die Transformation in eine gerechtere Gesellschaft aufzeigen. Die hier versammelten Beiträge haben sich der Aufgabe angenommen, Analysen gegen Rechts zu entwickeln und den Rechten das wissenschaftliche Feld nicht zu überlassen.

Aus diesen Überzeugungen und der Idee, eine erste Publikationsplattform für Studienstipendiat:innen der Rosa-Luxemburg-Stiftung und deren umfassendes Engagement in politischen und sozialen Organisationen zu etablieren, kam es zu dem vorliegenden Sammelband.

Das frühe Konzept der Publikation wurde durch die Initiative zweier Studienwerks-Mitarbeiterinnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung fundiert und angeleitet. Infolgedessen gründete sich in der Zusammenarbeit mit neun Bachelor- und Masterstipendiat:innen das Herausgeber:innenkollektiv. Mit der Gründung dieses Kollektivs und der Herausgabe dieser Publikation, möchten wir nicht nur Studienstipendiat:innen bei der (Erst-)Veröffentlichung unterstützen, sondern nehmen selbst Raum für neue linke Herausgeber:innen im wissenschaftlichen Bereich ein.

Der Name unseres Herausgeber:innen-Kollektives, *lux prima*, besteht aus dem Substantiv *lux*, lat. für *Licht* sowie der Ordinalzahl *prima*, lat. für *erste/s* und orientiert sich nicht nur namentlich, sondern auch ideell und politisch an den Werten und Idealen der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Der Untertitel der vorliegenden Ausgabe »Wissenschaftliche Untersuchungen gegen Rechts« spezifiziert die acht wissenschaftlichen Artikel dieses Bandes und bezieht klar Stellung gegen die Vereinnahmung von Wissenschaft durch anti-emanzipatorische und reaktionäre Kräfte. Der ursprüngliche Untertitel »Für eine Gesellschaft der *Vielen*« wurde im Laufe des Arbeitsprozesses verworfen, da sich alle ausgewählten Texte in erster Linie mit rechten Strukturen, Ideologien und Organisationen auseinandersetzen. Die *Vielen*, also vor allem jene Personen, die als abweichend von einer Norm, als *anders* oder *fremd* markiert werden, spielen trotzdem eine entscheidende Rolle für diese Publikation. Hannah Arendt folgend, denken wir, dass die konkreten, oft leidenden Menschen und nicht die abstrakte Einheit des Menschen oder des Volkes die materielle und lebendige Erfahrung entsprechen und deswegen ihnen das Zentrum der Analyse gehören sollte (Arendt 2012: 112). Ihre Geschichten tauchen z.B. auf, wenn im Kontext der *Grauen Wölfe* über den Widerstand der Kurd:innen gegen den türkischen Faschismus geschrieben wird, oder die oppositive und andersfeindliche Identitätskonstruktion der Identitären Bewegung Deutschland (IBD). Der Fokus liegt allerdings auf der Untersuchung und damit auch Dekonstruktion menschenfeindlicher Strukturen, welche diese Markierungen vornehmen. Unsere »Wissenschaftlichen Untersuchungen gegen Rechts« versuchen die »Gesellschaft der Vielen« vorauszusetzen und streben eine Gegen-Markierung an: Völkische und rechte Organisationen werden sichtbar gemacht und konkret verortet, während wir eine postmigrantische Gesellschaft (Foroutan 2019: 49) zum Status Quo nehmen.

Von Seiten des Herausgeber:innenkollektivs gab es klare Ansprüche an die Wissenschaftlichkeit aller Texte, aber auch deren Zugänglichkeit für ein breites Publikum und die Reflexion von Machtdynamiken, welche dafür sorgen, dass vor allem privilegierten Personengruppen Publikationsmöglichkeiten zu Teil werden. Wir hatten uns zum Ziel gesetzt, junge Wissenschaftler:innen, denen diese Chance oft verwehrt wird, anzusprechen und die Hürden der Beteiligung so niedrig wie möglich zu halten. Die Frage, inwiefern es diese Publikation geschafft hat, diesen Ansprüchen gerecht zu werden, möchten wir gerne an die Lesenden zurückgeben.

Den möglicherweisen zukünftigen Redaktionskollektiven von *lux prima* wollen und werden wir einige unserer Überlegungen als Impulse mitgeben. Die Suche nach den ausschließenden Mechanismen in den eigenen Strukturen ist immer Teil von Widersprüchen, da wir nie alle aufdecken und bearbeiten werden können.

Trotzdem sollten wir die von uns aufgestellten Hürden und Grenzziehungen immer wieder überprüfen und auf Ausschlüsse untersuchen. Innerhalb unseres Kollektivs wurde z.B. viel über die Niedrigschwelligkeit von (akademisierter) Sprache diskutiert und welche Menschen wie von ihr angesprochen werden. Lassen sich Form und Inhalt trennen? Was ist präzise, wissenschaftliche Sprache und was ist aufgeblasener Habitus? Konkret möchten wir zukünftigen Kollektiven auch die Möglichkeit von Publikationen in *Leichter Sprache* mit auf den Weg geben, da wir diesen Ausschluss reflektieren, aber nicht effektiv bearbeiten konnten.

Mit diesen Ideen und dieser Publikation im Ganzen geben wir nicht vor, den *richtigen Weg* aufzuzeigen, sondern konzentrieren uns vielmehr auf einige mögliche Bruchlinien, durch die es innerhalb und außerhalb der Akademie vielleicht möglich ist, Widersprüche zu erschließen, die potenziell mit Neuem gesättigt und hoffentlich Vorboten der Befreiung sind.

Literaturverzeichnis

Arendt, Hannah 2012: Menschen in finsteren Zeiten. München (1989).

Foroutan, Naika 2019: Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie. Bielefeld.

Einleitung

Die Zeit, in der dieser Sammelband erscheint, kann ohne Zweifel als eine Zeit der kumulativen Krisen (Bader u.a. 2011), also sich graduell aufbauender und gegenseitig verstärkender Krisen, bezeichnet werden. Ihr Ursprung lässt sich dabei nicht nur bis zum Beginn der Corona-Pandemie 2020 zurückverfolgen. Bereits vor Jahrzehnten wurden nach einer Zeit der relativen wirtschaftlichen Prosperität und politischen Stabilisierung vieler europäischen Staaten die Grundlagen für den künftigen Niedergang gelegt. Ab den 1980er Jahren setzte sich der Neoliberalismus durch: Diese Wirtschafts- und Sozialpolitik führte zu zunehmenden Privatisierungen, dem Abbau sozialer Sicherungen und der Rücknahme staatlicher Marktregularien. Mit diesen Maßnahmen wurde der Grundstein für eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise gelegt. Diese brach 2008 aus und brachte das kapitalistische System ins Wanken.

Zwar konnte in der nachfolgenden Zeit durch staatliche Rettungsmaßnahmen eine vorübergehende Stabilisierung erreicht werden, eine Abkehr vom neoliberalen Dogma blieb aber weitgehend aus. Laut dem britischen Kulturtheoretiker Mark Fisher (2009) hänge dies mit dem »capitalist realism« , der weitverbreiteten Auffassung, die kapitalistisch organisierte Welt sei alternativlos, zusammen. In einem Interview führt Fisher die Banknotrettungen im Anschluss an die Wirtschaftskrise 2008 als Paradebeispiel hierfür auf: Wegen des immanenten Werts der Banken für das kapitalistische System wurde ein Scheitern des Bankensystems weder von der Politik noch von der Mehrheit der Bevölkerung als gangbare Option betrachtet. Die durch die Rettungsmaßnahmen erreichte Stabilisierung des neoliberalen Systems bewirkte wiederum eine Stärkung des »kapitalistischen Realismus«.

Die negativen Konsequenzen der Fortführung der neoliberalen Politik traten deutlich zutage, als im Dezember 2019 das neuartige Corona-Virus sich zu verbreiten begann, und ab Beginn des Jahres 2020 zu einer die gesamte Welt erfassenden Pandemie führte. Es war nicht die erste schwere Pandemie der Geschichte, aber nach Jahrzehnten der Globalisierung und Neoliberalisierung eine, die die Menschheit mit ungeahnter Schwere traf. Neben der massiven gesundheitlichen Krise mit unzähligen Kranken und Toten, kam es zu einem globalen wirtschaftlichen Abschwung. Beide Problematiken trafen insbesondere die Länder des globalen Südens, deren Gesellschaften in

vielerlei Hinsicht, infolge des Imperialismus und der wirtschaftlichen Ausbeutung durch den globalen Norden verletzlicher waren, mit großer Härte. Einer der Gründe für diese größere Verletzlichkeit des globalen Südens liegt auch darin, dass es auch der globale Süden ist, der vor allem vom sich immer weiter verschärfenden Klimanotstand betroffen ist. Dieser wurde hauptsächlich durch den enormen Ressourcenverbrauch und die Umweltverschmutzung und damit von den aus der kapitalistischen Profitlogik resultierenden Konsequenzen im globalen Norden verursacht. Doch selbst in den nördlichen Industriestaaten wird durch zunehmende Trockenheit, Unwetter und Missernten fühlbar, auf welche Katastrophe wir im Rausch scheinbar unendlich möglichen Wachstums hinsteuern. Längst ist die Krise für unsere Gesellschaften vom Ausnahmezustand zur Normalität geworden. »Multiple Krisen oder eine?« (Rohland 2020: 45) fragt daran anknüpfend die Umwelt- und Klimahistorikerin Eleonora Rohland in einem Aufsatz zur Corona-Pandemie. »Capitalism is the crisis!« lautet nicht nur ein bekannter linker Slogan, sondern auch die naheliegende Antwort.

Und auf dem Boden dieses krankenden Systems entfachen sich weitere politische Krisenherde. Im kaum regulierten Finanzkapitalismus nimmt die soziale Ungleichheit rasant zu und stellt immer mehr Menschen, selbst in reichen Ländern, vor existenzielle Nöte. Dies lässt das bürgerliche Ideal der rechtlichen Gleichheit zur Farce werden. Gleichzeitig stürzt es viele Demokratien in eine Legitimationskrise, die den Weg für ein Erstarken des Nationalismus ebnet.

Die fatalen Auswirkungen sind in zahlreichen Ländern der Erde auszumachen: In den USA stand vier Jahre lang ein proto-faschistischer Rassist und Sexist an der Spitze der Regierung, ebenso in Brasilien. Ungarn und die Türkei haben immer noch rechtsradikale Regierungen, die sich unter anderem durch offenen Rassismus und Sexismus auszeichnen. In Frankreich hat die rechtsextreme Marine Le Pen 2022 zum zweiten Mal nur knapp den Wahlsieg verfehlt, in Spanien, Italien und Polen feiern rechtsradikale Parteien Erfolge. In den USA unterlag Donald Trump 2020 zwar dem liberalen Joe Biden, allerdings ging zum Ende seiner Amtszeit die nicht unbegründete Sorge vor einem Putsch um. Am 6. Januar 2021 stürmten Anhänger:innen Trumps sogar das amerikanische Kapitol. In Deutschland drangen bereits im August 2020, im Zuge einer großen Demonstration der *Querdenken*-Bewegung, mehrere rechte Demonstrant:innen in das Eingangsportal des Reichstages ein. Mit der AfD ist außerdem auch hierzulande eine profaschistische Partei nach wie vor im Aufstieg begriffen. Selbst bislang stabil geglaubte Demokratien haben mit einem abnehmenden Demokratievertrauen ihrer Mitglieder zu tun. In Deutschland war 2019 laut einer Studie mehr als die Hälfte der Bevölkerung mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland unzufrieden (vgl. Decker et al. 2019: 30). Und im Angesicht

des neu begonnen weltweiten Rüstungswettlaufs, muss ernsthaft die Frage gestellt werden, ob ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr, wie es die deutsche Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP beschlossen hat, mit demokratischen Prinzipien vereinbar ist.

Die stark gestiegene Inflation und damit verbunden steigende Preise und Lebenshaltungskosten angesichts des Krieges in der Ukraine gehen aktuell in Deutschland auch mit einer massiven Verschärfung der sozialen Verwerfungen einher. Laut Bettina Kohlrausch und Andreas Hövermann (2022), die eine repräsentative Befragung von Erwerbstätigen und Arbeitssuchenden der Hans-Böckler-Stiftung vom Mai 2022 auswerteten, machen sich mehr Erwerbspersonen hierzulande große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation, als auf dem Höhepunkt der Corona-Krise (vgl. Kohlrausch/Hövermann 2022). Die Sorge um die soziale Ungleichheit war zum Zeitpunkt der Erhebung ebenfalls ausgeprägter als zu irgendeinem Zeitpunkt während der Pandemie. »Insgesamt zeigt sich das Bild einer stark verunsicherten Gesellschaft, die mit wenig Zuversicht in die Zukunft blickt. Die Frustration, dass auf die Pandemie nun gleich die nächste schwere Krise durch den russischen Angriffskrieg folgt, zehrt an vielen Menschen, die entweder gar nicht mehr über die Runden kommen oder befürchten, dass ihre individuellen Reserven und die des Landes schwinden«, ist das Fazit von Bettina Kohlrausch. Zurzeit ist noch nicht absehbar, ob davon rechte Kräfte in Deutschland profitieren oder ob es gelingt, wieder mehr Mitstreiter:innen für linke Perspektiven zu gewinnen. Klar ist aber eines: Aus all diesen Gründen besteht Handlungsbedarf für die politische Linke. Jedoch: Linker Aktivismus bedeutet seit jeher ein Wechselspiel von Theorie und Praxis. Aus diesem Grund und aus dem Bewusstsein, dass wir den Krisen der Gegenwart etwas entgegensetzen müssen, ist die Idee für die vorliegende Publikation entstanden. Hier wollen wir wissenschaftliche Beiträge und Analysen zum politischen Rechtsruck in Deutschland versammeln.

Insbesondere jetzt, vor dem Hintergrund zahlreicher (globaler) Krisen, ergeben sich hohe Anforderungen an linke Wissenschaftler:innen. Ihnen kommt zunächst die Aufgabe zu, Wirkmechanismen zu identifizieren, die einen gesellschaftlichen Rechtsruck begünstigen können, sowie rechten Strömungen mit kritischen Gesellschaftsanalysen entgegenzutreten. Linke Wissenschaftler:innen haben an dieser Stelle die Möglichkeit, mithilfe von fundierten Argumentationen, rechte Narrative zu entkräften und somit einen Beitrag zur gesellschaftlichen Aufklärung zu leisten. Mit der Veröffentlichung dieses Sammelbands unternehmen wir, als linke Nachwuchswissenschaftler:innen, einen Versuch, dieser gesellschaftspolitischen Verantwortung nachzukommen. Die hier versammelten Texte befassen sich sowohl mit neuen als auch mit etablierten Strategien, die die Rechten nutzen, um

schwelende Unzufriedenheit für ihre politischen Ziele zu instrumentalisieren und soziale Proteste zu vereinnahmen.

Julia Rasp fragt in ihrem Text, warum sich Personen in Zeiten rasant zunehmender sozialer Ungleichheit rechten Bewegungen und Parteien zuwenden, statt solchen, die für Umverteilung und soziale Gerechtigkeit einstehen. Dabei knüpft sie an die Studien zur *Authoritarian Personality* von Adorno et al. an, bescheinigt ihnen aber in Zeiten weitaus weniger autoritärer Erziehungsstile in Familien eine abnehmende Erklärungskraft. Auf dieser Basis leitet die Autorin in einer argumentativen Analyse und unter Einbeziehung aktueller Theorien her, wie heutzutage autoritäre Einstellungen erklärt werden können.

Augenscheinlich im Widerspruch dazu, bemühen rechte und radikalliberale Gruppierungen immer häufiger das Narrativ, sich als Verteidiger:innen der Freiheit gegen ein autoritäres Establishment zur Wehr zu setzen. Gerade im Zuge der mit Beginn der Corona-Pandemie entstehenden sogenannten *Querdenken*-Bewegung kam das rechte Narrativ einer angeblichen zunehmend autoritären Politik auf, das in verschiedenen gesellschaftlichen Spektren Wirkungsmacht entfaltete. Zuweilen war gar von einer *Corona-Diktatur* die Rede. In ihrem Beitrag »Auf dem Weg in die Corona-Diktatur? Eine machtanalytische Untersuchung der politischen Maßnahmen in der Corona-Pandemie« dekonstruiert Laura Müller die Erzählung eines autoritären Wandels, indem sie das Vorgehen der Bundesregierung in der Pandemie mit Machtmodellen nach Michel Foucault betrachtet. Dabei problematisiert sie aber auch den zynischen Umgang mit Leben einer an liberalen Prinzipien ausgerichteten Politik.

Gegenüber dem in dieser Qualität neuen Phänomen der radikalisierten Pandemieleugner:innenszene ist die Popularisierung rassistischer Forderungen durch die Instrumentalisierung und Rassifizierung patriarchaler Gewalt(-verhältnisse) eine etablierte Strategie der klassischen Neuen Rechten. Die zutreffende Beobachtung, dass sich trotz staatlicher Förderung von Gleichstellungskampagnen und der Etablierung feministischer Formen frauenfeindliche (sexualisierte) Gewalt durch die Gesellschaft zieht, wird zur Abgrenzung von den „unsere Frauen“ bedrohenden „Ausländern“ missbraucht. Wie hat sich dieser in den Jahren 2015/16 omnipräsente Topos in den letzten Jahren verändert? Was bedeutet es, dass rechte Parteien, wie die AfD, die Möglichkeit und Notwendigkeit sehen, an genderpolitische Forderungen diskursiv anzuknüpfen? Hierauf zielt die Auseinandersetzung von Svenja Bierwirth und Iris Veronica Restrepo Lopez ab, welche die Wahlprogramme und Werbung der Partei aus den letzten sieben Jahren analysieren. Dabei zeigt sich, wie einerseits frauenrechtliche Belange zur Rechtfertigung rassistischer Gewalt, andererseits aber die geschürte Angst vor „Überfremdung“ zur Durchsetzung eines Kopftuchverbotes auf den vergeschlechtlichten Körper bemüht werden.

Grundsätzlich bestimmt die gewaltsame Abgrenzung von geflüchteten Menschen und Migrant:innen an den Außengrenzen die Agitation der Neuen Rechten. Nicht nur anhand von *Querdenken* lässt sich eine ruckartige Verschiebung rechter Argumentationsmuster beobachten. Rhetorisch scheint der *National*sozialismus zunehmend einer Konzeption des »Europa der Vaterländer« zu weichen, das vor außereuropäischen Migrant:innen zu beschützen sei. Diesem Phänomen, das sich besonders an der Identitären Bewegung (IB) zeigt, geht Regula Selbman in ihrem Text nach. Die Autorin zeichnet zunächst die historischen Entwicklungen der Neuen Rechten (Stichwort: Konservative Revolution) nach und begründet somit die Zugehörigkeit der IB zu der Neuen Rechten. Anschließend setzt sie sich anhand der Veröffentlichung »Europaradikal. Konzepte einer europäischen Zukunft« des rechten Autoren Till-Lucas Wessel (Sezession und Verlag Antaios) mit einer Europa-Konzeption der Neuen Rechten auseinander. Dabei analysiert sie auch verharmlosende Begrifflichkeiten wie die angestrebte „Remigration“ von Menschen. Im Zuge dessen verweist sie auch auf konzeptionelle Leerstellen und die politischen Konflikt- und Gewaltpotenziale, die von Wessel bewusst ausgelassen werden.

Eine adäquate Begrifflichkeit zur theoretischen Erfassung der europäischen Politiken zur Abwehr und Festsetzung von geflüchteten Menschen fehlt bislang. Dies problematisiert Lukas Geisler in seinem Beitrag »Lesbos und die Geburt der Externierungsanstalt« mit Blick auf die Geflüchtetenlager an den europäischen Außengrenzen. In einem komplexen Ineinandergreifen aus Induktion und Deduktion sowie durch Bezugnahme auf den und Abgrenzung vom sogenannten „Hot-Spot-Ansatz“ versucht Geisler diese Leerstelle zu schließen. Er nimmt dabei Bezug auf theoretische Konzepte von Michel Foucault, Hannah Arendt und Giorgio Agamben sowie auf eigene Erfahrungen, die er durch Aufenthalte auf Lesbos als politischer Aktivist sammeln konnte.

Die transnationale Dimension rechter (staatlicher oder nicht-staatlicher) Gewalt tritt nicht nur an den Außengrenzen zutage, sondern umgekehrt auch hierzulande. Gleich zwei der Beiträge werfen daher den Blick auf das Phänomen der *Grauen Wölfe*. Bahar Çati und Hazal Bilgili untersuchen, ausgehend von den Erfahrungen kurdischer und türkischer Linker in Deutschland, die historischen Entstehungsbedingungen und die Entwicklung des türkischen Faschismus als Ursache für den Charakter der modernen faschistischen *Grauen Wölfe*. Darauf aufbauend legen sie zentrale Versatzstücke ihrer Ideologie, wie die spezifische Großreichsfantasie des Turan, dar.

Hier knüpft Hêvîdar Isiks Analyse der Ideologie und Strategie der heutigen türkischen Partei MHP sowie ihres hiesigen Ablegers ADÜTDF an. Kemal Bozays Konzept der Fremdethnisierung aufgreifend, analysiert sie die Hintergründe der Anziehungskraft, die die turkfaschistische Ideologie auf junge Menschen ausübt, welche sich – obwohl nicht selten in Deutschland geboren – mit rassistischem Othering konfrontiert sehen. Diesen Nährboden nutzen die Grauen Wölfe systematisch aus. Die Auseinandersetzung der zwei Beiträge zum Thema mit dem vielfältigen Widerstand der migrantischen Antifa Genclik gegen türkische Nationalisten und den Rassismus der deutschen Mehrheitsgesellschaft zugleich, zeigt auf, wie ein alternativer, solidarischer Umgang mit dem erfahrenen Rassismus aussehen kann.

Anschließend setzt sich Maryam Kohlgraf im letzten Beitrag dieser Essaysammlung, mit ihrem Text »Identität und Bedrohung – Die Konstruktion von „Heimat" im Kontext der Bundeswehr«, aktiv mit dem Begriff »Heimat« in Deutschland auseinander. Als im Jahr 2018 das Innenministerium in »Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat« umbenannt wurde, wurde das Wort, »Heimat« zum Gegenstand des öffentlichen Diskurses. Verschiedene Akteur:innen beanspruchten den Begriff für sich – so auch die Bundeswehr. Aus diesem Grund analysiert Kohlgraf in ihrem Essay, wie die Bundeswehr das Narrativ der »Heimat« dafür einsetzt, neue Rekrut:innen für deren Wehrdienst zu verpflichten. Hierzu, so Kohlgraf, nutzt die Bundeswehr den Slogan »Dein Jahr für Deutschland« und appelliert somit an die Heimatverbundenheit der späteren Soldat:innen. Kohlgrafs Narrativanalyse bedient sich u.a. der Theorien Stuart Halls und dessen Konzepten der (kulturellen) Identität.

Literaturverzeichnis

Andrews, Alex; Mark Fisher (30.09.2010): »Mark Fisher: Crises of Capitalism won't in and on themselves deliver a better world«, ceasefire magazine. Auf: https://ceasefire-magazine.co.uk/interview-mark-fisher-on-capitalist-realism-and-more/ (Zugriff am 19.05.2023).

Bader, Pauline/ Becker, Florian/ Demirović, Alex/ Dück, Julia 2011: *Die multiple Krise – Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus*. In: Demirović, Alex/ Dück, Julia/ Becker, Florian/ Bader, Pauline (Hg.): *VielfachKrise: Im finanzdominierten Kapitalismus*. Hamburg. S. 11-28.

Decker, Frank/ Best, Volker/ Fischer, Sandra/ Küppers, Anne 2019: Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik? https://library.fes.de/pdf-files/fes/15621-20190822.pdf (Zugriff am 19.05.2023).

Fisher, Mark 2009: Capitalist Realism: Is There No Alternative? Winchester.

Kohlrausch, Bettina/ Hövermann, Andreas 2022: Wirtschaftliche Belastungen und Sorgen durch Ukraine-Krieg und Inflation weiter verbreitet als auf Höhepunkt der Corona-Krise. Pressemitteilung mit Grafiken, https://www.boeckler.de/pdf/pm_wsi_2022_05_27.pdf (Zugriff am 19.05.2023).

Rohland, Eleonora 2020: Corona, Klima und weiße Suprematie: Multiple Krisen oder eine? In: Volkmer, Michael/ Werner, Karin (Hg.): Die Corona-Gesellschaft. Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft. Bielefeld. S. 45–53.

Julia Rasp

Das autoritäre Subjekt – zwischen Kontinuität und Wandel

> »[N]ur wenn die Theorie [...] auf dem Immergleichen im scheinbar Neuen besteht, kann sie vielleicht dem Immergleichen das Versprechen des Neuen abzwingen.«
> *(Adorno 2003a: 37)*

Öffentlich diskutiert und wissenschaftlich belegt wird gegenwärtig, dass große Teile der deutschen Bevölkerung nach wie vor zu autoritären Einstellungen neigen. Die bundesweiten Querdenken-Demos lieferten einen populären Gegenstand dieser Auseinandersetzung. Der Soziologe Oliver Nachtwey (2020: o.S.) untersuchte die Proteste in einem Forschungsprojekt als zeitgenössische Erscheinung zivilgesellschaftlichen Autoritarismus: Die Corona-Rebellen würden einerseits den politischen Status Quo anprangern und diesem andererseits mit autoritären Forderungen gegenübertreten. Sozialpsychologe Oliver Decker teilt diese Auffassung und erklärte anlässlich der Großdemonstration in Berlin im August 2020, die Demonstrant:innen verschiedenster politischer Couleur eine nicht etwa die Kritik an der politischen Reaktion auf die Pandemie, sondern vor allem ein Konglomerat aus Verschwörungsmythen, Ressentiments und einer Ablehnung der freiheitlich-demokratischen Ordnung (vgl. Decker/Brähler 2020: 16). Man dürfe dabei nicht unterschätzen, wie verbreitet autoritäre Weltbilder in weiten Teilen der Gesellschaft seien (vgl. ebd.). Die aktuellen Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus-Studien (LAS) untermauern diese Einschätzung (Decker/Brähler 2020; Decker et al. 2022b). Sie stellen eine Fortführung der Leipziger Mitte-Studien dar, im Rahmen derer Decker und andere zwischen 2002 und 2016 repräsentative Erhebungen zu flächendeckend verbreiteten autoritären und rechtsextremen Einstellungen in Deutschland vorgestellt haben (vgl. Decker/Brähler/Niedermayer 2002; Decker/Brähler 2016a). In Anlehnung an die Konzeption der autoritären Persönlichkeit in den historischen Studien der Kritischen Theorie[1] gehen sie von einem autoritären

---

[1] Die Studien zum autoritären Charakter entstanden im Rahmen des Forschungsprojekts The Authoritarian Personality in den 1940er Jahren (vgl. Adorno et al. 1982 [1950]). Das Erkenntnisinteresse war praktisch motiviert und bestand wesentlich in der Frage nach den subjektiven Gründen für die erfolgreiche Durchsetzung des Faschismus. Insofern die Studien nicht im (post-)faschistischen Deutschland, sondern in den USA durchgeführt wurden, nahmen Adorno et al. (1982 [1950]) an, dass die

Syndrom aus, dessen Prävalenz und Bedingungsfaktoren sie zu erheben suchen. Ganz ähnlich wie schon in den bekannten Studien zum autoritären Charakter von Theodor W. Adorno in Zusammenarbeit mit Else Frenkel-Brunswik, Daniel J. Levinson und R. Nevitt Sanford (1982), besteht dieses in einer Verbindung bestimmter Eigenschaften: Unterwürfigkeit, autoritäre Aggression, Konventionalismus sowie Aberglaube und Verschwörungsmentalität[2]. Sie werden bei Decker et al. in nahezu gleicher Weise, wie in den historischen Studien definiert (vgl. Adorno et al. 1982: 322ff.; Decker et al. 2020b). Auch mit Blick auf die aktuellen Ergebnisse der LAS können verblüffende Parallelen zum Forschungsprojekt der Authoritarian Personality festgehalten werden. Erstens wird in beiden Studien das zusammenhängende Auftreten der verschiedenen Komponenten des autoritären Syndroms deutlich: Befragte, die in einem Aspekt die Neigung zu autoritären Überzeugungen zu erkennen gaben, zeigten diese in signifikantem Ausmaß auch in anderen Bereichen (vgl. Adorno et al. 1982: 101; Decker et al. 2020b: 197). Zweitens weisen sowohl die historischen als auch die aktuellen Ergebnisse auf eine gesamtgesellschaftliche Verbreitung autoritärer Einstellungen hin: Der Blick auf die soziodemografischen Daten legt offen, dass keine Bevölkerungsgruppe frei von autoritären Orientierungen ist. Diese sind vielmehr in verschiedenen politischen Lagern, Altersgruppen, Bildungsschichten, Einkommensverhältnissen und Geschlechtszugehörigkeiten vertreten (vgl. Adorno et al. 1982: 99f.; Decker et al. 2020a: 50ff.).[3]

sozialpsychologischen Ursachen des Faschismus eine rekonstruierbare gesellschaftliche (autoritäre) Struktur besäßen, welche nicht nur in Abhängigkeit vom spezifischen national-politischen Rahmen anzutreffen sei. Auf Basis der früheren Arbeiten des Instituts für Sozialforschung (IfS), die die Sozialisation in den modernen kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen als entscheidenden Faktor bei der Ausbildung autoritärer und potenziell faschistischer Persönlichkeiten herausstellten (vgl. Fromm 1983 [1929/30]; Fromm 1987 [1936]; Horkheimer 1987 [1936]), ging es darum, diese Annahme empirisch zu prüfen. Verfolgt wurde also wesentlich die Frage, inwiefern autoritäre Persönlichkeitsstrukturen im Kontext kapitalistischer (auch demokratisch verfasster) Gesellschaftsverhältnisse anzutreffen und gegebenenfalls zu begründen seien.

2 Als Verschwörungsmentalität wird eine Anschauung bezeichnet, »in der das Denken durch den Glauben bestimmt wird, dass wichtige Ereignisse des Weltgeschehens auf [geheime] Verschwörungen [exklusiver Personengruppen] […] zurückzuführen seien. Der Verschwörungsglaube ist stärker als rationale/wissenschaftliche Gegenargumente« (Amadeo-Antonio-Stiftung 2021: 8, Einfügung J. R.). Es existieren unterschiedlichste Verschwörungsmythen, die nach diesem Muster einfache Erklärungen für gesellschaftliche Phänomene und Konflikte liefern. Gemein ist diesen Narrativen, dass sie offen oder indirekt antisemitische Feindbilder reproduzieren (vgl. ebd.: 63ff.).

3 Detaillierte Informationen zur den jeweiligen Erhebungsmethoden, Stichproben-

Vor dem Hintergrund dieser Analogien verwundert es nicht, wenn die Leipziger Forschungsgruppe erklärt, sie offenbare mit ihren Studienergebnissen ein »weit zurückreichendes Erbe« (Decker/Brähler/Kiess 2014: 16). Mit Blick auf die umfangreichen gesellschaftlichen Veränderungsprozesse seit der Entstehung der historischen Studien allerdings, ist diese These gewagt. Während die Kritischen Theoretiker:innen um Adorno, mit Rückgriff auf die Psychoanalyse, die repressive, väterliche Autorität zur zentralen Begründung einer autoritär eingestellten, Ich-schwachen Persönlichkeit heranzogen, wird Kindern in ihrem Aufwachsen heute viel mehr Selbstbestimmung gewährt (vgl. Mierendorff 2010: 160ff., 181ff., 240). Aus der faktischen Veränderung kindlicher Sozialisationsbedingungen resultiert gegenwärtig daher eine weitgehende Abkehr des Interesses von Theorien der frühen Persönlichkeitsentwicklung. Stattdessen richtet sich das wissenschaftliche Interesse verstärkt auf die sozio-ökonomischen Auslösefaktoren verbreiteter autoritärer Überzeugungen. Ob Heitmeyer mit der Theorie Sozialer Desintegration (u.a. 2010), Nachtwey und die Abstiegsgesellschaft (2016) oder Oesterreichs (u.a. 2000) lerntheoretischer Ansatz – sie alle eint die Betrachtung autoritärer Denk- und Verhaltensmuster primär als Reaktion auf nicht eingelöste Leistungen materieller Sicherung und sozialer Integration.

Der vorliegende Beitrag soll herausstellen, in welcher Hinsicht aktuelle Ansätze wie diese jedoch nicht ausreichen, um autoritäre Einstellungs- und Verhaltensmuster zu begründen. Dementsprechend werden ergänzend Erklärungsversuche diskutiert, welche die frühkindliche Entwicklung wieder in die Betrachtung miteinbeziehen. Es gilt der Frage nachzugehen, wie Ursachen autoritärer Überzeugungen mit Blick auf die Persönlichkeitsentwicklung innerhalb der heutigen Gesellschaft begriffen werden können. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden zunächst diskutiert, welche strukturellen Zwänge den frühkindlichen Entwicklungsverlauf gegenwärtig prägen. Darauf aufbauend wird gezeigt, inwiefern daraus eine Persönlichkeitsstruktur resultiert, die die Ausbildung autoritärer Einstellungen und Verhaltensweisen ermöglicht. Die Argumentation vollzieht sich auf einer theoretischen Metaebene[4] unter Einbeziehung der Erkenntnisse der Kriti-

ziehungen, Randomisierungsverfahren sowie Ergebnissen lassen sich in den ersten beiden Kapiteln der Studien zum autoritären Charakter (Adorno et al. 1982) und bei Decker et al. (2020a) nachlesen.

4 Der Anspruch, den Untersuchungsgegenstand empirisch zu beleuchten, stellt einen komplexen und zugleich vielversprechenden Anknüpfungspunkt dar. Der vorliegende Beitrag kann als notwendige, systematisierende Grundlage begriffen werden. Es bedürfte tiefgehender, qualitativer Persönlichkeitsstudien, um den praktischen Ausdruck der Erkenntnisse in den Blick zu nehmen. Auch wenn die meta-theoretische Annäherung keinen direkten Aufschluss über die empirische Realität gibt, wird sie

schen und psychoanalytischen Theorie, ohne dabei gesellschaftliche Veränderungen auszublenden: Auch wenn die entwicklungspsychologischen Gründe für die Ausbildung autoritärer Charakterstrukturen in Form von personellen Autoritäten in den letzten Jahrzehnten weniger geworden sind, so die These, existieren gegenwärtig dennoch strukturelle Zwänge, die autoritäre Überzeugungen begünstigen. Abschließend soll es auch darum gehen, Ansatzpunkte in Aussicht zu stellen, autoritären Einstellungen entgegenzuwirken.

Das Potenzial der Kritischen und psychoanalytischen Theorie für die Erklärung autoritärer Einstellungen

Eingangs soll nun zunächst das grundlegende Erklärungspotenzial des kritisch theoretischen, psychoanalytischen Zugangs herausgestellt werden. Dies erfolgt auch über die Verortung von Leerstellen, welche die genannten Ansätze zu sozioökonomischen Auslösern autoritärer Überzeugungen produzieren:

Wenn soziologische, beziehungsweise psychologische Untersuchungen autoritäre Einstellungen als eine Folge sozio-ökonomischer Unsicherheiten und Konflikte beschreiben, bleibt dabei unbeantwortet, warum Menschen diesen Problemen autoritär begegnen und nicht beispielsweise durch das Eintreten für eine gerechtere Verteilung (vgl. Decker et al. 2022a: 95). Insofern die Frage nach dem Warum nicht systematisch einbezogen wird, legen diese Begründungsmodelle in letzter Konsequenz die Annahme nahe, autoritäre Orientierungen und Verhaltensweisen seien anthropologisch zu begründen, als menschliche Reaktion auf bestimmte Auslöser. Ferner gehören jene, die in den entsprechenden Studien aktuell ein hohes Maß an autoritären Einstellungen aufweisen, nicht (nur) zu sozial oder materiell benachteiligten Bevölkerungsschichten. Zweifelhaft ist überdies, dass die autoritäre Reaktion eine faktische Verbesserung der sozio-ökonomischen Lage des Individuums bewirkt. Zu fragen bleibt deshalb, wie jene spezifische Form der Verarbeitung von Erfahrung in Gesellschaft dennoch plausibel gemacht werden kann. Autoritäre Einstellungen lassen sich nicht allein im Sinne eines logischen Reiz-Reaktions-Schemas durch den Blick auf das Sichtbare, das heißt über soziale Zusammenhänge auf Mikro- und Makroebene begründen (vgl. u.a. Berghan/Küpper/Zick 2019: 27ff.). Um die Komplexität subjektiver Bewusstseinsbildung zu begreifen, muss das Denken und Verhalten von Menschen darüber hinaus auch

als fruchtbar angesehen, insofern sie aus der Distanz Strukturen offenlegt, »denen wir sonst ohnmächtig ausgeliefert sind« (Meyer-Drawe 1984: 257). Die theoretische Auseinandersetzung vermag es, gerade weil sie als Thematisierung von Faktizität nicht deckungsgleich mit dieser in eins zu setzen ist, das Sehen bestimmter Zusammenhänge überhaupt erst zu ermöglichen (vgl. ebd.: 255).

als Ausdruck (unbewusster) Bedürfnisse und Konflikte verstanden werden. Diese sind in die psychische Struktur eingelassen und reichen aus der frühkindlichen Sozialisation in die erwachsene Gegenwart hinein. Psychoanalytisch beeinflusste Erklärungsansätze können deshalb verteidigt werden, weil sie nicht nur die sichtbare menschliche Reaktion, sondern darüber hinaus jene Strukturen zu erfassen suchen, die dieser Reaktion vorausgehen. Sie offenbaren den Vermittlungszusammenhang, in dem gesellschaftliche Prozesse das subjektive Werden der Einzelnen prägen. Die historischen, psychoanalytisch informierten Untersuchungen des IfS zum autoritären Charakter stellen demzufolge einen fruchtbaren theoretischen Ansatzpunkt in Aussicht, indem sie sich mit der Frage beschäftigten, wie und weshalb Menschen unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen das Bedürfnis nach Unterwerfung und nach irrationalen Feindbildern entwickeln.

Das gesellschaftstheoretische Potenzial der historischen Studien anzuerkennen, heißt jedoch nicht automatisch, alte Erklärungsmodelle gegenwärtigen Phänomenen überzustülpen. Vielmehr geht es darum, die Bedingungen frühkindlicher Entwicklung und deren Einfluss auf die Persönlichkeit neu zu bestimmen. Schon Horkheimer stellte seinerzeit heraus, dass im 20. Jahrhundert zwar die bürgerliche Kleinfamilie die Empfänglichkeit autoritärer Einstellungen konstituierte, diese zentral durch die Eltern verkörperte Form jedoch nur eine (historisch spezifische) Möglichkeit darstelle, autoritäre gesellschaftliche Dynamiken zu vermitteln (vgl. Decker/Brähler/Kiess 2014: 15). Der Ansatz selbst erfordert also, insofern er davon ausgeht, die Persönlichkeit werde durch herrschende Normen und Strukturen geformt[5], dass die Begründungsmodelle gesellschaftliche Veränderungen einbeziehen. Aus dem Umstand, dass die sozialen Verhältnisse, die die Kritische Theorie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts für die Erklärung autoritärer

[5] Die relationale Sicht auf Gesellschaft, Sozialisation und Subjekt, die sich im Begriff der Persönlichkeit bzw. des Charakters auch in heutigen psychoanalytisch fundierten Forschungen ihren Ausdruck verschafft, soll nicht missverständlich dazu führen, individuelles Fühlen, Denken und Verhalten als strukturell determiniert zu interpretieren. Hans-Joachim Busch (1999) und Wilfried Gottschalch (1999) beispielsweise üben Kritik an einer starren, eindimensionalen Auffassung des Verhältnisses von Gesellschaft und Individuum durch den Charakter-Begriff. Auch Gudrun-Axeli Knapp argumentiert zurecht gegen eine »übersozialisiert[e]« (2012: 42, Anpassung J.R.) Vorstellung des Menschen. Aus dieser Kritik, so die Prämisse dieses Textes, soll jedoch im Gegenzug kein untersozialisierter Blick aufs Subjekt resultieren: Würden wir ausschließlich von individuellem Eigensinn ausgehen, verlöre das Verhalten von Menschen in Gesellschaft jede Regelmäßigkeit und Logik. Vor diesem Hintergrund will der vorliegende Beitrag den Fokus (zurück) auf den Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Strukturen und Subjektivität richten, ohne dabei von einem deterministischen Schematismus auszugehen.

Persönlichkeitsstrukturen heranzog, heute nicht mehr in identischer Weise anzutreffen sind, darf nicht gleich die vollständige Verwerfung dieses Ansatzes resultieren (vgl. Latour 2014; Oesterreich 1996: 123). Stattdessen können gerade seine grundlegenden Annahmen beansprucht werden, um die aktuellen Bedingungen zu analysieren. Ist es heute nicht mehr primär die bürgerliche Kleinfamilie, die die Persönlichkeitsstruktur der Individuen durch gesellschaftlich vermittelte, triebrepressive Erziehungsweisen prägt, so kann dennoch die zugrundeliegende Idee der subjektiven Internalisierung äußerer Zwänge fruchtbar gemacht und auf neue Konstellationen bezogen werden. Der produktive Kern der Kritischen Theorie besteht in dieser Hinsicht nicht nur in der Darstellung, wie konkret sich strukturelle Unterdrückungszusammenhänge subjektiv auswirken, sondern vor allem, dass sie es tun. Es bringt die Diskussion in diesem Punkt also weder voran, in polarisierender Manier die autoritären Charakterstudien à la *es ist wie damals* ins Heute zu verpflanzen, noch deren Gehalt gänzlich *ad acta* zu legen.

Bedingungen des Aufwachsens im Wandel: Veränderte autoritäre Dynamik

Auf dieser Grundlage gilt es also zu fragen, inwiefern vor dem Hintergrund veränderter gesellschaftlicher Bedingungen, in denen autoritäre Sozialisationsverhältnisse mehr und mehr an Bedeutung verlieren, dennoch eine autoritäre gesellschaftliche Dynamik auszumachen ist, die autoritäre Überzeugungen befördert.

Die industrielle Produktion in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts war wesentlich durch standardisierte Arbeitsabläufe und die massenhafte Herstellung von Konsumgütern mithilfe monofunktionaler Maschinen gekennzeichnet. Ferner forderte die keynesianische Wirtschaftslehre, die besonders die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg dominierte, steuernde Eingriffe durch den Staat, um den Beschäftigungsstand zu erhöhen sowie ein stabiles ökonomisches Wachstum zu erzeugen. Damit einhergehend vollzog sich ein Ausbau des sozialen Sicherungssystems, in dem öffentliche Fürsorgeleistungen und staatliche Verantwortlichkeiten klar festgelegt wurden. Die wohlstandsverbreitenden Maßnahmen, in Verbindung mit starren Hierarchien und einer strengen Arbeitsdisziplin, unterstützten die Affirmation der Arbeitsverhältnisse durch die Lohnabhängigen. Sie förderten dabei eine eher instrumentell geartete Arbeitshaltung, bei der weniger intrinsische Motivation und Eigeninitiative von Bedeutung waren, sondern Arbeit vor allem der Finanzierung des Privatlebens diente (vgl. Eichler 2013: 169).

In der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts lässt sich eine schrittweise Transformation dieser Verhältnisse feststellen. Auslösende Faktoren waren veränderte

ökonomische, soziale und politische Bedingungen durch den technischen Fortschritt sowie die expandierende Globalisierung und Digitalisierung von Informations-, Handels- und Kapitalströmen. Die Ölpreiskrise in den 70er Jahren, die zu verminderter Güternachfrage, Überproduktion und sinkenden Gewinnen führte, wird in diesem Kontext als historischer Wendepunkt markiert. So kam es in dieser Zeit zu steigenden Arbeitslosenzahlen, rückläufigen Geburtenraten und in der Folge zu einer schrittweisen Umstrukturierung ökonomischer sowie sozialstaatlicher Funktionslogiken (vgl. Lessenich 2008: 16). Durch die Kommodifizierung gesellschaftlicher Bereiche, die bis dahin dem Markt noch entzogen waren, wie pflegende, betreuende, hauswirtschaftliche und beratende Tätigkeitsfelder, sollte das deutsche Wirtschaftswachstum gesteigert werden (vgl. Decker 2018: 48). In den Sozialwissenschaften wird im Zuge dessen ein Wandel von primär technologischer Massenproduktion hin zu einer größeren Bedeutung der Produktion von Dienstleistungen verzeichnet (vgl. Mierendorff 2010: 32; Eichler 2013: 161ff.; Zeiher 2005: 221). Letztere lässt sich nicht mehr in erster Linie durch körperlich anstrengende und standardisierte Tätigkeiten, sondern vermehrt durch den Einsatz von Emotionen, individueller Kreativität und Flexibilität charakterisieren. Ehemals strenge personelle Hierarchien wurden sukzessive von demokratisch organisierten Arbeitsabläufen abgelöst (vgl. Eichler 2013: 13).

Diese Entwicklungen bewirkten einen steigenden Optimierungs- und Leistungsdruck, der auf den Einzelnen lastet. Denn wenn Arbeit nicht mehr standardisiert und von oben vorgegeben, vielmehr durch freier wählbare Mittel und den Einsatz persönlicher Kompetenzen erbracht wird, kann ihr (Miss-)Erfolg folglich viel stärker den Individuen selbst zugeschrieben werden. Martin Dornes konstatiert für die Arbeitswelt deshalb einen Übergang von einst erforderter Triebversagung zu drohendem »Selbstversagen« (2009: 631). Insgesamt kann seit den 1970er Jahren eine schrittweise Verlagerung ökonomischer und sozialer Verantwortung auf die Individuen festgestellt werden. Die ehemals klare Trennung zwischen privatem und öffentlichem (Zuständigkeits-)Bereich wird dabei zunehmend brüchig. Während die private Sphäre zuvor weitgehend als Ausgleich des fremdbestimmten Arbeitslebens geschützt wurde, adressieren die ökonomischen Imperative heute das Individuum nicht nur in seiner Erwerbstätigkeit, sondern rund um die Uhr und als ganze Person (vgl. Decker/Brähler/Kiess 2014: 16; Zeiher 2005: 201ff.).

Neoliberale[6] Imperative wirken in Gestalt einer de-personalisierten autoritären Dynamik auf die Subjekte ein und (er-)fordern die »weitestgehende Unterord-

[6] Als Neoliberalismus wird eine Gesellschaftslogik bezeichnet, die eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsweise mit den entsprechenden Merkmalen wie Privateigentum, freie Preisbildung und Wettbewerbsfreiheit gekennzeichnet. Staatliche Eingriffe

nung [ihrer] Wünsche und Lebensziele« (Decker 2018: 55). Diese (neue) Situation prägt nicht nur die Lebensführung lohnabhängiger Individuen. Vielmehr sitzen, wenn auch in unterschiedlicher Form, Kinder und Erwachsene »im selben Boot« (ebd.: 245). Gleichermaßen beeinflussen die gesellschaftlichen und ökonomischen Gegebenheiten, vermittelt durch sozialstaatliche respektive familiäre Regulierungspraktiken und zwischenmenschliche Umgangsweisen, den Verlauf moderner Kindheit (vgl. Zeiher 2005: 201ff.).[7]

Formen des Zusammenlebens haben sich seit der Mitte des letzten Jahrhunderts ausdifferenziert und flexibilisiert. Die frühe Kindheit vollzieht sich in der Folge nicht mehr nur im traditionell strukturierten, familiären Raum. Zu großen Teilen findet sie in öffentlich organisierten Erziehungs- und Bildungseinrichtungen statt und wird staatlich reguliert. Für die Heranwachsenden ergibt sich insofern einerseits ein Zugewinn an Freiheit und Unabhängigkeit, als dass sie nicht mehr der relativen Willkür ihrer Eltern ausgesetzt sind, sondern allgemeingültige Rechte und öffentliche Leistungen erhalten. Andererseits geht der Prozess auch mit einer Zunahme struktureller Kontrolle einher. So dringen gesellschaftliche und ökonomische Prinzipien vermehrt in die persönlichen Lebenswelten und Entwicklungsverläufe der Heranwachsenden ein. Helga Zeiher (2005) unterstützt diese These und argumentiert, dass professionell und institutionell regulierte beziehungsweise ausgeübte Sorge- und Erziehungsarbeit in vielerlei Hinsicht von Rationalisierungsprinzipien der modernen Arbeitswelt durchzogen sind. Sie begründet dies auch mit dem Verweis auf den Dienstleistungscharakter und die Warenförmigkeit öffentlich erbrachter Tätigkeiten, welche dementsprechend einer formalen zeit-räumlichen Ordnung folgen. Auch die Abläufe in den Familien seien durch die gesteigerte Berufstätigkeit in Kombination mit den nach wie vor bestehenden familiären Verantwortlichkeiten von fragmentierten Abläufen, Zeitmangel und damit verbundenem Rationalitäts- und Effizienzdruck geprägt.[8] Zugespitzt bezeichnet Zeiher Kinder in dieser Hinsicht als »Auslöser von Zeitproblemen ihrer Eltern und somit als betriebswirtschaftliche Störfaktoren« (ebd.: 221).

Darüber hinaus weisen verschiedene Autor:innen auf gestiegene Leistungsansprüche an (Klein-)Kinder hin, die auch über öffentliche Institutionen implementiert, standardisiert und gelenkt werden (vgl. u.a. Bauer/Hurrelmann 2020: 130f; Tippelt 1992: 47). Angetrieben durch Sozialisationsforschung und Entwicklungspsychologie habe sich das Konzept des Lernens umfassend auf das, was Kinder von ihrer Geburt an erleben und tun, erweitert. Der seit 2007 in nahezu allen hessischen Lernorten des Elementar- und Primärbereichs implementierte Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0 [!] bis 10 Jahren kann beispielhaft für diese Entwicklung betrachtet werden (vgl. Hessisches Ministerium für Soziales und Integration/Hessisches Kultusministerium 2020: o.S.). Mit ihm wird das Ziel verfolgt, die »Basiskompetenzen des Kindes« (Hessisches Ministerium für Soziales und Integration/Hessisches Kultusministerium 2015: 3) zu stärken, um zukünftig den veränderten »Anforderungen der Wirtschafts- und Arbeitswelt« (ebd.: 17) entsprechen zu können. Gefragt seien dabei »Eigeninitiative […] Verantwortungsübernahme [...] und Innovationsfreude« (ebd.), welche es bereits in der frühkindlichen Entwicklungsphase zu fördern gelte.

Vor diesem Hintergrund kann ein normativer Wandel festgestellt werden: Während Prinzipien wie Unterordnung und Gehorsam die Erziehung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts prägten und wesentlich über Verbote und Bestrafungen vermittelt wurden, erscheinen diese Methoden seit den 1970er Jahren angesichts ökonomischer, sozialer und politischer Veränderungen zunehmend unangemessener (vgl. Mierendorff 2010: 160ff.). Doch die früheren Erziehungsziele wurden nicht einfach aufgehoben, sondern vielmehr abgelöst: Programme wie das obige stellen (auch heute) nicht das Kind an sich, mit seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen, oder in den Worten Eva Borsts formuliert, die »eigenwillige Besonderheit eines jeden Einzelnen« (2014: 12) in den Mittelpunkt, sondern den an Marktlogiken orientierten Erwerb spezifischer Qualifikationen wie Wettbewerbsfähigkeit, Selbstoptimierung und Eigenverantwortlichkeit. Letztere ist auch auf rechtlicher Ebene als erstes Erziehungsziel im Kinder- und Jugendhilfegesetz verankert (vgl. Mierendorff 2010: 123). Anna Hein erkennt in dem Zusammenhang das neoliberale Idealbild eines leistungsstarken, »kompetente[n] Kind[es], das sich selbst sozialisiert« (2011: 37).

sollen dabei, im Gegensatz zum Liberalismus, auf ein Minimum beschränkt werden (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2016). Auch wenn der Terminus eine Struktur beschreibt, die vorrangig in ökonomischen Kontexten verwurzelt scheint, wirkt sie sich ebenso umfassend auf politische sowie soziale Prozesse und das Privatleben des:der Einzelnen aus.

7 Auf der Basis allgemein geltender ökonomischer, sozialer, politischer und rechtlicher Bedingungen, wird von einem Kindheitsmuster ausgegangen, das moderne Entwicklungsverläufe prägt. Auch wenn sich dieses in Interaktion mit spezifischen Lebensrealitäten und sozio-ökonomischen Faktoren wie Klasse, Geschlecht und Herkunft konkret ausgestaltet, sind hier primär übergeordnete Strukturen von Interesse (vgl. Mierendorff 2010: 21).

8 Es sind vor allem Frauen, die eine Doppelbelastung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit zu tragen haben. Die zunehmende Kommodifizierung weiblicher Arbeitskraft führte nicht automatisch zur Abschaffung der nach wie vor überwiegend weiblich erbrachten häuslichen Sorgearbeit (vgl. Brückner 2002: 175).

Aktualisierte Erklärungsversuche autoritärer Einstellungen

Das heranwachsende Individuum ist in seiner Entwicklung jedoch nicht nur auf die Abwesenheit von Unterdrückung, sondern auch auf positive Bedingungsfaktoren angewiesen, wenn es nicht als »perfekt ausgestattete:r Erwachsene:r ohne Lehrzeit« (Eichler 2019: 144, Anpassung J.R.) imaginiert, und damit sich selbst überlassen werden soll. Der psychoanalytischen und Kritischen Theorie nach muss das Kind in seinem Aufwachsen bestimmte Entwicklungsschritte und »Aneignungsprozesse« (Bandt 2011: 78) vollziehen, bevor, beziehungsweise damit es in der Gesellschaft lebens- und handlungsfähig ist.[9] Dabei besteht ein wesentliches Entwicklungsziel in der Ausbildung einer Ich-starken Persönlichkeitsstruktur. Das heißt, das Kind soll die Fähigkeit erlangen, eigene Bedürfnisse sowie Forderungen von außen möglichst selbstbestimmt zu einem ausgewogenen »Gesamtinteresse zu synthetisieren« (Bayer 2014: 752). Scheitert die Ausbildung einer stabilen Ich-Instanz, verbleibt das Verlangen, sich mit äußeren Autoritäten zu identifizieren und das eigene Handeln nach deren Maßgaben zu richten (vgl. Eichler 2019: 131).

Wir haben uns also bis zu diesem Punkt eine Vorstellung davon gemacht, welche innerpsychischen Fähigkeiten autoritären Orientierungen entgegenwirken. Von hier aus kann folgend erörtert werden, inwiefern verschiedene Arten von Fürsorge die Ausbildung dieser Fähigkeiten ermöglichen, beziehungsweise hemmen und damit in letzter Konsequenz autoritären Persönlichkeitsstrukturen Vorschub leisten (vgl Nussbaum 2002 [1999]: 210).

Die zwei Seiten der Autorität

Ein Bedingungsfaktor für die Entwicklung einer Ich-starken Persönlichkeit liegt dabei paradoxerweise in der Autorität selbst. Denn zunächst, so differenziert die Kritische Theorie, muss von einer entwicklungspsychologisch notwendigen Identifikation des Kindes mit einer erwachsenen Autoritätsperson ausgegangen werden, damit es sich darüber zu einem eigenständigen Gesellschaftsmitglied herausbilden kann (vgl. Adorno 2019b: 140). Diese funktionale Gestalt der Autorität darf nicht mit der starren Anpassung des Individuums an jene verwechselt werden, welche sich aus der Repression grundlegender Bedürfnisse ergibt. So

[9] Dies soll keineswegs Anlass dazu bieten, Vorstellungen über eine angebliche Passivität oder Minderwertigkeit von Kindern gegenüber Erwachsenen abzuleiten. Der sich seit den 1970er Jahren zunehmend entwickelnde Blick auf Kinder als aktive Akteur:innen und gleichberechtigte Bevölkerungsgruppe ist positiv hervorzuheben und verträgt sich mit der Anerkennung von Differenz (vgl. Mierendorff 2010: 27).

bildet Horkheimer zufolge »der Glaube an Autorität eine teils produktive, teils hemmende menschliche Triebkraft« (1987 [1936]: 22). Der Perspektive folgend kommt Autorität unter bestimmten Voraussetzungen also eine nützliche Funktion im Entwicklungsverlauf zu. Sie dient dann als Mittel, nicht als Selbstzweck oder letztes Ziel. Indem die Bezugspersonen diese Form der Autorität verkörpern, bereiten sie das Kind auf die Teilnahme an der gesellschaftlichen Ordnung vor (vgl. Nussbaum 2002 [1999]: 210f.). Es geht in dem Prozess sicher auch darum, dem Kind zu vermitteln, einen Umgang mit Versagungen und den aus ihr hervorgehenden Gefühlen zu finden (vgl. ebd.: 216). Denn gerade diese Fähigkeit ermöglicht es ihm, sich im Zusammensein mit anderen im gesellschaftlichen Leben einzufinden. Denn Vergesellschaftung fordert immer auch Verzicht ein, da das gesellschaftliche Leben nie allen Bedürfnissen gerecht werden kann. Dementsprechend ist es notwendig oder mindestens nützlich, sich auch ein Stück weit von eigenen Bedürfnissen distanzieren zu können, falls die äußeren Umstände unzureichende Befriedigungsmöglichkeiten bereithalten. So lassen sich auch die Worte Morus Markards deuten, wenn er erklärt, wir wollen unseren Lebensumständen nicht einfach ausgesetzt sein, sondern Verfügung über sie gewinnen, »handlungsfähig und in diesem Sinne ›frei‹ werden« (2003: o.S.).

Das heranwachsende Individuum identifiziert sich also zunächst mit einer oder mehreren erwachsenen Autoritätspersonen und bildet darüber einen vermittelnden Umgang mit seinen Empfindungen und der Umwelt aus. Auf dieser Grundlage geht es in einem nächsten Schritt darum, die Identifikation zu lösen, sich von der Autorität zu befreien und zu einem selbstständigen Menschen zu werden. Das, was vorher die Autorität verkörperte, aufzeigte oder verwehrte, wird mehr und mehr in die eigene Person integriert (vgl. Freud 2020 [1933]: 501). Gelingt dieser Entwicklungsschritt, kann das Kind schließlich selbst, ohne das leitende Vorbild, eine konkrete Situation unter Berücksichtigung allgemeiner Prinzipien sowie individueller Vorstellungen und Bedürfnisse beurteilen (vgl. Dubiel 2001: 48). Erst durch die Abarbeitung an der erwachsenen Autorität wird so die Ich-Instanz gestärkt: Die Individuation wird »in einem langwierigen und mit Wohlwollen geduldeten Prozess sozialisiert« (Eichler 2019: 145). Jenes zweckdienliche Moment der Autorität ist der Möglichkeit zur Selbstständigkeit damit unmittelbar vorausgesetzt und zugleich ein zu überwindendes.

Diese Ich-fördernde Rolle der Autorität steht im Kontrast zur repressiven Gewalt des traditionellen Familienvaters, welche eine fortdauernde Identifikation mit Autoritätsfiguren begünstigt(e) (vgl. Adorno 2019b: 323f.). Denn wird Verzicht unter großem Druck, beziehungsweise drohender Repression von außen erzwungen, resultiert daraus, der Theorie nach, unbedingter Gehorsam aus Angst vor Bestrafung und nicht auf der Basis eigener Einsicht sowie (selbst-)bewusster

Vermittlung (vgl. Mitscherlich 1992: 96). Anstatt zu lernen, die eigenen Wünsche in einer »schützenden sozialen Umgebung« (Lo 2020: 143) zu entfalten, wird das Kind in diesem Fall »reaktiv« (Adorno 2003b: 487). Autorität verkehrt sich dann vom Mittel zum Zweck, an den das Individuum dauerhaft seine Strebungen anpasst, ohne dass dadurch das Ziel der Selbstständigkeit in Aussicht gestellt wird.

Richten wir vor diesem Hintergrund den Blick auf die oben dargestellten, gegenwärtigen Verhältnisse, ergibt sich ein paradoxes Bild: Kommt es im Namen der neuen Autonomie des Kindes zu einer Aufhebung jedweder Autorität, wird damit gleichzeitig ihre dargestellte zweckdienliche Seite unterschlagen. Das beschriebene Leitbild des kompetenten, eigenverantwortlichen jungen Kindes, »das sich selbst [ohne Autorität] sozialisiert« (Hein 2011: 37, Einfügung J.R.), erzeugt vor dem Hintergrund der Kritischen und psychoanalytischen Theorie ein kindliches »Ausgesetzt sein in der Fremdwelt« (Mitscherlich 1992: 199). Ohne die temporäre stellvertretende Verantwortungsübernahme durch primäre Bezugspersonen, kommt es in der Folge zu einer »herrschaftlichen Unmittelbarkeit« (Dubiel 2001: 49) des ökonomischen Zwangs. Gesellschaft wirkt dann direkter auf das Kind ein, als durch die Erziehungsberechtigten, das heißt über persönliche Beziehung transportiert (vgl. Mitscherlich 1992: 216). Gerade aus der Verneinung von Autorität resultiert demnach nicht nur die Unterschlagung ihrer befähigenden Wirkung, sondern paradoxerweise gleichzeitig die Verdeckung und Purifizierung der (dennoch) herrschenden, autoritären Dynamik. Die Individuen müssen die Triebregulation und Anstrengungen um die Erhaltung des Gleichgewichts in der Gesellschaft, welche nach wie vor die Unterordnung unter herrschende Normen erfordert, aufbringen, ohne dass diese Normen begleitend begreifbar gemacht werden. Letztlich wird so die darauf aufbauende Möglichkeit erschwert, jene Normen und Anforderungen mit eigenen Bedürfnissen und Überzeugungen zu vermitteln (vgl. Schüßler 2020: 191).

Die Bedeutung von Anerkennung

Nicht nur hinsichtlich der Vermittlung eigener Bedürfnisse, Bedingungen der Umwelt und Anforderungen der Realität ist das Subjekt in seiner Entwicklung zunächst auf nahe Bezugspersonen angewiesen. Neuere psychoanalytische, mitunter feministisch motivierte Theorien, richten den Blick nicht nur auf die klassische Triebtheorie, entsprechend der das Kind sein menschliches Gegenüber vor allem als funktionales, Bedürfnis befriedigendes Objekt, beziehungsweise Bedürfnis-Begrenzung, erfährt (vgl. Altmeyer/Thomä 2010: 7ff.; Benjamin 1996 [1988]: 16). Vielmehr setzen sie einen Schritt zuvor an, und verstehen frühe wechselseitige Interaktionen mit primären Bezugspersonen als Voraussetzung des Subjekts dafür, sich selbst und die eigenen Bedürfnisse überhaupt erst zu erkennen: »[Intersubjektive] Bezogenheit ist die psychische Matrix, aus der sich intrapsychische Triebe und [das] Ich [...] herausdifferenzieren« (Loewald 1986 [1977]: 203, Einfügung J.R.).

In diese Richtung ist auch der prominente Satz des Psychoanalytikers Donald Winnicotts zu interpretieren: »There's no such thing as an infant«[10] (vgl. 2006 [1960]: 50). Ihm zufolge kann das Kind in seiner ersten Lebensphase niemals isoliert, sondern immer nur in der Verbindung mit anderen Menschen begriffen werden, weil es nicht nur Fürsorge, sondern auch deren Anerkennung auf grundlegende Weise für seine Existenz bedarf. Folglich muss eine weitere, die frühe Persönlichkeits- und Ich-Entwicklung bedingende Dimension, die Angewiesenheit auf menschliche Anerkennungsbeziehungen, herausgestellt werden.

Diese neuere theoretische Konstruktion der Entwicklung des Individuums wurde in den letzten Jahrzehnten auch empirisch durch Ergebnisse der Säuglingsforschung vorangebracht (vgl. Altmeyer/Thomä 2010: 14). Aus ihnen geht hervor, dass das Kind nahezu von Geburt an in Interaktion mit seinen Bezugspersonen tritt, Kontakt sucht und nicht nur als »passives Triebbündel« (Eichler 2013: 469) erscheint. Die Stillerfahrung, zum Beispiel, wird dabei nicht ausschließlich unter dem Aspekt des Hunger-Stillens betrachtet. Indem die stillende Person im Kontakt zum Säugling steht, seinen Blick aufnimmt und erwidert, ist dieser Prozess zugleich als wechselseitige, emotionale Interaktion zu verstehen.[11] Der US-amerikanischen Psychoanalytikerin Jessica Benjamin zufolge empfindet das Kind Hunger manchmal weniger dringend, als den Wunsch, das Gesicht der Bezugsperson zu betrachten und gleichzeitig von ihm angesehen zu werden (vgl. 1996 [1988]: 47f.). Wenn das Kind erlebt, dass ein anderer Mensch es sieht, erhält es wie durch einen Spiegel den Beweis dafür, dass es als Wesen existiert (vgl. Schäfer 2001: 71). So entsteht ein »paradoxes Gleichgewicht« (ebd.) aus gegenseitiger Bezugnahme und Selbstbehauptung. Das, was dem Säugling von außen entgegengebracht, beziehungsweise gespiegelt wird, speichert es in seinem Inneren ab.

---

[10] Sinngemäß drückt der Titel aus, dass es so etwas wie einen Säugling allein gar nicht geben könne. Winnicott zufolge ist es kaum möglich, ein Baby unabhängig von seiner primären Bezugsperson zu beschreiben, weil es diese noch nicht von seinem Selbst zu trennen vermag (vgl. 2006 [1960]: 50).

[11] Benjamin verwendet in diesem Zusammenhang das Beispiel des Stillens (vgl. 1996: 47f.). Der damit veranschaulichte Prozess und seine Bedeutung wären jedoch auch in Form einer anderen Weise der Fütterung oder Art der Fürsorge erklärbar. Sie sind also keineswegs auf den Akt des Stillens beschränkt.

Die Qualität der frühen Interaktion des Kindes mit primären Bezugspersonen konstituiert und prägt also die Weise, in der es sich selbst, die Umwelt sowie das eigene Verhältnis zu dieser wahrnimmt. Über den authentischen, mitfühlenden Kontakt mit einem von sich unterschiedlichen Anderen erfährt es einen Zugang zu seinen Emotionen, Bedürfnissen und beginnt gleichzeitig die Umwelt als etwas (bestenfalls wohlgesonnenes) Äußeres, von sich selbst Unterschiedliches zu begreifen. Gelingt es den Bezugspersonen, die Empfindungen des Kindes möglichst zu erfassen, anzunehmen und zurückzuspiegeln, ohne sich selbst in ihnen zu verlieren, lernt es, diese zu erkennen und darüber ein Gefühl der Eigenständigkeit zu entwickeln, anstatt sie als Überforderung, Bedrohung oder Vereinzelung zu empfinden (vgl. Lo 2020: 144). Erst durch ein zugewandtes Gegenüber, das die kindlichen Regungen in ihrer Individualität und Eigenwilligkeit anerkennt, kann es sich somit selbst(-bewusst) erfahren.

Auf dieser Basis ergibt sich eine Analogie zum vorherigen Punkt: Oben wurde jenes zweckdienliche Moment der Autorität beschrieben, das der Möglichkeit zur Selbstständigkeit vorausgesetzt wird und im Entwicklungsprozess zugleich zu überwinden ist. An dieser Stelle wird darüber hinaus deutlich, dass die Eigenständigkeit des heranwachsenden Individuums zunächst von primären Bezugspersonen gesehen werden muss, damit sie sich, in Verbindung mit Anderen, entfalten kann. Mittels der verinnerlichten Anerkennung kann das Kind eine reflexive, realistische Sicht auf sich, seine Bedürfnisse, Mitmenschen und die Umwelt ausbilden. Martin Altmeyer beschreibt diesen Prozess als »Verwandlung einer [...] wertschätzenden Beziehung in eine Modalität des Selbst[- und Welt]erlebens« (2004: 227, Einfügung J.R.). Intersubjektive, bedingungslose Anerkennung wird so zur basalen Bedingung für die Ausbildung einer stabilen Ich-Instanz, die im Idealfall anschließend durch die mühevolle Abarbeitung an einer funktionalen Autorität gestärkt wird. Sie kann als frühkindlich angelegtes Potenzial begriffen werden, auf dem die individuelle Entwicklung fußt.

Wenn, wie Decker es ausdrückt, bereits in der Interaktion des Kindes mit seinen frühen Bezugspersonen das »herrschende Tauschprinzip« (2018: 58) und ökonomische Verrechnungslogiken wirken, wird diese Dimension der Persönlichkeitsentwicklung beeinträchtigt. Indem die Heranwachsenden, wie oben ausgeführt, von Anfang an zweckgebunden, in Hinblick auf ihre zukünftige Leistungsfähigkeit adressiert und gefördert werden, stehen dabei nicht ihre Eigenarten und Empfindungen im Fokus der Bezugnahme (vgl. Bauer/Hurrelmann 2020: 130f.). Diese werden, anstatt wie durch einen Spiegel angenommen und dem Kind zu erkennen gegeben, vielmehr durch die Brille der gegenwärtigen gesellschaftlichen respektive ökonomischen Anforderungen erblickt und beantwortet (vgl. Zeiher 2005: 213f.). Arlie Hochschild (1997) veranschaulicht diesen Prozess beispielhaft mit der Beobachtung, Mütter würden Effizienzdruck und häusliche Zeitnot mit der unbewussten Strategie »emotionaler Askese« (nach Zeiher 2005: 213) zu bewältigen suchen: Im Namen der Selbstständig- und Unabhängigkeit leugnen sie ihre Bedürfnisse sowie die ihrer Kinder, um nicht auf diese reagieren zu müssen (ebd.). Es kommt zu einer Verkennung der kindlichen Eigenständigkeit: Nicht der heranwachsende Mensch in seiner Individualität und Bedürftigkeit wird (an-)erkannt, sondern er wird betrachtet, wie er vor dem Hintergrund herrschender Normen sein soll.

Die autoritäre Dynamik setzt sich dabei in Form eines beziehungsgestaltenden Prinzips durch. Sie wirkt über herrschende Imperative, die die Art der Interaktionen strukturieren, auf die Entwicklung der Individuen ein: »Der abstrakte Druck gesellschaftlicher Leistungsimperative ersetzt die Stellung konkreter Drill-Instanzen [...] bereits in der präverbalen Phase« (Schüßler 2020: 190f.).

Entbehrt das Kind den frühen Blick von außen, der es in dem, was es fühlt und äußert und nicht im Hinblick auf eine bestimmte Zielvorstellung sieht, erschwert dies die Entwicklung eines reflexiven Bewusstseins für sich selbst, die eigenen Empfindungen und die von sich unterschiedene Außenwelt.

Ich-Schwäche und autoritäre Persönlichkeitsstruktur

Für die Entwicklung einer Ich-starken Persönlichkeit ist das Kind nicht nur auf die Abwesenheit von direkter Unterdrückung und die Befriedigung seiner Grundbedürfnisse angewiesen, sondern, wie dargestellt, auch auf den frühen vermittelnden und affektiven Kontakt zu nahen Bezugspersonen (vgl. Mitscherlich 1992: 176, 198). Der Rückgang väterlicher Repression wirkt sich alleine nicht ohne Weiteres, sondern gerade in Verbindung mit positiven Bedingungsfaktoren förderlich auf die Herausbildung der Ich-Instanz aus. Während in der Kritischen Theorie der Nachkriegszeit das schwache Ich wesentlich mit der autoritären Unterdrückung der Autonomie des Kindes erklärt wurde, kann dieses in Anbetracht gesellschaftlicher Veränderungsprozesse gerade durch den gegenwärtigen Zwang zur Autonomie begründet werden, welcher ebenfalls autoritär erscheint. So wenig sich das Kind zu einem eigenständigen Subjekt entwickeln kann, wenn seine Wünsche permanent unterdrückt werden, so wenig kann es autonom sein, sofern die Bedingungen zur Selbstständigkeit nicht gegeben sind und es sich gleichzeitig in der Leistungsgesellschaft behaupten muss. Wird die entwicklungspsychologische Bedeutsamkeit vermittelnder und anerkennender Beziehungserfahrungen im Namen der Selbstbestimmung des Kindes vernachlässigt, ist das Kind damit im doppelten Sinne frei von direkter Unterdrückung und gleichzeitig von Voraussetzungen, die sein Aufwachsen positiv bedingen würden.

Dieser Theorie nach, kommt es in der Folge paradoxerweise gerade zu einer übersteigerten Abhängigkeit von äußeren Instanzen (vgl. Decker/Brähler/Kiess 2014: 16). Anstatt eine starke Ich-Instanz zu entwickeln und darüber ein Stück Selbstbestimmung zu erlangen, bleibt das Individuum an herrschende Maßstäbe und Normen gebunden, um den Mangel an (beziehungsweise die Freiheit von) Autonomie überhaupt erst ermöglichenden Entwicklungsfaktoren zu prothetisieren. Wenn sich die Heranwachsenden zuvor das Gebot des gefürchteten Vaters einverleiben, unterwerfen sie sich vor jenem neuen Hintergrund geltenden Konkurrenz- und Leistungsnormen, welche die unterschiedlichsten Lebensbereiche ergreifen. Auch wenn die personelle Autorität in dem Prozess vermehrt durch abstrakte Ideale und Maximen, sogenannte »sekundäre Autorität« (Decker 2015: 23), ersetzt wurde, bleibt die subjektive Reaktion der »Identifikation mit dem Aggressor«[12] (Decker/Brähler 2016b: 13). Diese wiederum produziert Aggression, welche kanalisiert und auf Gesellschaftsmitglieder verlagert wird, mit denen sich das Individuum nicht identifiziert. Jene dienen ferner als Projektionsfläche für alles Unkontrollierbare, Widersprüchliche und Bedrohliche, das die Autorität erzeugt, beziehungsweise nicht zu erklären vermag. Besonders wenn das Ideal der Ökonomie zu erodieren oder zu versagen droht, kommt diese Dynamik in erhöhtem Maße zum Ausdruck. Einerseits steigt die Aggression gegen die Unterdrückung an, wenn ihre kompensatorisch bedürfnisbefriedigende Wirkung fernbleibt und sie dem Individuum mehr abverlangt, als sie ihm gibt. Andererseits gilt es jenes Ideal in der Krise gleichzeitig umso vehementer zu verteidigen und zu sichern, insofern die eigene Identität an dieses gebunden ist. Die sekundäre Autorität kann in diesem Prozess auch durch eine primäre ersetzt werden.

Das Festhalten an einer personellen Autorität bietet ebenfalls eine unbewusste Strategie, sich dem Zwang zur Selbstständigkeit zu entziehen, ohne ihre prothetisierende Funktion zu verlieren. Wenn die Orientierung und Anerkennung spendende Wirkung der ökonomischen Imperative überwiegend ausbleibt oder aufgrund struktureller Faktoren gar ausbleiben muss, verlangt es dem Individuum immer mehr Strapazen ab, diesen zu folgen. Laut Decker wächst dann »die Sehnsucht nach dem primären Führer, der es gestattet, den Zwang der Selbstkontrolle abzuschütteln, ohne das Versprechen der kapitalistischen Ökonomie aufgeben zu müssen« (2018: 55).

Der zugrundeliegende innerpsychische Mechanismus kann analog zu jenem interpretiert werden, den schon Adorno et al. (1982) in ihren Untersuchungen

[12] Der Terminus beschreibt einen paradoxen, innerpsychischen Mechanismus, bei dem das Subjekt Forderungen und Normen einer Person oder Instanz übernimmt, von der es unterdrückt wird.

beschrieben. Die autoritären historischen Bedingungen mitsamt der dazugehörigen Charakterfigur wurden von einer veränderten autoritären Dynamik abgelöst, welche ihrerseits die Ausbildung einer Ich-starken Persönlichkeitsstruktur hemmt und damit autoritäre Einstellungen und Verhaltensweisen fördert. Wir können so weder das Verschwinden noch Fortbestehen des autoritären Charakters beobachten. Stattdessen lässt sich konstatieren, dass er mit der gesellschaftlichen Veränderung selbst transformiert wurde. Denn die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse bedingen neue Logiken und Anforderungen der kapitalistischen (Re-) Produktionsweise, die wiederum auf das Individuum zurückwirken.

Die Regulation kapitalistischer Akkumulation bezieht sich dabei sowohl auf sozialstaatliche Maßnahmen, die Organisation des Zusammenlebens als auch auf zwischenmenschliche Interaktionsformen, die Persönlichkeitsentwicklung und das Bewusstsein und Unbewusste der Einzelnen[13]. Während die kapitalistische Produktionslogik zur Zeit der Entstehung der historischen Studien die disziplinarische Unterordnung der Subjekte und ihrer Bedürfnisse unter personelle Autoritäten erforderte, sind in post-fordistischen Verhältnissen verstärkt aktive Eigeninitiative und Selbstaufopferung gefragt. Sowohl die Charakterstruktur, die Adorno et al. (1982) beschreiben, als auch die zeitgenössische stellen dabei einen Ausdruck der kapitalistischen Gesellschaftsform dar, die ihre Mitglieder und ihre Individualität, in je historisch spezifischer Weise, von Geburt an dem Zwang der ökonomischen Waren- und Marktgesetze aussetzt. Sie bildet das epochal allgemeine Fundament autoritärer Persönlichkeitsstrukturen. Diese können als ein subjektiver Ausdruck des Sozialisationsprozesses im kapitalistischen Gesellschaftsgefüge betrachtet werden. Nur wenn wir also auf dem »Immergleichen im scheinbar Neuen« (Adorno 2003a: 37) bestehen, können wir »vielleicht dem Immergleichen das Versprechen des Neuen abzwingen« (ebd.). Das Neue würde vor diesem Hintergrund in einer Gesellschaftsform bestehen, in welcher die Bedürfnisse und Lebensvollzüge ihrer Mitglieder nicht länger dem Zwang der kapitalistischen Ökonomie unterstellt sind.

[13] Um an dieser Stelle aktuelle weiterführende Untersuchungen und Debatten zu markieren, kann auf Samo Tomšič verwiesen werden. In The Capitalist Unconscious: Marx and Lacan (2015) stellt er eine theoretische Verbindung zwischen Marxismus und Psychoanalyse her. Mithilfe von Marx und Lacan arbeitet Tomšič heraus, inwiefern die menschliche Psyche und das Unbewusste durch die herrschende Gesellschaftsform strukturiert und bedingt sind.

Schlussfolgerungen und Ausblick

Über den kritisch theoretischen, psychoanalytischen Zugriff wurde deutlich, dass autoritäre Einstellungen nicht die natürlich menschliche Reaktion auf herrschende Gegebenheiten darstellen, sondern die Verhältnisse durch den Prozess der Persönlichkeitsentwicklung hindurch bereits die Konstitution der Subjekte prägen. In autoritären Denk- und Handlungsmustern offenbaren sich aus dieser Perspektive nicht einfach logische Folgen sozio-ökonomischer Krisenmomente, sondern (versagte) Bedürfnisse des autoritären Subjekts, die es im Medium seiner spezifisch gesellschaftlich geprägten Persönlichkeit transportiert. Gerade weil die psychoanalytisch fundierte Kritische Theorie es vermag, autoritäre Überzeugungen in ihrer strukturellen Gewordenheit zu untersuchen, sie nicht als natürlich und immer schon da gewesen versteht, eröffnet sich damit auch die Möglichkeit der Veränderung.

An diesem Punkt gilt es zu betonen, dass der Blick auf das Subjekt in der Kritischen Theorie sich bei aller strukturellen Prägung immer auch auf »den dynamischen und konflikthaften Charakter der Einbindung« (Knapp 2012 [1993]: 50) in die Gesellschaft beruft. Dass die Einzelnen nicht vollständig in den entworfenen Charakterkonzeptionen aufgehen, beziehungsweise bloßes Produkt der Verhältnisse sind, beweist die Tatsache, dass Menschen auch in nicht-autoritären Weisen die Konfrontation mit den herrschenden Strukturen zu bewältigen suchen (vgl. Celik et al. 2022: 186ff.). Da die aktuellen LAS zwar vornehmlich auf die Verbreitung autoritärer Überzeugungen und deren Zusammenhang mit rechtsextremistischem Gedankengut hinweisen, gleichzeitig jedoch zeigen, »dass im gesamten Bundesgebiet auch viele Menschen mit einer stabilen anerkennenden und demokratischen Einstellung leben« (Decker et al. 2018: 70), erscheint es umso dringlicher, sowohl die autoritäre Dynamik als auch umgekehrt demokratische Schutzfaktoren aufzudecken. Wie schon Adorno mit seinen Überlegungen zur Erziehung zur Mündigkeit verdeutlichte, gilt es, trotz, beziehungsweise neben der Einsicht in ihre strukturelle Gestalt, die autoritäre »Besinnungslosigkeit« (Adorno 2019a: 90) der Einzelnen auch auf subjektiver Ebene und innerhalb des Bestehenden zu unterminieren. Derartige Versuche sollten sich der Kritischen Theorie des autoritären Charakters zufolge in erster Instanz auf die frühe Kindheit konzentrieren.

Als Kontrastfolie zur Sozialisation des autoritären Persönlichkeitsmusters deuten aktuelle Untersuchungen darauf hin, dass sich frühe emotionale Zuwendung und Anerkennung stärkend auf die Ich-Entwicklung auswirken (vgl. u.a. Hopf 2000: 45ff.; Ottomeyer 2020: 360ff.). Die Basis einer stabilen Ich-Struktur gestattet dem Individuum bestenfalls, trotz späterer konflikthafter Lebenslagen und Krisen, eigene Bedürfnisse wahrzunehmen und sie regulierend mit äußeren Anforderungen zu vermitteln, ohne sich diesen blind unterzuordnen. Folglich müsste es konkret darum gehen, Strukturen zu identifizieren und zu fördern, die für die Einzelnen ganz besonders zu Beginn ihres Lebens unterstützende Orientierung, gegenseitige Anerkennung und damit widerständige Erfahrungen jenseits der herrschenden gesellschaftlichen Logiken ermöglichen. Implizit wäre solchen weiterführenden Überlegungen erstens die Akzeptanz »menschlicher Bedürftigkeit« (Brückner 2009: 1) und zweitens die würdigende Aufwertung und allgemeine Zunahme von Sorge- und Beziehungszeit. Auf Basis der vorliegenden Auseinandersetzung ginge es auch darum, das »Kontinuum zwischen Befähigung und Zwang« (Lessenich 2005: 24) auszuloten. Denn so wenig Befähigung mit dem Imperativ zur zwanghaften Eigenverantwortungsübernahme zu verwechseln ist, so wenig sollte in ihrem Namen die kindliche Autonomieentwicklung unterdrückt werden. Die repressive Bevormundung des heranwachsenden Individuums sowie die Nichtberücksichtigung seiner Angewiesenheit, bilden demnach zwei falsche Alternativen im Hinblick auf die Ausbildung einer Ich-starken Persönlichkeit.

Diese beiden Konstellationen sollen keine isolierten Erklärungszusammenhänge liefern, aus denen sich die Genese autoritärer Ich-Bildungen deterministisch oder monokausal ableiten ließe. Frühe Entwicklungserfahrungen treffen im Lebensverlauf auf weitere Einflüsse, die das Denken, Fühlen und Handeln eines Individuums prägen und verändern können. Für die Analyse autoritärer Einstellungen und Reaktionen ist es deshalb von Bedeutung, ebenfalls die konkreten sozio-ökonomischen Gegebenheiten und Auslösesituationen, in denen sie auftreten, zu beleuchten. Die psychoanalytisch entwicklungspsychologische Perspektive kann so als nicht zu vernachlässigender Baustein eines Erklärungskomplexes verstanden werden und gerade in Verbindung mit empirischen Forschungsansätzen produktiv zur Erhellung des Untersuchungsgegenstandes beitragen.[14] Die vorliegenden Ausführungen liefern in dem Rahmen nicht nur deshalb einen fruchtbaren Boden, weil sie Forschungsthesen bereitstellen, sondern auch, weil sie entsprechend des kritisch theoretischen Paradigmas den wechselseitigen Zusammenhang zwischen Gesellschaft und Individuum herausstellen, welcher nicht zugunsten einer positivistischen Sichtweise aufgelöst werden sollte.

[14] Das Forschungsprojekt Felix Brauners u.a. stellt in diesem Kontext vielversprechende Ergebnisse in Aussicht. Empirisch untersucht werden dabei die gegenwärtigen Einflüsse defizitärer Anerkennungserfahrungen auf autoritäre Persönlichkeitsmerkmale und, auch in Abhängigkeit von sozio-ökonomischen Krisenmomenten, rechtes Gedankengut (vgl. Brauner 2020: 87f.).

Literaturverzeichnis

Adorno, Theodor W. 2003a: Die revidierte Psychoanalyse. In: Gesammelte Schriften, Bd. 8: Soziologische Schriften I. Frankfurt am Main (1952). S. 20-41.

Adorno, Theodor W. 2003b: Jargon der Eigentlichkeit. In: Gesammelte Schriften, Bd. 6: Negative Dialektik. Jargon der Eigentlichkeit. Frankfurt am Main (1964). S. 413-523.

Adorno, Theodor W. 2019a: Erziehung nach Auschwitz. In: Kadelbach, Gerd (Hg.): Theodor W. Adorno: Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959-1969, 27. Auflage. Frankfurt am Main (1966). S. 88-104.

Adorno, Theodor W. 2019b: Erziehung zur Mündigkeit. In: Kadelbach, Gerd (Hg.): Theodor W. Adorno: Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959-1969, 27. Auflage. Frankfurt am Main (1969). S. 133-147.

Adorno, Theodor W./Frenkel-Brunswik, Else/ Levinson, Daniel J./ Sanford, R. Nevitt 1982: Die Messung antidemokratischer Züge in der Charakterstruktur. In: Adorno, Theodor W.: Studien zum autoritären Charakter, 4. Auflage. Frankfurt am Main (1950). S. 37-174.

Altmeyer, Martin 2004: Narzissmus und Objekt. Ein intersubjektives Verständnis der Selbstbezogenheit. Göttingen.

Altmeyer, Martin/Thomä, Helmut 2010: Einführung: Psychoanalyse und Intersubjektivität. In: Dies. (Hg.): Die vernetzte Seele. Die intersubjektive Wende in der Psychoanalyse, 2. Auflage. Stuttgart. S. 7-34.

Amadeo-Antonio-Stiftung (Hg.) 2021: Down the rabbit hole. Verschwörungsideologien: Basiswissen und Handlungsstrategien. Berlin.

Bandt, Anna 2011: Kinder und Politik. In: Promotionskolleg Kinder und Kindheiten im Spannungsfeld gesellschaftlicher Modernisierung (Hg.): Kindheitsbilder und die Akteure generationaler Arrangements. Wiesbaden. S. 69-88.

Bauer, Ullrich/Hurrelmann, Klaus 2020: Einführung in die Sozialisationstheorie. Das Modell der produktiven Realitätsverarbeitung. Weinheim.

Bayer, Lothar 2014: Instanzenmodell. In: Wirtz, Markus Antonius (Hg.): Dorsch – Lexikon der Psychologie, 18. Auflage. Bern. S. 752.

Benjamin, Jessica 1996: Die Fesseln der Liebe. Psychoanalyse, Feminismus und das Problem der Macht. Frankfurt am Main (1988).

Berghan, Wilhelm/ Küpper, Beate/ Zick, Andreas 2019: Zerreißproben und Normalitätsverluste der Gesellschaft – eine Hinführung zur Mitte-Studie. In: Dies. (Hg.): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/2019. Bonn. S. 15-38.

Borst, Eva 2014: Bewusstseins(zer)störung: Eine bildungstheoretische Sicht auf den Neoliberalismus. In: Schulheft 39. Jg., H. 153, S. 11-33.

Brauner, Felix 2020: Zur Psychodynamik der aktuellen »Flucht ins Autoritäre«: Herleitung und Skizze der mentalisierungsbasierten Neuaufnahme eines empirischen Forschungsansatzes. In: Politische Psychologie 8. Jg., H. 1, S. 74-90.

Bröckling, Ulrich 2002: Das unternehmerische Selbst und seine Geschlechter: Gender-Konstruktionen in Erfolgsratgebern. In: Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft 30. Jg., H. 2, S. 175-194.

Bröckling, Ulrich 2007: Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt am Main.

Brückner, Margrit 2002: Liebe und Arbeit – Zur (Neu)ordnung der Geschlechterverhältnisse in europäischen Wohlfahrtsregimen. In: Hamburger, Franz/ Eggert, Annelinde/ Heinen, Angelika/ Luckas, Helga/ May, Michael/ Müller, Heinz (Hg.): Gestaltung des Sozialen – eine Herausforderung für Europa. Opladen. S. 170-198.

Brückner, Margrit 2009: Wer sorgt für wen? Sorgen zwischen privaten Lösungen und öffentlicher Verantwortung, Vortrags-Manuskript. Frankfurt am Main.

Bundezentrale für politische Bildung (2016): Das Lexikon der Wirtschaft. Neoliberalismus. https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20176/neoliberalismus/ (Zugriff am 11.04.23).

Busch, Hans-Joachim 1999: Plädoyer für die Aufhebung der Psychohistorie im Rahmen einer kritischen Sozialisationsgeschichte. Thesen zum Verhältnis von Psychohistorie und kritischer politischer Psychologie. In: Busch, Hans-Joachim/ Krovoza, Alfred (Hg.): Subjektivität und Geschichte. Perspektiven politischer Psychologie. Gießen. S. 38-58.

Decker, Oliver 2015: Narzisstische Plombe und sekundärer Autoritarismus. In: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.): Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus. Gießen. S. 21-34.

Celik, Kazim/ Gittner, Natalie/ Kiess, Johannes/ Pickel, Gert/ Pickel, Natalie 2022: Demokratie und politische Kultur. In: Decker, Oliver/ Brähler, Elmar/ Heller, Ayline/ Kiess, Johannes (Hg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Gießen. S. 185 – 208.

Decker, Oliver 2018: Flucht ins Autoritäre. In: Decker, Oliver/ Brähler, Elmar (Hg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Gießen. S. 15-64.

Decker, Oliver/ Brähler, Elmar/ Niedermayer, Oskar 2003: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung im April 2002. In: Zeitschrift für Psychotraumatologie und Psychologische Medizin 1. Jg., H. 1, S. 65–77.

Decker, Oliver/ Brähler, Elmar (Hg.) 2016a: Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Gießen.

Decker, Oliver/ Brähler, Elmar 2016b: Autoritäre Dynamiken: Ergebnisse der bisherigen »Mitte«-Studien und Fragestellung. In: Dies. (Hg.): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Gießen. S. 11-22.

Decker, Oliver/ Brähler, Elmar 2020: Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität. In: Dies. (Hg.): Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments. Gießen. S. 15–26.

Decker, Oliver/ Brähler, Elmar/ Handke, Barbara/ Kiess, Johannes/ Pickel, Gert/ Schu-

ler, Julia 2020a: Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Decker, Oliver/ Brähler, Elmar (Hg.): Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments. Gießen. S. 27-88.

Decker, Oliver/ Brähler, Elmar/ Celik, Kazim/ Clemens, Vera / Fegert, Jörg M. / Kalkstein, Fiona/ Schuler, Julia 2022a: Polarisierung und autoritäre Dynamiken während der Pandemie. In: Decker, Oliver/ Brähler, Elmar/ Heller, Ayline/ Kiess, Johannes (Hg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Gießen, S. 91 – 126.

Decker, Oliver/ Brähler, Elmar/ Handke, Barbara/ Kiess, Johannes/ Schuler, Julia 2018: Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Decker, Oliver/ Brähler, Elmar (Hg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Gießen. S. 65-116.

Decker, Oliver/ Brähler, Elmar/ Heller, Ayline/ Kiess, Johannes (Hg.) 2022b: Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Gießen.

Decker, Oliver/ Brähler, Elmar/ Kiess, Johannes 2014: Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014. Leipzig.

Decker, Oliver/ Brähler, Elmar/ Schließer, Clara/ Schuler, Julia/ Yendell, Alexander 2020b: Das autoritäre Syndrom: Dimensionen und Verbreitung der Demokratie-Feindlichkeit. In: Decker, Oliver/ Brähler, Elmar (Hg.): Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments. Gießen. S. 179-210.

Dornes, Martin 2009: Überlegungen zum Strukturwandel der Psyche. Eine programmatische Skizze. In: Forst, Rainer/ Hartmann, Martin/ Jaeggi, Rahel/ Saar, Martin (Hg.): Sozial-philosophie und Kritik. Frankfurt am Main. S. 611-633.

Dubiel, Helmut 2001: Kritische Theorie der Gesellschaft, 3. Auflage. Weinheim.

Eichler, Lutz 2013: System und Selbst. Arbeit und Subjektivität im Zeitalter ihrer strategischen Anerkennung. Bielefeld.

Eichler, Lutz 2019: Vater Staat und Mutterland. Autoritarismus als gescheiterte adoleszente Triangulierung. In: Decker, Oliver/ Türcke, Christoph (Hg.): Autoritarismus. Kritische Theorie und Psychoanalytische Praxis. Gießen. S. 123-152.

Freud, Sigmund 2020: Neue Folge der Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse. In: Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse. Hamburg (1933). S. 443-615.

Fromm, Erich 1983: Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches - Eine sozialpsychologische Untersuchung. In: Bonß, Wolfgang (Hg.): Erich Fromm: Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung. München (1929/30).

Fromm, Erich 1987: Theoretische Entwürfe über Autorität und Familie. Sozialpsychologischer Teil. In: Horkheimer, Max (Hg.): Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung. Lüneburg (1936). S. 77-135.

Gottschalch, Wilfried 1999: Charakter und Gesellschaftsform (mit Diskussion). In: Busch, Hans-Joachim/ Krovoza, Alfred (Hg.): Subjektivität und Geschichte. Perspektiven politischer Psychologie. Gießen. S. 13 – 37.

Hein, Anna 2011: Historischer Zufall oder gesellschaftliche Notwendigkeit? In: Promotionskolleg Kinder und Kindheiten im Spannungsfeld gesellschaftlicher Modernisierung (Hg.): Kindheitsbilder und die Akteure generationaler Arrangements. Wiesbaden. S. 21-42.

Heitmeyer, W. 2010: Disparate Entwicklungen in Krisenzeiten, Entsolidarisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: Ders. (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 9. Berlin. S. 13–38.

Hessisches Ministerium für Soziales und Integration/Hessisches Kultusministerium 2015: Bildung von Anfang an. Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0 bis 10 Jahren in Hessen, 7. Auflage. Wiesbaden.

Hessisches Ministerium für Soziales und Integration/Hessisches Kultusministerium 2020: Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0 bis 10 Jahren. Implementation - Begleitung der Praxiseinrichtungen durch das Land. https://bep.hessen.de/praxis/implementation-begleitung-der-praxiseinrichtungen-durch-das-land (Zugriff am 15.01.2021).

Hochschild, Arlie R. 1997: The time bind: When work becomes home and home becomes work. New York.

Hopf, Christel 2000: Familie und Autoritarismus – zur politischen Bedeutung sozialer Erfahrungen in der Familie. In: Rippl, Susanne/ Kindervater, Angela/ Seipel, Christian (Hg.): Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung. Opladen. S. 33-52.

Horkheimer, Max 1987: Theoretische Entwürfe über Autorität und Familie. Allgemeiner Teil. In: Ders. (Hg.): Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung. Lüneburg (1936). S. 3-76.

Knapp, Gudrun-Axeli 2012: Der »weibliche Sozialcharakter« − Mythos oder Realität. Soziologische und sozialpsychologische Aspekte des Sozialcharakter-Konstrukts. In: Dies. (Hg.): Im Widerstreit. Feministische Theorie in Bewegung. Wiesbaden (1993). S. 29-56.

Latour, Bruno 2014: Existenzweisen: eine Anthropologie der Moderne. Berlin.

Lessenich, Stephan 2005: »Activation without work«. Das neue Dilemma des »konservativen« Wohlfahrtsstaats. In: Dahme, Heinz-Jürgen/ Wohlfahrt, Norbert (Hg.): Aktivierende Soziale Arbeit. Theorie – Handlungsfelder – Praxis. Baltmannsweiler. S. 21-29.

Lessenich, Stephan 2008: Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld.

Lo, Ming-Chen 2020: Jenseits des Leidens. Adornos Beitrag zu einer »Denkpsychologie«. Berlin und Boston.

Loewald, Hans W. 1986: Triebtheorie, Objektbeziehungen und psychische Strukturbildung. In: Ders. (Hg.): Psychoanalyse. Aufsätze aus den Jahren 1951-1979. Stuttgart (1977). S. 193-205.

Markard, Morus 2003: We don‘t need no education! – Kann man zur Freiheit erzogen wer-

den? http://www.gegenentwurf-muenchen.de/mormar.htm (Zugriff am 25.01.2021).

Meyer-Drawe, Käte 1984: Grenzen pädagogischen Verstehens - Zur Unlösbarkeit des Theorie-Praxis-Problems in der Pädagogik. In: Vierteljahresschrift für wissenschaftliche Pädagogik 60. Jg., H. 3, S. 249-259.

Mierendorff, Johanna 2010: Kindheit und Wohlfahrtsstaat. Entstehung, Wandel und Kontinuität des Musters moderner Kindheit. Weinheim und München.

Mitscherlich, Alexander 1992: Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft, 18. Auflage. München und Zürich.

Nachtwey, Oliver 2016: Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin.

Nachtwey, Oliver 2020: Neuer Protesttyp. Rebellen, die autoritär denken. https://www.deutsch landfunkkultur.de/neuer-protesttyp-rebellen-die-autoritaer-denken.1008.de.html?dram:article_id=480285 (Zugriff am 06.11.2020).

Nussbaum, Martha C. 2002: Konstruktion der Liebe, des Begehrens und der Fürsorge. Drei philosophische Aufsätze. Ditzingen (1999).

Oesterreich, Detlef 1996: Flucht in die Sicherheit. Zur Theorie des Autoritarismus und der autoritären Reaktion. Opladen.

Oesterreich, Detlef 2000: Autoritäre Persönlichkeit und Sozialisation im Elternhaus. Theoretische Überlegungen und empirische Ergebnisse. In: Rippl, Susanne/ Kindervater, Angela/Seipel, Christian (Hg.): Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung, Opladen. S. 69-92.

Ottomeyer, Klaus 2020: Autoritarismus im Kapitalismus und Neoliberalismus. In: Henkelmann, Katrin/ Jäckel, Christian/ Stahl, Andreas/ Wünsch, Niklas/ Zopes, Benedikt (Hg.): Konformistische Rebellen. Zur Aktualität des Autoritären Charakters. Berlin. S. 349-369.

Schäfer, Gerd E. 2001: Prozesse frühkindlicher Bildung. Typoskript zur Vorlesung Bildungsprozesse im frühen Kindesalter. Köln. https://www.hf.uni-koeln.de/data/eso/File/Schaefer/Prozesse_Fruehkindlicher_Bildung.pdf (Zugriff am 27.01.2020).

Schüßler, Michael 2020: Die Verdinglichung des Leibes in der präverbalen Phase kindlicher Entwicklung. Primärsozialisatorische Wurzeln des autoritären Charakters. In: Henkelmann, Katrin/ Jäckel, Christian/ Stahl, Andreas/ Wünsch, Niklas/ Zopes, Benedikt (Hg.): Konformistische Rebellen. Zur Aktualität des Autoritären Charakters. Berlin. S. 177-196.

Tippelt, Rudolf 1992: Die Familie als Schutz gegen gesellschaftliche Gefährdungsquellen. In: Kind Jugend Gesellschaft. Zeitschrift für Jugendschutz 37. Jg., H. 2, S. 43-49.

Winnicott, Donald W. 2006: Reifungsprozesse und fördernde Umwelt, 2. Auflage. Gießen (1960).

Zeiher, Helga 2005: Der Machtgewinn der Arbeitswelt über die Zeit der Kinder. In: Hengst, Heinz/ Zeiher, Helga (Hg.): Kindheit soziologisch. Wiesbaden. S. 201-226.

Laura Müller

Auf dem Weg in die Corona-Diktatur? Eine machtanalytische Untersuchung der politischen Maßnahmen in der Corona-Pandemie

> »Wenn der Liberalismus daher die Demokratie fordert, so nur unter der Voraussetzung, daß sie mit Begrenzung und Sicherungen ausgestattet wird, die dafür sorgen, daß der Liberalismus nicht von der Demokratie verschlungen wird.«
>
> *Wilhelm Röpke, Ordoliberaler und Vordenker der sozialen Marktwirtschaft ([1933] 1962: 123)*

Die Maßnahmen der deutschen Bundesregierung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie seit dem Frühjahr 2020 können als bisher einzigartig in der Geschichte der Bundesrepublik aufgefasst werden. Sie beeinflussen das Leben von Millionen von Menschen nachhaltig, berühren Grundrechte und grundlegende Freiheiten auf empfindliche Weise, transportieren politische und gesellschaftliche Werte und werden daher kontrovers diskutiert. Von den vielen politischen Deutungen dieser Maßnahmen hat insbesondere die rechte Interpretation eines drohenden autoritären Wandels bedeutenden Einfluss auf die Gesellschaft gewonnen. Der AfD-Politiker Alexander Gauland sprach bei einer Bundestagsrede gar von einer »Corona-Diktatur auf Widerruf« (Finkenwirth 2020).

In Reaktion auf die ersten Infektionsschutzmaßnahmen der Bundesregierung fanden in Berlin die sogenannten „Hygiene-Demos“ statt. Organisiert wurden sie von einer Gruppe, die sich selbst als *Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand* bezeichnet. Sie griff das rechte Narrativ auf, das politische Vorgehen in der Pandemie trage autoritäre oder gar totalitäre Züge, das fortan unter dem Schlagwort der „Corona-Diktatur“ in rechten und rechtsoffenen Teilen der Bevölkerung Anklang fand. Die Hygiene-Demos erwiesen sich als Sammelbekken für Anhänger:innen des gesamten rechten Spektrums, deren ideologische Bandbreite von Reichsbürger:innen über Identitäre bis hin zu selbsterklärt *linken* Querfrontler:innen reichte (vgl. Krebs 2020: 498), denen aufgrund vermeintlicher gemeinsamer Ziele die Zusammenarbeit mit Rechten opportun erschien.

Die Demos können als Basis für die Entstehung der sogenannten „Querdenken-Bewegung“ gelten. Diese trägt das Narrativ eines autoritären Umschwungs bis heute weiter und gibt vor, für Demokratie einzutreten, während sie tatsächlich verschiedene rechte und anti-demokratische Strömungen vereint und damit stärkt (vgl. Ayyadi 2020). Nachdem die islamfeindliche, rassistische und nationalistische *PEGIDA*-Bewegung ab 2014 ideologisch und praktisch den Weg für großangelegte rechte Proteste in der gesamten Bundesrepublik bereitet hat, ist *Querdenken* die nächste breit aufgestellte rechte Protestbewegung. Sie kann deswegen sowohl als Symptom als auch als Triebkraft des gesellschaftlichen Rechtsrucks in Deutschland angesehen werden. *Querdenken* bildet durch die Verbreitung rassistischer, antisemitischer und völkischer Narrative und Verschwörungsmythen sowie durch die Normalisierung rechter Diskurse einen direkten Counterpart zu einer Gesellschaft der Vielen und die ideologische Legitimationsbasis für rechte Gewalt. Deswegen ist es wichtig, aus linker Perspektive die Hintergründe dieses Phänomens zu analysieren. Auf diese Weise kann Kritische Theorie zur Formulierung erfolgreicher Gegenpositionen beitragen. Diesen Anspruch versucht die vorliegende Arbeit einzulösen.

Meine theoretische Grundlage bildet dabei das Konzept der Biopolitik von Michel Foucault. Foucault hat in seinen Schriften aufgezeigt, dass sich Politik und Biologie im historischen Verlauf zur Biopolitik verschränkt haben (vgl. Foucault 1999: 280 ff.). Biopolitik ist ein »Modus der Politik, dessen Zielscheiben das Leben der Bevölkerung sowie der menschliche Individualkörper sind« (Folkers/Rödel 2015). In späteren Werken hat Foucault dieses Konzept weiter ausdifferenziert und nutzt Infektionskrankheiten als Metaphern, um drei Machtmodelle darzustellen, die sich zur Analyse von Machtausübung eignen. Er hat damit ein Instrumentarium geschaffen, mit dem sich staatliches Handeln in der Pandemie systematisch untersuchen lässt. Den Wandel der Machttypen hat Foucault nicht als Ablösung, sondern als Übergang, der eine Überlappung der Machttypen miteinschließt, gedacht (vgl. Foucault 2015: 26; vgl. Unterthurner 2016: 165), wobei der liberale Typ, der im Folgenden zu erläutern sein wird, in unserer Epoche überwiegt. Im durch biopolitische Maßnahmen bestimmten Alltag der Pandemie gewinnt Foucaults Konzept der »Biomacht als ein Macht-Wissens-Komplex, der in Europa entstanden ist und in Verbindung mit dem Kapitalismus eines der Hauptcharakteristika moderner Gesellschaften seit circa zwei Jahrhunderten ist« (Unterthurner 2016: 159f), somit bedeutend an Aktualität und Relevanz. Biomacht meint dabei »ein Verständnis von Macht, das nicht primär verbietet und beschränkt, sondern produktiv und auf Lebenssteigerung ausgelegt ist« (Folkers/Rödel 2015).

Das theoretische Konzept ist für die folgende Untersuchung geeignet, denn der Beschluss und die Umsetzung von politischen Maßnahmen in der Pandemie legen ein planvolles und zielorientiertes Vorgehen der Regierung nahe (vgl. Kneer 2013: 268), welches die Verwendung bestimmter Machttechniken in der Pandemie-Politik impliziert. Ich werde untersuchen, wie sich die von der deutschen Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus und der Folgen seiner Ausbreitung innerhalb der Foucault’schen Konzepte theoretisch verorten lassen. Dabei ist die auf Foucaults Überlegungen basierende, zentrale These, dass sich zwar eine Gleichzeitigkeit der, im weiteren Verlauf zu definierenden, Machttypen beobachten lässt, die Maßnahmen aber größtenteils dem sogenannten liberalen Modell und weniger dem repressiven oder disziplinierenden Modell zugeordnet werden können.

Das Ziel dieser Arbeit ist es, dem rechten Diskurs rund um einen behaupteten diktatorischen Umschwung, der einem Vorherrschen von Foucaults repressivem oder disziplinierendem Modell gleichkäme, eine fundierte Analyse und wissenschaftlich gewonnene Erkenntnisse zur Einschätzung dieser Maßnahmen entgegenzusetzen. Dabei wird aber auch der Blick auf Kritikpunkte an liberalen Pandemiebekämpfungsstrategien gelenkt, denn die Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung der Corona-Krise sollten natürlich durchaus Gegenstand einer kritischen Bewertung innerhalb des Diskurses zur Corona-Krise sein, veränderten sie doch das Leben von Abermillionen Menschen tiefgehend.

Im folgenden Abschnitt werde ich zunächst Foucaults drei Machtmodelle darstellen, ihre Kennzeichen herausarbeiten und vergleichen, wobei sowohl Foucaults Schriften wie auch Sekundärliteratur einbezogen wird, um den aktuellen Forschungsstand mit abzubilden. Anschließend werde ich empirische Quellen, aus dem die zu untersuchenden Maßnahmen der Bundesregierung hervorgehen, machtanalytisch diskutieren. Aus den Machtmodellen werde ich die wichtigsten Teildimensionen der Gesamtmaßnahmen in der Pandemiebekämpfung ableiten und vor dem erarbeiteten theoretischen Hintergrund untersuchen und einordnen. Letztlich werde ich mittels der Ergebnisse Schlussfolgerungen hinsichtlich der These der Gleichzeitigkeit von Machttypen bei überwiegendem Einsatz liberaler Machttechniken ziehen.

Michel Foucaults Machtmodelle

Zunächst gilt es zu klären, ob es überhaupt sinnvoll ist, Regierungshandeln mithilfe von Foucault nachzuvollziehen und zu analysieren. Foucault begreift Macht als mikrophysisch (vgl. Kneer 2013: 268). Das heißt: Machtbeziehungen sind als Netzwerk und nicht als vertikal zu verstehen. Foucault zufolge

wirkt Macht in allen menschlichen Beziehungen und auch, aber eben nicht nur, von oben nach unten. Souveränität ist für Foucault demnach eher ein spezieller Wirkungsmechanismus von Macht (vgl. Loick 2012: 202). Die Regierung ist allerdings eine Instanz, die die jeweiligen Machtmittel anwendet, in der sich Machtbeziehungen zentrieren (vgl. ebd.: 200ff.). Sie vermag es, Machtmittel zu bündeln und darüber zu verfügen. Das bedeutet, dass eine Regierung mit ihren Beschlüssen und ihrer Umsetzung Machtasymmetrien schaffen und reproduzieren kann, die sich allerdings erst in der Beziehung zu den Regierten realisieren. In seiner Machtanalytik bedient sich Foucault der Infektionskrankheiten Lepra, Pest und Pocken als Metaphern, um mittels der jeweiligen Seuchenpolitik drei idealtypische Machttypen oder -modelle zu konstruieren (vgl. Sarasin 2005: 89). Auch die Verwendung dieser speziellen Metaphorik macht Foucaults Theorie so interessant für die Untersuchung politischen Handelns in der Pandemie, in der die Infektionskrankheit und ihre gesellschaftspolitischen Auswirkungen von einem versinnbildlichenden Modell für gesellschaftliche Zusammenhänge zum Untersuchungsgegenstand an sich werden. Im Folgenden werden daher zunächst die drei Foucault'schen Machtmodelle charakterisiert und miteinander verglichen.

Die Lepra und das repressive Machtmodell

Das Lepra-Modell bezieht sich auf den Umgang mit den Leprakranken im Mittelalter. Die Kranken wurden in sogenannten Leprosorien eingesperrt, um sie vom Rest der Bevölkerung abzusondern (vgl. Foucault 1973: 21f.). Die Einteilung der Bevölkerung in Kranke und Gesunde kam einer Auflösung der individuellen Identitäten gleich (vgl. Sarasin 2005: 96)[1]. Die Macht verfuhr nach dem Prinzip des Ausschlusses, der für die Kranken zugleich eine Einsperrung war. Kennzeichnend ist dabei, dass die Leprosorien kein Ort der Heilung waren (vgl. Foucault 1973: 22), sondern die Kranken weitestgehend sich selbst und dem Sterben überlassen wurden. Dem Lepra-Modell kann die Souveränitätsmacht zugeordnet werden, die durch eine Zentralinstanz mit großer Machtfülle repräsentiert wird (vgl. Unterthurner 2016: 165). Sie ist repressiv, weil die Bevölkerung der Willkür der Souveränität ausgesetzt ist, die allein über erlaubt und verboten entscheidet und ihre Macht mit drakonischen, physisch gewaltsamen Strafen in Form von Marter und Hinrichtung durchsetzt und erhält (vgl. Foucault 1994: 63ff.).

[1] Sarasin beschreibt hier, wie Foucault aufdeckt, dass mit den »behaupteten« Identitäten »nichts ist«, sie im Zweifelsfall keinerlei Relevanz haben. Entsprechend lösen sie sich beim Versuch, die Lepra auszurotten, auf, in dem allein das Merkmal krank oder gesund zählt.

Die Pest und das disziplinierende Machtmodell

Das Pest-Modell kam im 17./18. Jahrhundert auf. In ihm wird die Macht durch Kontrolle und Disziplinierung ausgeübt (vgl. Sarasin 2005: 98f.). Die Pest wurde durch die Installation eines vertikalen, von oben nach unten wirkenden und umfassenden Kontroll- und Überwachungssystems bekämpft. Eine von der Pest befallene Stadt wurde parzelliert, die Menschen wurden in ihre Häuser eingesperrt und alle Übergänge kontrolliert, um eine Ausbreitung der Krankheit in anderen Stadtteilen durch eine ungeordnete Vermischung der Körper zu verhindern (vgl. Foucault 1994: 253ff.). Der Raum erstarrte zu einem Netz von undurchlässigen Zellen. Jede:r war an seinen Platz gebunden. Wer sich rührte, riskierte ihr:sein Leben: Ansteckung oder Bestrafung. Die Überwachung war lückenlos (ebd.: 251f.). Regelmäßig wurde der Gesundheitszustand der Einzelnen erfasst und dokumentiert, um sie in Gesunde, Kranke und Tote einzuteilen (vgl. ebd.: 253), wodurch auch in diesem Modell die bisherigen Identitäten der Individuen ihre Bedeutung verloren. Kranke wurden nicht sich selbst überlassen, sondern quarantänisiert und zur (Selbst-)Einhaltung der Anordnungen diszipliniert, dabei aber (bei behördlicher Genehmigung) medizinisch versorgt (vgl. ebd.). Das Pest-Modell ist nach Foucault der Traum der Regierenden, weil es dem behördlichen Ideal einer perfekten und unhintergehbaren Ordnung mit dem Ziel einer Normierung der Bevölkerung nach machtpolitischen Vorstellungen von Normalität folgt (vgl. Sarasin 2005: 99; Unterthurner 2016: 165f.). Die Macht ist disziplinierend, da sie, statt durch die Androhung physischer Gewaltsamkeit zu wirken, mit Disziplinierungsmaßnahmen auf die Unterwerfung der Körper unter eine strenge Arbeitsdisziplin und ein »Produktivmachen« der Körper für den Kapitalismus abzielt (vgl. Foucault 1994: 37; Unterthurner 2016: 165). Im Pest-Modell ist die Disziplinarmacht mit der neu aufkommenden Biomacht verbunden. Die Biomacht tötet nicht, sondern ist »die Macht lebend zu machen und sterben zu lassen« (Foucault 1999: 285) und damit produktiv, lebensfördernd und -steigernd. Sie wirkt z.B. über Geburtenkontrolle, medizinische Versorgung und Hygienevorschriften (vgl. ebd.: 280ff.). Zugleich wird in der Frage, welches Leben schützenswert ist, differenzierend verfahren. Menschen, die als geringwertig angesehen werden, die sogenannten „Raben", müssen in der Pest-Bekämpfung die Arbeiten verrichten, bei denen sie dem Risiko einer Ansteckung ausgesetzt sind (vgl. Foucault 1994: 251).

Durch die Biomacht werden das menschliche Leben und der menschliche Körper als neuer Zugriffsbereich erschlossen, auf den einzuwirken sich als zweckdienlich für die Macht erwiesen hat, die auf die Bevölkerung und deren gesunde und somit produktive Körper angewiesen ist (vgl. Foucault 1999: 281; Loick 2012: 205, 220).

Die Pocken und das liberale Machtmodell

Im Pocken-Modell wird eine neue Strategie gegen die Ausbreitung von Infektionskrankheiten eingeführt. Es erfolgt weder eine Dokumentation des Gesundheitszustands der gesamten Bevölkerungsmitglieder, noch eine strikte und umfassende Einteilung in Gesunde und Kranke. Die individuellen Identitäten bleiben erhalten; stattdessen wird auf statistische Beobachtung der epidemiologischen Entwicklung, gesundheitliche Aufklärung, eine Ausweitung der Impfpraxis und eine Rationalisierung staatlicher Eingriffe gesetzt (vgl. Unterthurner 2016: 174).

Der liberale Machttypus ist kennzeichnend für die Regierungsrationalität der Moderne, die Foucault auch als Gouvernementalität bezeichnet (vgl. Foucault 2004: 437f.; Foucault 2015: 161). Er basiert darauf, den Individuen ein bestimmtes Maß an Freiheit, insbesondere im ökonomischen Bereich, zu gewähren, für die er den politischen Rahmen und den Handlungsraum festlegt. Der Liberalismus rationalisiert folglich das Regieren, indem er es mit einer, für ihn systemnotwendigen, Selbstregierung der Individuen verbindet (vgl. Burchell 1996: 24). Indem liberale Systeme den Regierten bestimmte Freiheitsräume zugestehen, reduzieren sie zum einen den Einsatz repressiver Mittel und regieren folglich effizienter. Zum anderen legitimiert sich das System, indem seine Subjekte den Eindruck der Selbstbestimmung haben. Diese existiert ja auch tatsächlich, nur eben limitiert durch Sachzwänge, welche das Handeln der Regierten so leiten, dass es insgesamt zum Systemerhalt beiträgt (vgl. Sarasin 2005: 176 ff.).

Biopolitisch zielt der Liberalismus nicht auf eine Normierung der Individuen nach einer gegebenen Vorstellung ab. Er erfasst vielmehr den vorhandenen Normalzustand. Das heißt: einen anhand von statistischen Daten über die Bevölkerung ermittelten, durchschnittlichen Zustand. Dieser wird dabei aber nicht vom Staat her-, sondern nur festgestellt. (vgl. Unterthurner 2016: 172). Macht ist im Liberalismus immer noch Biomacht, hat sich aber ihrer Disziplinierungstechniken weitgehend entledigt und ersetzt sie durch ein Risiko-Management, dessen Grundlage das umfangreiche gesammelte Wissen über die Bevölkerung darstellt (vgl. Foucault 2015: 94f.). Sicherheitsvorkehrungen werden anhand von Wahrscheinlichkeiten und Kosten-Nutzen-Abwägungen getroffen (vgl. ebd.: 93). Seine Infektionsbekämpfungsstrategie zielt entsprechend nicht darauf, den Erreger auszumerzen, sondern seine Verbreitung einzudämmen, und zwar auch um den Preis eines gewissen Infektionsrisikos (Sarasin 2005: 103). Dafür wird die Normalverteilung von Infektionsfällen statistisch festgestellt und bei davon abweichenden Ausbrüchen wird versucht, sie auf dieses Normalniveau zu senken (vgl. Foucault 2015: 97).

Vergleichende Analyse der Machtmodelle

Foucaults Machtmodelle zeichnen sich jeweils durch sehr verschiedene Machttechniken aus. Die repressiven Praktiken aus dem Lepra-Modell wandeln sich im Pest-Modell in ein System totaler Kontrolle, während das liberale Modell nicht nur auf bestimmte repressionsfreie Freiheitsräume der Individuen angewiesen ist, sondern auch »die relative *Undurchdringlichkeit* der Gesellschaft respektieren [muss]« (Sarasin 2005: 103).

Epidemien stehen bei Foucault für einen Zustand der Unordnung (vgl. ebd.: 92), dem die Institutionen auf verschiedene Weise begegnen. Im Lepra- und Pest-Modell wird der Unordnung ein Regime der Ordnung mit dem Ideal der Reinheit bzw. Disziplin entgegengesetzt (vgl. Gebhardt 2019: 315). Beide zielen damit auf eine Trennung der Kranken von den Gesunden. In der Lepra-Bekämpfung wurde das schlicht über den Ausschluss realisiert, während das Pest-Modell weitaus komplexer verfährt. Der zu überwachende Raum wird kleinräumiger eingeteilt und die Bewegungen der Bevölkerungsmitglieder genauestens überwacht. Kombiniert mit strengen Hygienevorschriften soll der Erreger aus der Bevölkerung getilgt werden. Im liberalen Modell hingegen integriert die Macht die Unordnung und macht sie zum Teil der biopolitischen Strategie. Sie will die Ausbreitung des Erregers bremsen, um das Risiko zu mindern (vgl. Sarasin 2005: 103).

Die Biomacht, die im Vergleich zur Souveränitätsmacht zwar nicht mehr mit der unmittelbaren Drohung des Todes als Strafe operiert und rechtlose Individuen dem alleinigen Willen der Zentralmacht unterwirft, weitet ihren Wirkungsbereich im disziplinierenden und liberalen Modell aber durch den Zugriff auf das menschliche Leben und den Körper aus.

> »[D]ie Fülle und Bandbreite der Regierungstechnologien, über die politische Institutionen aktuell verfügen; die heute einsetzbaren Mittel, das juristische Konzept der Souveränität praktisch auszuagieren, erscheinen gegenüber seinen absolutistischen Anfangszeiten als geradezu dekadent.« (Loick 2012: 211)

Obwohl die Macht im repressiven Modell zentralisiert, willkürlich und unter Anwendung drakonischer Strafen und Ausschlüsse ausgeübt wird, entziehen sich ihr Gebiete des menschlichen Lebens, die die Biomacht zu erschließen weiß. Mit der Kontrolle des biologischen Lebens, welche im repressiven Machttypus weder möglich noch notwendig ist, eröffnet sich eine neue Einflusssphäre der Macht.

Das Primärziel im Liberalismus ist die Effizienzsteigerung des Regierens, indem Macht nicht von oben nach unten wirkt, sondern die umfassenden kapitalistischen Sachzwänge das Handeln der Individuen leiten (Müller 2020). Im Hinblick auf

die kapitalistische Klassengesellschaft sprach bereits Karl Marx von den *doppelt freien Lohnarbeitenden* (vgl. MEW 23: 183). Sie sind rechtlich frei, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, da keine feudalen Herrschaftsbeziehungen mehr bestehen, was ein wesentliches Element des Liberalismus darstellt. Zudem sind sie frei von Produktionsmitteln und daher sachlich zur Lohnarbeit gezwungen, um ihr Überleben zu sichern (vgl. MEW 23: 183). Es ist keine auferlegte Verpflichtung, kein Befehl, aber eben doch ein Zwang, denn die Alternative wäre der Untergang der eigenen Existenz. Scheinbar jedoch aus freien Stücken suchen sich die Individuen Lohnarbeit, schließen „frei" Verträge ab. Zwänge werden so internalisiert, die Machtwirkung wird vom Außen ins Selbst verlegt und sie rückt damit in Bereiche vor, die der repressiven und disziplinierenden Macht verschlossen bleiben. Das liberale Machtmodell, das vordergründig auf größtmögliche individuelle Freiheit hin angelegt scheint, ist so betrachtet das bisher umfassendste und durchdringendste der menschlichen Geschichte.

Ungeachtet ihrer produktiven, lebensfördernden Mechanismen liegt im Wirken der Biomacht keine Abnahme der Macht gegenüber der alten Souveränitätsmacht vor, sondern ein Wandel der Macht und der Machtmittel. Regierungen machen sich im Liberalismus keineswegs überflüssig, sondern definieren und begrenzen ihren Wirkungsbereich (vgl. Burchell 1996: 25). Sie managen ein System der Führung und Verwaltung von Menschen, in dem die wohlbemessene Freiheit der Individuen die Voraussetzung für den freien Markt ist (vgl. ebd.: 22). Macht ist im Liberalismus nicht so restriktiv wie im Pest-Modell, aber dennoch disziplinierend, auch wenn die Maßregeln weniger von den Regierungen als vom Markt vorgegeben sind. Entsprechend vergrößern sich im liberalen Modell die Maschen der staatlichen Macht, wodurch der Handlungsraum, innerhalb dessen Individuen relativ frei agieren können, größer wird (vgl. Loick 2012: 204; Sarasin 2005: 102). Die Dialektik dieses Machtwirkens zwischen staatlich gewährter Handlungsfreiheit und internalisierten Zwängen erzeugt die Freiräume wohlkalkuliert entlang der Erfordernisse des Marktes.

Die Biomacht zeichnet sich in diesem Modell neben ihrem lebensfördernden Wirken durch eine Begrenzung der institutionellen Kontroll- und Regulierungsmechanismen aus und das Regierungshandeln verschiebt sich zu beobachtenden, messenden und präventiven Maßnahmen, wie der Ausweitung der Impfpraxis. Das Modell setzt auf die Selbstregulierung der Individuen (vgl. Burchell 1996: 22). Es hebt die Eigenverantwortung der Individuen hervor, appelliert dabei durch Aufklärungsmaßnahmen an ihre Vernunft (vgl. ebd.: 29), um das Infektionsgeschehen *statistisch* gesehen einzudämmen, und vermeidet direkte, die individuelle Freiheit begrenzende und sanktionierende Eingriffe. Ein gewisses Maß an Infektionen wird dafür hingenommen. »Man kann sagen, dass die Devise

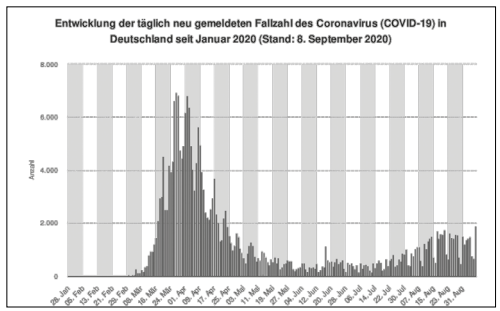
des Liberalismus ist, *gefährlich zu leben*«, so Foucault (2004: 101). Die Gesundheit und das Leben der Einzelnen und die individuelle Freiheit der Bürger:innen, insbesondere die ökonomische, werden gegeneinander abgewogen und erstere gegebenenfalls hintenangestellt. Erst wenn zu vielen der im kapitalistischen Verwertungsprozess benötigten Arbeitskräfte durch die Pandemie Gefahr droht, entsteht politischer Handlungsbedarf (vgl. Müller 2020). Ein Nicht-Eingreifen oder eine Minimalregulierung als Handlungsmaxime des Staates kann das Leben und Sterben von Menschen also machtvoll beeinflussen, auch wenn es auf die direkte Einwirkung durch Normierung und Kontrolle verzichtet.

Trotz ihrer Verschiedenheit hält Foucault die Machtmodelle keineswegs für unvereinbar (vgl. Foucault 1994: 255; Foucault 2015: 26). Er hat sie als Idealtypen konzipiert, die entsprechend in der empirischen Wirklichkeit nicht in ihrer reinen Form vorkommen und ineinander übergehen. Auch deshalb ist von einer Überlappung der Machttypen auszugehen.

Empirische Analyse der Maßnahmen der Bundesregierung

Aus Foucaults Machtanalytik erschließt sich, mit welchen Machttechniken und -mitteln staatliche Institutionen auf die Bevölkerung einwirken können und welchem Machttyp sie entsprechen. Vor diesem theoretischen Hintergrund werden im Folgenden die Maßnahmen der deutschen Bundesregierung in der Corona-Pandemie eingeordnet.

Mein Quellenkorpus besteht aus Veröffentlichungen der Bundesregierung, des Bundesgesundheitsministeriums und von Bundesbehörden aus dem Zeitraum vom 05. März bis 07. Mai 2020, der den an Fallzahlen gemessenen ersten Höhepunkt der Pandemie in Deutschland darstellt. Der betrachtete zeitliche Rahmen musste aufgrund der Vielzahl der jeweils in kürzester Zeit von der Regierung getroffenen Maßnahmen eng begrenzt werden, um den angestrebten Umfang der Arbeit einzuhalten. Es ist zudem sinnvoll, den Zeitraum am Beginn der Pandemie zu untersuchen, da in dieser Zeit das rechte Narrativ einer vermeintlichen „Corona-Diktatur" aufkam und sich entsprechend auf die Maßnahmen dieses Zeitraums bezog. Sie bilden Ausgangspunkt und Basis dieses rechten Diskurses.



Aus der theoretischen Charakterisierung der Machtmodelle leite ich ab, dass Maßnahmen innerhalb der Dimensionen Teststrategie, Quarantänisierung und Einschränkungen des sozialen und öffentlichen Lebens (*Social Distancing*) sowie des wirtschaftlichen Verkehrs für meine Fragestellung besonders relevant sind und werde sie daher gesondert untersuchen. Sie bildeten im Untersuchungszeitraum den praktischen Schwerpunkt der Regierungsmaßnahmen, geben über den machtpolitischen Umgang mit der Pandemie, bezogen auf die Gesamtbevölkerung besonders gut Aufschluss und finden sich übertragen auch als verschiedene Dimensionen in Foucaults Modellen wieder.

Nationale Teststrategie

Die Teststrategie im untersuchten Zeitraum sah vor, dass vorrangig symptomatische Personen, die außerdem Kontakt zu einer nachweislich infizierten Person hatten oder sich kurz zuvor in einem sogenannten Risikogebiet aufhielten, getestet werden (vgl. Bundesministerium für Gesundheit 2020; Robert Koch-Institut 2020: 9). Während dieses Vorgehen einerseits mit der eingeschränkten Verfügbarkeit von Testressourcen begründet wird (vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2020b: 4), legt es auch nahe, dass eine flächendeckende Testung der Bevölkerung nicht vorgesehen war. Eine Erhöhung der Testkapazitäten wurde zwar angestrebt, allerdings explizit, um »eine Grundlage für die Bewertung von Szenarien der Lockerung bestehender Maßnahmen durch die Bundesregierung« (ebd.) zu schaffen. Da hier keine Einteilung der Gesamtbevölkerung in Gesunde und Kranke und ein damit einhergehender Fall der individuellen Identitäten beobachtet werden kann und eine Ausweitung der Testungen vor allem die Aufhebung freiheitsbeschränkender Maßnahmen zum Ziel hatte, ordne ich das Regierungshandeln in dieser Teildimension dem liberalen Modell zu. Der Staat akzeptiert damit jene »relative *Undurchdringlichkeit* der Gesellschaft«, die Sarasin (2005: 103) als kennzeichnend für dieses Modell ansieht.

Isolation durch Quarantänisierung

Zum Schutz der Bevölkerung vor dem Corona-Virus wurde im Untersuchungszeitraum vom Gesundheitsamt eine häusliche Quarantäne für Personen angeordnet, die nachweislich mit dem Erreger infiziert waren oder engen Kontakt zu einer infizierten Person hatten (vgl. Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung 2020: 1). Die Quarantänisierung erfolgte also aufgrund eines behördlichen Beschlusses und konnte auch nur von der zuständigen Behörde wieder aufgehoben werden, was bei Kontaktpersonen nach 14 Tagen erfolgte, bei Infizierten gegebenenfalls später (vgl. ebd.).

Die Quarantäne ist eines der restriktivsten Machtmittel in der Pandemie und dem Pest-Modell zuzuordnen, auch wenn sie nicht die Gesamtbevölkerung, sondern nur die oben genannten Personen betraf. Wer erkrankt war oder Kontakt zu Erkrankten hatte, wurde gemeldet, erfasst, von den Gesunden isoliert und unterlag den behördlichen Beschlüssen, die entsprechend den gesetzlichen Vorgaben getroffen wurden.

Das Isolationsverfahren passt nicht zum Lepra-Modell, weil es sich nicht um einen generellen Ausschluss oder eine Verbannung der Erkrankten aus der Gemeinschaft handelt. Stattdessen konnten Betroffene entsprechend der kleinräumigen Differenzierung im Pest-Modell in ihrer Wohnung verbleiben, sofern sie nicht stationär behandelt werden mussten, und wurden bei Bedarf medizinisch versorgt (vgl. ebd.: 2), also nicht sich selbst überlassen. Die Maßnahme ist sanktionsbewehrt, da Verstöße mit Geld- oder Freiheitsstrafe geahndet werden können (vgl. ebd.: 3). Zum einen impliziert dies eine Kontrolle der Einhaltung und stellt zum anderen eine Disziplinierung dar, da bei Missachtung der behördlichen Anordnung Strafmaßnahmen drohen.

Eine Zuordnung zum liberalen Modell ist ausgeschlossen, denn bei der Quarantänisierung wird nach einer strengen Ordnung verfahren, die die individuelle Freiheit vorübergehend erheblich einschränkt.

Einschränkungen des sozialen und öffentlichen Lebens und des wirtschaftlichen Verkehrs

Das soziale und öffentliche Leben sowie die Wirtschaft waren im untersuchten Zeitraum Gegenstand weitreichender Beschränkungen zur Pandemie-Bekämpfung. Im Untersuchungszeitraum bestand vom 22. März 2020 an im öffentlichen Raum ein Abstandsgebot von 1,5 m und die Bevölkerung wurde angehalten, ihre sozialen Kontakte auf ein absolutes Minimum zu reduzieren (vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2020a). Notwendige Wege, z.B. zur Arbeit, ärztlichen Versorgung, Notbetreuung und Bewegung an der frischen Luft waren weiterhin gestattet. Betriebe wurden aufgefordert, Hygiene- und Schutzmaßnahmen umzusetzen (vgl. ebd.). Treffen mit mehr als einer nicht im gleichen Haushalt lebenden Person wurden verboten und Verstöße gegen die Kontaktbeschränkungen sollten explizit behördlich kontrolliert und sanktioniert werden (vgl. ebd.).

Obwohl Letzteres zunächst an die Kontrollmechanismen des disziplinierenden Modells denken lässt, liegen für eine solche theoretische Zuordnung nicht genug Anhaltspunkte vor. Bei den Beschlüssen handelte es sich weder um ein Ausgangs- noch um ein Kontaktverbot und das in die Privatheit der Wohnung reichende Ver-

bot von Zusammenkünften war ausdrücklich auf die soziale Situation von Feiern begrenzt (vgl. ebd.). Von einer Einsperrung der Bürger:innen in ihre Wohnungen kann somit keine Rede sein. Die Maßnahmen schränkten die Bewegungsfreiheit zwar insgesamt ein, die individuelle Bewegungsfreiheit blieb aber weitestgehend erhalten. Sie schlossen eine Übertragung des Corona-Virus nicht aus, sondern reduzierten deren Wahrscheinlichkeit. Dementsprechend ordne ich sie dem liberalen Modell zu. Dafür spricht auch, dass in den Beschlüssen nicht festgelegt war, was eine Reduktion der sozialen Kontakte auf ein Minimum praktisch bedeutet und was als notwendiger Weg zählt. Hier wurde also ein zwar umrissener, aber nicht weiter von der Macht durchdrungener Raum zur Selbstregulierung der Individuen gelassen. Gleiches trifft auf die unkonkrete Aufforderung an Betriebe zu, Hygienemaßnahmen zu ergreifen, die Unternehmer:innen viel Freiheit bei der Umsetzung ließ.

Es gab aber auch einschneidendere Maßnahmen im wirtschaftlichen Bereich. Mit dem Beschluss vom 22. März wurden gastronomische Betriebe und Dienstleistungsbetriebe aus dem Bereich der Körperpflege vorübergehend geschlossen (vgl. ebd.). Dieses Vorgehen widerspricht dem Pocken-Modell, für das die ökonomische Freiheit prioritär ist. Es schränkt sowohl die Freiheit der Unternehmer:innen, ihre Leistungen zu verkaufen, als auch die Freiheit der Konsument:innen, die Leistungen zu erwerben, entschieden ein. Die Begründung der Schließungen damit, dass »in diesem Bereich eine körperliche Nähe unabdingbar ist« (vgl. ebd.), legt nahe, dass damit eine unkontrollierte Vermischung der Körper (vgl. Foucault 1994: 253ff.) verhindert werden sollte. Aus diesem Grund lassen sich diese Bestimmungen dem Pest-Modell zuordnen. Bezogen auf die Gesamtwirtschaft ist dieses Vorgehen zwar noch weit entfernt von einer durchgängigen Parzellierung, Abriegelung und lückenlosen Überwachung, aber innerhalb der genannten wirtschaftlichen Bereiche erfolgte die Maßnahme flächendeckend und indifferent. Für sich genommen stellt sie einen Kontrollmechanismus zur Durchsetzung der Norm der abstandhaltenden Individuen dar.

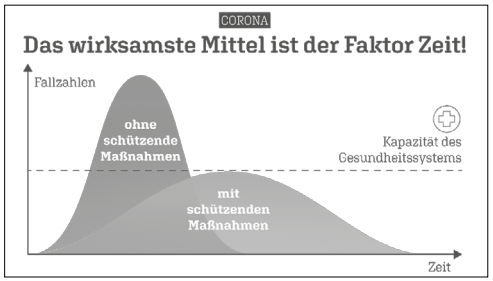
Anders verhielt es sich im Hinblick auf die Regelungen zum Grenzverkehr. In den „Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie und zur Bewältigung ihrer Folgen“ vom 07.05.2020 hieß es: »Reisende ohne triftigen Einreisegrund nach Deutschland werden an Binnengrenzen, Flughäfen oder Seehäfen zurückgewiesen« (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2020b: 4). Im wirtschaftlichen Verkehr wurden davon aber einige Ausnahmen gemacht. So blieb der grenzüberschreitende Warenverkehr ungehindert (vgl. ebd.: 12) und einer bestimmten Anzahl an Personen aus dem Ausland wurde die Einreise gestattet, damit sie als Erntehelfer:innen eingesetzt werden konnten (vgl. ebd.: 18). Weiterhin waren »im grenzüberschreitenden Warenverkehr tätige Berufsgruppen, Berufspendler und einige beruflich Reisende« (ebd.: 4f.) von der Quarantäneverordnung, die für aus dem Ausland zurückkehrende Personen galt, ausgenommen. Wegen der starken Fokussierung auf die Gewährleistung der ökonomischen Freiheit im Grenzverkehr, zu deren Gunsten auch ein gewisses Risiko einer Einschleppung des Virus in Kauf genommen wurde, ordne ich diese Maßnahmen dem liberalen Modell zu.

Die Bundesregierung strebte die weitgehende Aufrechterhaltung des Wirtschaftsgeschehens an (vgl. ebd.: 17). Entscheidend war dabei die Sicherung der kritischen Infrastruktur und damit der sogenannten systemrelevanten Tätigkeiten. Dafür wurden in den entsprechenden Branchen Ausnahmen vom Arbeitszeitgesetz beschlossen, die eine tägliche Arbeitszeit von bis zu zwölf Stunden sowie eine Verkürzung der täglichen Ruhezeiten ermöglichten, und Eltern, die in diesen Berufen tätig waren, erhielten eine Notbetreuung für ihre Kinder (DGB 2020; vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2020b: 17).

Diese Maßnahme bedarf einer differenzierten Betrachtung zur theoretischen Einordnung. Einerseits scheint mir vordergründig eine Zuordnung zum Pocken-Modell gerechtfertigt, da hier die ökonomische Freiheit der Unternehmen nicht nur aufrechterhalten, sondern durch die Lockerungen des Arbeitszeitgesetzes sogar ausgeweitet wird. Weiterhin liegt dieser Maßnahme offenbar eine Kosten-Nutzung-Abwägung zwischen dem Infektionsschutz der Bürger:innen und der Notwendigkeit, die Versorgungs- und Sicherheitsstruktur aufrechtzuerhalten, zugrunde.

Im Zuge der Pandemie kam aber eine gesellschaftliche Debatte über systemrelevante Berufe auf, die noch auf einen anderen Aspekt hindeutet: Viele der Menschen, deren Beruf als systemrelevant eingestuft wurde, erhalten Niedriglöhne (vgl. Liebhold 2020) und genießen vergleichsweise wenig soziale Anerkennung, wie Arbeitnehmer:innen aus dem Einzelhandel, dem Reinigungswesen, der Lebensmittelproduktion und der Altenpflege (Schrenker et al. 2021). Ähnlich wie bei den Raben in der Pestbekämpfung, ist ihre Tätigkeit unabdingbar, während der einzelne, die Tätigkeit ausübende Mensch, als verzichtbar angesehen wird. Die Arbeitnehmer:innen mussten sich täglich einem Ansteckungsrisiko aussetzen, auch wenn hier – und das ist wiederum eine liberale Komponente in diesem Machtwirken – subtilere Disziplinierung durch drohende Entlassung und Existenznot bei Arbeitsverweigerung ausgeübt wurde. Einschränkend muss dabei bemerkt werden, dass auch besser bezahlte und sozial angesehenere Berufe mit Infektionsrisiko wie Mediziner:in und Apotheker:in als systemrelevant gelten (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2020).

Eine eindeutige Zuordnung der Maßnahmen rund um systemrelevante Berufe zu einem von Foucaults Modellen ist somit nicht möglich, wobei in der Gesamtschau die liberalen Aspekte überwiegen.



Der erklärtermaßen wichtigste Zweck der aufgeführten Maßnahmen war es, das Infektionsgeschehen zu verlangsamen (vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2020a; 2020b: 3), was insbesondere in der digitalen Öffentlichkeit als *flatten the curve* bezeichnet wurde. Dieser Imperativ bezog sich auf ein Modell für den möglichen Verlauf der Neuinfektionsrate, das davon ausging, dass sich durch die Umsetzung geeigneter Schutzmaßnahmen die Infektionsfälle in kleineren Raten über einen längeren Zeitraum verteilen würden und so eine Überlastung des Gesundheitssystems verhindert werden könne. Daraus geht hervor, dass der Verlauf der Pandemie fortwährend statistisch kontrolliert wurde, um ganz im Sinne eines Risiko-Managements auf steigende Fallzahlen rechtzeitig reagieren zu können. Das Ziel war dabei nicht, das Virus auszumerzen, sondern das Risiko für die Gesamtbevölkerung, sprich die Infektionszahlen, durch Einschränkungsmaßnahmen gering zu halten. Diese Zielsetzung entspricht klassischerweise dem Pocken-Modell.

Fazit und Ausblick

Die Analyse zeigt auf, dass die Bundesregierung im Untersuchungszeitraum zur Eindämmung der Corona-Pandemie sowohl Maßnahmen, die sich dem disziplinierenden Pest-Modell, als auch solche, die sich dem liberalen Pocken-Modell zuordnen lassen, ergriffen hat und keine der untersuchten Maßnahmen dem Lepra-Modell entspricht. Allerdings hat die Analyse auch gezeigt, dass die Bundesregierung in der Bekämpfung der Corona-Pandemie überwiegend nach dem liberalen Modell verfährt – eine Schlussfolgerung, zu der auch Philipp Sarasin (2020) in einem Online-Artikel zur Pandemie kommt und die hier nun genauer belegt werden konnte.

Ein autoritärer Wandel, wie ihn das eingangs beschriebene Leitnarrativ der Querdenken-Bewegung behauptet, lässt sich somit nicht beobachten. Zu beachten ist diesbezüglich auch, dass die Maßnahmen aus dem Pest-Modell, wie die Quarantänisierung von infizierten Personen, im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung nur einen kleinen Personenkreis betrafen, und die Einschränkungen des wirtschaftlichen Verkehrs zeitlich und in ihrem Ausmaß begrenzt erfolgten. Kritisch hervorzuheben ist an dieser Stelle allerdings die Parallele zwischen der Beobachtung Foucaults, dass im Pest-Modell in schützenswertes und verzichtbares Leben eingeteilt wird, und dem Umstand, dass sich selbst in der Hochphase der Pandemie in Deutschland Arbeitnehmer:innen sogenannter systemrelevanter Berufe täglich einem Ansteckungsrisiko aussetzen mussten. Das Dominieren von liberalen Maßnahmen lässt sich, wie aus der Charakterisierung des liberalen Modells hervorgeht, theoretisch damit begründen, dass kapitalistische Demokratien auf die Gewährleistung eines wohlkalkulierten Maßes an Freiheit der Bevölkerungsmitglieder angewiesen sind und Regierungen daher kaum ein Interesse daran haben, diese Freiheit dauerhaft und erheblich einzuschränken. Rechtlich freie Individuen lassen sich sachdienlich verwalten, können ihre Arbeitskraft verkaufen und die dem Produktionsprozess entspringenden Waren schließlich wieder konsumieren. In der Pandemiebekämpfung bedeutet das »eine zynische Abwägung der Gesundheit und des Lebens von Menschen gegen wirtschaftliche Risiken«, denn politischer Handlungsbedarf entsteht erst dann, wenn »zu vielen der im kapitalistischen Verwertungsprozess benötigten Arbeitskräfte gesundheitliche Risiken drohen« (Müller 2020). In der Pandemie treten die Widersprüche der liberalen Ideologie und ihr profitorientierter Umgang mit Leben nur noch deutlicher zutage. Der Liberalismus, und damit auch seine auf die Spitze getriebene neoliberale Ausformung, ist keineswegs eine rein von demokratischen Werten ausgehende, die Macht popularisierende Gesinnung. Vielmehr hat er zur Demokratie ein instrumentelles Verhältnis, ist sie doch die Regierungsform, in der sich individuelles Handeln am effizientesten in systemkonforme Bahnen lenken lässt. Dabei ist es aus liberaler Perspektive aber nötig, den individuellen Handlungsraum zu begrenzen, damit eben »der Liberalismus nicht von der Demokratie verschlungen wird« (Röpke 1962: 123).

Auch im weiteren Verlauf der Pandemie ist nicht von einem Bruch in der Anwendung der Machttechniken, sondern vielmehr von einer weiteren Fokussierung auf die liberale Machttechnik auszugehen, z.B. mit einer nationalen Impfstrategie und einer Ausweitung der Corona-Testangebote. Obwohl Konzepte wie *Zero Covid*[2] auch in den deutschen Diskurs um Corona Eingang fanden, verfolgte die Regierung doch stets eine Strategie der statistischen Kontrolle von Fallzahlen

[2] Zero Covid ist ein Konzept, bei dem die Zahl der Infektionen in der Bevölkerung auf null reduziert werden soll. Erreicht werden soll das durch eine konsequente Minimierung physischer sozialer Kontakte. Die Organisation Campact e.V. zum Beispiel spricht von einer „solidarische[n] Pause“ und davon, dass „lokale Ausbrüche sofort energisch eingedämmt werden“ sollten (Campact e.V. o. J.).

ohne das Ziel einer Eliminierung des Virus. Damit ist eine Übertragbarkeit der Ergebnisse auf spätere Pandemie-Phasen wahrscheinlich.

Eine tiefergehende Analyse des weiteren Umgangs der Herrschenden mit der Pandemie erübrigt sich dadurch jedoch nicht. Eine solche müsste umfangreiches Datenmaterial, das einen größeren Zeitraum und damit auch die Veränderungen in den Maßnahmen der Bundesregierung und der Landesregierungen abdeckt, heranziehen und weitere Aspekte, wie die Erfassung und Speicherung von Bewegungsdaten, die Einführung der *Corona-Warn-App* und *Luca-App* und die Impfpraxis beleuchten. Sie könnte untersuchen, ob im Hinblick auf People of Color Praktiken entlang einer rassistischen Spaltungslinie angewandt werden[3], die sich dem Lepra- oder Pest-Modell zuordnen lassen oder die Situation in Alten- und Pflegeheimen und in unter Quarantäne gestellten Hochhauskomplexen einbeziehen. Auch könnten Foucaults Konzepte möglicherweise genutzt werden, um den machtpolitischen Umgang mit *essential workers* zu erforschen.

Durch die Pandemie hat sich im soziologischen und politologischen Bereich ein neues Forschungsfeld aufgetan. Es wurden bereits zahlreiche sozialwissenschaftliche Studien mit Bezug zur Pandemie durchgeführt und veranlasst, die zu neuen Erkenntnissen auf dem Gebiet führen und künftigen Untersuchungen als Grundlage dienen werden. Auch die vorliegende Arbeit kann dazu einen Beitrag leisten. Sie konnte aufzeigen, dass Foucaults Machtmodelle sehr gut geeignet sind, um die gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen der Pandemie aus machttheoretischer Perspektive besser zu verstehen – zum einen durch ihren epidemiologischen Bezug und zum anderen, weil sich die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Krise durch sie adäquat erfassen und einordnen lassen. Weiterhin konnte sie eines der wirkmächtigsten rechten Narrative in der Corona-Krise widerlegen und damit rechten Diskursen den Nährboden entziehen.

Schließlich bleibt zu sagen, dass eine kritische Analyse der politischen Maßnahmen im Rahmen des Krisenmanagements der Regierung auch die massiven sozialen Auswirkungen der Pandemie in den Blick nehmen sollte. Obwohl das liberale Modell hierfür einige Anhaltspunkte bieten kann, können sie in der durchgeführten Untersuchung nicht ausreichend erfasst werden, und stellen damit eine gewichtige Blindstelle der verwendeten machttheoretischen Konzepte dar.

[3] Denkbar wäre auch eine Untersuchung mit an Foucault anknüpfende Konzepte wie die Nekropolitik nach Achille Mbembe.

Literaturverzeichnis

Ayyadi, Kira 2020: Die neue Querfront-Bewegung radikalisiert sich extrem schnell, https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/die-neue-querfront-bewegung-radikalisiert-sich-extrem-schnell-58881/ (Zugriff am 16.11.2020).

Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2020: BMAS - Liste der systemrelevanten Bereiche. https://www.bmas.de/DE/Schwerpunkte/Informationen-Corona/Kurzarbeit/liste-systemrelevante-bereiche.html (Zugriff am 08.09.2020).

Bundesministerium für Gesundheit 2020: Test auf das Coronavirus: Wann und wie wird er durchgeführt? https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/C/Coronavirus/BMG_BZgA_Coronavirustest_Plakat_barr.pdf (Zugriff am 25.08.2020).

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung 2020: Coronavirus Sars-CoV-2 Empfehlungen und Wissenswertes zur häuslichen Quarantäne. https://www.infektionsschutz.de/coronavirus/verhaltensregeln/haeusliche-quarantaene.html (Zugriff am 08.09.2020).

Burchell, Graham 1996: Liberal governments and techniques of the self. In: Barry, Andrew/ Osborne, Thomas/ Rose, Nikolas (Hg.): Foucault and Political Reason. Liberalism, Neo-Liberalism and Rationalities of Government. London. S. 19–36.

Campact e.V. (o. J.): # ZeroCovid: Für einen solidarischen europäischen Shutdown. WeAct. https://weact.campact.de/petitions/zerocovid-fur-einen-solidarischen-europaischen-shutdown (Zugriff am 13.04.2023).

DGB 2020: Corona-Arbeitszeitverordnung - was bedeutet sie konkret? https://www.dgb.de/themen/++co++93e8c514-7a89-11ea-a50b-52540088cada (Zugriff am 11.03.2022).

Finkenwirth, Angelika 2020: Corona-Beschlüsse: AfD spricht von »Corona-Diktatur«. In: ZEIT Online vom 29.10.2020, https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-10/corona-beschluesse-angela-merkel-alexander-gauland-kritik-opposition?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F (Zugriff am 16.11.2021).

Folkers, Andreas/ Rödel, Malaika 2015: Biopolitik/Biomacht. In: Gender Glossar, https://gender-glossar.de/glossar/item/51-biopolitik (Zugriff am 10.07.2020).

Foucault, Michel 1973: Wahnsinn und Gesellschaft. Eine Geschichte des Wahns im Zeitalter der Vernunft, suhrkamp taschenbuch wissenschaft. Frankfurt am Main.

Foucault, Michel 1994: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt am Main.

Foucault, Michel 1999: In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France (1975 - 76). Frankfurt am Main.

Foucault, Michel 2004: Die Geburt der Biopolitik. Vorlesung am Collège de France 1978 - 1979. Geschichte der Gouvernementalität 2. Frankfurt am Main.

Foucault, Michel 2015: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesung am Collège de France 1977 - 1978. Geschichte der Gouvernementalität 1. Frankfurt am Main.

Gebhardt, Mareike 2019: »Pest« und »Lepra«. Mechanismen der Un/Sichtbarkeit in der

europäischen Asylpolitik. Iin: Marchart, Oliver/ Martinsen, Renate (Hg.): Foucault und das Politische: Transdisziplinäre Impulse für die politische Theorie der Gegenwart, Politologische Aufklärung – konstruktivistische Perspektiven. Wiesbaden. S. 309–328.

Kneer, Georg 2013: Die Analytik der Macht bei Michel Foucault. In: Imbusch, Peter (Hg.): Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Theorien und Konzeptionen. Wiesbaden. S. 265–283.

Krebs, Moritz 2020: Die Pandemie als Krisenerfahrung: Über Unsicherheit, Vulnerabilität und Solidarität. In: Vierteljahrsschrift für wissenschaftliche Pädagogik, 96. Jg., H. 4, S. 487–504.

Liebhold, Jan 2020: Systemrelevante Berufe: Welchen Wert haben Helden? https://www.tagesschau.de/inland/bab-helden-101.html (Zugriff am 08.09.2020).

Loick, Daniel 2012: Kritik der Souveränität. Frankfurter Beiträge zur Soziologie und Sozialphilosophie. Frankfurt am Main.

Marx, Karl 2018: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. MEW 23. Berlin.

Müller, Laura 2020: Drei Mythen über die Corona-Krise. Teil Eins. In: re:volt magazine, https://revoltmag.org/articles/drei-mythen-%C3%BCber-die-corona-krise-teil-eins/ (Zugriff am 24.11.2021).

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2020a: Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 22. März 2020, https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/1733246/e6d6ae0e89a7ffea1ebf6f32cf472736/2020-03-22-mpk-data.pdf?download=1 (Zugriff am 20.06.2020).

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2020b: Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie und zur Bewältigung ihrer Folgen. https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/1747726/0bbb9147be95465e9e845e9418634b93/2020-04-27-zwbilanz-corona-data.pdf?download=1 (Zugriff am 17.06.2020).

Robert Koch-Institut 2020: Leitfaden für den Öffentlichen Gesundheitsdienst zum Vorgehen bei Häufungen von COVID-19. https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Leitfaden_OEGD_COVID-19.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff am 27.08.2020).

Röpke, Wilhelm 1962: Epochenwende. In: Ders.: Wirrnis und Wahrheit. Ausgewählte Aufsätze. Erlenbach-Zürich/Stuttgart (1933). S. 105–124.

Sarasin, Philipp 2005: Ausdünstungen, Viren, Resistenzen. Die Spur der Infektion im Werk Michel Foucaults. In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften, 16. Jg., H. 3, S. 88–108.

Sarasin, Philipp 2020: Mit Foucault die Pandemie verstehen, Geschichte der Gegenwart. https://geschichtedergegenwart.ch/mit-foucault-die-pandemie-verstehen/ (Zugriff am 10.07.2020).

Schrenker, Annekatrin/Samtleben, Claire/Schrenker, Markus 2021: Applaus ist nicht genug. https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/im-dienst-der-gesellschaft-2021/329316/applaus-ist-nicht-genug/ (Zugriff am 11.03.2022).

tagesschau.de 2020: Maskenpflicht in allen Bundesländern, https://www.tagesschau.de/inland/corona-maskenpflicht-103.html (Zugriff am 03.09.2020).

Unterthurner, Gerhard 2016: Eine Genealogie europäischer Rationalitätsformen – Anmerkungen zur Biomacht nach Foucault. In: Unterthurner, Gerhard/ Vogt, Erik M. (Hg.): Bruchlinien Europas. philosophische Erkundungen bei Badiou, Adorno, Žižek und anderen. Wien. S. 157–188.

Abbildungsverzeichnis

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2020b: Grafik Kurve Corona, Bundesregierung, https://www.bundesregierung.de/resource/image/1730110/16x9/990/557/2b74a8f90e1f550d08595401445ae0fb/fS/2020-03-12-grafik-kurve-corona.png (Zugriff am 10.09.2020).

Robert Koch-Institut 2020: Tägliche Fallzahl des Coronavirus in Deutschland 2020. In: Statista, https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1100739/umfrage/entwicklung-der-taeglichen-fallzahl-des-coronavirus-in-deutschland/ (Zugriff am 28.08.2020).

Svenja Bierwirth & Iris Veronica Restrepo Lopez

Sozialräumliche Grenzziehungen mittels femonationalistischer Identitätskonstruktionen am Beispiel der AfD

> »Wir setzen uns mit ganzer Kraft dafür ein, unser Land im Geist von Freiheit und Demokratie grundlegend zu erneuern und eben diesen Prinzipien wieder Geltung zu verschaffen. Wir sind offen gegenüber der Welt, wollen aber Deutsche sein und bleiben. Wir wollen die Würde des Menschen, die Familie mit Kindern, unsere abendländische christliche Kultur, unsere Sprache und Tradition in einem friedlichen, demokratischen und souveränen Nationalstaat des deutschen Volkes dauerhaft erhalten.«
>
> *(GSP 2016: 6)*

In der Präambel des Grundsatzprogramms der Partei Alternative für Deutschland (AfD) von 2016 wird deutlich, dass Konzepte von Freiheit, Offenheit und friedlichem Zusammenleben untrennbar mit identitätsstiftenden Grenzziehungsprozessen verflochten sind. Schaffens- und erhaltenswerte Prinzipien werden mit Tradition und Kultur eines »deutschen Volkes« in Verbindung gebracht, das dem Rest der Welt gegenübersteht.

Der Ausschnitt des Grundsatzprogramms suggeriert, dass innerhalb »unser[es] Land[es]« eine allgemein geteilte Vorstellung von Kultur, Religion und Familienleben herrsche. Die hintergründige Aussage der Passage erscheint dabei widersprüchlich: Die notwendigen Bedingungen, um Freiheit und Offenheit gegenüber der Welt zu garantieren, können demnach nur durch die Begrenzung einer einheitlichen Identität des „Deutschseins“ geschaffen werden, die auf ethnisch-kultureller und nationalstaatlicher Ebene vorgenommen wird.

Ein wesentlicher Bestandteil solcher Identitätskonstruktionen ist das Geschlecht, welches »als interdependente Kategorie in rechten Diskursen, also in der Verwobenheit mit Sexualität, Ethnizität und Nationalität« (Mayer et al. 2018: 269) verstanden werden kann. Die Problematisierung vermeintlich unüberwindbarer

kultureller Differenzen mittels frauenrechtlicher[1] Argumente wird als *Femonationalismus* bezeichnet (Farris 2017: 331). Femonationalismus behauptet die Existenz frauenfeindlicher Minderheiten[2] in einer ansonsten gleichberechtigten Gesellschaft.[3] Er bindet zudem die Akzeptanz von Frauen in dieser Gesellschaft an spezifische, häufig diskriminatorische Bedingungen; diese reichen von vermeintlich physischen Eigenschaften wie Hautfarbe oder biologischem Geschlecht bis hin zu Religionszugehörigkeit und diffusen Herkunfts- und Weltanschauungszuschreibungen (Farris 2011: 323 f.).

Die Berufung auf das „Eigene“ oder „Deutsche“ in Abgrenzung zum „Fremden“, bei der AfD insbesondere zum „Migrantischen“ und „Muslimischen“, hat sowohl eine begrenzende als auch eine wertende Funktion: Sie ermöglicht die Konstruktion einer harmonischen „deutschen“ Gesellschaft, die nur durch äußere, unerwünschte Eindringlinge bedroht werde (Kämper 2017: 10). So wird das freie Leben als Frau in einer sicheren, gleichgestellten Gesellschaft etwa direkt an Forderungen von Grenzschließungen (GSP 2016: 64), »Kopftuchverbot« (WP 2021: 100) oder einer Anhebung der Fertilitätsrate bei »deutschstämmigen Frauen« (GSP 2016: 42) gebunden.

Eine Betrachtung der AfD aus feministischer Perspektive kann spezifische Aus- und Abgrenzungsprozesse sichtbar machen, die sich auf Geschlechterkategorien – insbesondere auf Frauen – beziehen. Dabei stellt sich die Frage, wie die Partei femonationalistische Argumentationen verwendet, um rassistische sozialräumliche Grenzziehungen zu vollziehen und Ausschlüsse zu rechtfertigen. Der vorliegende Beitrag soll dies anhand der Untersuchung diskursiver Mechanismen und damit einhergehenden politischen Forderungen erläutern. Durch eine qualitative

[1] Wir verwenden den Begriff Frau, da sich die Argumentation der AfD auf von ihr als cis Frauen gelesene Menschen bezieht. Es sei darauf hingewiesen, dass das dualistische Geschlechtsverständnis der AfD, welches nur die Kategorien Mann oder Frau zulässt, biodeterministisch und transfeindlich ist. Die auf optischen Kriterien beruhende Fremdbewertung einer Person kann weder das biologische noch das soziale Geschlecht bestimmen und muss nicht mit der Selbstidentifizierung einer Person übereinstimmen.

[2] Analog dazu wird unter dem Begriff Homonationalismus die vermeintliche Existenz grundlegend queerfeindlicher Minderheiten thematisiert (Puar 2007).

[3] Die AfD beruft sich auf die gesetzlich verankerte Gleichberechtigung, um eine Gleichstellung der Geschlechter als bereits umgesetzt geltend zu machen (WP 2017: 12). Dennoch bestehende Unterschiede werden aufgrund der Annahme einer »natürliche[n] Geschlechterpolarität« (WP 2017: 41) nicht als sexistische Diskriminierung begriffen, sondern als Teil einer traditionellen und schützenswerten Gesellschaftsordnung verstanden.

Textanalyse von Grundsatz- und Wahlprogrammen der Partei wird aufgezeigt, wie und welche Exklusions- sowie Inklusionsprozesse sich auf den vermeintlichen Anspruch einer Gleichberechtigung der Geschlechter beziehen und wie durch diesen Anspruch eine seitens der AfD erstrebenswerte Alternative zu bestehenden und/oder unerwünschten Gesellschaftsverhältnissen definiert wird.

Zur Verschränkung von Femonationalismus und anti-muslimischem Rassismus

Feministische Bewegungen sind vielfältig. Wir verstehen darunter all solche Kämpfe, die patriarchalen und sexistischen Strukturen entgegenwirken wollen und dabei ausdrücklich intersektional ausgerichtet sind[4] sowie auf eine gesellschaftliche Transformation von bloßer Gleich*berechtigung* zur tatsächlichen Gleich*stellung* abzielen.

Rechte und rechtspopulistische Parteien behaupten, dass die Gleichstellung der Geschlechter - dabei stets in einem dualistischen Verständnis von Mann und Frau - bereits voll umgesetzt sei (Lang/Fobian 2019: 59).[5] Ihre Chancengleichheit wird als grundlegender Bestandteil eines aufgeklärten, westlich-europäischen Wertekanons verstanden (Farris 2011: 321 f.). Die wahrgenommene Haltung und Praktizierung von Gleichberechtigung sei demnach ein ausschlaggebendes Kriterium der „Integrationsbereitschaft“ welches willkommene von unerwünschten Einwanderer:innen abgrenzt. Übergriffe und Gewalt gegen Frauen werden gleichzeitig als direktes Resultat einer problematischen Migrations- und Asylpolitik formuliert. So findet eine Instrumentalisierung frauenrechtlicher Argumente gegen als unerwünscht definierte Migrationsbewegungen statt (ebd.).

Frauen, die als Angehörige frauenfeindlicher Gesellschaften betrachtet werden, wird dabei argumentativ oft eine Funktion als Kronzeug:innen zugewiesen, sodass ein Teil der Minderheit zum Ausschluss seiner Gesamtheit dient (Keskinkılıç 2018: 67 f.). Sie werden als Opfer dieser Gesellschaften dargestellt, der sie nur durch die Annahme westlich geprägter Vorstellungen von Gleichberechtigung entfliehen können. Im Zuge dessen wird ihnen als Inbegriff der unterdrückten

[4] Intersektionalität dient als Perspektive, um Mehrfachdiskriminierungen zu berücksichtigen. Ein intersektionaler Feminismus schließt die Belange von BIPOC und Mitgliedern der LGBTIQA* Communities ausdrücklich ein und stellt sich einem trans exclusionary white feminism entgegen (hooks 2015[1984], Bettcher 2017: 2).

[5] Es kann kritisch diskutiert werden, inwiefern es sich hierbei um Überzeugung oder politische Strategie handelt. Selbiges gilt für das Missverstehen von Ansätzen, die über binäre Geschlechtskonzepte hinausgehen (Mayer et al. 2018: 272 f.).

Frau ihre Handlungs- und Entscheidungsmacht abgesprochen, während gleichzeitig das Vorhandensein „einheimischer“ Geschlechterungerechtigkeiten negiert wird (ebd.: 68, Goetz 2016: 133). Dies dient auch zur Abwertung der „eigenen“ Feminist:innen, indem ihre Anliegen im Vergleich zu den emanzipatorischen Herausforderungen, anderer Gesellschaften als Luxus- oder Scheinprobleme dargestellt werden (Goetz 2016: 133, Farris 2011: 323 f.). Die Gesamtheit solcher »Mobilisierung[en] von Frauen und Feminismus im Dienste der Verstärkung nationalistischer und xenophober Diskurse« (Farris 2011: 331) wird als *Femonationalismus* bezeichnet und ist Ausgangspunkt unserer Analyse.

Das Kampagnenmaterial der AfD bildet die „andere“ Gesellschaft ab, indem „das Migrantische“ und „das Muslimische“ diskursiv miteinander verknüpft werden. Im Rahmen des vorliegenden Beitrags begrenzen wir uns deshalb auf einen antimuslimischen Rassismus[6], welcher sich auf Personen bezieht, die als muslimisch markiert wahrgenommen werden. Es sei jedoch darauf verwiesen, dass anti-muslimischer Rassismus zwar die historisch-spezifische Äußerung des rassistischen Feindbilds der AfD darstellt, das rassistische Feindbild selbst jedoch austauschbar ist (Wallerstein 1984: 70). Wir verwenden zudem den Begriff der *Rassifizierung*, um die Prozesshaftigkeit in der Erzeugung und Strukturierung rassistischen Wissens zu betonen.[7]

[6] Die Verbindung von anti-muslimischem Rassismus, Geschlecht und Sexismus kann auch unter dem Konzept der gendered Islamophobia erfasst werden (Hammer 2013: 109). Um die räumlich-territorialen Bezüge rechter Argumentation herausstellen, fokussieren wir jedoch den Begriff des Femonationalismus. Wir haben uns zudem für die Verwendung des Rassismusbegriffes entschieden, um uns relativierenden Tendenzen von Phobiebegriffen entgegenzustellen (Rommelspacher 2009: 32 f.).

[7] Rassifizierung beschreibt einen Prozess, bei dem Menschen aufgrund vermeintlicher Merkmale als Angehörige bestimmter sozialer oder ethnischer Gruppen konstruiert werden. Dies geschieht, grob vereinfacht, im Rahmen des folgenden Dreischritts: Es werden vermeintlich bedeutsame Merkmale und deren (angeblicher) Unterschiede identifiziert, die auf die Zugehörigkeit entweder zur „eigenen“ oder zu einer davon abweichenden „anderen“ Gruppe hinweisen (Dichotomisierung). Beiden Gruppen werden kollektiv einheitliche Merkmale zugewiesen (Homogenisierung). Diese werden durch biologische, kulturelle oder religiöse Begründungen naturalisiert (Essentialisierung) (Shooman 2014: 59ff.). Das Wissen, welches über solche Erzählungen erzeugt wird, knüpft an koloniale Narrative an und wird durch die benannte Naturalisierung entpolitisiert. Die (Re-)Produktion dieser Kategorisierung ordnet Menschengruppen hierarchisch und dient der Rechtfertigung einer Ausbeutung „anderer“ bei gleichzeitiger Privilegierung der „eigenen“ Gruppe (Attia 2009: 90).

Ethnopluralismus und die sozialräumliche Konstruktion von imaginierten Gemeinschaften

Das Motiv der kulturellen Bedrohung durch Zuwanderung ist ein traditionelles Merkmal rechter und rechtspopulistischer Parteien. Seine theoretische Untermauerung findet es innerhalb der Neuen Rechten[8] im Konzept des *Ethnopluralismus* (Sieber 2016: 370 f.). Dieses behauptet die Existenz grundsätzlich unterschiedlicher Kulturen mit angestammten territorialen Ansprüchen, die mosaikartig nebeneinander existieren, sich aufgrund ihrer Unterschiede aber nicht problemlos vermengen können (Pfeiffer 2016: 272). Die ethnopluralistische Verortung eines schützenswerten deutschen Kulturraums innerhalb nationalstaatlicher Grenzen verschiebt die Argumentationsbasis auf eine Bejahung kultureller Unterschiede, die historisch weniger belastend erscheint (Goetz 2016: 131 f.). Das Vermeiden rein biologistischer Ausgrenzungsmechanismen ist Teil der subtilen Wirkmächtigkeit gegenwärtiger femonationalistischer Argumentationen, die frauenfeindliche Tendenzen nicht (nur) als genetische Veranlagung, sondern (auch) als Ergebnis kultureller und religiöser Prägung darstellen.

Ebenso wie biologisch begründete Rassismen beruft sich jedoch auch der kulturalisierte, femonationalistische Diskurs auf die Vorstellung einer klar identifizierbaren „deutschen“ Gesellschaft, die Werte und Tugenden teilt. Die vermeintlich eindeutige Definition des „Deutschen“ durch nationalstaatliche Begrenzungen verschleiert dabei sowohl seine historische und prozesshafte Konstruiertheit als auch interne Konflikte, Widersprüche und Vielfältigkeiten.

Das Konzept der *imaginierten Gemeinschaften*[9] nach Anderson (2006[1983]) kann Entstehungsprozesse und spezifische Funktionen von nationalstaatlichen Gesellschaften greifbar machen. Der Begriff *imaginiert* verweist auf den Umstand, dass sich nationale Zugehörigkeiten weder durch persönliche Bekanntschaft oder Verwandtschaft untereinander, noch durch geteilte physische Merkmale, Bräuche oder Wertvorstellungen begründen lassen: Erst ein breiter Konsens darüber, *dass* eine gemeinsame Nationalität existiert und die massenmediale Verbreitung dieser Idee ermöglicht die Existenz einer Nation und die Identifikation mit derselben (ebd.: 49, 58). Nationalstaaten als *imaginierte Gemeinschaften* sind

[8] Der Sammelbegriff der Neuen Rechten verweist auf verschiedene Akteursgruppierungen, die als rechtsextrem oder -populistisch angesehen werden, sich aber teilweise vom altrechten Nationalsozialismus distanzieren. Vielmehr orientieren sie sich in der Konstruktion ihrer politischen Identität am Vorbild der Konservativen Revolution der Weimarer Republik (Brauner-Orthen 2001: 11 f.).

[9] Übersetzung der Verfasser:innen, im Original: imagined communities

gesellschaftliche Ordnungseinheiten, die weder ausschöpfend noch einheitlich definierbar sind und gerade aufgrund ihrer scheinbaren Selbstverständlichkeit ideologisch nutzbar gemacht werden können (ebd.: 50). So vermag die Zuschreibung ›typischer‹ Eigenschaften innerhalb einer Nation sowie der darin verorteten Nationalität gesellschaftliche Konflikte – z.B. Fragen von Ethnizität, Geschlecht und Klasse – zu verschleiern und an ihre Stelle eine positiv besetzte, kollektive Identität zu setzen (ebd.: 37 ff.).[10] Um eine solche Identität (oder jegliche soziale Einheit) zu definieren und zu etablieren, ist es unumgänglich, ihre *Grenzen* festzulegen. Grenzen und Identitäten können als zwei Seiten derselben Medaille betrachtet werden: Einerseits kann die eigene Identität nur durch die Unterscheidung zum ›Anderen‹ entstehen, also durch die Konstruktion von Grenzen; andererseits können diese soziale Interaktionen selektiv fördern oder behindern und so zur Herausbildung spezifischer Einzel- und Gruppenidentitäten beitragen (Newman/Paasi1998: 194 f.). *Grenzziehungen* beschreiben infolgedessen die – beabsichtigten wie unbeabsichtigten – Prozesse, um das ›Eigene‹ vom ›Fremden‹ das ›Innere‹ vom ›Äußeren‹ zu unterscheiden. Sie verdeutlichen die Dynamik und Verhandelbarkeit von Grenzen ebenso wie ihre selektive Durchlässigkeit (Bourdieu 1991: 221ff.).

Grenzziehungen äußern sich auch räumlich, indem Identitäten verortet werden; die *imaginierte Gemeinschaft* der ›Deutschen‹ wird etwa in Deutschland bzw. Europa territorialisiert. Wird diese Zuordnung jedoch nicht als Ergebnis sozialer Prozesse erkannt, sondern als natürlich gegeben verstanden, kommt es zu einer Naturalisierung sozialräumlicher Verhältnisse. Wie im Konzept des *Ethnopluralismus* kann dies als Rechtfertigung für rassistische Argumentationen dienen (Lossau 2012: 127 f.). So hat anti-muslimischer Rassismus seinen Ursprung in historischen Vorstellungen eines konstruierten Orients, der im Rahmen eines »dominanzkulturelle[n] Othering[s]« außerhalb Europas verortet wird (Attia 2017: 181).[11] Die rassifizierende Abgrenzung von als muslimisch wahrgenommenen Personen kann dabei vollkommen ungeachtet tatsächlicher Nationalitäts- oder Religionszugehörigkeiten erfolgen. Sie basiert vielmehr auf diffusen Scheinzusammenhängen, etwa: bestimmte äußere Merkmale = ›nicht-deutsch‹

[10] Anderson versteht die Nation als historische Folge der Ausprägung eines kapitalistischen Weltsystems, die z.B. durch den Printkapitalismus und den Ausbau von Transportsystemen erst als geteilte Identität in einem begrenzten Territorium greifbar wurde. Er versucht damit, eine »unangenehme Anomalie« (2006[1983]: 3 f., Übersetzung der Verfasser:innen, im Original: *uncomfortable anomaly*) marxistischer Theorien aufzulösen, die die Herausbildung der Nation bisher nicht klar begründen konnten.

[11] s.a. E. Saids Konzept des Otherings

= nicht-christlich = ›anderer‹ Herkunftsort = ›andere‹ Ethnizität = ›andere‹ Eigenschaften. Rassifizierende Kategorisierungen entspringen spezifischen historischen und gesellschaftlichen Kontexten und wandeln sich mit diesen. Stoler bezeichnet das »strategische Einbeziehen von Merkmalsgruppen, deren Zusammensetzung und Gewichtung flexibel anpassbar sind«[12] (Stoler 1997: 200) als *polyvalente Mobilität* und sieht hierin ein entscheidendes Charakteristikum von Rassismen (ebd.: 191). Je nach politischen Bedarfen können Personengruppen also auf verschiedene Weise rassifiziert und dabei in eine Gemeinschaft ein- oder von ihr ausgeschlossen werden.

Die Mechanismen, mithilfe derer Menschen inkludiert oder exkludiert werden, sind nach Wallerstein (1992: 97ff.) charakteristisch für ein kapitalistisches Weltwirtschaftssystem, das sich selbst nur über hierarchisierende Grenzziehungsprozesse aufrecht erhalten kann. Um den Systemerhalt mittels eines unscharfen Volksbegriffs zu gewährleisten, enthielte dieser die biologistische Kategorie „race", die politische Kategorie der Nation und die kulturelle Kategorie der Ethnizität (ebd.: 96). Während Rassismen eine horizontale Arbeitsteilung der Weltwirtschaft in Zentrum und Peripherie legitimieren, verhindern nationalisierte Vorstellungen von Identität eine globale Vereinigung derselben (ebd.: 98 ff.). Das Konzept ethnischer Gruppen äußert sich in der Konstruktion kleinteiliger Minderheiten, die von einer Mehrheit dominiert werden (ebd.: 103). Es rechtfertigt zudem die Etablierung und vermeintlich intern erfolgende Weitergabe normalisierter Verhaltensweisen innerhalb dieser Gruppen (ebd.: 104). Insgesamt stellen die Ebenen des Volksbegriffs also auch verschiedene Regulierungsmechanismen dar, um Arbeitskräfte für globale Produktionsketten zu mobilisieren und hierarchische Machtverhältnisse im internationalen Staatensystem zu erhalten (ebd.: 102 ff.). Rassismus muss in dieser Funktion der »›Ethnisierung‹ der Arbeiterschaft« (ebd.: 45) eine vom kapitalistischen Wirtschaftssystem erforderte Flexibilität von Grenzziehungsprozessen bewahren. Rassistische Grenzziehungen erzeugen immer neue, voneinander abgrenzbare Gruppen, um kapitalistische Logiken ungleicher Einkommens- und Rechteverteilung zu legitimieren (Wallerstein 1984: 70). Obwohl Nationalitäten also als durch Grenzziehung imaginierte Gemeinschaften betrachtet werden können, erzeugen und legitimieren sie real globale Missstände und Ausbeutungsverhältnisse.

[12] Übersetzung der Verfasser:innen, im Original: »the strategic inclusion of different attributes, of a changing constellation of features and a changing weighting of them«

Methodik

Um zu beantworten, wie die AfD femonationalistische Argumentationen verwendet, analysiert der vorliegende Beitrag die diskursiven Grenzziehungen der Partei mittels einer qualitativen Textanalyse. Der ausgewählte Materialkorpus setzt sich aus dem AfD-Grundsatzprogramm (GSP) von 2016 sowie der Wahlprogramme zur Bundestagswahl (WP) 2017 und 2021 zusammen.

Der Untersuchungszeitraum beginnt mit dem GSP von 2016, weil es als erste vereinheitlichte Repräsentation parteipolitischer Forderungen geltend gemacht werden kann. Aufgrund ihrer besonderen Relevanz bezüglich der nationalstaatlichen Analyseebene wurden zudem zwei Wahlprogramme zum Bundestag hinzugezogen. Diese verstehen wir als Umsetzung des GSP in konkrete Forderungen.

Der Materialkorpus wurde durch ausgewählte Plakate aus Bundes- sowie EU- und Landtagswahlen ergänzt, da die AfD ihre Forderungen auch bildsprachlich im öffentlichen Raum artikuliert.[13] Die Plakatauswahl dient als Sekundärkorpus, der die Ergebnisse unserer Textanalyse unterstützend illustrieren soll und keinen Anspruch auf Repräsentativität erhebt. Basierend auf der theoretischen Vorarbeit wurde der Materialkorpus zunächst nach Kapiteln durchsucht, die sich mit frauen-, gender- und familien- sowie migrations- und sicherheitspolitischen Themen auseinandersetzen. Da davon auszugehen ist, dass nicht alle frauenpolitischen Bezüge unter entsprechend expliziten Überschriften hergestellt werden, wurde anschließend eine Schlagwortsuche durchgeführt, um auch solche Textabschnitte zu erfassen, innerhalb derer femonationalistische Argumentationen subtiler eingebettet werden.[14]

Infolge der Sichtung des ausgesuchten Materials sowie der vorangegangen Literaturrecherche kann die femonationalistische Argumentation der AfD in vier Themenkomplexe aufgeteilt werden:

a) Ethnisierung von Kriminalität und (Un)Sicherheiten

b) »Verschleierung« im öffentlichen Raum

[13] Es wird zudem ein Plakat einbezogen, das von einem AfD-nahen Verein publiziert wurde (Abb. 5). Dieses wurde in den Korpus aufgenommen, da es aufgrund seiner Gestaltung als AfD-Plakat rezipiert werden kann.

[14] Zu den Schlagworten gehörten: Frau/en, Gender, Geschlecht, Familie/n, Geburt/en, Mutter, Verschleierung, Ehe, Heirat, deutsch, national, fremd, Nation, Identität, Kultur, Islam, Migration, Einwanderer, Einwanderung, Kriminalität, Sicherheit.

c) Demographische Entwicklung und Reproduktionsvorstellungen

d) Traditionelle Geschlechterrollen und heteronormative Familienmodelle[15].

Während alle Themenkomplexe stark miteinander verschränkt sind, kann die Einteilung in Sinneinheiten der besseren Veranschaulichung und Dekonstruktion des Femonationalismus dienen; sie orientiert sich an politischen Feldern, innerhalb derer femonationalistische Argumentation besonders vorherrschend scheint. Die identifizierten Kategorien stellen Kristallisationsmomente dar, an denen sich Sicherheitspolitiken, die Kontrolle weiblich gelesener Körper und Identitätsentwürfe überschneiden und als konkrete politische Forderungen manifestieren.

Die femonationalistische Argumentationsstrategie der AfD

Grundpositionen und diskursive Einbettung

Um femonationalistische Argumentationen seitens der AfD in ihrer strategischen Anwendung verstehen zu können, ist es zunächst notwendig, sowohl die nationalen Bezüge als auch die grundsätzlichen frauen- und genderpolitischen Ansichten der Partei zu skizzieren. Die AfD naturalisiert die »Nation als kulturelle Einheit« (GSP 2016: 47). Einer ethnopluralistischen Argumentationsweise folgend fordert die AfD, dass Gesellschaften »ihre« Kulturen »schützen und eigenständig weiterentwickeln« (WP 2017: 47) und sieht in der Zuwanderung eine Bedrohung »de[s] Fortbestand[s] der Nation« (GSP 2016: 47). Was die nationalstaatliche Gemeinschaft eint, findet sich bei der Partei vor allem im Begriff des ›Deutschen‹ wieder. Eine politolinguistische Analyse verweist auf seine Verwendung als »Wert-, Differenz- und Ausschlussbegriff« (Kämper 2017: 9). Demnach wird das ›Deutsche‹ in Publikationen der AfD als nationalistische Abgrenzung zwischen ›deutschen‹ und ›nicht-deutschen‹ Ethnizitäten genutzt und zudem als hochwertiges und wünschenswertes Konzept etabliert, in dessen Relation sich als ›nicht-deutsch‹ beurteilte Zustände abwerten lassen (ebd.).

Die von der AfD dargebotene Identität des ›Deutschen‹ bleibt dabei diffus. Eine Vermischung ethnischer, biologischer und kultureller Bezugsrahmen ermöglicht je nach Bedarf Öffnungs- und Abgrenzungsdynamiken zu als ›nicht-deutsch‹ de-

[15] Heteronormativität bezeichnet die Ansicht, dass binäre Geschlechterverständnisse und damit einhergehende heterosexuelle Beziehungen einem gesellschaftlichen Norm(al)bild entsprechen. Abweichende Geschlechtsidentitäten und Beziehungsmodelle werden tendenziell pathologisiert.

finierten Elementen. So erkennt Kämper im Grundsatzprogramm eine »explizite Ausführung der Nützlichkeitsidee« (Kämper 2017: 10), die ausschließlich solche Migrant:innen als »willkommen« (GSP 2016: 62) definiert, die »[f]ür den Arbeitsmarkt qualifizier[t]« (ebd.) sind. Diese unspezifische Unterscheidung von ›deutsch‹ und ›nicht-deutsch‹ aufgrund unklarer, bei Bedarf veränderbarer Identifikationsmerkmale ermöglicht innerhalb des kapitalistischen Weltsystems eine Anpassung der Gruppenbildung an spezifische politische und sozioökonomische Gegebenheiten. Nach Boswell (2007: 96) begründet sich in der systemerhaltenden Funktion von Arbeitsmigration in bestimmten, niedrigentlohnten und ausbeuterischen Branchen auch eine strategische Duldung illegalisierter Migrant:innen.

Auch die Definition einer deutschen »Leitkultur« (GSP 2016: 47) zeigt auf, welche Werte die AfD als Bestandteil der ›deutschen‹ Gesellschaft definiert. Diese fuße »auf der religiösen Überlieferung des Christentums, […] der wissenschaftlich-humanistischen Tradition, deren antike Wurzeln in Renaissance und Aufklärung erneuert wurden, und [...] dem römischen Recht [...]« (ebd.). Nach dem WP 2017 umfasse sie »neben der deutschen Sprache auch unsere Bräuche und Traditionen, Geistes- und Kulturgeschichte. Unser liberaler Rechtsstaat, unsere Wertschätzung von Bildung, Kunst und Wissenschaft und der sozialen Marktwirtschaft« seien damit engstens verbunden (WP 2017: 47). Diese Grundlagen »prägen auch […] das Verhältnis der Geschlechter« (GSP 2016: 47).

Was zuvor bezüglich rechter und rechtspopulistischer Parteien festgestellt wurde, gilt gleichermaßen für die AfD: Die Gleichstellung der Geschlechter wird durch die gesetzliche Verankerung ihrer Gleichberechtigung als abgeschlossen betrachtet (WP 2017: 12). Entsprechend gelten Quotenregelungen als »leistungsfeindlich und ungerecht« (GSP 2016: 56), unter Berufung auf eine historisch gewachsene Ordnung gar als »Abkehr von [...] europäischen Grundwerten« (WP 2017: 12) und »zivilisatorische[r] Rückschritt« (ebd.). Geschlechtsspezifische Forschung und Bildungsprogramme werden als »Gender-Ideologie« (GSP 2016: 55) und »staatlich geförderte Umerziehungsprogramme« (ebd.) abgelehnt. Abseits dieser Positionierungen sind nur vereinzelt geschlechts- und frauenpolitische Bezugnahmen in Grundsatz- und Wahlprogrammen zu finden. Gegenteiliges zeigt sich bei der Betrachtung von Wahlplakaten, auf denen häufig Darstellungen weiblich markierter Personen zu sehen sind (s.a. Abb. 3-11). Bereits hier werden femonationalistische Tendenzen der Partei in der Diskrepanz zwischen äußerer Repräsentation und programmatischer Ausrichtung erkennbar. Einen besonderen Aufschwung femonationalistischer Argumentation seitens der AfD, aber auch im gesamtgesellschaftlichen Diskurs (Keskinkılıç 2018: 62) erfolgte im Kontext der sog. »Silvesternacht in Köln 2015/2016« (Dietze 2016: 93).[16] Sie lässt sich durch die Konstruktion eines als ›fremd‹ wahrgenommenen, männlichen Täters als alleinige Sicherheitsgefährdung von Frauen im deutschen, öffentlichen Raum charakterisieren.

Diese rassifizierende Darstellung geschlechtsspezifischer Gewalt als ›äußere‹ Bedrohung kann nicht auf rechte Randgruppen beschränkt werden: So reagierten etwa die Süddeutsche Zeitung und Focus auf die ›Silvesternacht‹, indem sie einen *weißen* (Frauen-)Körper auf ihren Titelseiten abbildeten, der durch schwarze Silhouetten oder Handabdrücke ›beschmutzt‹ wird (Abb. 1, 2). Keskinkılıç (2018: 65) erkennt in dieser Farbsymbolik »koloniale Konnotationen, die Schwarzsein mit niederem Charakter, Gefahr, Triebhaftigkeit und Aggression in Beziehung bringen.« Nach Dietze (2016: 93 f.) stellten die Ereignisse der ›Kölner Silvesternacht‹ eine Zäsur dar, die Sexismuskritik öffentlichkeitswirksam mit Rassismus in Verbindung brachte. Die erhöhte gesellschaftliche Akzeptanz eines ethnisierten Sexismus erwies sich auch langfristig als Anknüpfungspunkt für migrationsfeindliche Argumentationen der AfD, die sich besonders durch einen anti-muslimischen Rassismus auszeichnet (Mayer et al. 2018: 271).

Abbildung 1: Titel der Süddeutschen Zeitung zur ›Silversternacht in Köln‹

Abbildung 2: Titel des Focus zur ›Silversternacht in Köln‹

[16] In der Nacht vom 31. Dezember 2015 auf den 1. Januar 2016 kam es in Köln neben einer hohen Zahl von Eigentums- und Körperverletzungsdelikten zu zahlreichen sexuellen Übergriffen auf Frauen. So wurden bis zum 18.01.16 359 Anzeigen wegen Sexualstraftaten erstattet (Landtag NRW 2017: 15). Die überwiegend männlichen Einzel- und Gruppentäter seien »dem äußeren Erscheinungsbild nach [...] weit überwiegend dem nordafrikanischen/ arabischen Raum zuzuordnen« gewesen (ebd.); was medial stark diskutiert wurde (Drüeke 2016: 3).

Ethnisierung von Kriminalität und (Un)Sicherheiten

Die anti-muslimische Ethnisierung von geschlechtsspezifischer Gewalt und Kriminalität seitens der AfD wird in Grundsatz- und Wahlprogramm sowie visuell in Wahlplakaten vorgenommen. So finden sich auf diversen Wahlplakaten explizite Verschränkungen von Sicherheits-, Frauen- und Einwanderungsdiskursen (Abb. 3, 4). Auf einem Plakat wird durch die Figur einer verzweifelten *weißen* Frau vor dem Hintergrund schwarzer, schemenhafter Gestalten und den Textelementen »Mehr Sicherheit für unsere Frauen und Töchter!« und »Köln – Stuttgart – Hamburg …« ein direkter Bezug zu den Debatten um die Ereignisse der ›Kölner Silvesternacht‹ geschaffen (Abb. 5).[17] Dabei wird suggeriert, dass die Liste der Vorfälle von sexualisierten Gewalttaten sich zukünftig fortsetzen ließe.

Neben einer indirekten ethnischen Zuweisung von Gefahr an als ›nicht-deutsch‹ markierte Männer wird durch das Wort »unsere«, das in AfD-Publikationen oftmals als Alternativbegriff für ›einheimisch‹ oder ›deutsch(-stämmig)‹ verwendet wird, gleichzeitig eine Definition der »Frauen und Töchter« vorgenommen. Diese werden zum Objekt handlungsfähiger, schutzbietender Subjekte, die als »autochthone, heterosexuelle, *weiße* Männer« (Dietze 2016: 98) definiert werden können. Die »gute Politik« (Abb. 3) der AfD soll in der Lage sein, bedrohte Frauen zu schützen. Das Grundsatzprogramm der AfD bietet weitere Indizien einer systematischen Ethnisierung von Kriminalität, wohl auch zugunsten der Bagatellisierung unangenehmer ›einheimischer‹ Vorfälle von geschlechtsspezifischer Gewalt, die Vorstellungen des ›deutschen Beschützers‹ untergraben könnten (Lang/Fobian 2019: 59 f.).

Abbildung 3: AfD-Plakat zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2021

[17] Obwohl dieses Plakat öffentlichkeitswirksam für die Wahl der AfD warb, stammt es von dem Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten, der nach eigenen Angaben »parteipolitisch ungebunden« sei (Bendels 2016). Seit seiner Gründung 2016 unterstützt der Verein jedoch die Wahlkämpfe der AfD, wobei die genauen Hintergründe und der Rechtsstatus dieser Parteifinanzierung ungeklärt zu sein scheinen.

Abbildung 4: AfD-Plakat zur Landtagswahl in Sachsen 2019

Abbildung 5: Plakat eines AfD-nahen Unterstützervereins zur Bundestagswahl 2017

Dabei wird insbesondere auf eine gescheiterte »multikulturelle Gesellschaft« (GSP 2016: 63) verwiesen, die zur Entwicklung von unsicheren »Parallel-« und »Multi-Minoritätengesellschaften« (ebd.: 42) beitrage. Die Ausweisung von ›gefährlichen‹ Orten innerhalb urbaner Räume, die sich etwa durch innere Konflikte, »Scharia-Richte[r]« (ebd.: 49) und organisierte Kriminalität auszeichnen würden, reihen sich ein in die Rhetorik einer eingeschränkten Mobilität von Frauen in öffentlichen Räumen, die aus Furcht vor sexualisierter Gewalt um »Angsträume« herum navigieren müssen (Wucherpfennig/Fleischmann 2008: 363). Die Konstruktion von Gefahr als ›extern‹ und ›öffentlich‹ verschweigt das erhöhte Risiko von häuslicher Gewalt gegen Frauen und siedelt diese außerhalb einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung an (Sweet/Ortiz Escalante 2015: 1826). Anstelle von Forderungen, die etwa eine Optimierung des überlasteten Hilfesystems zum Ziel hätten, zeichnet sich die »gute Politik« der AfD durch harte Strafen aus, die sich spezifisch gegen Menschen richten, die keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen: »Die organisierte Kriminalität (OK) muss nachhaltiger bekämpft werden […]. Die Mehrzahl der Täter im Bereich der organisierten Kriminalität sind Ausländer. Sie auszuweisen, muss vereinfacht werden. Deshalb ist für diesen Personenkreis bei entsprechendem Verdacht die OK-Zugehörigkeit als Ausweisungsgrund einzuführen« (GSP 2016: 27). Im WP 2021 wird neben der Ausweisung »auch schon bei geringfügiger Kriminalität« (WP 2021: 77) zudem eine Rücknahme der Einbürgerung »bei schwerer Kriminalität innerhalb von zehn Jahren nach erfolgter Einbürgerung« gefordert (ebd.). Die Konstruktion einer externen Gefahr durch ›ausländische‹ Kriminalität soll radikale »ausländerrechtlich[e] Maßnahmen« (ebd.) rechtfertigen.

Im Kontext der durch Kriminalität bedrohten Frauen implizieren diese Forderungen eine Abhängigkeitsbeziehung zwischen schutzbedürftigen Frauen und schützendem Staat. Dietze erkennt in diesem Verhältnis die Anwendung einer

»*maskulinistischen Beschützerlogik*«[18]. Diesem Konzept zufolge spiegeln sich in öffentlichen Forderungen nach staatlichen Maßnahmen zum Schutz vor „ausländischer" Kriminalität Vorstellungen patriarchalischer Familienverhältnisse wider (Dietze 2016: 98, zit. nach Young 2003). Staatliche Strukturen ließen sich als Analogien zu maskulinen Familienoberhäuptern betrachten, die sich durch eine unanfechtbare autoritäre Stellung in inneren Strukturen und einem aggressiven Auftreten gegenüber externen Gefahren charakterisieren lassen (Young 2003: 2). Eine *maskulinistische Beschützerlogik* stellt wehrlosen, *weißen* Frauen einen loyalitätseinfordernden, monokulturellen deutschen Staat an die Seite, der radikalexkludierende Maßnahmen wie Zwangsausweisungen durchführt und durch das Narrativ des gefährlichen und hypersexuellen Einwanderer legitimiert wird (Dietze 2016: 98f.). Vorangegangene Beschreibungen der medialen Diskussionen zur ›Silvesternacht‹ zeugen davon, dass diese Logik nicht nur durch die AfD, sondern auch innerhalb einer breiten Öffentlichkeit vertreten wird.

›Verschleierung‹ im öffentlichen Raum

Trotz der bekundeten Sorge um die Sicherheit und Bewegungsfreiheit von Frauen in Deutschland werden von der AfD explizite Vorgaben für ein akzeptables Verhalten derselben im öffentlichen Raum formuliert. So proklamiert die Partei etwa ein allgemeines »Verbot der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit und im öffentlichen Dienst« (GSP 2016: 50). Während eine kategorische Verbannung von Burka und Niqab gefordert wird, gilt auch der Hijab als unumstößlicher Widerspruch zu einer »Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen sowie der freien Entfaltung der Persönlichkeit« (ebd.: 50). Die Umsetzung des geforderten »Kopftuchverbot[es]« (WP 2021: 100) wird als »eine der wichtigsten Bedingungen für eine gelingende Integration« (ebd.) betrachtet. In staatlichen Schulen solle die Verbannung des Kopftuches als »religiös-politisches Zeichen« (ebd.: 86) auch mit einer grundsätzlichen Verweigerung des »Privileg[s] eines ›bekenntnisgebundenen‹ Religionsunterricht[es]« (ebd.: 152) für islamische Gemeinschaften einhergehen: Hier zeigt sich die femonationalistische Argumentationsstruktur der AfD, die vorgeblich den Schutz einer partiellen Minderheit geltend machen will - die freie Persönlichkeitsentfaltung muslimischer Frauen und Mädchen - und dadurch vielmehr die Unterdrückung dieser Minderheit bezweckt, nämlich das Verbot von islamischem Religionsunterricht an staatlichen Schulen.

Der Abschnittstitel »Einwandererkriminalität – nichts verschleiern, nichts verschweigen« (GSP 2016: 64) konstruiert nicht nur sprachlich eine direkte Verbindung krimineller Aktivitäten mit Praktiken der Verschleierung. Als Symbol

[18] Übersetzung der Verfasser:innen, im Original: *logic of masculinist protection*

eines muslimischen Glaubensbekenntnisses werden diese als Teil eines unüberwindbaren »Konflikt[es] mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung« (WP 2017: 34) charakterisiert, denn »[d]er Islam gehör[e] nicht zu Deutschland« (ebd.). Letzteres Zitat findet sich auch mit dem Zusatz »Die Freiheit der Frau ist nicht verhandelbar!« auf einem Wahlplakat, das die geschminkten Augen eines ansonsten verschleierten Gesichts zeigt (Abb. 6). Diese Argumentation spricht muslimischen Frauen ihr Verhandlungsrecht ab, sollten sie nicht gewillt sein, eine ihnen zugedachte Rolle als »›islamkritische‹ Kronzeug_innen« (Keskinkılıç 2018: 68) einzunehmen.

›Verschleierungspraktiken‹ werden nicht nur als Beweis der untergeordneten Stellung muslimischer Frauen angeführt, sondern auch als Instrument zur auferlegten Kontrolle ihrer Körper im öffentlichen Raum dargestellt (Farris 2011: 322). Darauf deutet ein Plakat mit dem Text »›Burkas?‹ Wir steh'n auf Bikinis« hin, das die Rückansicht zweier schlanker, weißer und weiblich markierter Körper in Bikinis zeigt (Abb. 7).

Abbildung 6: AfD-Plakat zur Bundestagswahl 2017a

Abbildung 7: AfD-Plakat zur Bundestagswahl 2017b

Die dargestellte Freiheit – und *Freizügigkei*t – von als ›einheimisch‹ oder, integriert‹ markierten Frauen kann nur durch das Ablegen muslimischer Wertvorstellungen und folglich der Verschleierung erreicht werden. Die muslimisch markierte Frau aus dem ›exotischen Orient‹, der historisch als Gegenstück zu einer sittlichen westlichen Welt konstruiert wurde, kann dabei als Projektionsfläche für unterdrückte Sexualtriebe interpretiert werden und zum Ziel voyeuristischer Entschleierungs- und Penetrationsfantasien werden (Yeğenoğlu 1998: 39). Da-

mit verbunden ist auch der patriarchale Anspruch, Frauen einem kapitalistischen Modell entsprechend einen ›Wert‹ beizumessen und sie als Waren zirkulieren zu lassen: »Männer organisieren und inszenieren ihre Tausch- und Konsumhandlungen im öffentlichen Raum, damit sie von Anderen wahrgenommen werden – dies schließt das Begehren, Auswählen, Erwerben und Konsumieren weiblicher Waren ein«[19] (Rendell 2002: 19). Das Verlangen, die verschleierte Frau zu entblößen, kann also auch als ein Versuch gewertet werden, muslimisch markierte Körper als visuelle Konsumgüter verwertbar zu machen (Farris 2011: 331). Die Regulation weiblich gelesener Körper, die zwischen vermeintlich religiöser Kontrolle und westlichen Marktlogiken navigiert wird, ist Ausdruck des Besitzanspruches, den die AfD auf Frauen und ihre Körper zu erheben scheint.

Demographische Entwicklung und Reproduktion

Die femonationalistische ›Inwertsetzung‹ von Frauen wird auch in der Problematisierung der demographischen Entwicklung Deutschlands durch die AfD deutlich. Frauen werden innerhalb dieser Argumentation mit Gebärenden gleichgesetzt und in dieser Rolle thematisiert. So bemüht die Partei einen Vergleich zwischen der »Bevölkerungsexplosion« (WP 2021: 69) in als Schwarz und muslimisch markierten Ländern und den schrumpfenden Fertilitätsraten europäischer Frauen (WP 2017: 28).[20] Der anti-Schwarze und -muslimische Rassismus sowie seine Verräumlichung äußern sich hier bereits in dem, was nicht genannt wird: Nicht nur liegen die Fertilitätsraten in sämtlichen Regionen der Welt höher als in Europa; tatsächlich ist die europäische Fertilitätsrate seit der Jahrtausendwende sogar leicht angestiegen (UN DESA 2019). Dennoch setzt die AfD ausschließlich das ins Verhältnis, was der thüringische AfD-Abgeordnete Höcke in einer bekannten Rede als »lebensbejahenden afrikanischen Ausbreitungstyp« (Höcke 2015 [Videovortrag], 30min11sek-30min22sek) dem »selbstverneinenden europäischen Platzhaltertyp« (ebd.) gegenüberstellte. Das reproduktive Verhalten ›deutscher‹ Frauen unter dem »bestandserhaltenden Niveau« (GSP 2016: 41) – hierbei unter der expliziten Benennung von kinderlosen Akademiker:innen und des steigenden Geburtseintrittsalters der Mittelschicht (ebd.) – geht dabei in die

[19] Übersetzung der Verfasser:innen, im Original: »[M]en organise and display their activities of exchange and consumption, including the desiring, choosing, purchasing and consuming of female commodities, for others to look at in public space«

[20] Die AfD schreibt in ihrem Wahlprogramm fälschlicherweise von Geburtenraten. Tatsächlich vergleicht sie jedoch Fertilitätsraten, die beschreiben, wie viele Kinder pro Frau durchschnittlich geboren werden. Sie wird in »Kinder pro Frau« angegeben. Hier wird auch bei der offiziellen Einheit nicht berücksichtigt, dass nicht nur Frauen Kinder gebären können.

Unterstellung einer »Selbstabschaffung« (WP 2017: 37) über. Dies reiht sich in die verschwörungstheoretische Vorstellung eines ›europäischen Ethnozids‹ ein, die auch in anderen rechten und rechtspopulistischen Bewegungen in Europa beobachtet werden kann (Mayer et al. 2018: 289 f.). Die AfD will dem nicht nur durch die Aufwertung von Familien- und Mutterrollen entgegenwirken, sondern auch durch die Erschwernis von Abtreibungen bei gleichzeitiger Erleichterung »de[s] lebensrettenden Ausweg[s] der Adoption« (WP 2021: 110).[21]

Dass die femonationalistische Argumentation der Partei über die Problematisierung eines rein quantitativen Reproduktionsmangels hinausgeht, zeigt sich in ihrer Forderung einer »Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene« (GSP 2016: 44), bei der die Immigration von ›Äußeren‹ einer Reproduktion der ›Inneren‹ gegenübergestellt wird. Dies geschieht unter anderem dadurch, dass die Fertilitätsrate innerhalb Deutschlands differenziert wird. Diese läge »unter Migranten mit mehr als 1,8 Kindern deutlich höher [...] als unter deutschstämmigen Frauen« (GSP 2016: 42). Migrantische Frauen werden dabei als Muslim:innen markiert, für die ein unterdurchschnittliches Bildungs- und Beschäftigungsniveau sowie ein Leben in Parallelgesellschaften charakteristisch sei (ebd.). Die Ausweisung solcher »kultureller Minderwertigkeit« (Kämper 2017: 11) dient als Legitimation für die höhere Bewertung ›deutschstämmiger‹ Kinder. Migrantische Frauen können und sollen das demographische Problem aufgrund einer drohenden Verstärkung »de[s] ethnisch-kulturellen Wandel[s] der Bevölkerungsstruktur« (GSP 2016: 42) nicht lösen. Diese Differenzierung zeigt zudem, dass das Verständnis einer »nationalen Bevölkerungspolitik« (WP 2017: 37) nicht an die deutsche Staatsbürger:innenschaft bzw. den Aufenthaltsstatus, sondern an verräumlichte Abstammungsvorstellungen geknüpft ist. Migrierte Frauen werden infolgedessen exkludiert.

Über die Konstruktion einer demographischen Krise imaginiert die AfD so ein nationales Staatsvolk, dessen ›Deutschsein‹ subtil biologisch begründet und an die Vorstellungen verräumlichter, europäischer Werte gekoppelt wird. Die Wahlparole »Neue Deutsche? Machen wir selbst.«, welche mit einem *weißen*, weiblich markierten Körper unterlegt ist (Abb. 8), zeigt exemplarisch, wie dieser als Eigentum und Ausdruck europäischer Wertvorstellungen zur »Reproduktionsmaschine *weißer* Biologie und Kultur [wird], die den *weißen* Mann in ihrer sauberen und ehrlichen Beziehung vor außereuropäischer Assimilation und Ansteckung mit niederer Kultur beschütz[t]« (Stoler 2002: 45). Die beabsichtigte Kontrolle reproduktiver Rechte führt die AfD zu der Forderung, dass »[g]egebenenfalls

[21] Dass ein solches Adoptionsrecht heteronormativen Familien vorbehalten bleiben soll, zeigen z.B. die sog. »Magdeburger Erklärung gegen Frühsexualisierung« von 2016.

durch gesetzliche Korrekturen ein wirksamer Lebensschutz zu gewährleisten [ist]« (WP 2021: 111).

Abbildung 8: AfD-Plakat zur Bundestagswahl 2017c

Abbildung 9: AfD-Plakat zur Bundestagswahl 2017d

Traditionelle Geschlechterrollen und heteronormative Familienmodelle

Neben demographisch-biologistischen Argumentationen wird die reproduktive Rolle von Frauen seitens der AfD in ihrer Zugehörigkeit zu Ehe- und Familiengemeinschaften eingebettet. Nicht die Frau allein, sondern die Familie gilt als »staatstragendes Institut [...], weil nur dies[e] das Staatsvolk als Träger der Souveränität hervorbringen kann« (WP 2017: 40). Aus dieser Notwendigkeit der Fortpflanzung für den Staatserhalt begründet die AfD den besonderen Wert der »[t]raditionell[en]« (Abb. 9) heteronormativen Kernfamilie bestehend »aus Vater, Mutter und Kindern« (ebd.). Eine »Gender-Ideologie« (WP 2017: 40) wird in diesem Zusammenhang als Bedrohung der Familie identifiziert, insbesondere da sie die »natürliche Geschlechterpolarität« (ebd.: 41) aufzulösen versuche (s.a. Abb. 10).

Frauen werden innerhalb dieser »biologische[n] Geschlechterbindung« (ebd.: 115), durch welche der Mensch sich »stets in den von der Natur gesetzten Grenzen [beweg[e]]« (ebd.), bestimmte Rollen nahegelegt. Die Verortung von Frauen in Fürsorgepositionen zeigt sich bereits darin, dass auch außerelterliche Bezugspersonen als »Großeltern, Kinder*frauen* und Tages*mütter*« (GSP 2016: 43, eigene Hervorh.) bezeichnet werden. Ein »falsch verstandener Feminismus« (GSP 2016: 41) wird dafür verantwortlich gemacht, dass Frauen nur innerhalb von Erwerbsarbeit geschätzt, Rollen von Mutterschaft und Hausfrau hingegen abgewertet würden (ebd.). Während etwaige Konflikte zwischen Erziehungs- und Erwerbstätigkeit von Männern nicht problematisiert werden, zeigt sich ihre konstitutive Rolle für das traditionelle Familienbild der AfD gleichzeitig in der Marginalisierung Alleinerziehender. So will die Partei die Unterstützung von »›Einelternfamilien‹« (WP 2017: 38) nach »Selbstverschulden« (ebd.) differenzieren und »Väter stärken« (ebd.).

Abbildung 10: AfD-Plakat zur Bundestagswahl 2021

Abbildung 11: Plakat der AfD Berlin zur EU-Wahl 2019

Neben der ausführlichen Definition des erstrebenswerten ›deutschen‹ Familienmodells wird auch ihr Gegenteil beschrieben. Zum Thema Familienförderung formuliert die AfD das Ziel, »das Land unserer Väter und Mütter nicht irgendjemandem [zu] hinterlassen, der dieses Erbe verschleudert oder ausplündert, sondern unseren Nachkommen, denen wir unsere Werte vorgelebt und mitgegeben haben« (WP 2017: 37). »Irgendjemand« wird dem Bild der ausländisch-markierten Familie verknüpft, z.B. in der Problematisierung des »Familiennachzug[s] in unsere Sozialsysteme« (ebd.: 31 f.). Daneben will die AfD »der Imam-Ehe entgegenwirken, die unter Umgehung der standesamtlichen Trauung und oftmals unter Zwang die Polygamie, Kinderehe und Verwandtenehe ermöglicht« (ebd.: 35). Hierbei sollen autoritäre Staatsmechanismen Anwendung finden; so fordert die AfD, »[d]as Verbot der religiösen Voraustrauung, etwa durch Imame, soll wieder in Kraft gesetzt [...] werden« (ebd.).

Der Verweis auf angeblich pädophile, inzestuöse und erzwungene Beziehungsstrukturen, die innerhalb parallelgesellschaftlicher Kontexte ausgelebt würden, zeigt deutlich, wie Vorstellungen muslimischer Ehe- und Familiengemeinschaften an koloniale Narrative eines sexualisierten, anti-muslimischen Rassismus anknüpfen (Keskinkılıç 2018: 63 f.). Eine Visualisierung dessen findet sich auch auf einem EU-Wahlplakat, welches Jean-Léon Gérômes Gemälde »Marche d'esclaves« verwendet. Unter dem Slogan »Damit aus Europa kein ›Eurabien‹ wird« (Abb. 11) zeigt der Bildausschnitt eine junge Frau inmitten einer Gruppe sie begutachtender, ›orientalisch‹ markierter Männer.[22] Die Darstellung kann als

[22] Das Gemälde bildet einen arabischen Sklavenmarkt in orientalistischem Stil ab. Es zeigt daher weniger »Araber, die Europa einnehmen, sondern genau das Gegenteil«

Versuch verstanden werden, eine Bedrohung geordneter Paar-Verhältnisse in der europäischen Gesellschaft in Anbetracht muslimischer Hypersexualität auszuweisen. Die rassifizierende Illustration voyeuristischer Sehnsucht ist dabei insofern widersprüchlich, als dass das Plakat selbst sich in eine Menge von AfD-Werbemitteln mit Entblößungs- und Erniedrigungsfantasien einreiht, die sich jedoch nur durch die Projektion auf ein ›fremdes‹ Täterbild ausleben lassen (ebd.: 63).

Fazit

Das aus Grundsatzprogramm, Wahlprogrammen und -plakaten generierte Datenmaterial zeigt, wie die AfD femonationalistische Themen und Argumentationen verwendet, um rassistische, insbesondere anti-muslimische, sozialräumliche Grenzziehungen zu vollziehen und Ausschlüsse zu rechtfertigen.

Grenzziehungsprozesse dienen der AfD zur Konstruktion einer einheitlichen und geschlechtergerechten ›deutschen‹ Gesellschaft, der eine gefährliche ›Fremde‹ gegenübergestellt wird. Sämtliche frauenrechtliche Probleme werden auf dieses ›äußere‹ Täterbild projiziert. Die Partei erzeugt dabei einen anti-muslimischen Rassismus, der koloniale Kontinuitäten aufweist und an einen historischen Orientalismus anknüpft. Die Konstruktion eines Feindbilds in Form von ›außen‹ migrierter Menschen, die parallelgesellschaftlich ›unter uns‹ leben, dient der Rechtfertigung autoritärer staatlicher Eingriffe zum Schutz ›deutscher‹ Frauen und der Reproduktion einer *weißen* deutschen Gesellschaft.

Die dabei vorgenommenen Grenzziehungsprozesse sind untrennbar mit der Regulierung und Legitimierung von kapitalistischen Strukturen der Ungleichheit verbunden. Sie können nie vollständig oder abschließend vollzogen werden, da es in einem kapitalistischen Weltsystem keine abgeschotteten Nationen geben kann. Der Femonationalismus der AfD bietet einen flexiblen Wechsel zwischen ethnischen, kulturellen und biologischen Bezugsrahmen an, der es erlaubt, das Bleiberecht einiger, als ›nützlich‹ erachteter Migrant:innen zu rechtfertigen, während für ›gefährliche‹ Migrant:innen die Ausweisung gefordert wird.

Viele der im AfD-Wahlprogramm analysierten Themenfelder, die femonationalisitsche Argumentationsweisen aufweisen, zeigen die Anschlussfähigkeit rechter und rechtspopulistischer Narrative.

(Trebing 2019). Auf die irreführende historische Kontextualisierung des Plakatmotivs wird an dieser Stelle nicht eingegangen, sondern das Bild in seiner beabsichtigten Rezeption angeführt. Nähere Informationen zur historischen Verzerrung z.B. hier: https://www.monopol-magazin.de/warum-die-afd-ihr-eigenes-plakat-nicht-verstanden-hat.

So haben sich etwa Diskussionen um die ›Silvesternacht‹, ›Verschleierungsverbote‹ oder Reproduktionsrechte nicht nur in rechten Randgruppen zugetragen, sondern fanden und finden gesamtgesellschaftlich statt. Das Erkennen femonationalistischer Argumentationsweisen kann dabei helfen, subtile Rassismen, die im Zuge vermeintlich logischer Konsequenzen frauenrechtlicher Belange formuliert werden, zu identifizieren und zu adressieren.

Abbildungsverzeichnis

Da der Zugriff auf das offizielle Werbematerial der AfD teilweise passwortgeschützt ist, wurden einige Plakate aus Sekundärquellen zusammengetragen. Da einige Internetquellen nicht mehr unverändert vorliegen, wurde durch das Internet-Archiv web.archive.org auf diese zugegriffen.

Abbildung 1: Titel der Süddeutschen Zeitung zur ›Silvesternacht in Köln‹. URL: https://web.archive.org/web/20171228124426/http://zfmedienwissenschaft.de/online/blog/k%C3%B6ln-rape-culture. Stand: 02.05.2023.

Abbildung 2: Titel des Focus zur ›Silvesternacht in Köln‹. URL: https://web.archive.org/web/20171228124426/http://zfmedienwissenschaft.de/online/blog/k%C3%B6ln-rape-culture. Stand: 02.05.2023.

Abbildung 3: AfD-Plakat zur Landtagswahl Rheinland-Pfalz 2021. URL: https://m.facebook.com/afdrheinlandpfalz/photos/a.247976912021573/1944551515697429/?type=3&source=57&__tn__=EH-R. Stand: 27.03.2022.

Abbildung 4: AfD-Plakat zur Landtagswahl Sachsen 2019: https://kurier.at/politik/ausland/afd-plakat-verstoert-sogar-eigene-anhaenger/400543835. Stand: 27.03.2022.

Abbildung 5: Plakat eines AfD-nahen Unterstützervereins zur Bundestagswahl 2017 URL: https://www.spiegel.de/politik/alternative-luegenpresse-a-316fd96f-0002-0001-0000-000143471091. Stand: 02.05.2023.

Abbildung 6: AfD-Plakat zur Bundestagswahl 2017a. Aus: Schuppener, G. (2020): Christentum und Islam als Gegenpositionen rechtspopulistischer Identitätsstiftung. Bemerkungen zum Religionsdiskurs der AfD. In: Alman Dili ve Edebiyatı Dergisi - Studien zur deutschen Sprache und Literatur 44, S. 41-68.

Abbildung 7: AfD-Plakat zur Bundestagswahl 2017b. URL: https://web.archive.org/web/20181212021406/https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/07/BTW2017_Plakat_Burka_Ansicht_Q.pdf. Stand:27.03.2022.

Abbildung 8: AfD-Plakat zur Bundestagswahl 2017c. Wahlplakat URL: https://web.archive.org/web/20170919131336/https:/www.afd.de/plakatmotive-faltblaetter/. Stand: 27.03.2022.

Abbildung 9: AfD-Plakat zur Bundestagswahl 2017d. URL: https://web.archive.org/web/20170919131336/https:/www.afd.de/plakatmotive-faltblaetter/. Stand: 27.03.2022.

Abbildung 10: AfD-Plakat zur Bundestagswahl 2021. URL: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2021/06/vs_grossflaechenplakate_motiv_14.jpg. Stand: 27.03.2022.

Abbildung 11: Plakat der AfD Berlin zur EU-Wahl 2019. URL: https://www.wsws.org/asset/0dad83b7-0713-4198-ba44-4676b7f87683?rendition=image1280. Stand: 27.03.2022.

Literaturverzeichnis

Alternative für Deutschland 2021: Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland zur Wahl zum 20. Deutschen Bundestag. Berlin.

Alternative für Deutschland 2017: Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Berlin.

Alternative für Deutschland 2016: Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. Berlin.

Anderson, Benedict. 2006: Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism. London/New York (1983).

Attia, Iman 2017: Diskursverschränkungen des antimuslimischen Rassismus. In: Fereidooni, Karim/ El, Meral (Hg): Rassismuskritik und Widerstandsformen. Wiesbaden. S. 181-192.

Attia, Iman 2009: Die »westliche Kultur« und ihr Anderes. Zur Dekonstruktion von Orientalismus und antimuslimischem Rassismus. Bielefeld.

Bendels, David 2016: Grußworte des Vorsitzenden. https://web.archive.org/web/20170105082 9/http://www.rechtundfreiheit.de/manifest/ (Zugriff am 17.05.2020).

Bettcher, Talia Mae 2017: Trans Feminism: Recent Philosophical Developments. In: Philosophy Compass 12/11, S. 1-11.

Bourdieu, Pierre 1991: Language and Symbolic Power. Cambridge.

Brauner-Orthen, Alice 2001: Die Neue Rechte in Deutschland. Antidemokratische und rassistische Tendenzen. Opladen.

Dietze, Gabriele 2016: Das ›Ereignis Köln.‹ In: Femina politica: Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft 25. Jg., H. 1, S. 93-102.

Drüeke, Ricarda 2016: Die TV-Berichterstattung in ARD und ZDF über die Silvesternacht 2015/16 in Köln. Berlin.

Duhme, Jonas Peter 2018: Argumentationsstrategien der Neuen Rechten. Kontext ökologischer Bildung. Berlin.

Farris, Sara 2011: Die Politische Ökonomie des Femonationalismus. In: Feministische Studien 29 Jg., H. 2, S. 321-334.

Goetz, Anja 2016: Feminismus von Rechts? Eine unbehagliche Frage In: Femina Politica 25. Jg., H. 2, S. 129-138.

Hammer, Juliane 2013: Center Stage: Gendered Islamophobia and Muslim Women. In: Ernst, Carl W. (Hg.): Islamophobia in America. The Anatomy of Intolerance. New York. S. 107-144.

hooks, bell. 2015: Feminist Theory: From Margin to Center. New York (1984).

Höcke, Bernd 2015: Asyl – Eine politische Bestandsaufnahme. Rede beim 3. Staatspolitischen Kongress des Instituts für Staatspolitik. https://www.youtube.com/watch?v=ezTw3ORSqlQ (Zugriff am 16.05.2020).

Keskinkılıç, Ozan Zakariya 2018: »Der orientalische Mann« vor | nach Köln. Zur sexuell-kulturellen Dynamik des antimuslimischen Rassismus in der Fluchtdebatte. In: Römhild, Regina/ Schwanhäußer, Anja/ Zur Nieden, Birgit/ Yurdakul, Gökce (Hg.): Witnessing the Transition: Moments in the Long Summer of Migration. Berlin. S. 61-72.

Landtag Nordrhein-Westfalen 2017: Drucksache 16/14450 vom 23.03.2017.

Lang, Juliane/ Fobian, Clemens 2019: Zum Schutz von Frauen, Kindern und Vaterland – Ein Blick auf aktuelle rechte Mobilisierungen. In: Interdisziplinäre Fachzeitschrift 22. Jg., H. 1, S. 56-69.

Lossau, Julia 2012: Postkoloniale Impulse für die deutschsprachige Geographische Entwicklungsforschung. In: Geographica Helvetica 67. Jg., H. 3, S. 125-132.

Mayer, Stefanie/ Šori, Iztok/ Sauer, Birgit/ Ajanovič, Edma 2018: Mann, Frau, Volk. Familienidylle, Heteronormativität und Femonationalismus im europäischen rechten Populismus. In: Feministische Studien 36. Jg., H. 2, S. 269-285.

Pfeiffer, Thomas 2016: Gegenöffentlichkeit und Aufbruch im Netz. Welche strategischen Funktionen erfüllen Websites und Angebote im Web 2.0 für den deutschen Rechtsextremismus? In: Braun, Stephan/ Geisler, Alexander/ Gerster, Martin (Hg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe - Analysen – Antworten, 2. Auflage. Wiesbaden. S. 365-376.

Puar, Jasbir K. 2007: Terrorist Assemblages: Homonationalism in Queer Times. Durham.

Rommelspacher, Birgit 2009: Was ist eigentlich Rassismus? In: Melter, Claus/ Mecheril, Paul (Hg.): Rassismuskritik, Rassismustheorie und -forschung. Schwalbach. S. 25-38.

Sieber, Roland 2016: Von ›Unsterblichen‹ und ›Identitären‹ – Mediale Inszenierung und Selbstinszenierung der extrem Rechten. In: Braun, Stephan/ Geisler, Alexander/ Gerster, Martin (Hg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe - Analysen – Antworten, 2. Auflage. Wiesbaden. S. 365-376.

Shooman, Yasemin 2014: »... weil ihre Kultur so ist.« Narrative des antimuslimischen Rassismus. Bielefeld.

Stoler, Ann Laura 2002: Carnal Knowledge and Imperial Power. Race and the Intimate in Colonial Rule. Berkeley/ Los Angeles.

Sweet, Elizabeth L./ Ortiz Escalante, Sara 2015: Bringing Bodies into planning: Visceral methods, fear and gender violence. In: Urban Studies 52. Jg., H. 10, S. 1826-1845.

United Nations Department of Economic and Social Affairs (UN DESA) 2019: Population Dynamics World Population Prospects 2019. Data Query: Total Fertility (children per woman). https://population.un.org/wpp/Download/Standard/Fertility/ (Zugriff am

27.03.2022).

Trebing, Saskia. 2019: Kunst als Wahlwerbung. Warum die AfD ihr eigenes Wahlplakat nicht verstanden hat. In: MONOPOL. Magazin für Kunst und Leben vom 25.04.2019. https://www.monopol-magazin.de/warum-die-afd-ihr-eigenes-plakat-nicht-verstanden-hat (Zugriff am 27.03.2022).

Wallerstein, Immanuel 1992: Die Konstruktion von Völkern: Rassismus, Nationalismus, Ethnizität. In: Balibar, Étienne/ Wallerstein, Immanuel (Hg.): Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg. S. 87-106.

Wucherpfennig, Claudia/ Fleischmann, Katharina 2008: Feministische Geographien und geographische Geschlechterforschung im deutschsprachigen Raum. In: ACME: An International E-Journal for Critical Geographies 7. Jg., H. 3, S. 350-376.

Yeğenoğlu, Meyda 1998: Colonial fantasies: towards a feminist reading of Orientalism. Cambridge.

Young, Iris Marion 2003: The Logic of Masculinist Protection: Reflections on the Current Security State. In: SIGNS: Journal of Women in Culture and Society 29. Jg., H. 1, S. 1-25.

Regula Selbmann

Von „Deutschland den Deutschen“ zu „Defend Europe“. Europa-Konzepte der Identitären Bewegung.

Während im Herbst 2021 geflüchtete Menschen an der europäischen Grenze zwischen Polen und Belarus verzweifelt versuchten, ihr Recht auf Asyl geltend zu machen, organisierte die Identitäre Bewegung sogenannte *Grenzgänge*, um zu verhindern, dass Menschen unbemerkt die deutsch-polnische Grenze überschreiten. So heißt es zumindest auf der Homepage der Identitären Bewegung (Identitäre Bewegung 2021c). Es war nicht das erste Mal, dass sich Aktivist:innen der Identitären Bewegung als Grenzschützer:innen inszenierten und zur Selbstjustiz griffen. Unter dem Motto »Defend Europe« charterte die Identitäre Bewegung 2017 ein Schiff auf dem Mittelmeer, um gegen die Arbeit der Rettungsschiffe von NGOs vorzugehen (Rafael 2018: 136). Im März 2020 reisten Aktvist:innen der Identitären Bewegung nach Griechenland, um dort, nach eigenen Angaben, die griechische Bevölkerung bei ihrem Abwehrkampf gegen geflüchtete Menschen zu unterstützen (Identitäre stehen mit Griechenland 2020).

Mit solchen und ähnlichen Aktionen behauptet die Identitäre Bewegung nicht nur die nationalstaatlichen, sondern vorrangig die europäischen Grenzen zu verteidigen.

Das wirft zentrale Fragen auf, denen dieser Beitrag nachgehen möchte: Was versteht die Identitäre Bewegung unter Europa? Wer gehört zu Europa und wem stehen (Bürger:innen-)Rechte zu? Verliert die Nation an Bedeutung und lässt sich stattdessen, zumindest für die theoretische Entwicklung innerhalb der Identitären Bewegung und der Neuen Rechten, eine Verschiebung hin zu regionalen und europäischen Bezügen feststellen?

Um die Identitäre Bewegung als Strömung der extremen Rechten einzuordnen, wird im Folgenden zunächst skizziert, welche Entwicklungen mit dem Begriff *Neue Rechte* verbunden werden. Im Anschluss daran wird gezeigt, weshalb die Identitäre Bewegung der Neuen Rechten zuzuordnen ist. Dabei liegt der Fokus

auf den deutschen Ablegern der Neuen Rechten und der Identitären Bewegung. Für die anschließende kritische Auseinandersetzung mit Europa-Konzeptionen der Identitären Bewegung dient vorrangig die Analyse des Buchs *Europaradikal. Konzepte einer europäischen Zukunft*, dessen Autor, Till-Lucas Wessel, der Identitären Bewegung zuzuordnen ist.

Die Neue Rechte

Das Jahr 1968 wird mit einem linken Aufbruch in Westdeutschland verbunden: Während junge Menschen die NS-Vergangenheit der Elterngeneration in Frage stellten, zog zeitgleich die noch junge Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) in mehrere Landesparlamente ein. Mit der Bundestagswahl im Jahr 1969 verband sich für die extreme Rechte die Hoffnung, auch den Sprung auf die bundespolitische Ebene zu schaffen. Die NPD scheiterte jedoch mit 4,3 % der Stimmen an der 5 %-Hürde (Tagesschau 2019). Diese Niederlage auf parlamentarischer Ebene führte zu strategischen Debatten und zu Ausdifferenzierungen innerhalb der extremen Rechten. Während ein Teil im parteipolitischen Arm verblieb, wendeten sich andere Teile der extremen Rechten vom Parlamentarismus ab.

Prägend für eine Form der Neuausrichtung, die heute mit dem Stichwort *Neue Rechte* verbunden ist, war unter anderem der französische Publizist Alain de Benoist.[1] Unter Rekurs auf den italienischen Kommunisten Antonio Gramsci regte er an, zunächst eine kulturelle Gegenmacht aufzubauen, bevor man eine politische Übernahme des Staates versuche. Ziel solle es sein, im kulturellen Raum aktiv zu sein und auf der Ebene des gesellschaftlichen Diskurses rechte Theorien und Weltbilder zu popularisieren. Mit de Benoists Konzept der *Metapolitik* solle die extreme Rechte, mit Gramsci formuliert, versuchen auf kultureller Ebene an Hegemonie zu gewinnen, anstatt sich vorrangig auf die parlamentarische Ebene zu konzentrieren (Bruns/Strobl 2020: 232).

Verbunden mit dem kulturellen Kampf um Hegemonie jenseits der Parlamente, Parteien und Massenorganisationen, war eine Abwendung der Neuen Rechten vom offenen Bezug auf den Nationalsozialismus. An Stelle des Nationalsozialismus setzte sich die Neue Rechte die sogenannte *Konservative Revolution* als wesentlichen historischen Bezugspunkt. Den Begriff prägte der Schweizer Armin Mohler.[2] Dieser versuchte 1949 in seiner Dissertation *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932* die Erzählung zu etablieren, es hätte einen rechten Konservatismus der 1920er Jahre gegeben, der nichts mit dem Nationalsozialismus zu tun gehabt hätte (Weiß 2017: 44). In seiner Arbeit fasste Mohler unterschiedlichste Autor:innen, die dem Radikalnationalismus zuzuordnen sind, zu einer gemeinsamen Denkschule zusammen (Weiß 2017:44).

Bei genauerer Betrachtung der von ihm genannten Autor:innen und Akteur:innen wird der vermeintliche Bruch mit dem Nationalsozialismus jedoch unglaubwürdig. Während einige der von Mohler bemühten Autor:innen die NSDAP ablehnten, weil diese ihnen nicht radikal genug und dem verhassten Parlamentarismus verfallen war, hatten andere durchaus kein Problem damit, sich dem Nationalsozialismus sowohl weltanschaulich zu nähern als auch innerhalb des nationalsozialistischen Systems Karriere zu machen (Weiß 2017: 45). Autoren wie Carl Schmitt oder Ernst Jünger waren die Wegbereiter des Nationalsozialismus. Innerhalb der Neuen Rechten gelten sie als vermeintliche Vertreter der *Konservativen Revolution*, »als Hausgötter« (Weiß 2017: 48).

Zwar gibt es mittlerweile wissenschaftliche Kritik an Mohlers Schöpfung einer Konservativen Revolution, dennoch hat er mit dem Begriff eine Bezugsgröße geschaffen, die es der Neuen Rechten erlaubt, sich heute in eine vermeintliche Traditionslinie jenseits des Nationalsozialismus einzuordnen (Weiß 2017: 4748).

Die Identitäre Bewegung als Teil der Neuen Rechten

Mit den Schriften Alain de Benoists kam nicht nur ein wichtiger Vordenker der deutschen Neuen Rechten aus Frankreich; auch spielten Entwicklungen in und Kontakte nach Frankreich bei der Entstehung der Identitären Bewegung in Deutschland eine zentrale Rolle.[3] Ähnlich wie in Deutschland stellte sich auch die franzö-

[1] Alain de Benoist war 1968 Mitbegründer des französischen neurechten Zirkels *Groupement de recherche et d´études pour la civilisation européenne* (deutsch: Forschungs- und Studiengruppe für die europäische Zivilisation), kurz GRECE. In Anlehnung an GRECE gründete sich 1980 in Deutschland das *Thule Seminar* (Weiß 2017: 32). De Benoists Buch *Kulturrevolution von rechts* erschien 1985 in Deutschland und war prägend für die Entwicklung der Neuen Rechten in Deutschland (Speit 2018a: 30). De Benoist unterhielt Kontakte zum ehemaligen SS-Offizier Arthur Erhardt (Weiß 2017: 30-31).

[2] Armin Mohler war unter anderem von 1949 bis 1953 Ernst Jüngers Privatsekretär (Weiß 2017: 48f.) und mit Alain de Benoist befreundet (Weiß 2017: 41). Auf Mohlers Beerdigung 2003 bezeichnete Götz Kubitschek, der Mohlers Bücher im Antaios Verlag veröffentlichte, sich selbst als dessen Schüler (Weiß 2017: 39). Die Verbindungslinien zwischen den verschiedenen Personen, die die Neue Rechte bis heute prägen, sind also nicht nur ideologische, sondern auch persönliche.

[3] Volker Weiß betont, dass die enge Verbindung zwischen der extremen Rechten in Frankreich und Deutschland auf eine lange historische Tradition zurückblickt. Bereits im zweiten Weltkrieg traten französische Rechtsintellektuelle für einen Kampf auf Seiten Deutschlands ein. Eine Tradition, die sich nach Kriegsende fortsetzte (Weiß 2017: 31).

sischen *Nouvelle Droite* (deutsch: Neue Rechte) die Frage nach einer strategischen Neuausrichtung innerhalb der extremen Rechten. Optionen waren unterschiedliche Vorgehensweisen: die Konzentration auf Metapolitik, der Weg in den gewaltsamen Untergrund oder die Gründung einer legalen politischen Bewegung (Camus 2017: 239). 2003 bildete sich der *Bloc identitaire*, der sich durch Aktionismus und Präsenz in den sozialen Netzwerken auszeichnete, sich also um die Erlangung kultureller Hegemonie bemühte, sich aber auch an Wahlen beteiligte (Camus 2017: 233). Die Jugendabteilung des *Bloc identitaire*, die *Jeunesses Identitaires*, wurde 2005 vom *Bloc identitaire* als eigenständige Gruppierung dargestellt, blieb aber personell eng mit ihm verbunden. Im September 2012 wurde aus der *Jeunesses identitaires* die *Génération identitaire* (Camus 2017: 239). Im Oktober veröffentlichte die *Génération identitaire* ein Video mit dem Titel *Déclaration de guerre* (deutsch: Kriegserklärung) und besetzten das Dach einer im Bau befindlichen Moschee in Poitiers (Speit 2018b: 43). Damit legten sie den Grundstein für die Entstehung der Identitären Bewegung in weiteren europäischen Ländern.

Noch im selben Jahr, im November 2012, reisten der deutsche Verleger des Antaois Verlags und Chefredakteur des neurechten Magazins *Sezession* Götz Kubitschek und der österreichische Publizist und Autor der *Sezession* Martin Lichtmesz[4] zum 4. Konvent des *Bloc Identitaire* (Weiß 2017: 103). In Folge dieser Reise verfassten sie eine Reihe von Artikeln, die zur Gründung eines deutschen Ablegers der Identitären Bewegung anregen sollten (Weiß 2017: 104).

Mit aktionistischen Formen liebäugelte Kubitschek bereits vor der Reise nach Frankreich. Mit der von ihm gegründeten *Konservativ-Subversiven Aktion* versuchte er bereits Anfang der 2000er, Aktionsformen der Linken aus den 1960er Jahren für die extreme Rechte nutzbar zu machen (Speit 2018a: 20-21.). 2007 veröffentlichte Kubitschek den Band *Provokation* in seinem eigenen Verlag Antaios. Darin unterfütterte er die Aktionen der *Konservativ-Subversiven-Aktion* theoretisch und strategisch (Hentges 2018: 95): Ihm zufolge solle sich die Neue Rechte nicht nur auf eine Theoriebildung konzentrieren, sondern auch mit konkreten politischen Aktionen ihre Inhalte verbreiten. Es gehe darum » […] eine Reaktion (und sei es nur die der Verblüffung) hervorzurufen. Wahrgenommen wird das Unerwartete, wahrgenommen wird der gezielte Regelverstoß« (Kubitschek 2007: 24, zitiert nach Wagner 2017: 146). Dieses politische Kalkül Kubitscheks ist nicht nur relevant für die *Koservativ-Subversive-Aktion*, sondern auch an die 2012, im Anschluss an die Aktionen der *Génération identitaire*, in Deutschland neu entstehende Identitäre Bewegung anschlussfähig.

[4] Der Name Martin Lichtmesz ist ein Anagramm seines bürgerlichen Namens Martin Semlitsch (Speit 2018b: 48).

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass es zwischen Neuer Rechten und Identitärer Bewegung politische, strategische und personelle Überschneidungen gibt. Gerade Götz Kubitschek pflegt ein enges Verhältnis zu einigen Aktivist:innen der Identitären Bewegung und verlegt bei Antaios mittlerweile mehrere Bücher von Autor:innen, die der Identitären Bewegung zuzurechnen sind (Bruns/Stobl 2020: 239).

Dennoch geht der Politikwissenschaftler und Soziologe Armin Pfahl-Traughber davon aus, dass sich die Identitäre Bewegung, zwar auf die Konservative Revolution beziehe, aber durch ihren aktionistischen Ansatz »allenfalls als ›Neue Rechte auf der Straße‹; gelten« (Pfahl-Traughber 2019) könne. Kann die Identitäre Bewegung also nicht zur Neuen Rechten gezählt werden, da sie vermeintlich weniger theoretisch und stärker aktionistisch ausgerichtet ist?

Für das Jahr 2021 schätzte der Verfassungsschutz die Identitäre Bewegung in Deutschland auf etwa 500 Mitglieder (Bundesministerium des Innern und für Heimat 2022: 73). Seit ihrer Gründung versucht die Identitäre Bewegung durch spektakuläre Aktionen, Aufmerksamkeit zu gewinnen. Für die Durchführung ihrer Aktionen sind teilweise nur wenige Aktivist:innen notwendig. Sie produzieren aber Bilder, die sich gut über die eigenen Netzwerke verbreiten lassen und teilweise auch von Journalist:innen aufgegriffen wurden. Damit finden und fanden die Aktionen eine Reichweite, die weit über den eigentlichen Ort des Geschehens hinausreicht (Hentges 2018: 77-78). Die Identitäre Bewegung verwendet europaweit dieselbe Optik: Ihr Symbol, der griechische Buchstabe Lambda[5], und die farbliche einheitliche Gestaltung haben einen hohen Wiedererkennungswert (Hentges 2018: 77). Der journalistische Umgang mit Akteur:innen und Aktionen der Identitären Bewegung reicht von einer kritischen Beleuchtung ihrer Motive (Gensing 2018: 189), bis hin zur Übernahme der von der Identitären Bewegung geschaffenen Bilder und Inszenierung (Gensing 2018: 196). Gerade in der Anfangszeit waren Journalist:innen mit dem noch neuen Phänomen wenig vertraut, mittlerweile wird aber von den demokratischen Medien weitestgehend auf die Verbreitung der Bilder der Identitären Bewegung verzichtet, um ihnen nicht die erwünschte Aufmerksamkeit zukommen zu lassen (Lauer/Kracher 2022).

[5] Mit dem Lambda (dem 11. Buchstaben des griechischen Alphabets) verweist die Identitäre Bewegung auf die Verfilmung der Graphic Novel 300. Dort kämpfen spartanische Soldaten mit ihrem König Leonidas gegen eine Übermacht persischer Soldaten. Auf ihren Schildern tragen sie das Lambda, welches sie als Lakedaimonier (= Spartaner) kennzeichnet (Bruns/Glösel/Strobl 2016:249). Mit der Bezugnahme auf diese Schlacht bei den Thermoplyen inszeniert sich die Identitäre Bewegung als heldenhafte Verteidiger Europas gegen einen vermeintlich übermächtigen, äußeren Ansturm (Winkler 2017: 48).

Lange Zeit war die Identitäre Bewegung sehr stark in den sozialen Netzwerken auf Plattformen wie Instagram, Facebook und YouTube vertreten. In einem Abstand von teilweise mehreren Jahren haben die Plattformbetreiber:innen jedoch zahlreiche Accounts gesperrt (Fielitz/Schwarz/Hitziger 2020: 36). Das sogenannte „Deplattforming" betrifft nicht nur die Identitäre Bewegung, sondern auch andere Akteur:innen der extremen Rechten. Als Folge lässt sich beobachten, dass die Akteur:innen auf alternative oder eigene Plattformen ausweichen (Fielitz/Schwarz/Hitziger 2020: 52). Dennoch hat das „Deplattforming" auch bei der Identitären Bewegung einen deutlichen Verlust ihrer Reichweite zur Folge (Fielitz/Schwarz/Hitziger 2020: 36).

Auch wenn viele Aktivitäten der Identitären Bewegung im Internet Platz finden, lässt sie sich keineswegs auf ein reines Internetphänomen reduzieren. Neben klassischen politischen Ausdrucksformen wie Demonstrationen und Kundgebungen nutzt die Identitäre Bewegung auch Formen des zivilen Ungehorsams wie Besetzungen, Blockaden und Flashmobs (Hentges 2018: 95). In Halle hatte sie ein eigenes Hausprojekt gegründet. Das Projekt scheiterte, auch aufgrund des steten Protests und Widerstands vor Ort (Bruns/Strobl 2020: 236f). Dennoch versucht die Identitäre Bewegung aktuell unter dem Namen *Schanze Eins. Identitäre Strukturprojekte* ähnliche Konservative Zentren in Rostock und Linz zu etablieren. Bisher informieren aber lediglich Flyer, mit denen auch nach geeigneten Immobilien gesucht wird, über die Projektidee (Schanze Eins 2021).[6]

Betrachtet man die Entstehungsgeschichte der Neuen Rechten, und spezieller der Identitären Bewegung, so lässt sich sagen, dass ihre Form von Aktionismus keinesfalls ein neues Phänomen ist und bereits vor dem Aufkommen der Identitären Bewegung in Deutschland durch die Neue Rechte als politisches Ausdrucksmittel genutzt wurde. Die Neue Rechte war nie nur ein reiner Theorie-Zirkel. Um eine rechte Hegemonie zu erkämpfen, umfasst die Strategie der Metapolitik auch konkrete politische Aktionen. Auf der inhaltlichen Ebene lässt sich zeigen, dass sowohl die Neue Rechte als auch die Identitäre Bewegung auf die gleichen theoretischen Schriften zurückgreift. Auch versucht die Identitäre Bewegung, wie im Folgenden noch gezeigt wird, mit eigenen theoretischen Beiträgen, sowohl innerhalb der Neuen Rechten, als auch über diese hinaus, Diskurse zu prägen. Die Identitäre Bewegung kann somit durchaus als »Spielart der Neuen Rechten« (Peball 2018: 44) begriffen werden. Diese Einschätzung teilt auch Volker Weiß. Er schreibt, die Identitäre Bewegung weise »das ›kulturrevolutionäre‹ Konzept unter Vermeidung allzu offener Bezüge zum Dritten Reich, die europäische Vernetzung sowie ihr weltanschaulicher Kanon als Teil der Neuen Rechten aus« (Weiß 2017: 94).

[6] Auch darüber hinaus lassen sich momentan, unter anderem als Folge des „Deplattforming", aber auch weil verschiedene Vorhaben und Aktionen der Identitären Bewegung scheiterten, Versuche der Neuausrichtung der Identitären Bewegung beobachten. Die Strategien reichten dabei von Umbenennungen, über die Suche nach Anschluss bei den *Querdenken*-Protesten bis hin zur Professionalisierung einiger Akteur:innen mit eigenen Firmen oder Tätigkeiten für die AfD (Lauer/Kracher 2022).

Europa-Bezüge der Identitären Bewegung

Die Identitäre Bewegung bezieht sich zwar in ihrer Außendarstellung (Aufkleber, T-Shirts, Flyer, Banner etc.) immer wieder deutlich auf Europa und dessen vermeintliche Verteidigung, bleibt aber bei ihrer Europa-Konzeption unkonkret. Auf der Homepage der Identitären Bewegung Deutschland findet sich weder unter »Forderungen« noch unter »FAQ« eine Erläuterung dessen, was für sie Europa ist und welche Form von europäischer Zusammenarbeit sie sich vorstellt (Identitäre Bewegung 2021a). Eine Ausnahme ist der 2019 veröffentlichte kleine Band *Europaradikal. Konzepte einer europäischen Zukunft* von Till-Lucas Wessels.

Wessels wurde 1993 in Oldenburg geboren, schreibt für die neurechte Zeitschrift *Sezession* und ist der Identitären Bewegung in Halle zuzuordnen (Schade 2017). Die folgenden Analysen beziehen sich im Wesentlichen auf diese Veröffentlichung. Es kann davon ausgegangen werden, dass die theoretische Arbeit um die Europa-Konzeption innerhalb der Identitären Bewegung nicht abgeschlossen ist und folglich die Entwürfe Wessels nicht in Gänze von der Identitären Bewegung in Deutschland geteilt werden. Widersprüche innerhalb der Identitären Bewegung werden anhand weiterer, ergänzender Materialien deutlich gemacht. Da Wessels Veröffentlichung die einzige ausführliche Darstellung eines Vertreters der Bewegung zum Europa-Konzept ist und, wie noch zu zeigen sein wird, an vielen Stellen an Europa-Konzepte, die in der Neuen Rechten weit verbreitet sind, anschließt, kann sie dennoch als wegweisend eingeschätzt werden.

Der Abschied vom Nationalstaat

Gleich in der Einleitung seines Buches *Europaradikal. Konzepte einer europäischen Zukunft* attestiert Till-Lucas Wessels der Rechten eine mangelnde Auseinandersetzung mit einem eigenen Europa-Konzept. Daraus resultiere, so Wessels, ein veraltetes Festhalten am Nationalstaat:

> »Die Folge ist ein geistiges Verharren in den Lähmungserscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer momentanen, sich allmählich abstreifenden Organisationshülle, des Nationalstaates [...].« (Wessels 2019: 13)

Die Ablehnung des Nationalstaates wird in der Folge weiter theoretisch unterfüttert. Dabei stützt Wessels seine Argumentation im Wesentlichen auf zwei Punkte. Erstens sorge die Organisation der Menschen in Europa in Nationalstaaten für ständige Spannung der Nationalstaaten untereinander, so dass beständig die Gefahr eines Krieges bestünde (Wessels 2019: 32). Zweitens sei der Nationalstaat als Organisationseinheit nicht mehr den Erfordernissen einer modernen globalisierten Welt gewachsen (Wessels 2019: 39).

Wessels kritisiert das Konzept eines *Europas der Vaterländer*, wie es vielen Rechten, unter anderem Parteien wie der Alternative für Deutschland und der Freiheitlichen Partei Österreich, vorschwebe (Wessels 2019: 35). Dabei strebe die Rechte zurück zu mehr nationalstaatlicher Souveränität, obwohl diese zwangsläufig zu einem hierarchischen Verhältnis der Staaten untereinander führen würde. Dieses Verhältnis sei notwendig durch permanente Spannungen gekennzeichnet und werde nur durch unsichere diplomatische Verhältnisse zusammengehalten (Wessels 2019: 36). Unklar bleibe, was passiere, wenn außenpolitische Interessen der Nationalstaaten in Konkurrenz zueinander treten (Wessels 2019: 37). Dann stünde, so Wessels, stets die Gefahr von kriegerischen Auseinandersetzungen im Raum.

Ein sukzessiver Abbau oder gar eine vollständige Auflösung der Europäischen Union zugunsten nationaler Souveränitäten sei geeignet, den Funken des unter der Oberfläche Europas schwelenden Bürgerkrieges samt nationaler Chauvinismen und alter Rechnungen aufs Neue zu entfachen, ob in Ungarn oder Rumänien, in Griechenland oder Bulgarien - oder auch in Westeuropa (Wessels 2019: 32).

Zudem würden im *Europa der Vaterländer* die Nationalstaaten in eine wirtschaftliche Konkurrenz geraten. Dieser Konkurrenz stellt Wessels eine europäische Schicksalsgemeinschaft gegenüber:

> »Es [das *Europa der Vaterländer*, d. Verf.] würde auch zwangsläufig dazu beitragen, die europäischen Völker einander zu entfremden, da sie sich als bloße Konkurrenten auf dem Markt, als grundsätzliche Gegner im ökonomischen Hahnenkampf, nicht als kontinentale Schicksalsgemeinschaft verstünden.« (Wessels 2019: 39)

Als Lösung dieser Problematik schlägt er, in Anlehnung an Alain de Benoist, vor, sich langfristig vom Konzept des Nationalstaates abzuwenden. Der Nationalstaat sei zu groß, um die Probleme der Regionen und Kommunen zu lösen und zu klein, um auf europäischer und globaler Ebene effektiv agieren zu können (Wessels 2019: 65). Die logische Schlussfolgerung daraus ist ein stärkerer Fokus auf die europäische Ebene einerseits und auf die Regionen andererseits. Diese Position teilen auch andere Akteur:innen der Identitären Bewegung, wie beispielsweise

Martin Sellner[7]. Im Gespräch mit dem Soziologen Thomas Wagner fokussiert sich Sellner jedoch stärker auf eine Art dreistufiges Modell, dem Region, Nationalstaat und die europäische Ebene zu Grunde liegen (Wagner 2017: 2018). Sellners Position ist auch auf der Homepage der Identitären Bewegung Deutschland zu finden. Dort wird dem Nationalstaat sogar die Rolle des Demokratie-, Rechts- und Sozialstaats zugeschrieben, der nur im nationalen Rahmen garantiert werden könne und dessen Staatsvolk eine »Kultur- Abstammungs- und Solidargemeinschaft« (Identitäre Bewegung 2021b) bilde.

Diese widersprüchlichen Positionen sollte man nicht zwangsläufig als theoretische Trennlinien innerhalb der Identitären Bewegung begreifen. Vielmehr lassen sie sich als Konfliktlinien im Feld zwischen politischer Praxis und Utopie begreifen. Wessels macht direkt zu Beginn seiner Schrift deutlich, dass es ihm darum geht, das Machbare und das Träumbare darzustellen (Wessels 2019: 11f.). Die Aktivist:innen der Identitären Bewegung inszenieren sich gerne als mutige Vordenker:innen der Rechten, sehen aber durchaus ein, dass Nationalismus nach wie vor ein wichtiger Mobilisierungsfaktor für die extreme Rechte darstellt. Auch wenn Europa ein Schlüsselbegriff für die Identitäre Bewegung ist, bleibt die konkrete Vorstellung von Europa meist nicht weiter definiert und damit offen für verschiedene Deutungen (Bruns/Glösel/Strobl 2016: 217). Vertreter:innen widersprüchlicher Positionen zum Nationalstaat und zu Europa treffen sich ideologisch spätestens bei der Definition dessen, wer zur Ethnie, zu Europa, zur Region oder zum Nationalstaat gehören sollte, bei einem völkischen Ideal.

Aufwertung der Region

Wessels Anschluss an den Vordenker der Neuen Rechten, Alain de Benoist, wird besonders in seinen Ausführungen zum Regionalismus deutlich. Er übernimmt in den wesentlichen Punkten die Analysen de Benoists und spricht sich für Subsidiarität[8], Kommunitarismus[9] und Autonomie aus (Wessels 2019: 65). Dabei ver-

---

7 Martin Sellner gilt als Kopf der Identitären Bewegung in Österreich, mit guten Kontakten nach Deutschland, u.a. ist er fester Redakteur der von Götz Kubitschek herausgegeben Zeitschrift *Sezession* (Bruns/Strobl 2020: 236).

8 Dem Prinzip der Subsidarität liegt die Idee zu Grunde, dass gesellschaftliche Probleme möglichst von kleinen sozialen Formationen gelöst werden sollen. Erst wenn deren Selbsthilfe nicht mehr möglich ist, sollen übergeordnete (staatliche) Stellen bei der Lösung unterstützen (Holtmann 2000: 680).

9 In Abgrenzung zum Liberalismus, den der Kommunitarismus mit individueller Selbstverwirklichung und ökonomischer Nutzenmaximierung verbindet, fokussiert die unter dem Sammelbegriff Kommunitarismus zusammengefasste politisch-philo-

bleibt Wessels in seiner Vorstellung der Regionen bei einem Ideal von Identität und Homogenität, welches er letztlich völkisch begründet und welches auf dem Ausschluss all derjenigen beruht, die von diesem Ideal abweichen.

Wessels geht von der Annahme aus, dass politische Entscheidungen am besten auf lokaler Ebene von den Menschen getroffen werden sollten, die von der Entscheidung auch betroffen sind (Wessels 2019: 69). Souveränität solle die lokale Ebene nur abgeben, wenn sich Bereiche ihrer Zuständigkeit entziehen (Wessels 2019: 65). Unklar bleibt, mit welchem Verfahren Entscheidungen getroffen werden. Diffus bleibt auch, wie die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft, die diese Entscheidungen trifft, definiert wird und wer stimmberechtigt ist.

Die lokale Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft ist für Wessels, wieder im Rekurs auf de Benoist, ein für das Individuum identitätsstiftender Moment (Wessels 2019: 65). Die lokalen Einheiten konzipiert Wessels so, dass jede Region im Idealfall eine homogene Bevölkerung beheimatet (Wessels 2019: 66f.).

Dem dahinterstehenden Ethnopluralismus geht es vordergründig um den Erhalt sowohl der vermeintlich »eigenen« als auch der vermeintlich »fremden« Kultur in ihren jeweiligen Besonderheiten (Balibar/Wallerstein 2017: 29). Der Ursprung der Kultur wird wiederum in der Natur begründet (Balibar/Wallerstein 2017: 30). Kultur wird dadurch zu etwas Unveränderlichem (Balibar/Wallerstein 2017: 30). Kultur und Natur fallen so in eins.

Bei der Identitären Bewegung wird die *Ethnokultur* in erster Linie an die Regionen (Wessels 2019: 80-81) und in zweiter Linie an Europa (Wessels 2019: 58) gebunden. Letztlich lässt sich in der Rede von der *Ethnokultur* ein völkisches Denken identifizieren, das Zugehörigkeit und Ausschluss über Abstammung definiert und lediglich in der Argumentation einen Umweg über die *Ethnie* oder die *Kultur* macht (Priester 2003: 256).

Darüber hinaus schreibt Wessels über das Verhältnis, das die Regionen in seinem Modell zueinander haben sollten. Dabei konzentriert er sich besonders auf die Metropolregionen. Mit ihren kulturellen Gütern seien diese die »eindrücklichsten Zeugen der europäischen Zivilisation« (Wessels 2019: 87), zugleich aber auch der »Ausblick auf das multiethnische Chaos, das uns erwartet, wenn wir scheitern« (Wessels 2019: 87). Selbst bei noch so massiven Maßnahmen der Assimilation und der »Remigration« (Wessels 2019: 87), sprich Ausweisung von Migrant:innen, blieben die Städte wohl »Unruheherde« (Wessels 2019:87). Sie sollten gegebenenfalls den Status eigener Regionen zugesprochen bekommen, damit die anderen Regionen vor ihrem negativen Einfluss geschützt werden (Wessels 2019: 88).

sophische Strömung auf die Rückbesinnung auf ein Fundament gemeinsamer Werte und Vorstellungen des normativ Guten. Erst auf Basis dieses (durchaus unterschiedlich definierten) Wertekonsens sei eine Politik möglich, die sich am Gemeinwohl orientiere (Holtmann 2000: 315-316).

Wenn es um die Ausweisung und Assimilation von Migrant:innen geht, wird deutlich, dass der Definition von *Identität* und *Zugehörigkeit* nicht die Selbstwahrnehmung und das Selbstverständnis des Individuums zu Grunde gelegt werden. Stattdessen wird *Identität* als *kollektive Identität* und in Abgrenzung gegen die vermeintlich »Anderen« konstruiert (Peball 2018: 45-46). Die notwendige Homogenität der Bevölkerung der Regionen lässt sich nur herstellen, wenn alle „Abweichenden“ ausgeschlossen werden. Über den Ein- oder Ausschluss einzelner Individuen wird im Zweifel durch das Kollektiv entschieden. Schon bei de Benoist findet sich die Idee, dass sich Staatsbürger:innenschaft auf lange Sicht vom Nationalstaat lösen und Zugehörigkeit zukünftig auf der regionalen Ebene entschieden wird (Bar-On 2012: 352). So könne jede Region ihre jeweilige Besonderheit wahren. Der Politologe Tamir Bar-On schlussfolgert, dass dies auf der anderen Seite dem regionalen Kollektiv die Möglichkeit gibt, Menschen auszuschließen:

> »Dieser ›Multikulturalismus der Rechten‹ erkennt öffentliche Differenzen an, um Einwanderer über die normalen parlamentarischen Kanäle oder den Mechanismus von Volksabstimmungen vom öffentlichen Leben auszuschließen.«[10] (Bar-On 2012: 352; Übers. d. Verf.)

In einer derartigen Vorstellung von völkischer Homogenität erledigt sich die Frage danach, welche Form der Regierung auf der regionalen oder europäischen Ebene gewählt werden soll, beinahe von selbst. Es klingt durch, was sich schon bei Carl Schmitt finden ließ: das Volk ist so homogen, dass letztlich Regierte und Regierende miteinander identisch sind (Schmitt 1993: 235). Wie der Sozial- und Politikwissenschaftler Samuel Salzborn darlegt, führt diese Argumentation bei Schmitt zur Befürwortung einer Diktatur, denn das homogene Volk müsse lediglich durch Erziehung und eine Führung dazu gebracht werden, den Volkswillen zu erkennen und sich diesem zu unterwerfen (Salzborn 2017: 70). Die repräsentative und parlamentarische Demokratie und jede Form der Mitbestimmung werden damit hinfällig.

[10] Im Original: »This ‹multiculturalism of the right›; recognizes public differences in order to exclude immigrants from public life through normal parliamentary channels or the mechanism of referenda.« (Bar-On 2012: 352).

Ein europäisches Reich

Als Gegenentwurf zum *Europa der Vaterländer* bietet Wessels eine europäische Föderation der Regionen an, die vom Mythos eines europäischen Reiches umweht wird. Dieses Reich solle auf einer europäischen Identität gründen, welche sich, ähnlich wie bei den Regionen, im Wesentlichen durch Abgrenzung gegen ein *Außen* definiert.

Zunächst macht Wessels jedoch, ganz im Sinne der Identitären Bewegung und der Neuen Rechten, seine Ablehnung der Europäischen Union deutlich. Mit dem Jugoslawien-Krieg sei sie an ihrem eigenen Ziel, der Sicherung des Friedens in Europa, gescheitert (Wessels 2019: 17). Die Einführung des Euros habe letztlich zur Eurokrise 2009 geführt. Mit der Aufnahme von geflüchteten Menschen 2015 habe die EU versagt, ein politisch-medialer Komplex habe alle ankommenden Menschen als Flüchtlinge verklärt und mit einem moralischen Imperativ seien nationale und internationale Gesetze gebrochen worden (Wessels 2019: 18-19). Letztlich sei die Europäische Union nur »[…] ein bürokratisches, reaktives, die Globalisierung und Wirtschaftshandlungen verwaltendes postnationales und überstaatliches Konstrukt [...]« (Wessels 2019: 20).

Doch Wessels Ablehnung der EU führt nicht dazu, dass er sich in seiner Europa-Konzeption von der Idee einer europäischen Zusammenarbeit löst. Ganz im Gegenteil fordert er einen freizügigen europäischen Wirtschaftsraum (Wessels 2019: 91), eine gemeinsame Steuer- und Sozialpolitik (Wessels 2019: 29f.) und eine gemeinsame Armee und Grenzsicherung (Wessels 2019: 91). Um Konkurrenz unter den Regionen, Lohndumping, Abwanderung und eine Gefährdung des Zusammenhalts der Föderation zu vermeiden, solle es zwischen ökonomisch unterschiedlich starken Regionen Ausgleichsmechanismen geben (Wessels 2019: 86). Damit geht Wessels weit über die europäische Integration der EU hinaus. In Wessels Konzept einer europäischen Föderation soll diese ein »Bollwerk gegen Bedrohungen von Außen – in der heutigen Zeit also gegen die Interessenpolitik raumfremder Mächte und Konzerne, die verselbständigten Dynamiken der Globalisierung und Migrationsbewegungen, die ein verträgliches Ausmaß überschreiten [...]« sein (Wessels 2019: 93). Ziel sei nicht eine komplette Isolation des europäischen Zusammenschlusses, aber dennoch die weitgehende Autarkie, um so als eigenständige globale Macht außenpolitisch auftreten zu können (Wessels 2019: 28). Diese Form des Zusammenschlusses solle eine europäische Föderation auf Augenhöhe ermöglichen, die nicht unter der Vormachtstellung einzelner Staaten steht und auch kleinen Regionen Geltung verschafft (Wessels 2019: 81).

Wessels bezieht sich dabei auf Vorläufer europäischer Modelle der extremen Rechten, jenseits der Vorherrschaft einzelner Nationalstaaten (Wessels 2019: 61). Beispielsweise nennt er Oswald Mosleys Konzept einer Nation Europa (Wessels 2019: 58), oder hebt die These Werner Neulens hervor, die Waffen-SS habe in den letzten Kriegsjahren nicht mehr für ein deutsches Imperium, sondern für eine Union gleichberechtigter faschistischer Staaten gekämpft (Wessels 2019: 60). »Die Rassenhybris der Nationalsozialisten« (Wessels 2019: 59) habe ein solches Imperium verhindert und somit als »antifaschistische Instanz« (Wessels 2019: 60) gewirkt.

Das neue rechte Europa soll nach Wessels Vorstellung durch die Schaffung oder Erneuerung[11] einer gemeinsamen europäischen Identität zusammengehalten werden, deren gegenwärtiges Fehlen er bemängelt (Wessels 2019: 19). Grund für dieses Fehlen sei im Wesentlichen die Übernahme der universalistischen Wertvorstellungen, zu denen er auch die Allgemeinen Menschenrechte zählt (Wessels 2019: 19-20). Sie würden nur eine westliche und damit keine gesamteuropäische Sicht abbilden und daher der Herausbildung einer gemeinsamen Identität im Wege stehen (Wessels 2019: 20). Die Ablehnung des Universalismus und der Menschenrechte, die mit dem westlichen Liberalismus (vor allem den USA) und mit der Globalisierung verbunden werden, findet sich bei weiten Teilen der (Neuen) Rechten (Keil 2019: 66-67). Der Westen stelle das Individuum über die Gemeinschaft und versuche den anderen Kulturen imperialistisch die eigenen Werte aufzuoktroyieren (Grumke 2012: 238).

Der »fortschreitenden Entortung und Atomisierung der Menschen, die durch einen globalisierten Verwertungsmechanismus immer stärker vom Wesentlichen freigespült werden« (Wessels 2019: 9), stellt Wessels eine mystifizierte europäische Identität entgegen. Die damit verbundene Idee, eine kollektive Identität gegen die zunehmende Entfremdung der Menschen durch den Kapitalismus zu stellen, findet sich bereits beim Vordenker der Neuen Rechten Henning Eichberg (Globisch 2011: 209). In dessen Verständnis wird Identität stets als kollektive Identität, nicht als individuelle Identität gedacht (Eichberg 1978: 7). Die Soziologin Claudia Globisch erläutert zu diesem Denken, das die individuellen Interessen den kollektiven unterordnet: »Individuelle Interessen und Interessenkonflikte, wie sie für moderne Gesellschaften kennzeichnend sind, haben in solch einer Ordnung, die das Primat der ›Gemeinschaft‹ einfordert, keinen Platz« (Globisch 2017: 206). Interessen und Rechte von Individuen oder kleineren Gruppen (wie

[11] Daniel Keil erläutert die Bedeutung der Palingenese, der Wiedergeburt, für faschistische Bewegungen: Erst nach der Zerstörung der Moderne könnten die vermeintlich natürlichen Verhältnisse der Vergangenheit neu erschaffen werden (Keil 2019: 74).

beispielsweise Minderheitenschutz) müssen im Konfliktfall hinter das Primat des Kollektivs zurücktreten.

Das Kollektiv kann Menschen vom Zugang zu Rechten ausschließen, indem es diese vom Kollektiv selbst ausschließt. Personen, die nicht zum eigenen Kollektiv gezählt werden, muss keinerlei Rechtsstatus zugesprochen werden, der über die gegenseitige Anerkennung der Zugehörigkeit zu verschiedenen *Ethnien* oder *Kulturen* hinausgeht. Die Nichtanerkennung allgemeiner Menschenrechte verschärft diese Situation weiter. Menschen, die nicht von einem Kollektiv als zu ihm dazugehörig angenommen werden, befinden sich dann in einem weitestgehend rechtlosen Status. Eine Schlussfolgerung, die sich so schon Anfang der 1950er Jahre bei Hannah Arendt finden lässt. Sie diagnostizierte, dass es für Staatenlose und geflüchtete Menschen, welche die Zugehörigkeit zu einem Nationalstaat und damit auch ihre Staatsbürger:innenrechte verloren hatten, keine Instanz mehr gab, auf die sie sich berufen könnten, um ihre allgemeinen Menschenrechte einzufordern (Arendt 2017: 455). Für Arendt war folglich die Zugehörigkeit zu einem Nationalstaat entscheidend, um einen individuellen Anspruch auf Rechte erheben zu können. Im Modell der Identitären Bewegung definiert sich die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft neben der Zugehörigkeit zum Nationalstaat auch über die Region und Europa. Am von Arendt aufgezeigten Dilemma für diejenigen, denen die Zugehörigkeit zu einer dieser Bezugsgrößen verwehrt wird (und das beinhaltet automatisch die Verwehrung der Zugehörigkeit zu den anderen beiden), ändert sich nichts. Wer also nicht zu Europa gehört, verliert auch den Anspruch auf die damit verbundenen (Bürger:innen-)Rechte.

Die Verteidigung und Abgrenzung gegen ein *Nicht-Dazugehörendes*, spielt eine wichtige Rolle bei der Einigung nach Innen und der Schaffung einer gemeinsamen europäischen Identität. Durch die Definition eines *Außen* lässt sich das *Innen* absichern. Diesen Gedanken findet Samuel Salzborn schon in Carl Schmitts Texten. Für Schmitt höre, so Salzborn, ein Volk auf, politisch zu existieren, wenn es nicht mehr in der Lage sei, eine klare Freund-Feind-Unterscheidung aufrecht zu erhalten (Salzborn 2017: 67). Um die für Schmitt wesentliche Homogenität des Volkes zu erreichen, ist auch die »Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen« (Schmitt 1961: 13) legitim. Diese Vorstellung findet sich bei Wessels in dem was er den »absoluten Minimalkonsens der Mosaik-Rechten« (Wessels 2019: 27) nennt: der Ausweisung aller Menschen, die sich illegal[12] in Europa aufhalten,

[12] Der konkrete Wortlaut Wessels an dieser Stelle ist »Rückführung aller Illegalen« (Wessels 2019: 27). Das Wessels hier lediglich von der Ausweisung der Menschen spricht, die sich illegal in Deutschland befänden, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die extreme Rechte in Deutschland mehrheitlich auf ein völkisches,

sowie die Sicherung der europäischen Außengrenzen. Die Abgrenzung zum *Außen* könne zum Ausgangspunkt einer Einigung im Inneren werden. In einer Auseinandersetzung mit den Reden des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macrons vom 7. und 26. September 2017 schreibt Wessels:

> »Staatsübergreifende Institutionen, die die spürbare Alltagssicherheit der Europäer gewährleisten, können dabei helfen, ein Grundvertrauen zwischen den Völkern aufzubauen, das zunächst auf der gemeinsamen Abwehr des neoislamistischen Furors und der Sicherung der europäischen Außengrenzen beruhen würde.« (Wessels 2019: 27-28)

Damit ist er durchaus anschlussfähig an einen breiten politischen Diskurs, der die Migration in die EU vorrangig als Sicherheitsproblem verhandelt (Keil 2019: 68). Den äußeren Feind macht die Identitäre Bewegung aber mit der Erzählung vom »großen Austausch« (Identitäre Bewegung 2021a) nicht nur im *Außen*, sondern auch im *Inneren* aus. Zu Grunde liegt der Verschwörungserzählung vom sogenannten *großen Bevölkerungsaustausch* die Annahme, Europa befände sich in » […] einer demographischen Krise, wonach unsere Völker durch sinkende Geburtenraten bei gleichzeitigem Wachstum islamischer Parallelgesellschaften und Masseneinwanderung zur Minderheit in den eigenen Ländern wird [sic!] und in wenigen Jahrzehnten völlig verschwunden sein könnte [sic!] [...]« (Identitäre Bewegung 2021a).

Die These vom *großen Austausch* wurde unter anderem von einem Vordenker der Neuen Rechten, Renaud Camus, formuliert (Camus 2016: 44ff). Mittlerweile wird sie breit geteilt, auch jenseits der extremen Rechten.

Mit dem *großen Austausch* schloss Camus an die bereits in der extremen Rechten vorhandene Vorstellung einer vermeintlichen *Umvolkung* an. Der Begriff der *Umvolkung* geht auf den Nationalsozialismus zurück und bezeichnete das Aufgehen eines Volkes oder Volksbestandteiles in einem anderen. In der extremen Rechten werden die Begriffe *Umvolkung* und der *große Austausch* häufig synonym verwendet (Bruns/Strobl 2020: 243). Der Vorstellung vom *großen Austausch* liegt das Phantasma zu Grunde, die deutsche oder europäische Bevölkerung oder *wahlweise die weiße Bevölkerung befände sich in einer* demographischen Krise, die langfristig zu ihrer Auslöschung führen würde. Häufig wird diese Erzählung

nicht auf ein republikanisches Verständnis, bezieht, wenn es um die Frage geht, wem Bürger:innen-Rechte zugesprochen werden. Diesem Verständnis folgend wären von einer Rückführung mitnichten nur Menschen betroffen, die sich illegal in Deutschland aufhalten, sondern z.B. auch solche, die die deutsche Staatsbürger:innenschaft inne haben, denen aber nach einer völkischen und rassistischen Argumentation die Zugehörigkeit dennoch verwehrt wird.

um die antisemitische Unterstellung ergänzt, diesen vermeintlichen Entwicklungen läge ein bewusster aber geheimer Plan zu Grunde, der von einer Gruppe (beispielsweise den globalen Eliten) umgesetzt und unterstützt werde (Rajal 2017: 316-317). In Deutschland wurde die These vom *großen Austausch* in anderer Wortwahl, aber im Prinzip mit gleicher Argumentation, nicht zuletzt durch Thilo Sarrazins Buch *Deutschland schafft sich ab* verbreitet (Wagner 2017: 154-155). Mit der Verschwörungserzählung vom *großen Austausch* richtet sich die Identitäre Bewegung explizit gegen Immigration aus Afrika und Asien und diagnostiziert, »dass die Deutschen zu einer Minderheit im eigenen Land werden« (Identitäre Bewegung 2021a). An dieser Stelle wird sehr deutlich, dass sich das, was die Identitäre Bewegung unter *Ethnokultur* versteht, letztlich wieder auf eine völkische Vorstellung reduziert. Zur europäischen Kultur gehört nur, wer zum europäischen Volk gehört, und wer zum Volk gehört, wird letztlich nicht nur kulturalistisch, sondern auch biologistisch definiert.

Wie bei den Regionen stellt sich für Wessels die Frage nach der Regierungsform der europäischen Föderation, wenn Europa erst einmal durch eine europäische Identität geeint ist und seine Regionen homogen organisiert sind, kaum noch. Denn ähnlich wie bei Carl Schmitt, braucht das Volk, wenn es erst einmal unter einer gemeinsamen Identität zusammengeführt ist, nur noch seine Besten auszuwählen, die es dann, ganz nach seinem Willen, anführen:

> »Das Regierungsamt sei denjenigen überlassen, die qua charakterlicher Exzellenz, fachlicher Kompetenz und gesellschaftlicher Legitimation bereit sind, die schwere Bürde der Führerschaft für die Völker Europas zu tragen. Auf dieser Ebene wird nicht mehr zwischen Parteien und Programmen gewählt, sondern nur noch zwischen einzelnen Menschen.« (Wessels 2019: 94).

Am Ende seines Buches versäumt Wessels auch nicht, diesen faschistischen Traum entsprechend mystisch zu verklären:

> »Erlauben wir dieser Vision uns zu Beginn des dritten Jahrtausends zu begrüßen und rufen wir dabei eine fast absurd vielschichtige Denkergemeinde von Julius Evola über Alain de Benoist und Oswald Mosley bis hin zu Emmanuel Macron und Ulrike Guérot als ihre Zeugen auf, so wird das Reich damit zur revolutionären Idee unserer Zeit. Bleibt nur die Frage: Wie soll unser Europa heißen? Dazu nur soviel: Das Europäische Reich lebt da am heftigsten, wo es nicht mehr besprochen werden muß [sic!], selbstverständlich herrscht und somit im eigentlichen Sinne ein Geheimes [sic!] Europa ist.« (Wessels 2019: 95)

Fazit

Wie sich gezeigt hat, ist für die Frage nach der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft für die Identitäre Bewegung der Bezug auf Europa und die Regionen äußerst wichtig. Demgegenüber verliert der Nationalstaat an Bedeutung. Till-Lucas Wessels Entwurf eines föderalen Europas kommt sogar ohne relevante nationalstaatliche Ebene aus.

Entsprechend wird die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft und den damit verbundenen (Bürger:innen-)Rechten in Wessels Modell über die Zugehörigkeit zu einer Region einerseits und zu Europa andererseits definiert. Dabei bedingen sich die Ebenen gegenseitig. Mit der Zugehörigkeit zu einer Region in Europa, gilt eine Person in den Augen Wessels selbstverständlich als Europäer:in. Andersherum kann niemand Europäer:in sein, ohne zu einer europäischen Region zu gehören. Dabei folgt der Ausschluss von Menschen stets einer völkischen Argumentation, welche sich hinter der Fassade des Ethnopluralismus versteckt.

Folgerichtig richtet die Identitäre Bewegung ihre Ausschlüsse an den europäischen Grenzen aus. Wo diese konkret verlaufen, bleibt weitgehend uneindeutig. Die Frage nach der Zugehörigkeit wird eher in Abgrenzung zum „Anderen“ definiert. Als Bedrohungsszenario gilt die vermeintliche kulturelle und religiöse Unterwanderung Europas durch außereuropäische Migration und den Islam (Mense 2017: 227). Beides schlägt sich in der Vorstellung vom *großen Austausch*, auch in einer Gefahr im Inneren, nieder. Der Erzählung vom *großen Austausch* und dem Europa-Konzept Wessels liegt eine völkische Definition von Zugehörigkeit und Identität zu Grunde, die notwendig mit dem Ausschluss derjenigen einhergeht, die als *nicht zugehörig* definiert werden. Die für Wessels Europa-Konzept notwendige Homogenität richtet sich folglich nicht nur gegen Menschen an den Grenzen zu Europa, sondern auch gegen all jene innerhalb Europas, die seiner völkischen Definition von Identität nicht entsprechen. Dieser Ausschluss begrenzt sich keineswegs auf die euphemistischen Forderungen der Identitären Bewegung nach »sicheren Grenzen« (Identitäre Bewegung 2021a) und der »Rückführung aller illegal Eingereisten nach humanen Standards« (Identitäre Bewegung 2022), sondern beinhaltet eine vollkommene Entrechtung der als *nicht zugehörig* markierten. Bei Carl Schmitt führt die Entrechtung zur Legitimation der Vernichtung der Entrechteten (Schmitt 1961: 13).

Vor dem hier dargelegten Hintergrund stellt sich die Frage, ob sich die extreme Rechte langfristig überhaupt noch als nationalistisch bezeichnen lässt. Sollte dies nicht der Fall sein, hätten wir es mit einer Verschiebung innerhalb der extremen Rechten zu tun, die viele bisherige Definitionen der extremen Rechten in Frage

stellen würde. Ob sich die hier aufgezeigte europäisch und regional orientierte Strömung der Neuen Rechten aber innerhalb der extremen Rechten durchsetzen wird, ist unklar. Sicher ist aber schon jetzt, dass sich die extreme Rechte stark ausdifferenziert. Sie stellt sich der Herausforderung, Gesellschaftsmodelle zu entwickeln, die über den Nationalstaat hinausweisen und durchaus Antworten auf Fragen der Globalisierung bieten. Entsprechend vielfältig und kritisch müssen diese Modelle analysiert werden.

Die Idee, Europa zu dezentralisieren, im Angesicht der Klimakatastrophe stärker auf regionale Ökonomie zu setzen und mehr Souveränität für regionale Zusammenschlüsse einzufordern, sind keine originär rechten Vorschläge. In einem Video der Identitären Bewegung besingt Till-Lucas Wessels auf pathetisch-ironische Art und Weise, seine Liebe zu Sahra Wagenknecht. Am Ende des Videos zitiert er aus Benedikt Kaisers im Antaios Verlag erschienenen Buch *Querfront* (Varieté Identitaire 2018). Mit der Querfront und der Anlehnung an die politische Linke meint es Wessels durchaus ernst. Sein Buch bietet zahlreiche Anschlussmöglichkeiten auch an linke Europa-Konzepte einer Postwachstumsgesellschaft. Will man derartige Anschlüsse verhindern und der Neuen Rechten entgegentreten, muss man sich dezidiert mit ihren politischen Konzepten auseinandersetzen. Sie einfach pauschal als europafeindlich abzustempeln, nur weil sie die Europäische Union ablehnen, greift zu kurz.

Literaturverzeichnis

Arendt, Hannah 2017: Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft. München/Berlin (1951).

Bar-On, Tamir 2012: Intellectual Right-Wing Extremism. Alain de Benoist‘s Mazeway Resynthesis since 2000. In: Backes, Uwe/ Moreau, Patrick (Hg.): The Extreme Right in Europe: Current Trends and Perspectives. Göttingen. S. 333-358.

Balibar, Etienne/ Wallerstein, Immanuel 2017: Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg.

Bundesministerium des Innern und für Heimat 2022: Verfassungsschutzbericht 2021. Berlin.

Bruns, Julian/ Glösel, Kathrin/ Strobl, Natascha (2016): Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa, 2., aktualisierte Auflage. Münster.

Bruns, Julian/ Strobl, Natatscha 2020: Eine schrecklich nette Familie. Zum Verhältnis der Identitären und der Neuen Rechten. In: Burschel, Friedrich (Hg.): Das faschistische Jahrhundert. Neurechte Diskurse zu Abendland, Identität, Europa und Neoliberalismus. Berlin. S. 231-258.

Camus, Jean-Yves 2017: Die Identitäre Bewegung oder die Konstruktion eines Mythos europäischer Ursprünge. In: Hentges, Gudrun/ Nottbohm, Kristina/ Platzer, Hans-Wolfgang (Hg.): Europäische Indentität in der Krise? Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung im Dialog. Wiesbaden. S. 233-269.

Eichberg, Henning 1978: Nationale Identität. Entfremdung und nationale Frage in der Industriegesellschaft. München.

Fielitz, Maik/ Schwarz, Karolin/ Hitziger, Jana 2020: Hate not found?! Das Deplatforming der extremen Rechten und seine Folgen. Jena.

Gensing, Patrick 2018: Zwischen PR und Realität. Die Wahrnehmung der Identitären Bewegung durch die Medien. In: Speit, Andreas (Hg.): Das Netzwerk der Identitären. Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten. Bonn. S. 173-189.

Globisch, Claudia 2011: Deutschland uns Deutschen, Türkei den Türken, Israelis raus aus Palästina. Zum Verhältnis von Ethnopluralismus und Antisemitismus. In: Globisch, Claudia/ Pufelska, Agnieszka/ Weiß, Volker (Hg.): Die Dynamik der europäischen Rechten: Geschichte, Kontinuitäten und Wandel. Wiesbaden. S. 203-225.

Grumke, Thomas 2012: Globalized Anti-Globalists. The Ideological Basis of the Internatio-nalization of Right-Wing Extremism. In: Backes, Uwe/ Moreau, Patrick (Hg.): The Extreme Right in Europe. Göttingen. S. 323-333.

Hentges, Gudrun 2018: Die Identitären. Eine Bewegung von rechts als Wegbereiterin einer anderen Republik? In: Butterwegge, Christop/ Hentges, Gudrun/ Lösch, Bettina (Hg.): Auf dem Weg in eine andere Republik? Neoliberalismus, Standortnationalismus und Rechtspopulismus, 1. Auflage. Weinheim. S. 76-97.

Holtmann, Everhard 2000: Politik-Lexikon, 3. völlig überarbeitete und erweiterte Auflage. München.

Keil, Daniel 2019: Europa und die (neue) rechte. Die Mehrdimensionalität der Europa-Imagination (neu)rechter Bewegungen. In: Burschel, Friedrich (Hg.): Autoritäre Formierung. Der Durchmarsch von Rechts geht weiter. Berlin. S. 60-85.

Lauer, Stefan/ Kracher, Veronika 2022: Identitäre Bewegung. Wie sich die rechtsextreme »Jugendbewegung« neu ausrichtet. https://www.belltower.news/identitaere-bewegung-wie-sich-die-rechtsextremejugendbewegung-neu-ausrichtet-127183/?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE (Zugriff am 26.2.2022).

Mense, Thorsten 2017: Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Ethnische Identität und völkischer Nationalismus bei den ›Identitären‹. In: Goetz, Judith/ Sedlacek, Joseph Maria/ Winkler, Alexander (Hg.): Untergangster des Abendlandes: Ideologie und Rezeotio der rechtsextremen ›Identitären‹. Hamburg. S. 227-252.

Peball, W. Roland 2018: Vom »Völkischen« zum »Ethnischen«. Zur Ideologie der Identitären Bewegung. In: Kuckuck. Notizen zur Alltagskultur 33. Jg., H. 2, S. 44-49.

Pfahl-Traughber, Armin 2019: Was die »Neue Rechte« ist – und was nicht. Definition und Erscheinungsform einer rechtsextremistischen Intellektuellengruppe. https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/284268/was-die-neue-rechte-ist- und-was-nicht (Zugriff am 25.11.2021).

Priester, Karin 2003: Rassismus. Eine Sozialgeschichte. Leipzig.

Rafael, Simon 2018: Identitäre im Internet. Von Crowdfunding bis Meme Wars. In: Speit,

Andreas (Hg.): Das Netzwerk der Identitären. Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten. Bonn. S. 127-141.

Rajal, Elke 2017: Offen, codiert, strukturell. Antisemitismus bei den ›Identitären‹. In: Goetz, Judith/ Sedlacek, Joseph Maria/ Winkler, Alexander (Hg.): Untergangster des Abendlandes: Ideologie und Rezeotio der rechtsextremen ›Identitären‹. Hamburg. S. 309-350.

Salzborn, Samuel 2017: Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten. Weinheim.

Schmitt, Carl 1961: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, 3. Auflage. Berlin (1926).

Schmitt, Carl 1993: Verfassungslehre, 8. Auflage. Berlin (1928).

Speit, Andreas 2018a: APO von rechts? Vorwort. In: Speit, Andreas (Hg.): Das Netzwerk der Identitären. Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten. Bonn. S. 9-17.

Speit, Andreas 2018b: Identitärer Aufbruch. Die Vorbilder und Vordenker aus Frankreich. In: Speit, Andreas (Hg.): Das Netzwerk der Identitären. Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten. Bonn. S. 42-55.

Schade, Thomas 2017: Streit um Identitären-Interview an der Universität Halle. https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2017/05/31/streit-um-identitaeren-interview-an-der-universitaet-halle_23849 (Zugriff am 23.11.2021).

Tagesschau 2019: Bundestagswahl 1969. https://wahl.tagesschau.de/wahlen/1969-09-28-BT-DE/ (Zugriff am 25.11.2021).

Wagner, Thomas 2017: Die Angstmacher. 1968 und die Neue Rechte. Berlin.

Weiß, Volker 2017: Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Bonn.

Winkler, Alexander 2017: »Aus dem Schatten des Nationalsozialismus…« Die ›Identitären‹ als modernisierte Form des Rechtsextremismus in Österreich. In: Goetz, Judith/ Sedlacek, Joseph Maria/ Winkler, Alexander (Hg.): Untergangster des Abendlandes: Ideologie und Rezeotio der rechtsextremen ›Identitären‹. Hamburg. S. 31-90.

Quellen

Camus, Renaud 2016: Revolte gegen den großen Austausch. Schnellroda: Antaios

Identitäre Bewegung 2021a: Forderungen. Häufig gestellte Fragen. https://www.identitaere-bewegung.de/forderungen/ (Zugriff am 24.11.2021).

Identitäre Bewegung 2021b: Erhalt der ethnokulturellen Identität. https://www.identitaere-bewegung.de/forderungen/erhalt-der-ethnokulturellen-identitaet/ (Zugriff 24.11.2021).

Identitäre Bewegung 2021c: Erfolgreiche »Grenzgänge« in Sachsen und Brandenburg. https://www.identitaere-bewegung.de/allgemein/erfolgreiche-grenzgaenge-in-sachsen-und-brandenburg/ (Zugriff 24.11.2021).

Identitäre Bewegung 2022: Remigration. https://www.identitaere-bewegung.de/forderungen/remigration/ (Zugriff 20.01.2022).

Identitäre stehen mit Griechenland 2020: Gigantische Flüchtlingswelle bedroht Europa. https://www.youtube.com/watch?v=a_3pbmDE6XE (Zugriff am 25.11.2021).

Kubitschek, Götz 2007: Provokation. Schnellroda.

Schanze Eins 2021: Projekte. https://schanze-eins.de/ (Zugriff am 24.11.2021).

Varieté Identitaire 2018: Ich will so gern mit Sahra Wagenknecht. https://www.youtube.com/watch?v=WmMkrDfB0oI (Zugriff am 23.11.2021).

Wessels, Till-Lucas 2018: Europaradikal. Konzepte einer europäischen Zukunft. Schnellroda.

Lukas Geisler

Lesbos und die Geburt der „Externalisierungsanstalt“

»Nach der Pandemie und dem Feuer, kam nun – biblisch fast – die Flut.«
(Riemann 2021)

Dieser Essay geht der Frage nach, wie die Lager für Geflüchtete auf den griechischen Inseln begriffen werden können und stellt damit einen Versuch dar, zu verstehen, was ungeheuerlich erscheint. Die Grundlage, auf der argumentiert wird, speist sich aus meiner teilnehmenden Beobachtung als freiwilliger Helfer im Jahr 2020. Insgesamt habe ich drei Monate auf den griechischen Inseln, auf denen die sogenannten fünf Hotspots für geflüchtete Menschen sind, verbracht (Fackler/ Geisler 2020a und Fackler/Geisler 2020b) – die meiste Zeit davon auf der größten Insel Lesbos. Um diese soll es in dieser Arbeit hauptsächlich gehen, denn in den Zeitraum meines Aufenthaltes auf der Insel fallen prägende und symbolische Ereignisse der europäischen Migrations- und Asylpolitik, die Auswirkungen auf die geflüchteten Menschen in Lesbos hatten. So ergibt sich aus dem Verlauf der Ereignisse eine Grundlage für die Theoretisierung des im Folgenden zu erläuternden Hotspot-Ansatzes, aber auch für die grundsätzliche Migrationspolitik der Europäischen Union (EU), die in aktivistischen Kontexten »Festung Europa« oder nach Fabian Georgi auch als »autoritärer Festungskapitalismus« (Georgi/ van Zeeland 2017) beschrieben wird. In der vorliegenden Arbeit geht es um die Lokalisierung der spezifischen Praktiken des Grenzregimes der EU auf den griechischen Inseln, mit dem Anspruch, dass die theoretische Fassung dieser Praktiken Anwendung auch auf die Situation auf der sogenannten Balkanroute und auf die Situation an der polnisch-belarussischen Grenze angewendet werden kann. Die Situation an der Grenze von Belarus und Polen hat sich im Dezember 2021 zugespitzt; dort waren Tausende geflüchtete Menschen wochenlang gefangen (Geisler 2021).

Dieser Essay ist aus einem Unbehagen über die aktivistischen, journalistischen, aber auch akademischen Diskurse über die Situation auf den griechischen Inseln entstanden. Dieses tiefe, unbehagliche Gefühl speist sich aus dem Framing der Lager, offiziell Registration and Identification Centre (RIC), als Gefängnisse. Während der Frame in den beiden erstgenannten diskursiven Formationen eindeutig ein vorherrschender ist (Fras 2021 oder Kuntz/Christidis 2017), gestaltet sich die akademische Debatte differenzierter. In akademischen Debatten wird

im Kontext der Steuerung von Migration »immer komplementär mit Konzepten von Bevölkerung und Territorialität, letztlich also einer Souveränität, die sich an Staatlichkeit bindet« (Tsianos 2017: 1) gesprochen. Beispielswiese beschreibt die Migrationsforscherin Hänsel die Lager auf den griechischen Inseln als »Freiluft-Gefängnisse« (2019: 49). Dagegen wendet sich Tsianos 2017: »Das Camp in Moria ist nicht richtig geschlossen; man kann keinesfalls von einem Gefängnis sprechen« (Tsianos 2017: 10). Stattdessen schlägt er vor, das Lager Moria auf der griechischen Insel Lesbos als »offene[s] Internierungslager« (ebd.) zu kategorisieren. Auch wenn seinen ethnografischen Untersuchungen im Ergebnis zuzustimmen ist, ist seine Begrifflichkeit (*offene Internierungslager)* nicht besonders plausibel. Im Laufe des Jahres 2020 mutierten das Lager Moria und, nach dem Brand Morias, das neue Lager Kara Tepe zu geschlossenen Lagern (Grillmeier 2020), was im Umkehrschluss bedeuten würde, dass die Lager dann als Gefängnisse bezeichnet werden könnten. Meine teilnehmende Beobachtung widerspricht dem allerdings, denn das Phänomen der Lager für Geflüchtete scheint mir komplexer und schwieriger zu fassen und auf eine andere Art und Weise problematischer, als die Bezeichnung als Gefängnis impliziert.

Auf den folgenden Seiten wird eine kurze Genealogie des Hotspot-Ansatzes als Mittel der Migrationssteuerung dargelegt, gefolgt wird dies von einem Ausflug in das Gefängnis. Im Anschluss wird die Entwicklung einer begrifflich präzisen Bezeichnung angestrebt, die der Komplexität und Problematik gerecht wird, aber sowohl provokative als auch experimentelle Gedanken miteinschließt. Dabei wird sowohl auf induktive sowie deduktive Erkenntnisformen zurückgegriffen, die eklektisch angewendet werden. Die theoretische Basis der Untersuchung bieten die die Denker:innen Michel Foucault, Hannah Arendt und Giorgio Agamben[1], deren Theorieelemente durch induktive Elemente ergänzt, verworfen und weiterentwickelt werden.

Eine kurze Genealogie europäischer Lager

Die auf diesem Feld relevanten Autor:innen schlagen jeweils unterschiedliche Zeiten für den Start der genealogischen Untersuchung des Hotspot-Ansatzes vor. Die verschiedenen Ereignisse, die ich beschreibe, werte ich als Wegmarken eines kontinuierlichen Prozesses. Hierbei verwehre ich mich allerdings einer Ursprungsbestimmung. Stattdessen zeige ich auf, dass die restriktive Asylpolitik des autoritären Festungskapitalismus eine lange Kontinuität hat.

[1] Giorgio Agamben geriet aufgrund seiner politischen Position und seiner Nähe zu Verschwörungstheoretiker:innen während der Corona-Krise in die Kritik. Dieser Text distanziert sich ausdrücklich von Verschwörungsmythologien, wie Giorgio Agamben sie verbreitet, sieht aber dessen frühere Theoriearbeit davon unberührt.

Für den politischen Theoretiker und Juristen Maximilian Pichl ist die Migrationspolitik der europäischen Innenminister:innen in einem Zeitraum von 30 Jahren zu betrachten, denn seitdem ist zwar das Recht auf Asyl in der EU-Grundrechtscharta verankert, allerdings wurde der Zugang zu vollwertigem und individuellem Asyl seit den 1990ern kontinuierlich eingeschränkt (Pichl 2021: 5). Pichl schreibt:

> »Die EU-Hotspots auf den griechischen Inseln, der *EU-Türkei-Deal* und die gewaltsamen Push-Backs gegen Geflüchtete in der griechischen Ägäis, also die Gesamtheit des Moria-Komplex, sind das Ergebnis dieser Politik der Auslagerung von Migrationskontrollen.« (ebd.: 5)

Mit dem Ausdruck »Politik der Auslagerung« (auch als Externalisierung bezeichnet), verweist Pichl auf eine Politik, die in den 1990er Jahren ihren Anfang nahm: Im Zuge des sogenannten Asylkompromisses von 1993 nahm die Bundesregierung das Konzept *sicherer Drittstaaten* in das Asylgesetz auf (Weinzierl 2009: 5).

Dagegen datiert Vassilis Tsianaos den Anfang mit dem »Aufkommen von Konzepten einer extraterritorialen oder zumindest grenznahen Registrierung und Versammlung von Asylsuchenden bzw. rückzuführender Flüchtlinge in Europa« auf 2003. Denn da sei »Tony Blair[2] mit dem Vorstoß der *heimatnahen* Einrichtung von *Regional Protection Zones* (regionale Schutzzonen) und *Transit Processing Centres* (Transitzentren) auf den einschlägigen Transitrouten nach Europa als Teil einer *new vision for refugees* (eine neue Vision für Flüchtlinge) an die europäische Öffentlichkeit« (Tsianos 2017: 1) getreten. Damit ist er gedanklicher Urheber der Privatisierung von Verantwortung durch seinen sogenannten *Third Way*[3], welcher die Zuständigkeiten auf private Akteur:innen abwälzt, die ihr Handeln als sozial oder humanitär anstatt politisch begreifen, und gleichzeitig Selbstverwal-

[2] Britischer Politiker, von 1994 bis 2007 Vorsitzender der Labour-Partei und von 1997 bis 2007 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland.

[3] Der Begriff *Third Way* geht auf das sogenannte Schröder-Blair-Papier von 1999 zurück. Der Titel des Dokumentes lautet in seiner deutschen Fassung »Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten« und in seiner englischen Übersetzung »Europe: The Third Way«. In ihm wurden unter dem Schlagwort Neue Mitte vor dem Hintergrund des Thatcherismus und der Ära Kohl neue sozialdemokratische Positionen und Leitbilder eines sogenannten dritten Weges zwischen neoliberalen Kapitalismus und klassischen Sozialdemokratie formuliert. In Deutschland führte dies unter anderem zu den sogenannten Hartz-Reformen und weiteren sozialpolitischen Kahlschlägen (Blair/Schröder, 1999).“

tungsstrukturen ersetzt, die sonst Geflüchtete in den Lagern zu politischen Subjekten gemacht haben. Allerdings sei dieses Konzept erst nach dem sogenannten langen Sommer der Migration 2015 (Hess/Kasparek 2017) an den europäischen Grenzen umgesetzt worden.

Die europäischen Asylregeln wurden in der sogenannten Dublin Verordnung festgelegt, die bis heute rechtsgültig ist.

> »In ihr ist bis heute geregelt, wo Asylsuchende in der EU ihr Asylverfahren durchlaufen müssen. Ein EU-Mitgliedstaat wird unter anderem verantwortlich für das Asylverfahren, wenn er nicht verhindert, dass ein:e Asylsuchende:r illegal europäisches Territorium betreten hat. Weil Asylsuchende ohne gültige Pässe keine Flugzeuge zur Flucht benutzen können und daher über die lebensgefährlichen Land- und Seewege fliehen müssen, führt das Dublin-System dazu, dass hauptsächlich die Staaten an den EU-Außengrenzen für Asylverfahren zuständig sind.« (Pichl 2021: 5)

Die Dublin Verordnung galt in Deutschland bei Befürworter:innen einer restriktiven Asylpolitik lange als Erfolg, da sich die Ankunft von Asylsuchenden seit den 1990ern bis Ende der 2000er stark reduzierte. Während in den 1990ern eine sechsstellige Anzahl an Asylsuchenden in Deutschland ankam, waren es 2008 nur noch knapp über 28.000 (BAMF 2020). Allerdings hatte das Dublin-System zur Folge, dass die Staaten an den EU-Außengrenzen fast ausschließlich allein für Asylsuchende zuständig wurden. Dies führte wiederum dazu, dass die Außenstaaten Abkommen mit nord- und westafrikanischen Staaten abschlossen, um Migrationskontrollen dorthin auszulagern. Dies wurde unter anderen von den Journalist:innen Christian Jakob und Simone Schlindwein in ihrem Buch *Diktatoren als Türsteher Europas: Wie die EU ihre Grenzen nach Afrika verlagert* von 2017 nachvollzogen. Sie heben hervor, dass die EU-Migrationspolitik stark mit neokolonialen Machtverhältnissen verstrickt ist, denn ehemalige Kolonien werden durch finanzielle Zuwendungen in die europäischen Migrationskontrollen einbezogen (2017). Hier lässt sich von Externalisierung von Grenzkontrollen sprechen. Auch in Griechenland hatte diese Politik der externalisierten Grenzabwicklung Auswirkungen. Zum Ende der 2000er verlagerten sich die Fluchtrouten immer stärker nach Griechenland. Da Griechenland ein traditionelles Auswanderungsland ist, gab es damals weder ein Asylgesetz noch ein funktionierendes Aufnahmesystem. Aus dem Bericht *The truth may be bitter but must be told* von Pro Asyl aus dem Jahr 2007 geht hervor, dass Geflüchtete damals willkürlich inhaftiert und menschenunwürdigen Bedingungen ausgesetzt waren. Schon damals war auch die Insel Lesbos im Fokus medialer Berichterstattung. Im damaligen Lager Pagani gab es besonders schwere Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen (Pro Asyl 2007).

Im Rahmen der Vorstellung der europäischen Migrationsagenda im Frühjahr 2015 kündigte die Europäische Kommission die Ausarbeitung eines sogenannten Hotspot-Ansatzes an (Tsianos 2017: 2). Durch den EU-Türkei-Deal wurde dieser 2016 geschaffen (Sachverständigen Rat für Integration und Migration 2021) und damit ein Lagersystem auf Territorium der EU etabliert, welches dem Grundgedanken nach allerdings kein neues Konzept darstellte, wie auch eine Veröffentlichung der Heinrich-Böll-Stiftung aufzeigt:

> »Sogenannte ›Hotspots‹ , die zum Maßnahmenkatalog der Europäischen Union gehören, um die aktuellen Migrationsbewegungen zu kanalisieren, dienen einer extraterritorialen oder zumindest grenznahen Registrierung und Sammlung von Asylsuchenden bzw. rückzuführenden Flüchtlingen und Migranten in Europa. Die Idee solcher Hotspots lässt sich bis ins Jahr 2003 zurückverfolgen.« (Kuster/Tsianos 2016: 5)

Allein schon etymologisch ist das Wort *Hotspot* interessant, denn ein Hotspot ist ein Konfliktraum, in dem der Feind konfrontiert wird (Neocleous/Katrinou 2016). Somit wird etymologisch eine klare Markierung des Anderen deutlich, das nicht nur ein-/ ausgeschlossen wird, sondern dem ebenfalls konflikthaft entgegentreten werden soll.

Auch hat das Hotspot-Konzept konzeptionelle Unterschiede zu Internierungslagern wie denen, die nach dem Zweiten Weltkrieg für die sogenannten *Displaced Persons* entstanden. Hannah Arendt beschrieb solche Internierungslager in ihrem Werk *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*: Diese wären »die einzige ›patria‹ , die die Welt dem Apatriaden anzubieten hat«[4] (Arendt 2017 594) gewesen. Die Internierungslager, die Arendt kannte, wurden von Staaten verwaltet und die Bewohner:innen organisierten sich selbst in Räten oder Selbstverwaltungsstrukturen. Damit konnten sie die Bedürfnisse und Interessen gegenüber der staatlichen Autorität vertreten. Doch heute nehmen in Geflüchtetenlagern Nichtregierungsorganisationen (NGOs) Funktionen der Verwaltung ein. Dies kann als Ausdruck des *third ways* von Tony Blair gesehen werden und stellt einen gewaltigen Unterschied zu den von Hanna Arendt beschriebenen Internierungslagern dar: Durch zwischen Staaten und Bewohner:innen geschalteten NGOs wird den Geflüchteten die letzte Autonomie, bzw. Selbstbestimmung genommen (Pichl 2021: 19). Außerdem stellt Pichl heraus, dass es einen qualitativen Unterschied machen würde, ob ein solches Lager innerhalb der EU liegt oder nicht. Dies begründet er aus dem Anspruch, welchen sich die EU durch ihre eigenen Normsetzungen in Bezug auf menschenrechtliche Standards (z.B. Menschenwürde, Geflüchtetenschutz,

[4] »patria« (altgriechisch) bedeutet »Heimat«; »Apatriade« (altgriechisch) bedeutet »Heimatlose:r«

das Non-Refoulement-Prinzip, also keine Rückführung von Personen in Staaten, in denen ihnen Folter oder andere schwere Menschenrechtverletzungen drohen) gegeben hat (ebd.: 8).

Aus der genealogischen Untersuchung lässt sich zusammenfassen, dass sich das Lagersystem auf den griechischen Inseln qualitativ von ähnlichen Lagern außerhalb der EU unterscheidet, aber in wesentlichen Punkten der Organisations- und Verantwortungsform auch von historischen Internierungslagern für Vertriebene in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. So handelt es sich bei ersteren um ein Phänomen, das erstmals von Tony Blair 2003 im Kontext eines *new vision for refugees* (neue Vision für Geflüchtete) ausgearbeitet wurde, allerdings in seiner Realisierung erst nach dem langen Sommer der Migration 2015 in Verbindung mit dem damaligen Zusammenbruch des EU-Grenzregimes aktiv auf die Agenda der EU gesetzt wurde. Damals kam es zu einer anderen Infrastruktur (sogenannte Hotspots, der sogenannte EU-Türkei-Deal, Ausbau von Frontex), starken gesetzlichen Verschärfungen und dem Aufbau neuer Zäune zur Restabilisierung der Kontrolle über die Grenzen und Bewegungen der Migration (Hess/Kasparek 2017). Außerdem lässt sich die Externalisierung von EU-Außengrenzen hin zu einer Exterritorialisierung, also einer Ausnahmestellung von eigenem Staatsgebiet, verfolgen, die die Grundlage des Hotspot- Ansatzes bietet.

Ein Ausflug in das Gefängnis

Nach einer ersten Annäherung an das Phänomen der Lager auf den griechischen Inseln, soll nun die Frage geklärt werden, ob Lager als »Freiluft-Gefängnisse« (Hänsel 2019: 49) begriffen werden können, oder diese Kategorisierung keine zutreffende Beschreibung des Hotspot-Ansatzes sein kann. In Michel Foucaults machtanalytischem Hauptwerk *Überwachen und Strafen* von 1975 versucht er durch Rekonstruktion der neuzeitlichen Geschichte der Strafpraxis zu erklären, wie sich ein Strukturwandel der modernen Macht vollzogen hat. Demnach habe sich diese moderne Macht »bereits in den Poren der gesamten Gesellschaft [...] ausgebreitet« und auch andere Lebenswelten und Institutionen wären ähnlich aufgebaut (Foucault 1994: 292). Obwohl Foucault Haftanstalten im Grunde nur zur Modellierung des disziplinierenden Machttypus verwendet, lassen sich seine Ausführungen doch aufgrund der verwendeten Analogie besonders gut auf den Gegenstand dieser Arbeit anwenden. Genau darum soll es nun gehen, um die Kategorisierung dieser gebündelten Praktiken mit dem Lagersystem auf den griechischen Inseln abzugleichen. Zunächst beschreibt Foucault eine Zieländerung des Strafens:

> »Die Milderung der Strafstrenge im Laufe der letzten Jahrhunderte ist ein Phänomen, das den Rechtshistorikern wohlbekannt ist. Aber lange Zeit wurde es global als ein quantitatives Phänomen betrachtet: weniger Grausamkeit, weniger Leiden, mehr ‚Menschlichkeit‘. In Wirklichkeit hat sich hinter diesen Veränderungen eine Verschiebung im Ziel der Strafoperation vollzogen. Es handelt sich nicht so sehr um eine Intensitätsminderung als vielmehr um eine Zieländerung.« (Foucault 1994: 25)

Diese Zieländerung benennt Foucault erstmal kryptisch: »Die Seele: Effekt und Instrument einer politischen Anatomie. Die Seele: Gefängnis des Körpers« (Foucault 1994: 42). So schreibt er, dass wenn es nicht mehr der Körper ist, der bestraft wird, dann müsse es die Seele sein. Was er damit meint ist, dass – im Zuge des Bevölkerungswachstums und des aufkommenden Kapitalismus während des 19. Jahrhunderts – der neue Machttypus sich an der Veränderung der Verhaltensweisen von Menschen orientiert. Im gewissen Sinne geht es »um die Herstellung von effektiv einsetzbaren, das System tragenden und somit ›ertragreichen‹ Individuen« (Kögler 1994: 91). In den Disziplinarinstitutionen, zu denen auch das Gefängnis zählt, wird also primär der Körper in Beschlag genommen, allerdings nicht, um ihm körperliche Leiden zuzufügen, sondern um ihn zu disziplinieren, strikten Normierungen zu unterwerfen und ihn produktiv für die Gesellschaft zu machen. Foucault benennt dies als »Mikrophysik der Macht« (Foucault 1994: 38) oder spricht von einer »›politischen Ökonomie‹ des Körpers«, die seine »Nützlichkeit und Gelehrigkeit« und im Endeffekt seine »Unterwerfung« (Foucault 1994: 36) bezweckt. In dieser Zieländerung, die die moderne Strafpraxis und damit das Gefängnis ausmachen, muss die These, dass die Hotspots als Gefängnisse anzusehen wären, zurückgewiesen werden.

In einem Bericht über das Lager Moria, der auch den Erkenntnissen aus meiner teilnehmenden Beobachtung entspricht, ist anderes zu erkennen, denn es erscheint vielmehr so, als würde das biologische Leben von Geflüchteten bedroht, statt dass es nutzbar gemacht würde.

> »Man muss sich das so vorstellen, dass dort manchmal eine Mutter mit zwei, drei Kindern monatelang in einem ganz kleinen Zelt haust. Dass die Menschen völlig unzureichend medizinisch versorgt sind. Ganz schlimm gerade für die Kinder ist auch, dass sie oftmals gar nicht geschützt werden. Nachts ist das Camp mehr oder weniger eine rechtsfreie Zone. Es kommt immer wieder zu gewalttätigen Angriffen, zu Vergewaltigung, sexueller Misshandlung auch von Kindern.« (Westphal 2019)

Dies zeigt auch ein ähnlicher Bericht über das Lager Kara Tepe, welches nach dem Brand im Lager Moria errichtet wurde. Denn auch hier kann nicht von einer Produktiv-Machung von Subjekten gesprochen werden:

»Kleinere Kinder, die nicht wissen wohin mit ihrer Unruhe, beißen sich selbst, manchmal bis sie bluten. Sie hauen den Kopf gegen die Wand oder den Boden. Sie reißen sich die Haare aus oder rennen einfach los. [...] Es gibt Kinder, die apathisch geworden sind und seit Monaten kein Wort mehr gesprochen haben, die gefüttert werden müssen, weil sie sonst nicht essen. Achtjährige tragen wieder eine Windel, weil sie nicht ausdrücken können, dass sie zur Toilette müssen. Etwas, das ich zum ersten Mal beobachte seit dem Brand von Moria, sind Kinder, die schlafwandeln. [...] Das durchleben sie in Albträumen nun wieder und laufen nachts aus den Zelten heraus. [...] 2020 hat es laut Ärzte ohne Grenzen 50 Suizidversuche von Kindern gegeben, in diesem Jahr bereits drei weitere.« (Glatz-Brubakk/Monecke 2020)

Somit lässt sich also keinesfalls von der Produktion von gelehrigen Körpern, von produktiven Subjekten sprechen. Die Geflüchteten sollen keine »nützlichen« Gesellschaftsmitglieder werden – Gegenteiliges ist der Fall: sie werden eingeschlossen, um aus der Gesellschaft ausgeschlossen zu bleiben.

Ebenfalls zu betonen – und das ist etwas Grundsätzliches – sind die Praktiken des Widerstandes, wie Proteste von Geflüchteten – besonders herauszuheben sind hier die Politisierung nach dem Brand des Lagers Moria (Zeit Online 2020) –, die sich die Geflüchteten immer wieder angeeignet haben und gegen eine funktionierende Normierung sprechen. Damit kann auch nicht von einer wirksamen Disziplinierung die Rede sein.

Wo Foucault allerdings in Bezug auf den Hotspot-Ansatz etwas abzugewinnen ist, sind Disziplinierungsmaßnahmen, wie zum Beispiel das Anstehen in der Essensschlange, also dem Einüben von Verhaltensregeln, und den Elementen der Überwachung. Diese Disziplinierungspraktiken, die zur Normierung von gewünschten Verhaltensweisen führen soll, sind auch in den Lagern auf den griechischen Inseln zu finden.

Während es im Lager Moria im Februar und März 2020 sehr unübersichtlich war, da die Lagerkapazität von 3.000 weit überschritten war (UNHCR 2020), ist bei der Errichtung das Lagers Kara Tepe auf Übersichtlichkeit und Einsehbarkeit geachtet worden. Der Aufbau des Lagers ist ein komplett anderer: Es gibt nur einen Ein- und Ausgang, der circa hundert bis zweihundert Meter lang ist und an der Küste verläuft. Erst dann öffnet sich das Lager vor einem (Giannakouris 2020). An der Spitze des Lagers ist zudem ein großer Felsen bzw. kleiner Berg mit einem Hubschrauberlandeplatz, von dem man alle Teile des Lagers einfach überblicken kann. Hier sind auch die Polizeistation für die Überwachung des Lagers und andere Einrichtungen der Lagerorganisation, die beispielsweise Asylverfahren durchführen oder andere Papiere von geflüchteten Menschen prüfen, angesiedelt (Papantonis 2020). Der Eingang kann durch ein Tor geschlossen werden und das

Lager ist zusätzlich halb hoch mit Stacheldraht umzäunt und die andere Hälfte liegt an der Küste, was das Lager zu einer geschlossenen Einrichtung werden lässt (Christidis 2020). Das Lager ist zudem in verschiedene Sektionen unterteilt, die die Menschen mit unterschiedlichen Nationalitäten, sowie nach Familienstand trennt.. Dies entspricht einer Parzellierung und einem Überwachungsmodell, das Foucault im Panoptikum identifiziert, welches typisch für den neuen disziplinierenden Machttypus sei.

Die Hauptwirkung des Panoptikums ist die Schaffung eines permanenten Zustands der möglichen Sichtbarkeit, der automatisch ein Machtverhältnis sicherstellt. Die Disziplinarmacht kann also mit Überwachung Machtverhältnisse schaffen und aufrechterhalten, ohne dass ihre tatsächliche Ausübung, wie bei der Hinrichtung Damiens (Foucault 1994: 9)[5,] durchgeführt werden muss. Die Gefangenen sind also zugleich Subjekt und Objekt der Macht, denn sie stützen diese selbst. Doch auch die:der Lageraufseher:in im Zentrum ist nicht König:in, Diktator:in oder sonstiges, sondern Funktionsträger:in, die:der von der Gesellschaft überwacht und ausgetauscht werden kann (Foucault 1994: 258). Gerade im Hinblick für den Bau von neuen Lagern, was momentan von der EU und der griechischen Regierung vorangetrieben wird, sind dies Elemente, die weiterverfolgt und ausgebaut werden (Tagesschau 2021).

Vom Gefängnis zur »Externierungsanstalt«

Trotz Elementen der Disziplinierung und Überwachung, können die Lager auf den griechischen Inseln - allein von der Zielsetzung her - als diametral widersprechende Institutionen zum Gefängnis als moderner Disziplinareinrichtung, wie von Foucault definiert, charakterisiert werden. Dies mache ich in dieser Deutlichkeit vor allem daran fest, dass keine gelehrigen Körper, keine produktiven gesellschaftlichen Subjekte geschaffen werden sollen. Allerdings trifft die Bezeichnung *Internierungslager* aus komparativer historischer Sicht das Phänomen ebenfalls nicht, wie ich durch Arendt herausgestellt habe. In Internierungslagern gab es immer eine Art der Selbstverwaltung. Diese gibt es auf den griechischen Inseln nicht.

---

5 Zu Beginn von *Überwachen und Strafen* beschreibt Foucault die Hinrichtung von Robert François Damiens. Dieser wurde mit glühenden Zangen gefoltert. In seine Wunden wurde flüssiges Wachs, Asphalt, Blei, Schwefel und kochendes Öl gegossen. Durch sechs Pferde wurde er schließlich gevierteilt. Damiens Körperteile wurden zu Asche verbrannt und zerstreut. Nach seinem Tod wurde sein Haus abgerissen und ein Neubau auf dem Grundstück verboten.

Daher bin ich überzeugt, dass es einer neuen, präziseren Begriffsbildung bedarf, die eine hinreichende Analytik bietet und dabei nicht notwendigerweise an Komplexität einbüßt. Diese muss sich aus den konkreten sozialen Praktiken des Lagersystems ergeben. Die bisher beschriebenen Praktiken waren die der Überwachung und der Disziplinierung, einer Verbindung zu Tony Blairs sogenanntem »third way« (Hay o. J.), sowie der Wandel von einer Externalisierung hin zu einer Exterritorialisierung, doch es sind weitere Praktiken auszumachen, die von den bisherigen Theorien nicht gefasst werden konnten.

Aus einem Artikel der *Deutschen Welle* zu der Situation auf der Insel Lesbos von Anfang März 2020 und einem Erfahrungsbericht einer Freiwilligen geht Folgendes hervor:

> »Auf der griechischen Insel Lesbos herrscht Ausnahmezustand. Straßenblockaden und tätliche Angriffe auf internationale Helfer und Journalisten gehören zum Alltag. Die Behörden schauen zu. [...] In der Tat ist es auf der Insel derzeit schwierig, das Verhalten der staatlichen Institutionen von wütenden Bürgern zu unterscheiden [...]. Sie blockieren die Straßen und bewerfen vorbeifahrende Autos mit Steinen. Stundenlang hinderten sie in den vergangenen Tagen Busse mit den Neuankömmlingen an der Durchfahrt. [...] Nicht-Einheimische durften nicht passieren. Auch hier lässt die Polizei den Bürgern freie Hand.« (Deutsche Welle 2020)

> »Wir sahen nur 100 Meter vom Camp entfernt eine große Gruppe von schwarz gekleideten Menschen mit ihren Motorrädern und befürchteten, dass es sich bei ihnen um Faschist:innen handelte. Aus Angst und um kein Risiko einzugehen, haben wir die Polizei gerufen und sie gebeten, Streife zu fahren. Doch die Polizei tauchte niemals auf. Daran lässt sich erkennen, wie wenig man sich noch auf rechtsstaatliche Institutionen wie die Polizei auf Lesbos verlassen kann. Diese ist offensichtlich noch tiefer in faschistische Strukturen eingebunden, als wir es bereits angenommen hatten. [...] Ein Polizist schlug sogar meiner Freundin mit seinem Knüppel auf das Knie. Offensichtlich wollte die Polizei nicht, dass ihnen Menschen dabei zusahen, wie sie Geflüchtete vom Hafen wegdrängen, sie anschreien und ihnen mit Gewalt drohen.« (Bombeck 2020)

Dies unterstreicht den Aspekt der »Sonderrechtszonen«, die Hänsel in Bezug auf den Hot-Spot-Ansatz herausarbeitet (Hänsel 2019: 82). Damit sind Zonen gemeint, in denen nicht die Regeln des rechtsstaatlichen Gesetzes gelten, sondern in denen ein ganz eigenes, rechtliches Reglement wirksam ist; sozusagen: Ausnahmeregelungen von der Regel, bzw. der Gültigkeit von Gesetzen. Dies wird nochmal umso deutlicher, wenn Aspekte des Theoretikers Giorgio Agamben hinzugezogen werden, denn in seinem Dispositiv des Ausnahmezustandes, lassen sich diese Rechtspraktiken, wenn man diese so bezeichnen möchte, theoretisch fassen:

> »Die Ausnahme ist eine Art der Ausschließung. Sie ist ein Einzelfall, der aus der generellen Norm ausgeschlossen ist. Doch was die Ausnahme eigentlich kennzeichnet, ist der Umstand, daß das, was ausgeschlossen wird, deswegen nicht völlig ohne Beziehung zur Norm ist; sie bleibt im Gegenteil mit ihr in der Form der Aufhebung verbunden. Die Norm wendet sich auf die Ausnahme an, indem sie sich von ihre abwendet, sich von ihr zurückzieht. Der Ausnahmezustand ist also nicht das der Ordnung vorausgehende Chaos, sondern die Situation, die aus ihrer Aufhebung hervorgeht. In diesem Sinne ist die Ausnahme wirklich, der Etymologie gemäß, herausgenommen (*excaptum ‹ excapere*) und nicht einfach nur ausgeschlossen.« (Agamben 2002: 27)

Agambens Definition der *Ausnahme-Beziehung* bezeichnet, dass durch die Ausschließung aus der Norm dieses Außen eingeschlossen wird. Hieraus ergibt sich für Agamben die »paradoxe Schwelle der Ununterscheidbarkeit«. Die Ausnahme stehe also nicht jenseits des Rechtssystems, sondern es gebe ein strukturelles Verhältnis von Norm und Ausnahme. So bestehe der souveräne Nomos, also die Einheit aus Ortung (*nomós*) und Ordnung (*nómos*), nicht nur aus der Landnahme, der Festlegung einer juridischen Ordnung und einer territorialen Ortung, sondern vor allem aus einer *Einnahme des Außen*. Dabei ist der Ausschluss nicht einfach ein Ausschluss, sondern durch den Begriff des *Banns* gekennzeichnet. Daraus schließt er, dass

> »der Verbannte ja nicht einfach außerhalb des Gesetzes gestellt und von diesem unbeachtet gelassen, sondern von ihm verlassen [abbandonato], das heißt ausgestellt und ausgesetzt auf der Schwelle, wo Leben und Recht, Außen und Innen verschwimmen [...]. ›Es gibt kein Außerhalb des Gesetzes‹. Die originäre Beziehung des Gesetzes mit dem Leben ist nicht die Anwendung, sondern die Verlassenheit [l´Abbandono]. Die unüberbietbare Potenz des nómos, seine originäre ›Gesetzeskraft‹, besteht darin, daß er das Leben in seinem Bann hält, indem er es verläßt. Diese Struktur des Banns gilt es hier zu verstehen.« (ebd. 39)

So entsteht die Figur der *einschließenden Ausschließung*, die das nächste Element einer neuen Begrifflichkeit für das Lagersystem der EU bilden muss.

Ein weiteres Element, das schon angesprochen wurde und die *einschließende Ausschließung* in einer spezifischen Form darstellt, ist, dass durch die herrschenden Lagerstrukturen das Leben von vielen Geflüchteten gefährdet ist, und zwar durch psychische Folgen der Unterbringung (Westphal 2019 und Glatz-Brubakk/Monecke 2021). Doch auch weitere Indizien lassen so eine Deutung nicht abwegig erscheinen. Laut Human Rights Watch spielt die griechische Regierung das Risiko von Bleivergiftungen im Lager Kara Tepe herunter. Da das Lager auf einem ehemaligen Schießstand errichtet wurde, ist offenbar der Boden hochgradig verschmutzt (Human Rights Watch 2021). Laut der Weltgesundheitsorganisation kann eine Bleivergiftung zu Entwicklungs- und Verhaltensstörungen, Nervenschäden, Anämie, Müdigkeit und Muskelschwäche sowie Nieren- und Leberschä-

den führen. Wissenschaftliche Studien zeigen zudem, dass es keinen akzeptablen Grenzwert für einen Bleigehalt im Körper gibt, der eine sichere Belastung zuließe (WHO Regionalbüro Europa 2016). Benennen möchte ich die spezifische Form der *einschließenden Ausschließung* hier als biopolitisches Element, das allerdings nicht produktiv auf den Erhalt und die Verlängerung eines gesellschaftlichen Bevölkerungskörpers zielt, sondern in seiner Negation, also einer Exklusion, auftritt und Leben einzelner Gruppen als nicht schützenswert betrachtet. So ergibt sich, nach Foucault, eine weitere Machtserie. Neben der Machtserie *Körper – Organismus – Disziplin – Institutionen*, eine – durch die Biopolitik hinzukommende – Serie, nämlich *Bevölkerung – biologische Prozesse – Regulierungsmechanismen – Staat* (Foucault 1994: 295). In ihre Negation schreibe sich eine Art Staatsrassismus ein. Dadurch wird bestimmt, »was sterben muss« (ebd.: 302). Bei Agamben wird dies jedoch deutlicher ausformuliert:

> »Die eigentümliche Formel ›Entstanden um des Lebens willen, aber bestehend um des guten Lebens willen‹ kann nicht nur als Einbeziehung der Zeugung (*ginoméne*) in das Sein (ousa), sondern auch als eine einschließende Ausschließung (eine *exceptio*) der *zoé* aus der *pólis* gelesen werden, beinah als ob die Politik der Ort wäre, an dem sich das Leben in gutes Leben verwandeln muß, immer schon das nackte Leben wäre. Dem nackten Leben kommt in der abendländischen Politik das einzigartige Privileg zu, das zu sein, auf dessen Ausschließung sich das Gemeinwesen der Menschen gründet.« (Agamben 2002: 17)

Diesen Prozess bezeichnet Agamben mit seiner wiederkehrenden Formel *einschließende Ausschließung*. Anders ausgedrückt: Das Leben wird durch eine Ausschließung in die politische Ordnung eingeschlossen. Doch das nackte Leben befindet sich nicht schlicht außerhalb der Ordnung und die politische Ordnung ist keinesfalls belanglos für das Leben, sondern die politische Ordnung bestimmt, dass das nackte Leben keine politische Existenz haben darf. Dies ist natürlich paradox und wird im zitierten Abschnitt als *exceptio*, also Ausnahme, ausgedrückt. Dies auf die ethnografische Analyse angewandt sieht folgendermaßen aus: Geflüchtete in den Lagern sind aus dem politischen Leben ausgeschlossen. Sie können nicht daran partizipieren. Doch auch ein bloßes reproduktives Leben führen sie nicht. Dies zeigt sich an den Umständen, die kreiert wurden und in denen ihnen weder die Reproduktion des Lebens (bei Agamben als *zoé* bezeichnet), noch ein politisches Leben (bei Agamben als *bíos* bezeichnet) zu Teil wird und Geflüchtete so auf ihre bloße Existenz, ihr nacktes Leben, reduziert werden. Daniel Loick schrieb in einem Kommentar für den Deutschlandfunk:

> »Seit dem Großbrand in Moria ist deutlich geworden, dass sowohl die Europäische Union, als auch die griechische Regierung sich von dem Anspruch verabschiedet haben, ihre Politiken nach dem Prinzip des Schutzes menschlichen Lebens auszurichten. Nicht nur werden den Geflüchteten regelmäßig ihre Menschenrechte vorenthalten; mittlerweile steht auch ihr biologisches Leben auf dem Spiel [...]. Zusammengenommen haben diese Praktiken auf Lesbos eine Todeswelt entstehen lassen. Die dahinterstehende Politik hat damit die Schwelle von der bloßen Ausgrenzung – der Verteidigung unseres Wohlstands gegen eine imaginierte Bedrohung von außen – zu einer aktiven Politik des Todes überschritten: Die europäischen Regierungen wenden eine Reihe von [biopolitischen] Techniken an, die im Ergebnis darauf abzielen, das Leben unerwünschter Bevölkerungsgruppen zur Disposition zu stellen.« (Loick 2020)

Dies zusammengenommen bedeutet ganz konkret: In den Lagern an den EU-Außengrenzen wirkt die Denkfigur der *einschließenden Ausschließung*, die Geflüchtete als politische Subjekte, aber auch als Lebewesen ausschließt, da hier ganz konkret das Leben von Menschen auf dem Spiel steht. Gleichzeitig sind die Geflüchteten nicht einfach außerhalb, sondern durch ihre Ausschließung in der Ausnahme (oder vielleicht Herausnahme) der Ordnung unmittelbar von ihr eingeschlossen. Somit ist die *einschließende Ausschließung* ein biopolitisches Element. Ein biopolitisches Element, das eine Todeswelt für die darstellt, die durch ihren Ausschluss eingeschlossen sind.

Auch die von Loick angesprochenen Menschenrechte, spielen dabei eine gewichtige Rolle. Schon Hannah Arendt kritisierte: »der Begriff Menschenrechte brach [...] in der Tat in dem Augenblick zusammen, wo Menschen sich wirklich nur noch auf sie [die Menschenrechte] und auf keine national garantierten Rechte mehr berufen konnten« (Arendt 2017: 619). Agamben argumentiert anschließend an Arendt, dass die Problematik der Menschenrechte dadurch bestimmt sei, dass Positivierung bzw. Umsetzung von Menschenrechten an Staatsbürger:innenrechte geknüpft sind. Dadurch entstehe ein inhumaner Nexus, der spätestens durch den Zusammenbruch des Staatensystems nach dem Erstem Weltkrieg zu Tage trat:

> »In ihrem Totalitarismus-Buch hat Hannah Arendt das fünfte, dem Flüchtlingsproblem gewidmete Kapitel des zweiten, vom Imperialismus handelnden Teils mit ›Der Niedergang des Nationalstaates und das Ende der Menschenrechte‹ überschrieben. Diese bemerkenswerte Formel, die das Geschick der Menschenrechte an das des Nationalstaats bindet, scheint die Idee einer inneren und notwendigen Verknüpfung zu implizieren, welche die Verfasserin jedoch unerläutert läßt. Das Paradox, von dem sie hier ausgeht, besteht darin, daß die Figur – der Flüchtling –, die den Menschen der Menschenrechte schlechthin hätte verkörpern sollen, stattdessen die radikale Krise dieser Konzeption bezeichnet.« (Agamben 2002: 135)

Als Beweis gibt Agamben an, dass beispielsweise das UNHCR (United Nations High Comissioner for Refugees) sich selbst als »sozial« und »humanitär« und nicht als »politisch« charakterisiere (ebd.: 142). Diese Trennung von Politischem und Humanitärem sei Ausdruck für die Aporie zwischen Menschen- und

Bürger:innenrechten. Nach Agamben lässt sich diese dadurch beweisen, dass humanitäre Organisationen selbst damit werben, dass eine Notwendigkeit bestehe, bloßes Leben zu schützen (ebd.). Zwei Dinge sind hier interessant: Zum einen lässt sich diese Trennung von humanitär und politisch nicht von der Hand weisen (UNHCR o. J.). Zweitens erweitert Agamben hier die Perspektive seiner Konzeption der Biopolitik. Es sind also nicht nur Staaten, sondern auch Nicht-Regierungsorganisationen Teil seiner Theorie, wo sich der Kreis zu Tony Blairs *new vision for refugees* (neue Vision für Geflüchtete) und dem *third way* (dritter Weg) schließt. Auch Pichl verweist explizit auf die Verantwortung von Nichtregierungs-Organisationen:

> »Der Moria-Komplex zeichnet sich durch eine Unzuständigkeitsstruktur aus, durch eine selektive An- und Abwesenheit staatlicher Souveränität: Denn auf der einen Seite werden die Geflüchteten durch staatliche Zwangsmaßnahmen wie der Residenzpflicht in den Lagern festgehalten, auf der anderen Seite will niemand für die miserablen Lebensbedingungen der Geflüchteten verantwortlich sein. Wenn es Probleme in der materiellen Versorgung der Geflüchteten gibt, keinen Zugang zu gesunden Lebensmitteln oder einer funktionierenden Gesundheitsversorgung, behauptet die Regierung schlicht, andere Akteur:innen im Lager hätten diesen Teil der Verwaltung übernommen.« (Pichl 2021: 9)

So ergibt sich aus den sozialen Praktiken des Hotspot-Ansatzes letztendlich folgende komplexe Zusammensetzung: Zum einen gibt es Elemente des Überwachens und der Disziplinierung sowie der Privatisierung von Verantwortung durch den *third way* (dritter Weg). Somit werden Zuständigkeiten auf private Akteur:innen abgewälzt, die ihr Handeln als sozial oder humanitär anstatt politisch begreifen. Gleichzeitig werden dadurch Selbstverwaltungsstrukturen ersetzt anstatt geflüchtete Menschen in den Lagern zu politischen Subjekten zu machen. Als letzter Punkte sind eine Exterritorialisierung, die sich mit einer Ausnahme-Beziehung und der Begrifflichkeit des souveränen Banns ausdrücken lässt, und eine Art von Biopolitik zu nennen, die die bloße Existenz von Geflüchteten infrage stellt. Zusammengefasst lässt sich von einer außerordentlichen Kreuzung verschiedenster Machttypen sprechen, die nicht produktiv auf Körper wirkt, sondern durch die *einschließende Ausschließung* einen Zustand der Ununterscheidbarkeit hervorbringt und das biologische Leben von Menschen zur Disposition stellt. Auch muss noch einmal herausgestellt werden, dass das Konzept Gefängnis verglichen mit den Hotspots als konkrete Realutopie erscheint, wenn die Wirkweise und die Zielsetzung des Gefängnisses mit der Resozialisation von Menschen charakterisiert wird, die klare Verbesserungen der Haftbedingungen oder sogar eine Haftverkürzung verspricht, wenn sich die Gefangenen als disziplinierte Subjekte beweisen. So löst der Begriff des Gefängnisses falsche Implikationen aus, denn theoretisch würde hier jedem das »Recht, Rechte zu haben« (Arendt 2017: 614) zukommen, da sie nicht nach ihrer Herkunft oder Geburt, sondern an Handlungen beurteilt werden würden. Einen ähnlichen Vergleich stellt auch Arendt an. Über moderne Geflüchtete schreibt sie, dass diese »weiter und endgültiger aus der Menschheit ausgestoßen [sind] als der Sklave, dessen Arbeit gebraucht, genutzt und ausgebeutet wurde und der dadurch immer noch in den Rahmen des Menschseins einbezogen blieb« (ebd.: 616).

Für die beschriebenen Praktiken des Lagers schlage ich deshalb die Begrifflichkeit der *Externierungsanstalt* vor. Dieser komplexe Begriff setzt sich folgendermaßen zusammen: Das Wort *internieren* hat eine doppelte Bedeutung. Zum einen politische Gegner:innen, Feind:innen, Angehörige eines gegnerischen Staates in staatlichen Gewahrsam nehmen, bzw. in Lagern unterbringen, und zum anderen jemanden (der:die an einer Krankheit leidet) isolieren. Die veränderte Vorsilbe *ex-* verweist dabei zum einen auf die Exterritorialisierung, zum anderen auf die *exceptio*, die Ausnahme- Beziehung (bzw. der einschließenden Ausschließung). Dabei sind diese sozialen Praktiken in einer konkreten Einrichtung, die einem bestimmten Zweck dient, gebündelt. Hierfür erscheint mir das Wort *Anstalt*, was auch Einrichtungen für Menschen bezeichnet, die gesellschaftlich als *abnormal* oder *krank* gelten, als passender Begriff. Zudem habe ich von einer exemplarischen und symbolischen Durchdeklination des Beispiels der *Externierungsanstalten* auf den griechischen Inseln gesprochen. Leider muss eine umfassende Analyse anderer Schauplätze des Grenzregimes der EU ein Desiderat bleiben, allerdings möchte ich angesichts der theoretischen Bestimmung der *Externierungsanstalt* die Begrifflichkeit der *Externierungspraktik(en)* als Bündelung der verschiedenen Praktiken des europäischen Grenzregimes auf dem Westbalkan, dem zentralen Mittelmeer oder an der polnisch-belarussischen Grenze vorschlagen. Diese Praktiken scheinen mir in keiner konkreten Einrichtung, wie einer Anstalt zu Tage zu treten, bilden aber ein wiederkehrendes Muster von Grenzpraktiken ab.

Literatur und Quellen

Agamben, Giorgio 2002: Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben. Frankfurt.

Arendt, Hannah 2017: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft. München, Berlin, Zürich (1951).

BAMF 2020: Schlüsselzahlen Asyl 2019. https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/SchluesselzahlenAsyl/flyer-schluesselzahlen-asyl2019.pdf?__blob=publicationFile&v=3#:~:text=Seit%201953%20stellten%20rd.,R%C3%BCckgang%20von%2010%2C7%20%25 (Zugriff am 22.02.2020).

Bombeck, Hannah 2020: Lesbos. Ein rechtsfreier Raum am Rande Europas. In: Amnesty

International. https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/griechenland-lesbos-ein-rechtsfreier-raum-am-rande-europas (Zugriff am 28.03.2021).

Christidis, Giorgos (Bild): Neues Flüchtlingslager auf Lesbos. „Wir hatten es besser in Moria“. In: Der Spiegel 2020: online abrufbar unter: https://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-auf-lesbos-wir-hatten-es-besser-in-moria-a-37bc3f47-1317-407d-acb1-3441de91e559#bild-90775d24-4955-4884-aa48-92efc5a8af37 (Zugriff am 14.12.2021).

Deutsche Welle 2020: Lesbos. Wie Empörung in blinde Wut umschlägt. In: Schmitz, Florian: Wie Empörung in blinde Wut umschlägt. https://www.dw.com/de/wie-emp%C3%B6rung-in-blinde-wut-umschl%C3%A4gt/a-52619223 (Zugriff am 14.12.2021).

Fackler, Magdalena/ Geisler, Lukas 2020a: Die Vergessenen von Moria. In: Die Freiheitsliebe, https://diefreiheitsliebe.de/gesellschaft/die-vergessenen-von-moria/ (Zugriff am 14.12.2021).

Fackler, Magdalena/Geisler, Lukas 2020b: Nach dem Brand ist vor dem Brand – Moria 2.0 und das Ende der Hoffnung in Athen. In: Die Freiheitsliebe. https://diefreiheitsliebe.de/politik/nach-dem-brand-ist-vor-dem-brand-moria-2-0-und-das-ende-der-hoffnung-in-athen/ (Zugriff am 14.12.2021).

Foucault, Michel 1994: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt (1975).

Fras, Damir 2021: Recherchen zeigen Überwachung von Flüchtlingen: „Wie Verbrecher behandelt“, In: Frankfurter Rundschau vom 01.12.2021, https://www.fr.de/hintergrund/recherchen-zeigen-ueberwachung-von-fluechtlingen-wie-verbrecher-behandelt-91152006.html (Zugriff am 14.12.2021).

Geisler, Lukas 2021: Festung Europa: Das Ende der Menschenrechte. In: Die Freiheitsliebe. https://diefreiheitsliebe.de/politik/festung-europa-das-ende-der-menschenrechte/ Zugriff am 25.01.2022).

Georgi, Fabian/ van Zeeland, Aldo 2017: Autoritärer Festungskapitalismus. Fünf Thesen zur Migrationspolitik in Europa und den USA. Prager Frühling.

Giannakouris, Petros 2020 (Bild). In: Nach Brand in Moria. Neues Flüchtlingslager auf Lesbos erreicht nahezu Kapazitätsgrenze. https://www.fr.de/politik/neues-fluechtlingslager-auf-lesbos-erreicht-nahezu-kapazitaetsgrenze-90048222.amp.html (Zugriff am 30.03.2021).

Glatz-Brubakk, Katrin/ Monecke, Nina 2021: Geflüchtetencamp Lesbos. »Kinder beißen sich selbst, manchmal bis sie bluten«. In: Zeit vom 23.02.2021. https://www.zeit.de/zett/politik/2021-02/lesbos-gefluechtete-kinder-trauma-psychologie-therapie-behandlung/komplettansicht (Zugriff am 14.12.2021).

Grillmeier, Franziska 2020: Flüchtlingslager Moria. Sie kämpfen um ihre Würde. In: Zeit Online vom 30.05.2020. https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-05/fluechtlingslager-moria-lesbos-corona-krise-virus-isolation-asyl?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F (Zugriff am 11.12.2021).

Hänsel, Valeria 2019: Gefangene des Deals. Die Erosion des europäischen Asylsystems auf der griechischen Hotspot-Insel Lesbos. In: bordermonitoring.eu e.V. https://bordermonitoring.eu/berichte/2019-gefangene-des-deals/, S. 47 (Zugriff am 28.03.2021).

Hay, Colin o. J.: Third way. Politics. In: Britannica. https://www.britannica.com/topic/third-way (Zugriff am 11.12.2021).

Hess, Sabine/ Kasparek, Bernd/ Kron, Stefanie/ Rodatz, Mathias/ Schwertl, Maria/ Sontowski, Simon 2017: Der lange Sommer der Migration. Krise, Rekonstitution und ungewisse Zukunft des Europäischen Grenzregimes, In: Hess, Sabine/ Kasparek, Bernd/ Kron, Stefanie/ Schwertl, Maria/ Sontowski, Simon (Hg.): Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III. Berlin.

Hennicke, Cathrin 2018: Camp Moria: Kinder denken an Selbstmord. In: Deutsche Welle. https://www.dw.com/de/camp-moria-kinder-denken-an-selbstmord/a-45580623 (Zugriff am 14.12.2021).

Human Rights Watch 2021: Greece: Government Downplays Lead Risk at Migrant Camp. In: Human Rights Watch. https://www.hrw.org/news/2021/02/17/greece-government-downplays-lead-risk-migrant-camp (Zugriff am 30.03.2021).

Jakob, Christian/Schlindwein, Simone 2017. Diktatoren als Türsteher Europas: Wie die EU ihre Grenzen nach Afrika verlagert. Ch. Links Verlag. [Rezension des Buches: Auernheimer, G.: Christian Jakob/Simone Schlindwein: Diktatoren als Türsteher Europas. In: socialnet. Das Netz für die Sozialwirtschaft. https://www.socialnet.de/rezensionen/24159.php (Zugriff am 11.10.2022).

Kögler, H. K. 1994: Michel Foucault. Stuttgart.

Kuntz, Katrin/ Christides, Giorgios 2017: Die Gefängnisinsel. In: Spiegel Online vom 22.11.2017. https://www.spiegel.de/politik/die-gefaengnisinsel-a-7834637c-0002-0001-0000-000154432504 (Zugriff am 14.12.2021).

Kuster, Brigitta/ Tsianos, Vassilis 2016: »Aus den Augen, aus dem Sinn« – Flüchtlinge und Migranten an den Rändern Europas. Hotspot Lesbos. Berlin.

Loick, Daniel 2020: Kommentar zu Moria. Leben in der Todeswelt. In: Sein und Streit (Deutschlandfunk). https://www.deutschlandfunkkultur.de/kommentar-zu-moria-leben-in-der-todeswelt.2162.de.html?dram:article_id=485910 (Zugriff am 14.12.2020).

Neocleous, Mark/ Kastrinou, Maria 2016: The EU hotspot. Police war against. In: Radical Philosophy 200. https://www.radicalphilosophy.com/commentary/the-eu-hotspot (Zugriff am 14.12.2021).

Papantonis, V. 2020: (Bild). In: Tagesschau: »Sogar in Moria war es besser« https://www.tagesschau.de/ausland/lesbos-fluechtlinge-137.html (Zugriff am 14.12.2021).

Pichl, Maximilian 2021: Der Moria-Komplex. Verantwortungslosigkeit, Unzuständigkeit und Entrechtung fünf Jahre nach dem EU-Türkei-Abkommen und der Einführung des Hotspot-Systems. In: medico international. Frankfurt.

Pro Asyl 2007: »The truth may be bitter, but must be told«. Über die Situation von Flüchtlingen in der Ägäis und die Praktiken der griechischen Küstenwache. https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2015/12/PRO_ASYL_Broschuere_Griechenland_Doku_Oktober_2007.pdf, S. 6ff. (Zugriff am 11.10.2022).

Riemann, Katja 2021: »... and here we are! Eine Filmschule in Moria«. In: arte Mediathek. https: //www.arte.tv/de/ (ab dem 01.05.2021 abrufbar). In: Geisler, Lukas: Das Unsichtbare sichtbar machen. In: FUTURZWEI: https://www.futurzwei.org/article/1366 (Zugriff am 14.12.2021).

Sachverständigen Rat für Integration und Migration 2021: »No more Morias«? Die Hotspots auf den griechischen Inseln: Entstehung, Herausforderungen und Perspektiven. In: Policy Brief. https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2021/03/SVR_Policy-Brief_Moria_barrierefrei.pdf (Zugriff am 14.12.2021).

Tagesschau 2021: Umstrittenes Flüchtlingslager auf Samos eröffnet. In: tagesschau. https://www.tagesschau.de/ausland/europa/samos-fluechtlingslager-107.html (Zugriff am 11.12.2021).

Tsianos, Vassilis S. 2017: Hotspots und die neue europäische Grenzarchitektur: Zur Ethnografie einer Erfassungsform. In: Lessenich, Stephan: Geschlossene Gesellschaften. Verhandlungen des 38. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bamberg 2016.

UNHCR 2020: Aegean Islands Weekly Snapshot 17 - 23 February 2020. https://data2.unhcr.org/en/documents/details/74227 (Zugriff am 14.12.2021).

UNHCR 2020: Humanitarian Principles. https://emergency.unhcr.org/entry/44765/humanitarian-principles#:~:text=Underlining%20all%20humanitarian%20action%20are,%2F182%20and%2058%2F114 (Zugriff am 14.12.2021).

Weinzierl, Ruth 2009: Der Asylkompromiss 1993 auf dem Prüfstand. Gutachten zur Vereinbarkeit der deutschen Regelungen über sichere EU-Staaten und sichere Drittstaaten mit der Europäischen Menschenrechtskonvention, dem EU-Recht und dem Deutschen Grundgesetz. Bonn [u.a.].

WHO Regionalbüro Europa 2016: Präventionswoche gegen Bleivergiftungen: Bleihaltige Farben verbieten. https://www.euro.who.int/de/health-topics/environment-and-health/pages/news/news/2016/10/lead-poisoning-prevention-week-ban-lead-paint#:~:text=Blei%20ist%20ein%20giftiges%20Metall,sowie%20Nieren%2D%20und%20Lebersch%C3%A4den%20f%C3%BChren (Zugriff am 14.12.2021).

Zeit Online 2020: Gewaltsame Proteste gegen neues Zeltlager auf Lesbos. In: Die Zeit vom 12.09.2020. https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-09/fluechtlingslager-moria-polizei-traenengas-migranten-lesbos-brand (Zugriff am 14.12.2021).Schröder, Gerhard; Blair, Toni (1999(: Europe: The Third Way, in Friedrich-Ebert-Stiftung: https://library.fes.de/pdf-files/bueros/suedafrika/02828.pdf (Zugriff am 08.07.2023).

Bahar Çati & Hazal Bilgili

Zur Geschichte, Ideologie und Aktualität des türkischen Faschismus mit gesondertem Blick auf sein Wirken in Deutschland

Einleitung

Ibrahim Demir, Erol Ispir, Seyfettin Kalan und Celalettin Kesim wurden zu unterschiedlichen Zeitpunkten, aber aus den gleichen politischen und rassistischen Motiven von Mitgliedern der Grauen Wölfe in Deutschland ermordet. Diese Namen sind nur Beispiele der politischen Morde, die in den letzten Jahren von türkischen Faschist:innen in Deutschland verübt worden sind. Im Gedenken an die Ermordeten soll unser Beitrag als eine Einführung in den Themenkomplex der Grauen Wölfe und ihrer Etablierung in Deutschland dienen. Im ersten Kapitel wird die Geschichte des türkischen Faschismus nachgezeichnet: Ausgehend vom Zerfall des Osmanischen Reiches über der Institutionalisierung des türkischen Nationalismus bis hin zu der Etablierung der faschistischen Partei der MHP (türkisch: Milliyetçi Hareket Partisi, deutsch: Partei der nationalistischen Bewegung). Daran anknüpfend werden die ideologischen Aspekte des türkischen Faschismus hervorgehoben. Darauf folgt ein geschichtlicher Rückblick auf die Entstehung und Vernetzung der Strukturen der Grauen Wölfe in Deutschland. Abschließend werden die Widerstände gegen die Grauen Wölfe und der aktuelle Stand um ein Verbot der Organisation skizziert.

Als wissenschaftliches Standardwerk gilt »Graue Wölfe heulen wieder: Türkische Faschisten und ihre Vernetzung in der BRD« von Fikret Aslan und Kemal Bozay. An dieser Stelle wird dies als weiterführende Literatur empfohlen. Ergänzend wird auf Hêvîdar Işıks Veröffentlichung »Werde Deutsch, bleibe Türke – Eine Analyse der Rekrutierungsstrategien der Grauen Wölfe in Deutschland am Beispiel der ADÜTDF« verwiesen.

Wir danken Yelda und S. Freudenstein für hilfreiche Kommentare für eine Vorfassung dieses Textes.

Historie des türkischen Nationalismus und Faschismus

Um die Ideologie des türkischen Faschismus und die ideologischen Grundpfeiler der Grauen Wölfe im Besonderen zu verstehen, braucht es einen Überblick über die Historie des türkischen Nationalismus und Faschismus. Ein Ausgangspunkt ist der Zerfall des Osmanischen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg und der Aufstieg des jungtürkischen Nationalismus. Aufgrund mangelnder innerer Wirtschaftspolitik und zahlreicher Kleinkriege verlor das Osmanische Reich seinen Status als Großmacht. Bereits vor dem Niedergang des Osmanischen Reiches wurden Gruppen wie Jüd:innen:Juden, Griech:innen und Kurd:innen marginalisiert, da die politische und wirtschaftliche Handlungsmacht lediglich Muslim:innen und muslimischen Geistlichen gewährt wurde (vgl. Aslan/Bozay 2000: 18ff.). Parallel zur inneren Schwächung des Osmanischen Reiches entwickelte und verstärkte sich der türkische Nationalismus. Nationalistische Intellektuelle wie Ziya Gökalp verbreiteten Schriften, welche, inspiriert durch den europäischen Nationalismus, zur Bildung einer türkischen Nationalidentität aufriefen. Darüber hinaus romantisierte er in Gedichten den Traum eines großtürkischen, sich expandierenden türkischen Reiches (vgl. Jäschke 1941: 5). Im weiteren Verlauf der nationalistischen Entwicklungen gründete sich im Jahr 1894 in Istanbul das Komitee für Einheit und Fortschritt (türkisch: Ittihat ve Terakki Cemiyeti). Dieses legte den Grundstein der militant-nationalistischen Bewegung der Jungtürk:innen (vgl. Aslan/Bozay 2000: 19). Bekannte Kräfte des Komitees waren Enver Paşa, Kriegsminister, Talat Paşa und Mustafa Kemal, der spätere Gründervater der Türkischen Republik (vgl. Taş 2012: 70). Die Jungtürk:innen übernahmen 1908 die Macht und verabschiedeten autoritäre Gesetze, welche die Handlungsfähigkeit und allgemeine Identität der Kurd:innen, Armenier:innen, Griech:innen und Jüd:innen:Juden unterdrückten. Dies war Teil einer expandierenden türkischen Assimilationspolitik (vgl. Aslan/Bozay 2000: 21). Unter der Herrschaft der Jungtürk:innen fand eine Welle von Zwangsumsiedlungen, Deportationen und Pogromen statt (vgl. ebd.: 70).

Ergänzend zu dieser Gewalt brach der Erste Weltkrieg aus, an dem sich das Osmanischen Reich unter Enver Pasha beteiligte. Ein militaristisches Geheimabkommen, die sogenannte Waffenbrüderschaft mit dem Deutschen Reich, garantierte 1914 den Kriegseintritt des Osmanischen Reiches (vgl. Hoffmann et al. 1981: 14). Zudem gewährleistete das Abkommen dem Osmanischen Reich notwendige Ressourcen, die die Expansionsbestrebungen einer türkisch-nationalistischen Großmacht unterstützten (vgl. Aslan/Bozay 2000: 30).

Der Genozid an den Armenier:innen und die Mitschuld der Deutschen

Der antiarmenische Rassismus im Osmanischen Reich und später in der Republik der Türkei war bereits vor der Machtübernahme der jungtürkischen Bewegung präsent. Bereits unter Sultan Hamid wurden seit 1894 kontinuierlich Massaker und Pogrome gegen Armenier:innen ausgeübt (vgl. Dabag/Platt 2015: 287). Der zu diesem Zeitpunkt türkische Kriegsminister Envar Paşa war einer der Haupttäter des Genozids - unter der Mitverantwortung des Deutschen Kaiserreichs (vgl. Elm 2015: 5). Aus den Dokumentationen über den Genozid des Auswärtigen Amtes in Deutschland wird ersichtlich, dass der deutsche Militärausbilder Colmar von der Goltz die antiarmenische Haltung nach Berlin transferierte. Von der Goltz bezeichnete Armenier:innen »als fremdes ethnisches Element in einem fast ausschließlich von Muslimen bewohnten Gebiet« (Gust 2005: 11).

Der armenische Genozid verlief nach einer durchdachten Taktik (vgl. Dabag/Platt 2015: 293). Im Sommer 1914 wurden Armenier:innen bereits systematisch ermordet und armenische Kirchen in Ostanatolien angegriffen. Darauf folgten Zwangsumsiedlungen und Enteignungen der Güter, Häuser und Geschäfte von Armenier:innen, welche anschließend der muslimisch-türkischen Bevölkerung zugewiesen wurden (vgl. ebd.: 294ff.). Der 24. und 25. April 1915 gelten als offizielle Tage des Genozids, im Armenischen wird dies »Aghet«, (»die Katastrophe«), genannt (vgl. Rammerstorfer 2018: 16). Die Opferzahlen liegen von 800000 bis 1,5 Millionen, die bis heute von der Türkei nicht anerkannt sind (vgl. Göçek 2015 in Manutscharjan 2015: 648).

Im Jahr 1919 wurde nach dem Sturz des Jungtürkenregimes ein Sondermilitärgericht in Konstantinopel eingerichtet, um den Genozid an den Armenier:innen aufzuarbeiten und die Verantwortlichen zu verurteilen. Allerdings wurden die gerichtlichen Prozesse nach der türkischen Staatsgründung 1923 unter Mustafa Kemal nicht fortgesetzt. Daraus resultierte die bis heute andauernde Leugnung des armenischen Genozids in der Türkei und geschichtliche Relativierung hinsichtlich des Ausmaßes des Völkermordes (vgl. ebd.: 33). Erst seit April 2016 ist der Genozid an den Armenier:innen offiziell in Deutschland anerkannt. Die vergleichsweise späte Anerkennung ist auf die deutsch-türkischen Beziehungen zurückzuführen. Dabei nimmt Deutschland die Position eines verlängerten Arms des türkischen Staates ein und agiert nach türkischer Logik, wie weiter unten diskutiert wird.

Die Republik Türkei: Institutionalisierung des türkischen Nationalismus

Das Osmanische Reich zerfiel nach seiner Niederlage im Ersten Weltkrieg. Im August 1920 legten die Siegermächte im Vertrag von Sèvres die territorialen Besitzansprüche auf die Überbleibsel des zerstückelten Osmanischen Reiches fest. Diese standen u. a. den Staaten Großbritannien Italien und Frankreich zu (vgl. Kreiser 2012: 22ff.).

Ursprünglich galt die westtürkische Stadt Izmir als zu Griechenland gehörig. Ausgehend von der Feindmarkierung der Griech:innen und Armenier:innen, die sich aus dem türkischen Nationalismus ergab, wurde ein Krieg gegen Griechenland und Armenien geführt (vgl. Küpeli 2022: 65ff., 83f.). Dieser Krieg wird bis heute in türkisch-nationalistischen Narrationen als vermeintlicher Befreiungskrieg gegen fremde Besatzungsmächte stilisiert.

In dem 1923 abgeschlossenen Vertrag von Lausanne war die Gebietsrückgabe an das türkische Volk gewährleistet und die Gründung der türkischen Republik unter dem ersten türkischen Präsidenten Mustafa Kemal anerkannt. Der Vertrag von Lausanne beinhaltete jedoch keine Regelungen der Autonomie für Armenier:innen und Kurd:innen, obwohl dies insbesondere den Kurd:innen versprochen wurde (vgl. Kreiser 2012: 38).

Der Vertrag von Lausanne war der Auslöser der heutigen kolonialen Grenzziehungen Kurdistans. Darin wurde die Aufteilung auf die vier Staaten Türkei, Iran, Irak und Syrien beschlossen. Unter einem Deportationsgesetz wurde 1934 die vollständige Türkisierung der kurdischen Bevölkerung in Anatolien institutionalisiert (vgl. Aslan/Bozay 2000: 38). Die gewaltvollen Homogenisierungspraktiken in der Türkei drückten sich neben Zwangsumsiedlungen, Verbot der kurdischen Sprache und Bräuchen auch über systematische Vernichtungs- und Erziehungsoperationen aus. Diese Operationen unter den Namen Tedip und Tenkil verfolgten die »Zerstörung von Dörfern, die Vernichtung ihrer Bewohner_innen, Artillerie- und Luftangriffe auf Dörfer und flüchtende Menschengruppen, die Zerstörung der Höhlen und anderen Verstecken sowie Deportationen von der Überlebenden, die bisweilen beim Abtransport getötet wurden« (Küpeli 2022: 210).

Der organisierte Widerstand von Kurd:innen gegen die Homogenisierungs- und Vernichtungspolitik äußerte sich in Form vom Scheich-Said-Aufstand von 1925 und im Ararat-Aufstand von 1930 (vgl. Küpeli 2022: 213). Diese Aufstände wurden vom türkischen Staat niedergeschlagen. Die Militäreinsätze und Massaker fuhren fort und fanden ihre Kulmination im zweijährigen Vernichtungseinsatz in Dersim 1937-38 (vgl. Küpeli 2022: 210f.). Die zahlreichen Niederschlagungen des kurdischen Widerstandes führten zu einer Periode, in der die Kurd:innen in

ihrer soziopolitischen Lage nicht beachtet wurden. Dennoch waren Kurd:innen weiterhin widerständig. Mit der Gründung der Arbeiter:innenpartei Kurdistans (kurdisch: Partiya Karkerên Kurdistanê, kurz: PKK) im Jahr 1978 durch Abdullah Öcalan nahm der kontinuierliche Kampf gegen die türkische Unterdrückungspolitik wieder organisierte Form an. 1984 markierte den Übergang in den bewaffneten Kampf durch die PKK für eine nachhaltige und politische Lösung.

Der junge türkische Staat setzte ein westliches, laizistisches und säkulares Modell durch. Das Regime regierte in Form eines etablierten Einparteiensystems. Die von Mustafa Kemal gegründete republikanische Volkspartei CHP (türkisch: Cumhuriyet Halk Partisi, deutsch: Republikanische Volkspartei) regierte bis 1950 allein. Die kemalistische Staatsideologie ordnete sich unter sechs Grundprinzipien: Nationalismus, Laizismus, Republikanismus, Populismus, Etatismus, die staatliche Kontrolle der türkischen Wirtschaft und Revolutionismus (vgl. Taş 2012: 80).

Zur Etablierung eines laizistischen und prowestlichen Systems wurde das islamische Kalifat abgeschafft (vgl. Günay 2012: 164). Darüber hinaus sprach Mustafa Kemal ein Verbot religiöser Kopfbedeckungen für Männer aus. Dies betraf auch die christliche und jüdische Bevölkerung der neuen Türkei (vgl. Kreiser 2012: 44). Bereits in den ersten Jahren des etablierten Systems unter Mustafa Kemal mobilisierten sich oppositionelle Kräfte. Als Reaktion auf die Verbreitung der Systemkritik gegen das Regime wurden sämtliche Oppositionsparteien verboten, die politische Handlungsfreiheit eingeschränkt und Zeitungen einer strengen Zensur unterworfen. Die sich als reformistisch darstellende Politik Mustafa Kemals äußerte sich in der Praxis als ein autoritäres und diktatorisches Staatsregime (vgl. ebd.: 40ff.). Zudem ist zu betonen, dass die restriktiven Gesetze, die zusätzlich Gewerkschafts- und Vereinsgründungen verboten, vom italienischen Faschismus unter Benito Mussolini inspiriert waren (vgl. Aslan/Bozay 2000: 43).

Die Beziehung zwischen dem NS-Regime und der Türkei

Der deutsche Faschismus fand in der nationalistischen Türkei Anklang. Der deutsche Botschafter in der Türkei, Franz von Papen, beschwor eine imaginierte Gefahr, gegen die sich sowohl die Türkei als auch Deutschland wehren müssten. Den Völkermord an den Armenier:innen verklärte er als »Notwehr gegen [einen] Todfeind«, den die Deutschen nun analog gegen die »jüdische Gefahr« führen müssten (Pekesen 2014: 110). Durch diese Gleichsetzung des Holocaust und des Genozids an den Armenier:innen versuchte er, den deutschen Faschismus in der Türkei populärer zu machen und suchte den Schulterschluss im Kampf gegen ein gemeinsames Feindbild. An dieser Stelle ist jedoch zu betonen, dass eine solche

Gleichsetzung die Singularität des Holocaust verkennt. Mittels deutsch-türkischer Medien wurden im NS-Regime entworfene antisemitische Propagandamaterialien wie Karikaturen in die Türkei überliefert (vgl. Guttstadt 2013: 57). Der völkisch-rassistisch begründete Antisemitismus der Nationalsozialist:innen fiel in der Türkei auf fruchtbaren Boden, da es hier seit Jahrhunderten einen weitverbreiteten, religiös motivierten Antijudaismus gab. Weiterhin erhielt die panturanistische[1] Strömung in der Türkei Zulauf. Der wieder aufkommende türkische Faschismus der panturanistischen Ideologie ist durch den Einfluss des nationalsozialistischen Gedankenguts aus dem NS-Regime wiedererweckt worden. Die Mitglieder der kemalistischen Partei CHP bekannten sich offen zu ihrer Sympathie für den deutschen Faschismus. Infolge der engen deutsch-türkischen Beziehung gründete sich der Verein Deutsch-Türkische Handelskammer. Zeitgleich entstanden weitere faschistische Organisationen wie die der Bozkurts (vgl. Aslan/Bozay 2000: 46).

Die Herausbildung und politische Doktrin der faschistischen Partei MHP

Die MHP entsprang aus der Vorgängerpartei CKMP (türkisch: Cumhuriyetçi Köylü Millet Partisi, deutsch: Republikanische Bauern-Volkspartei). Alparslan Türkeş gründete 1969 die MHP unter dem Namen Miliyetçi Hareket Partisi (deutsch: Partei der Nationalistischen Bewegung). Die Akteur:innen der MHP bezeichnen sich selbst als Bozkurtlar oder Ülkücüs (deutsch: Graue Wölfe, Idealisten). Das faschistische Programm der MHP geht auf die Gedanken des Panturkisten Nihal Atsız zurück. Das Parteiprogramm stützt sich auf die sogenannte Neun-Strahlen-Doktrin (türkisch: Dokuz Işık). Folgende Punkte bilden das Fundament der MHP: Nationalismus, Idealismus, Moralismus, Wissenschaftlichkeit, Soziabilität, Förderung der Landwirtschaft, Liberalismus und Individualismus, Entwicklungsorientiertheit und Volksnähe und zuletzt Förderung von Industrie und Technik (vgl. Aslan/Bozay 2000: 76f.). In der Selbstdefinition nicht aufgeführt, aber dennoch notwendig zu betonen ist, dass die MHP durch einen hierarchischen Führerkult, ausgerichtet nach Alparslan Türkeş, gekennzeichnet ist (vgl. ebd.: 77). Zudem ist die MHP stark paramilitaristisch organisiert und orientiert sich an den nationalsozialistischen SS-Einheiten (ebd. 2000: 54). Die Grauen Wölfe übten im Laufe der Geschichte faschistisch motivierte Gewalttaten gegen-

[1] Als Panturanismus wird die Ideologie eines großtürkischen Reiches bis Mittelasien bezeichnet, in der alle Turkvölker im Sinne der faschistoiden Vorstellung gemeinsam leben. Der Turan wurde auch unter Ziya Gökalp als zu erzielender geographischer Raum aller Türk:innen bezeichnet (vgl. Aslan/Bozay 2000: 22).

über Kurd:innen, Alevit:innen und Linken aus. Ein prägnantes Beispiel ist das Massaker in Maraş. Im Jahr 1978 wurden hier alevitische Familien durch Graue Wölfe systematisch ermordet (vgl. Taş 2012: 737).

Ihren politischen Höhepunkt erreichte die MHP in den 1990er Jahren. Um diesen Aufstieg zu verstehen, ist es wichtig, die Türkei unter Präsident Kenan Evren zu skizzieren. In der Geschichte der türkischen Staatspolitik gab es drei Militärputsche seit der Etablierung des Mehrparteiensystems. Nach dem Militärputsch 1980 sicherte sich Kenan Evren seine Stellung als Präsident der Türkei. Unter ihm wurde die emotionalisierte Bindung zum türkischen (Vater-)Staat mit einer starken militaristischen Politik der Gehorsamkeit und des Respekts gestärkt (vgl. Günay 2012: 257). Diese starke Autoritarisierung der Gesellschaft bot zusammen mit dem Zerfall der Sowjetunion 1990/91 einen fruchtbaren Boden für die faschistische MHP. Jedoch wurde unter Evren die MHP als Partei verboten und ihre Parteikader wie Alparslan Türkeş verhaftet. Dies ist weniger als demokratisch-politischer Eingriff und mehr als diktatorischer Akt der Machtausübung zu lesen. Wenige Jahre später wurde die MHP mit der neuen politischen Agenda der türkisch-islamische Synthese[2] erneut zugelassen.

Die MHP verbreitet ihre Ideologie über verschiedene Institutionen. Das staatlich anerkannte Institut für türkische Normen (kurz: TSE, türkisch: Türk Standartları Enstitüsü) publizierte 1994 eine klar ausformulierte Rassenlehre. Es wird explizit beschrieben, wie ein Türke oder eine Türkin auszusehen hat. Demgegenüber sind konkrete Verhaltens- und Charakterkodexe wie das Sprechen der türkischen Sprache und ein »türkischer Charakter« aufgestellt (Aslan/Bozay 2000: 69.). Diese Rassenlehre geht auf ein Pseudoexperiment zurück, in dem die Schädelform von 100 Türk:innen untersucht wurde. Laut dieser Untersuchungen wurde auch die allgemeine Hautfarbe, Nasenform und Haarfarbe von Türk:innen festgelegt (vgl. ebd.: 69ff).

In den 1990er Jahren ist der Rassismus gegen Kurd:innen zu der politischen Leitlinie der MHP geworden. Unter Mitarbeit des Militärs, der Polizei und der Geheimdienste führte die MHP einen paramilitärischen Krieg gegen das kurdische Volk. Dafür wurde die MHP von der breiten Masse zelebriert. Als Abdullah Öcalan 1999 verschleppt und verhaftet wurde, plädierte die MHP für seine Todesstrafe. In dieser Zeit hatte die MHP einen enormen Wahlerfolg und schaffte es 1999, mit 129 Sitzen die zweitstärkste Kraft im türkischen Parlament zu werden (vgl. Taş 2012: 739).

[2] Der türkische Faschismus hat einen Paradigmenwechsel vollzogen: Der Säkularismus wurde abgelegt und mit einer islamistischen und pantürkischen Ausrichtung ersetzt und radikal durchgesetzt (vgl. Aslan/Bozay 2000: 72).

Ideologie des türkischen Faschismus

An die geschichtliche Ausarbeitung des türkischen Nationalismus und ihrer politischen Verflechtung mit Deutschland anknüpfend, werden im Folgenden die ideologischen Aspekte des türkischen Nationalismus und Faschismus aufgeschlüsselt.

Die Grauen Wölfen sind eine Struktur, welche an die MHP angebunden ist und von dieser kontrolliert wird. Alparslan Türkeş ist der Führer der Partei und seiner Organisation der Grauen Wölfe. Er und die Grauen Wölfe vertreten einen starken Antikommunismus, welcher während des Zweiten Weltkrieges die Sympathie zwischen deutschen Nazis und türkischen Turanist:innen bestärkte (vgl. Aslan/Bozay 2000: 79). Das ideologische Fundament der MHP, der Grauen Wölfe und weiterer faschistischer Akteu:innen der Türkei begründet sich auf der Idee des Turanismus. Als Turan wird eine mythische Überlieferung bezeichnet, welche die Expansion eines großtürkischen Reiches proklamiert, in der alle Turkvölker einig zusammenleben. Das Ziel des Turans ist eng verbunden mit der Verherrlichung des Krieges (vgl. ebd.: 77ff.). Nach dem Militärputsch 1980 verfolgte die MHP eine neue ideologische Ausrichtung. Durch ihre neue Leitlinie der »türkisch-islamischen Synthese« (Aslan/Bozay 2000: 72) fusionierten türkischer Nationalismus und Islamismus. Somit brach sie mit dem kemalistischen Säkularismus[3] und legte den Fokus auf eine nationale Islamisierung (vgl. Rammerstorfer 2018: 43ff.). Der Islam ist nach der Ideologie der MHP ein Instrument zum Ausbau des expansionistischen Gedankens des Turans, um weitere muslimische Gruppen zu mobilisieren.

Weiterhin ist für die Grauen Wölfe ihr Antisemitismus sowie ihr Rassismus gegenüber Kurd:innen, Armenier:innen, Alevit:innen, Ezid:innen und weiteren ethnischen Minderheiten charakteristisch. In der Geschichte der Türkei begingen die Grauen Wölfe mehrere Pogrome gegen Alevit:innen wie in Maraş, Çorum, Sivas, Gazi und Ümraniye (vgl. Bozay 2021: 10). Auch in Deutschland sind die Grauen Wölfe für zahlreiche politische und rassistische Morde verantwortlich (vgl. ebd.: 5).

Zur Kritik der Bezeichnung ultranationalistisch und der Notwendigkeit des Faschismusbegriffs

Die Grauen Wölfe haben verschiedene Selbstbezeichnungen, darunter häufig den türkischen Begriff Ülkücü, welcher übersetzt Idealist:innen heißt. Sie distanzieren sich von der Bezeichnung als Faschist:innen und untermauern die Selbstbezeichnung als türkische Nationalist:innen (vgl. Arslan 2009: 53). In diesem Nationalismus findet eine starke Selbsterhöhung über Mythologien statt (vgl. Arslan 2009: 54). Die Bezeichnung Graue Wölfe lehnt sich an die mythische Erzählung, in der ein Wolf »den türkischen Stämmen bzw. Kriegern den Weg nach Kleinasien gewiesen haben soll« (Aslan/Bozay 2000: 55). Auch die sogenannte »Sonnensprachtheorie« (türkisch: Güneş-Dil Teorisi), der zufolge sich alle Sprachen der Welt vermeintlich von der türkischen Ursprache ableiten lassen, dient seit der türkischen Staatsgründung dazu, ein nationales Selbstwertgefühl zu konstruieren und die »türkische Rasse« als höherrangig zu klassifizieren[4] (vgl. Taş 2012: 82).

Auch wenn es in links-emanzipatorischen Kreisen längst zur politischen Praxis gehört, die Grauen Wölfe als faschistisch zu bezeichnen, wird auf den Begriff des Ultranationalismus rekurriert. Mit Blick auf die gängige Faschismusforschung werden die Ursprünge faschistischer Bewegungen in der europäischen Moderne verortet, weshalb Uneinigkeit bezüglich der Anwendbarkeit auf den außereuropäischen Raum herrscht (vgl. Wörsching 2021: 222). Die Frage nach der außereuropäischen Adaptierbarkeit des Faschismusbegriffs berücksichtigt antikoloniale Befreiungskämpfe, die mithilfe nationalistisch und religiös begründeter Selbstverständnisse geführt wurden (vgl. ebd.). Im Kontext des Osmanisches Reiches wird dieses in der geschichtspolitischen Überlieferung häufig als eine von der Entente (Frankreich, Großbritannien etc.) beinahe besetzte Kolonie skizziert. Demgegenüber steht jedoch das Osmanische Reich als imperialistische Großmacht, welches mit einem »imperialen Nationalbewusstsein« agierte und geografisch zum Teil zu Europa zählte (Reinkowski 2006: 36). Ähnlich verhält sich die türkische Geschichtsschreibung hinsichtlich der Staatsgründung der Türkei. Der sogenannte Befreiungskampf gegen die Siegermächte des Ersten Weltkrieges und ihre Besatzung wird sowohl von linksliberalen als auch rechtsreaktionären Kräften in der Türkei als ein anti-imperialistischer Kampf gegen die europäischen Mächte markiert. Die Inszenierung der Türkei als Opfer- oder Verlierernation ist Teil der heroischen Darlegung der türkischen Staatsgründung (vgl. ebd.: 50). Gleichzeitig missachtet sie die geschichtliche Kontinuität des türkischen Nationalismus und den vom NS-Regime unterstützten Panturanismus, welcher den Nährboden für die MHP und der Grauen Wölfe bot.

Das sozialwissenschaftliche Argument, weil verschiedene Faschismen individuelle Namensgebungen erhalten – etwa der Spanische Franquismo, Italienischer Fascismo oder der deutsche Nationalsozialismus –, stehe auch den Grauen Wölfen ihre Bezeichnung als Ülkücü-Bewegung oder Ultranationalisten zu (vgl. Arslan 2009: 52), ist nicht haltbar. Durch die Bezeichnung der Grauen Wölfe als

[3] Dennoch wird Mustafa Kemal neben Recep Tayyip Erdoğan und Alparslan Türkeş glorifiziert.

[4] Die Verbreitung der Sonnensprachtheorie hing eng mit Mustafa Kemal und seiner nationalistischen Staatsdoktrin zusammen.

ultranationalistisch wird ihr faschistischer Charakter nicht in seiner vollen Umfänglichkeit erfasst. Zudem handelt es sich um eine gängige Strategie der Grauen Wölfe, sich selbst, ihre Strukturen und Dachverbände zu relativieren und zu verharmlosen, um den faschistischen Kern zu verschleiern, wie unten ausgeführt wird. Jedoch ist relevant, dass die Grauen Wölfe als Ülkücü Bewegung im Vergleich zu anderen Faschismen einen eigenen Charakter und eine eigene Dynamik aufweisen.

Die Faschismusforschung bedient sich nicht einer spezifischen Faschismusdefinition. Der Minimalkonsens der Faschismusforschung ist, dass der Nationalismus das Fundament für faschistische Entwicklungen bildet: »Jede Gesellschaft entwickelte den Faschismus, der ihrem spezifischen Nationalismus gerecht wurde« (Mosse zitiert nach Wörsching 2021: 219). Daraus ableitend ist der zusätzlich anti-kurdische, anti-alevitische und anti-ezidische Charakter des türkischen Faschismus eine Kontinuität der nationalistischen Praxis der Türkei, welche sich über die Jahre, beginnend mit den Jungtürk:innen bis zu Mustafa Kemal verschärft hat. Ähnlich verhält es sich mit dem islamistischen Charakter, der sich aber erst nach der Ära von Mustafa Kemal entwickelte.

In der Auseinandersetzung mit dem weiten Faschismusbegriff kristallisieren sich wesentliche Elemente urfaschistischer Bewegungen heraus: Die Paternalisierung der Nation ist eine elementare Strategie. Dabei ist Paternalismus als Politikstil, die autoritäre Erziehung zu Gehorsamkeit und Opferbereitschaft, zu verstehen. In der frühen Entwicklung der faschistischen Oppositionsbewegung in Italien galten paramilitärisch strukturierte männliche Kampfbünde[5] als »wichtigste Praxis und Vergemeinschaftungsform« (ebd.: 19). Die paramilitärische Organisation und ihre streng hierarchische Struktur boten eine Basis zur Etablierung eines faschistischen Ideals (vgl. ebd.).

Die ideologische Gemeinsamkeit verschiedener Faschismen liegt in der grundlegenden Menschenfeindlichkeit. Diese wird allerdings nicht erst durch Faschist:innen konstruiert, das Fundament wird bereits durch den kapitalistischen Staat errichtet. Demzufolge sind Totalitarismus, Nationalismus, Antikommunismus, Rassismus, Antisemitismus etc. ideologische Schnittpunkte von Faschismus (vgl. ebd.: 11ff.). Daher können die Grauen Wölfe in ihrem Führerkult, Antisemitismus, Expansionswunsch und ihren Rassismus als faschistisch tituliert werden.

[5] Männliche Kampfbünde sind jedoch nicht als Produkt des Faschismus zu begreifen, sondern als ein sich über Jahrtausende entwickelnder patriarchaler Gegenstand (vgl. ebd.: 20).

Robert Paxton hat ein Phasenmodell konzipiert, laut dem Prozesshaftigkeit ein auschlaggebendes Merkmal für faschistische Bewegungen ist. Demnach kann sich der Faschismus oder die faschistische Bewegung weiterentwickeln zu einer Partei, einem Herrschaftssystem und Regime. Gleichzeitig kann sie aber auch wieder zerfallen. Wichtig ist die Grundannahme, dass der Faschismus nicht konstant verläuft (vgl. ebd.: 206ff.). Daran anknüpfend stritten sich Politikwissenschaftler:innen in der Türkei, ob die MHP als faschistisch bezeichnet werden kann, als sie 1999 zum ersten Mal mit vielen Sitzen in das türkische Parlament einzog (vgl. Arslan 2009: 53). Dieser Meilenstein in der Geschichte der MHP verdeutlicht ihren Prozesscharakter und das Potenzial ihres Aufschwungs.

Graue Wölfe in Deutschland: Türkischer Faschismus im transnationalen Raum

Mit dem Anwerbeabkommen der 1960er Jahre und der Einwanderung politisch Verfolgter nach dem Putsch der 1980er sind zahlreiche Türkeistämmige nach Deutschland migriert (vgl. Rammerstorfer 2018: 55). Der Großteil bildet die erste von vielen Generationen türkeistämmiger Bürger:innen. Die oftmals als Türkische Community oder ähnlich titulierte Gemeinschaft an Bürger:innen Deutschlands mit eigener oder familiärer Migrationsgeschichte aus der Türkei ist – wie jede andere gesellschaftliche Gruppe – nicht homogen. Unter ihnen finden sich verschiedenste politische Strömungen wieder, auch die türkische Rechte.

In der Türkei haben sich Ülkücüler (deutsch: Idealist:innen) und Bozkurtlar (deutsch: Graue Wölfe) als Selbstbezeichnung für diese etabliert. 1973 gründete sich die erste offizielle Auslandsvertretung der MHP in Kempten. In den darauffolgenden Jahren wurden die Parteistrukturen in der Bundesrepublik auf sechs Parteibezirke mit circa 50 Stützpunkten weiter ausgebaut (vgl. Bozay 2021: 19). Europaweit wurden MHP-Strukturen aufgebaut, mit der BRD als Zentrale der Europavertretung. Die Auslandsvertretungen unterstanden der MHP-Parteileitung in Ankara und somit auch dem Başbuğ (deutsch: Führer) Alparslan Türkeş. Türkeş unternahm mehrere Reisen in die BRD, um die Strukturen vor Ort anzuleiten und um unter anderem die Vernetzung mit deutschen Akteur:innen voranzubringen. Er war im Kontakt mit verschiedenen Akteur:innen wie Franz Josef Strauß, Bayerischer Ministerpräsident der CSU, und Adolf von Thadden, dem ehemaligen Führer der NPD (vgl. Hoffmann et al. 1981: 100). Türkische Rechtsradikale organisierten sich »in Deutschland unter enger Mitwirkung und Hilfe seitens christdemokratischer Parteien« (Rammerstorfer 2018: 59). Strauß und Türkeş trafen sich 1978, um sich über die Zukunft und politische Stellung der MHP und Grauen

Wölfe in der BRD auszutauschen, mit dem Bezugspunkt der »kommunistische[n] Gefahr, die man gemeinsam bekämpfen muss« (Hoffmann et al. 1981: 74).

Aufgrund eines Beschlusses des türkischen Verfassungsgerichts musste die MHP 1977 alle offiziellen Parteiorganisationen im Ausland schließen. Das führte nicht zum Ende der Aktivitäten der MHP, jedoch zur Umwandlung der Strukturen. Im darauffolgenden Jahr wurde ein neuer Dachverband gegründet, die Avrupa Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu, kurz Türk Federasyon (deutsch: Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V./ADÜTDF). Zum Vorsitzenden wurde Serdar Çelebi gewählt, ein ehemaliger Funktionär der MHP, und in den Vorstand Ali Batman, ehemaliger Chef der Dachorganisation der Grauen Wölfe in der Türkei (vgl. ebd.: 75). Auch wenn sich die Türk Federasyon nach außen hin als »unabhängig und frei von jeder politischen Betätigung« darstellt, ist bekannt, dass sie die Zentrale für die Aktivitäten der Grauen Wölfe in Europa ist (ebd.: 75).

In den 1980ern veränderten sich sowohl die ideologische Ausrichtung, als auch die Strukturen der Grauen Wölfe. Die Türkisch-Islamische Synthese führte zu Umbrüchen in der faschistischen Bewegung in der Türkei, welche sich auch auf die Strukturen in Europa und der BRD auswirkten. 1987 gründeten daraufhin Abgänger der Türk Federasyon die Avrupa Türk-İslam Birliği (deutsch: Union der Türkisch-Islamische Union Europa e. V./ATIB) (vgl. Aslan, Bozay 2012: 286). In den folgenden Jahren entstanden in Deutschland weitere Dachverbände und Vereine im Umfeld der Grauen Wölfe. Neben der ADÜTDF und der ATIB gründete sich zudem in den 1990er Jahren die Avrupa Türk Birliği (deutsch: Europäisch-Türkischer Bund e.V/ATB), eine weitere nennenswerte Dachorganisation. Ideologisch unterscheiden sich die Verbände kaum voneinander, hauptsächlich in der Frage danach, wie sie den Islam in ihr gewichten und in welchen Bereichen des politischen und vorpolitischen Raums sie den Schwerpunkt ihrer offiziellen Aktivitäten setzen, sei es unter anderem im Bereich Bildungsarbeit für Kinder und Jugendliche, Moscheevereine oder kulturelle Veranstaltungen (vgl. ebd.: 288). Zudem partizipieren Akteur:innen der Grauen Wölfe am politischen Geschehen auf der kommunalen Ebene als Mitglieder von Auslands- und Integrationsbeiräten (vgl. ebd.: 264).

Die Grauen Wölfe entstanden in der Türkei als paramilitärische Kommandos und ergänzten als außerparlamentarischen Arm der MHP die Ülkücü-Bewegung (vgl. Bozay 2021: 10). Gegründet wurden sie mit dem Ziel, den militanten Kampf gegen die politischen Feinde auf der Straße zu führen. Von schweren Gewaltverbrechen über Mord bis hin zu Pogromen und Terroranschlägen erstreckt sich seit den 1960ern in der Türkei eine lange Reihe an Gräueltaten (vgl. ebd.: 10). Durch

die Kontakte nach Europa über die Türk Federasyon konnten zahlreiche Graue Wölfe, welche Morde an Antifaschist:innen[6] verantworten, ab den 1970er Jahren aus der Türkei nach Deutschland fliehen (vgl. ebd.: 20).

Der Aufbau von Organisationen und Netzwerken bedeutete, dass die Aktivitäten der türkischen Faschist:innen sich auch in Deutschland gewaltvoll entluden. Insbesondere Kurd:innen und türkeistämmige Linke sind Zielscheiben von wiederholten tödlichen Angriffen der Grauen Wölfe (vgl. Aslan, Bozay 2012: 249ff.). Vonseiten deutscher Sicherheitsbehörden werden diese politischen Gewaltakte –»die von der Boulevardmedien oft mit kaum unverhohlener rassistischer Konnotation als ›Türkenschlägerei‹ oder dergleichen abgekanzelten Vorfälle« (Rammerstorfer 2018: 62) bezeichnet wurden – oftmals nicht als solche eingeordnet.

Die Ülkücü-Bewegung konnte seit den 1970ern ungehindert wachsen und ihren Aktivitäten nachkommen. Die Verbreitung ihrer faschistischen Propaganda, die Agitation und Mobilisierung ihrer Basis durch scheinbare Kulturveranstaltungen wie Folkloreabende, wurden von den Behörden und Ämtern geduldet (vgl. Aslan/Bozay 2012: 269). Erst 2013 findet sich die Ülkücü-Bewegung im Bericht des Bundesministeriums für Verfassungsschutz (vgl. Verfassungsschutz 2014). Bis dahin wurden sie lediglich vereinzelt in manchen Landesverfassungsschutzberichten thematisiert (vgl. Aslan/Bozay 2012: 269).

Widerstand gegen die Grauen Wölfe

Um die jahrzehntelange Auseinandersetzung mit dem türkischen Faschismus in Deutschland zu pointieren, wird ein Einblick in die Widerstände gegen die Grauen Wölfe verschafft.

Da ein großer Teil der türkeistämmigen Gastarbeiter:innen gewerkschaftlich organisiert war, erkannten Akteur:innen in gewerkschaftlichen und kommunistischen Kreisen das strukturelle Problem der Grauen Wölfe. So wurde ein Auftritt von Alparslan Türkeş 1979 durch einen starken spontanen Gegenprotest, unterstützt durch den DGB-Hessen und die IG-Metall, verhindert (vgl. FIDEF 1979: 6).

Die Mobilisierung gegen die Grauen Wölfe ist insbesondere durch die Morde an türkeistämmigen Gewerkschaftler:innen und Linken verstärkt worden. Celalettin Kesim, ein Lehrer und Gewerkschafter, wurde 1980 von Grauen Wölfen und Islamist:innen in Berlin ermordet. Er hatte zuvor vor der Militärdiktatur in der Türkei gewarnt. Sein Mord mobilisierte ein großes Spektrum der linken Bewe-

[6] Darunter Gewerkschaftler:innen, Demokrat:innen, Studierende, Journalist:innen, Kommunist:innen, Sozialist:innen; Alevit:innen; Kurd:innen etc.

gung. Der Mord wurde von sozialdemokratischen Kräften, internationalistischen Gruppen, Gewerkschaften und weiteren sozialistischen und linken Vereinen verurteilt und die Forderung nach dem Verbot der Grauen Wölfe und ihren Strukturen gefordert. Die Bundesrepublik bagatellisierte den Mord jedoch und bezeichnete ihn rassistisch und ethnisiert als Teil eines »Türken-Kriegs«. Die enge Beziehung zwischen Franz Josef Strauß und Alparslan Türkeş verhinderte eine Durchsetzung des Verbots der Grauen Wölfe und eine institutionelle Aufklärung des Mordes an Celalettin Kesim (vgl. Türkenzentrum e.V.: 1981). Daran anschließend befassten sich auch kommunistische und studentische Zeitschriften der 1970er und 1980er Jahre mit der großen Gefahr der türkischen Faschist:innen in Deutschland.[7] Beispielhaft thematisierte die Zeitung Grosse Freiheitaus Hamburg im Artikel »Graue Wölfe in Altona« die starke Mobilisierung der türkischen Faschist:innen, welche mithilfe der deutschen Bundesregierung möglich gemacht wurde. Zudem grenzen sich die Autor:innen von der »üblichen Türkenhetze« (Grosse Freiheit 1978: 10) ab, also vom täglichen Rassismus gegenüber Migrant:innen. Außerdem wurden die Grauen Wölfe als Faschist:innen sichtbar gemacht, welche verboten werden sollten (vgl. ebd.: 10). Auch die Zeitung des Allgemeinen Studierenden-Ausschusses der Universität in Marburg veröffentlichte einen Aufruf, in dem auf eine Veranstaltung der Grauen Wölfe aufmerksam gemacht wurde. In dem Artikel wird die Strategie der türkischen Faschist:innen, und zwar ihre Inszenierung als rein migrantische, türkische Integrationsvereine, transparent gemacht (vgl. AStA-Info: 1981).

Auch die Antifa Gençlik hat einen wichtigen Anteil am Widerstand gegen die Grauen Wölfe. Sie war eine migrantische Gruppe aus den späten 1980er Jahren in Berlin und bestand mehrheitlich aus türkeistämmigen Jugendlichen. Zum Teil waren auch kurdische, griechische und arabische Jugendliche in der antifaschistischen Gruppe aktiv. In ihren Dokumentationen warnen sie vor dem verstärkten Patriotismus der türkischen Community. In mehreren ihrer Artikel, darunter »Warum antifaschistische Jugend?«, beziehen die Jugendlichen Stellung zum wachsenden türkischen Nationalismus in Deutschland und in migrantisch-antifaschistischen Kreisen: »Was wir unbedingt begreifen müssen, ist, dass wir den deutschen Rassismus nicht bekämpfen können, indem wir z. B. den türkischen Nationalismus befürworten« (Antifaşist Haber Bülteni 1990 in ak wantok 2014: 73).

Als Reaktion auf diese Entwicklung wird der Kapitalismus als gemeinsamer Feind sichtbar gemacht (vgl. ebd.: 74). Auch wird in weiteren Artikeln vor dem

[7] Die Artikel, Zeitschriften und Flugblätter sind der Onlinedatenbank »Materialen zur Analyse von Opposition« (kurz: MAO) entnommen.

wachsenden Nationalismus gewarnt und an die Leser:innen appelliert, diesen gemeinsam zu überwinden (vgl. ebd.: 64).

Der Kausalzusammenhang zwischen dem erlebten Rassismus der türkeistämmigen Jugendlichen auf der einen Seite und dem wachsenden türkischen Nationalismus auf der anderen Seite ist jedoch nicht als Dreh- und Angelpunkt für den türkischen Nationalismus und Faschismus in Deutschland zu verstehen. Diese Annahme würde den transnationalen türkischen Nationalismus und Faschismus relativieren. Die Selbstethnisierung ist als ein Teil und nicht als Grundlage der Radikalisierung von Jugendlichen der türkischen Community zu verstehen. Zudem wird der türkische Faschismus bewusst aus der Türkei heraus gelenkt und kontrolliert, sodass entsprechende Strukturen der Grauen Wölfe die erlebten Rassismuserfahrungen der Jugendlichen für den türkischen Faschismus instrumentalisieren (vgl. Bozay 2009: 170). Für eine detaillierte Analyse der Selbstethnisierung als politische Waffe der Grauen Wölfe sei auf den Text von Hêvîdar Işik verwiesen.

Es muss hervorgehoben werden, dass die kurdische Community seit Jahrzehnten auf die türkischen Faschist:innen in Deutschland aufmerksam macht. Seit Jahren leisten Kurd:innen Aufklärungsarbeit, Sichtbarmachung und Protest hinsichtlich der Strukturen von Grauen Wölfen und dem türkischen Faschismus. Zudem sind sie und die kurdischen Strukturen, einer der wichtigsten Zielscheiben von türkischen Faschist:innen – auch in Deutschland.

Aktueller Stand eines Verbots der Grauen Wölfe

Die Forderung nach einem Verbot der Grauen Wölfe in Deutschland wird seit Jahrzehnten von Gewerkschaften, Linken, Studierenden und Kurd:innen gefordert, jedoch nicht institutionell durchgesetzt (Stand 2021). Zunächst löste 2020 das Verbot der Grauen Wölfe in Frankreich ein Signal aus, wonach CDU, CSU, FDP, SPD und Grüne ein Verbot der Grauen Wölfe im Deutschen Bundestag einbrachten. Obwohl der Antrag der CDU/CSU zum Verbot der Grauen Wölfe zu befürworten ist, zeigt sich ein starker Doppelcharakter, da die Grauen Wölfe erst durch die Union in Deutschland erstarken konnten. Der Antrag wurde vom Bundestag angenommen, jedoch nicht institutionell durchgesetzt. Darüber hinaus wurden weitere Anträge durch die Linkspartei sowie der AfD abgelehnt. Wichtig zu betonen ist, dass der Antrag der AfD ein Verbot aus rechter Sicht fordert und als Teil einer progressiven Analyse der Grauen Wölfe keine Relevanz aufweist. Demgegenüber steht der Antrag der Partei Die Linke, welcher deutlich umfassender ist. In dem Antrag werden die Grauen Wölfe als Ableger der türkisch-nationalistischen Partei der MHP tituliert und als faschistisch bezeichnet (vgl. Fraktion

DIE LINKE 2020: 1). Die klare Bezeichnung der Grauen Wölfe als faschistische Bewegung taucht in dem Antrag von CDU, CSU, FDP, SPD und Grüne nicht auf.

Neben dem allgemeinen Verbot der Dachverbände der Grauen Wölfe (z.B. ADÜTDF) wird auch ein Verbot sämtlicher Symbole, wie dem Wolfsgruß, in allen Anträgen gefordert. In Österreich wurden bereits 2019 sämtliche Symbole der Grauen Wölfe verboten (vgl. BMI 2019: 3f.). Zusätzlich werden seit 2013 verschiedene Dachverbände der Grauen Wölfe vom Verfassungsschutz überwacht. Die Grauen Wölfe sind als rechtsextremistisch eingestuft worden (vgl. Verfassungsschutz 2021: 279ff.). Die Tatsache, dass das Verbot der Grauen Wölfe trotz ihrer sowohl zivilgesellschaftlich als auch institutionellen Einstufung als Gefahr stagniert, ist auf eine bundesdeutsche Angst vor der Verschlechterung der deutsch-türkischen Beziehung zurückzuführen.

Wann und ob letztlich die Grauen Wölfen mitsamt ihren Strukturen, Verbänden und Vereinen verboten werden, ist unklar. Weiterhin gilt es Aufklärungsarbeit hinsichtlich des türkischen Faschismus in Deutschland zu leisten, seine enge Verflechtung mit den deutschen Behörden sichtbar zu machen und eine weitere Erstarkung der türkischen Faschist:innen in Deutschland – und außerhalb – zu verhindern.

Fazit

Die Geschichte, Ideologie und Vernetzung der Grauen Wölfe in Deutschland machen deutlich, dass es sich hier um eine faschistische Struktur handelt, welche als solche benannt werden muss, um ihr den Handlungsspielraum in Deutschland nehmen zu können.

Ausgehend vom Zerfall des Osmanischen Reiches, dem Genozid an den Armenier:innen, der Genese des türkischen Nationalismus und ihrer Staatsgründung über die Kooperation zwischen dem NS-Regime und der Türkischen Republik im Zweiten Weltkrieg bis zur Gründung der faschistischen Partei MHP, wirkt die deutsch-türkische Beziehung kontinuierlich. Insbesondere die Ära Franz Joseph Strauß verdeutlicht die Zusammenarbeit der deutschen und türkischen Rechten. Ob und wie eine solche Zusammenarbeit konkret funktioniert, wurde in diesem Text ausgeklammert, bedarf jedoch weiterer Forschungen, da die Grauen Wölfe ihre Strukturen in Deutschland seit den 1970er Jahren immer weiter ausbauen. Mehrere hundert Vereine mit zehntausenden Mitgliedern sind bundesweit aktiv und wirken auf die politische Landschaft in Deutschland ein. Um die anti-emanzipatorische Ideologie und Praxis entmanteln zu können, muss mit der unreflektierten Reproduktion ihrer Selbstdarstellungen als harmlos gebrochen werden. Zudem ist das Feld der rechtsradikalen und faschistischen Bewegungen in migrantischen Bevölkerungsgruppen in Deutschland wissenschaftlich noch nicht ausreichend erforscht.

Anhand der geschichtlichen und ideologischen Ausarbeitung des türkischen Faschismus wurde ersichtlich, dass die Grauen Wölfe sich aus der nationalistischen Kontinuität des türkischen Staates entwickelten und als faschistische Partei mit der AKP gemeinsam die Expansionsbestrebungen des türkischen Staates voranbringen. Weiterhin expandieren die Grauen Wölfe und die MHP nach Europa. Durch ihre Auslandsorganisationen in Deutschland, Frankreich oder Österreich sichern sich die Grauen Wölfe ihre Stärke und Massenmobilisierung. Der türkische Faschismus ist somit transnational; entsprechend ihrer Ideologie soll durch die Auslandsorganisationen ein europäisches Türk:innentum generiert werden.

Seit Jahrzehnten gibt es antifaschistische Bestrebungen gegen die Grauen Wölfe, welche von den zuständigen Behörden bis dato weitestgehend ignoriert wurden. Die direkte Verstrickung der Dachverbände und ihrer Netzwerke mit den Grauen Wölfen muss weiterhin an die breite Öffentlichkeit herangetragen werden.

Literaturverzeichnis

ak wantok (Hg.) (2014): Antifa Gençlik. Eine Dokumentation [1988-1994]. Münster: Unrast.

Arslan, Emre (2009): Der Mythos der Nation im Transnationalen Raum: Türkische Graue Wölfe in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Aslan, Fikret /Bozay, Kemal (2000): Graue Wölfe heulen wieder: Türkische Faschisten und ihre Vernetzung in der BRD. 2. Auflage. Münster: Unrast.

Aslan, Fikret /Bozay, Kemal (2012): Graue Wölfe heulen wieder: Türkische Faschisten und ihre Vernetzung in der BRD. 3. Aufl. Münster: Unrast.

AStA-Info (1981): ‘An alle Demokraten und Gegner des Faschismus’. Marburg.

Bozay, Kemal (2009): ‘...ich bin stolz, Türke zu sein!’: Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte im Zeichen der Globalisierung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verl.

Bozay, Kemal (2021): Türkischer Rechtsextremismus in Deutschland - Die Grauen Wölfe. Antisemitisch, rassistisch und demokratiefeindlich. Berlin: AJC Berlin Ramer Institut.

Bundesamt für Verfassungsschutz (Hg.) (2014): ‘Verfassungsschutzbericht 2013’. Berlin: Bundesministerium des Innern.

Bundesamt für Verfassungsschutz (Hg.) (2021): ‘Verfassungsschutzbericht 2020’. Berlin: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.

Bundesministerium für Inneres, BMI (Hg.) (2019): ‘Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der die Symbole-BezeichnungsV geändert wird‘. BGBl. II Nr.58/2019 ed. Österreich.

Bundesvorstand der Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD e.V., FIDEF (1979): 'Idealisten-Föderation endlich verbieten', Nr. 15. online verfügbar unter: https://www.tustav.org/yayinlar/sureli_yayinlar/fidef/fidef-zeitung/Zeitung%20der%20FİDEF%20(15).pdf. (Zugriff am 15.01.22).

Bundestagsfraktion DIE LINKE (2020): Graue Wölfe und deren Vereinigungen in Deutschland verbieten. Antrag im Deutschen Bundestag. Drucksache 19/24363. online verfügbar unter: https://dserver.bundestag.de/btd/19/243/1924363.pdf. (Zugriff am: 15.01.22).

Dabag, Mihran/ Platt, Kristin (2015): Verlust und Vermächtnis. Überlebende des Genozids an den Armeniern erinnern sich. Paderborn: Schöningh Verlag.

Elm, Ludwig (2015): Der Genozid an den Armeniern 1915/16 im Osmanischen Reich –dem Verbündeten des deutschen Kaiserreichs während des europäischen Völkermordens. RLS Thüringen e.V. – Texte & Argumente, 2015(1).

Grosse Freiheit (1978): 'Graue Wölfe in Altona'. Nr. 12, S. 10. Hamburg: Grosse Freiheit.

Günay, Cengiz (2012): Die Geschichte der Türkei: von Anfängen der Moderne bis heute. Wien; Köln; Weimar: Böhlau Verlag.

Gust, Wolfgang (Hg.) (2005): Der Völkermord an den Armeniern 1915/16. Dokumente aus dem Politischen Archiv des deutschen Auswärtigen Amts. Klampen Verlag.

Guttstadt, Corry (2013): Turkey, the Jews, and the Holocaust. Cambridge: Cambridge University Press.

Hoffmann, Barbara/Opperskalski, Michael/ Solmaz, Erden (1981): Graue Wölfe, Koranschulen, Idealistenvereine: Türkische Faschisten in der Bundesrepublik, Kleine Bibliothek. Köln: Pahl-Rugenstein.

Jäschke, Gotthard (1941): 'Der Turanismus der Jungtürken. Zur osmanischen Außenpolitik im Weltkriege', Die Welt des Islams, 23(1/2), S. 1–54.

Kreiser, Klaus (2012): Geschichte der Türkei: Von Atatürk bis zur Gegenwart. München: C.H. Beck.

Küpeli, Ismail (2022): Die kurdische Frage in der Türkei. Über die gewaltsame Durchsetzung von Nationalstaatlichkeit. Bielefeld: transcript Verlag.

Manutscharjan, Aschot L. (2015): Das Wort „Genozid" gab es noch nicht, 100 Jahre Völkermord an den Armeniern, in Osteuropa, Bd.65, Nr.7/10, S. 643-657. Berliner Wissenschafts-Verlag

Pekesen, Berna (2014): Zwischen Sympathie und Eigennutz: NS-Propaganda und die türkische Presse im Zweiten Weltkrieg. Berlin: LIT Verlag.

Rammerstorfer, Thomas (2018): Graue Wölfe: Türkische Rechtsextreme und ihr Einfluss in Deutschland und Österreich. Wien: LIT Verlag.

Reinkowski, Maurus (2006): 'Das Osmanische Reich – Ein antikoloniales Imperium?', Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 3, S. 34–54.

Taş, Savaş (2012): Der ethnische Dominanzanspruch des türkischen Nationalismus: Eine diskursanalytische Studie zur Ideologie des türkischen Staates und der MHP. 1. Auflage. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Türkenzentrum e.V. (Hg.) (1981): 'Die Ermordung C. Kesim's ist eine Mahnung an alle Demokraten'. online verfügbar unter https://www.tustav.org/yayinlar/kutuphane/FIDEF-kutuphanesi/kesim-mahnt-uns.pdf. (Zugriff am 15.01.2022).

Wörsching, Mathias (2021): Faschismustheorien - Überblick und Einführung. 2. Auflage. Stuttgart: Schmetterling Verlag.

Hêvîdar Işik

Werde Deutsch, bleibe Türke - Eine Analyse der Rekrutierungsstrategien der Grauen Wölfe in Deutschland am Beispiel der ADÜTDF

Einleitung

Im Sommer 2020 wurde von verschiedenen Parteien, unter anderem der CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/GRÜNEN, ein Verfahren gegen die sogenannten *Grauen Wölfe* in die Wege geleitet (Deutscher Bundestag 2020). Im Antrag dieser Fraktionen steht geschrieben, dass der Einfluss der *Grauen Wölfe* in Deutschland (türkisch: Bozkurtlar) eingedämmt werden soll, da es sich um eine rechtsextremistische und rassistische Bewegung handele, die die Gesellschaft spalte (ebd.). Die Bezeichnung *Graue Wölfe* wird insbesondere im deutschsprachigen Raum genutzt. In der Türkei hingegen überschneidet sich die bezeichnete Gruppe stark mit der *Partei der Nationalistischen Bewegung* (MHP), weshalb sie oft unter diesem Begriff gefasst werden. Eine andere Bezeichnung, die dort verwendet wird, lautet *Ülkücüler* (dt. Idealisten; vgl. Taş 2017: 735). In Deutschland treten die zugehörigen Organisationen selbst jedoch nicht öffentlich unter diesem Namen auf, sondern finden sich in unterschiedlichen Dachverbänden und Vereinen wieder. *Die Föderation der türkischdemokratischen Idealistenvereine e. V.* (Eigenbezeichnung *Türk Federasyon* oder Idealisten, hier und im Folgenden ADÜTDF abgekürzt), auf die sich diese Arbeit konzentriert, ist einer der zentralen Dachverbände. Die ADÜTDF hat ca. 170 Mitgliedsvereine und 7000 Mitglieder in Deutschland (vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2019: 273).

Gegen das Verbotsverfahren bezog die ADÜTDF in einem öffentlichen Brief Stellung, in dem sie argumentierte, die Föderation würde ein wichtiges gesellschaftliches Glied im Kampf gegen Rassismus gegen türkeistämmige Menschen in Deutschland darstellen (vgl. Akbaba 2020). Gerade mit Blick auf die Gewalt-

taten, die von Seiten der Grauen Wölfe und deren Sympathisant:innen gegenüber Minderheitengruppierungen wie den Kurd:innen ausgehen – beispielhaft angeführt sei hier der Mord an Erol Ispir 1999 in Köln[1] – ist es bedeutsam sich mit diesen Legitimationsversuchen der ADÜTDF zu beschäftigen. Es gilt die Frage zu untersuchen, welche Rekrutierungsstrategien die ADÜTDF in Deutschland anwendet und ob, und wie die ADÜTDF Ausgrenzungsmechanismen in Deutschland, die sich unter anderem in Ethnisierungsprozessen widerspiegeln, für die Rekrutierung türkeistämmiger Menschen in Deutschland instrumentalisiert. Das Ziel dieser Untersuchung ist es, die Strukturen und Absichten der ADÜTDF offenzulegen und dadurch die Aktivitäten der Grauen Wölfe in Deutschland angehen zu können.

Ethnisierungsprozesse

Eine der umfangreichsten wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit den Grauen Wölfen in Deutschland und den Gründen, wieso sich türkeistämmige Menschen in Deutschland Organisationen wie den Grauen Wölfen zuwenden, stammt vom Politik– und Sozialwissenschaftler Kemal Bozay. In seiner Dissertation untersucht Bozay, inwiefern sich mit zunehmender Globalisierung und Neoliberalisierung Phänomene wie Nationalismus und die Ethnisierung von Konflikten verstärken und stellt diese Begriffe in den Fokus seines Forschungsansatzes und seiner Fragestellung, warum sich türkeistämmige Menschen in die Organisationsstrukturen der Grauen Wölfe zurückziehen (vgl. Bozay 2005: 20f.).

Bozays These lautet, dass mit einer Zuspitzung sozialer und ökonomischer Krisen auch eine »Ethnisierung sozialer Konflikte«[2] (Bozay 2011, S. 303) einhergeht. Der Begriff der Ethnisierung ist in Bozays These von besonderer Relevanz. Der

[1] Erol Ispir wurde 1999 im Vereinsbüro der Föderation der Arbeitsmigrant:innen der Türkei in Deutschland von zwei Personen ermordet, die sich nach der Flucht in die Türkei der Polizei stellten und in Deutschland als Sympathisant:innen der Grauen Wölfe bekannt waren (vgl. Aslan/Bozay 2012: 253).

[2] Der Begriff der Ethnisierung wird von einigen Sozialwissenschaftler:innen kritisiert. Riegel schreibt, dass die bloße Verwendung des Begriffs der Ethnizität »die Gewaltförmigkeit rassistischer Verhältnisse« (Riegel 2016:11) verschleiern würde. Mit dem Begriff der Ethnizität bzw. Ethnisierung wird die rassistische Dynamik, die sich hinter der Ethnisierung befindet, nicht sofort ersichtlich. Eine Alternative stellt der Begriff des Othering dar, welcher dem der Fremdethnisierung vom Prinzip sehr ähnelt. Jedoch beziehen sich Untersuchungen zu Prozessen des Otherings nicht nur auf Ethnisierung bzw. Ethnizität, sondern auch auf andere Differenzkategorien wie z. B. Geschlecht, Klasse, Körper, etc. (vgl. ebd.).

Begriff der *Ethnisierung* wird von Bozay als Prozess beschrieben, im Zuge dessen Menschen einer bestimmten Ethnie spezifische Merkmale, z. B. bezogen auf Verhaltensweisen oder Persönlichkeit, zugeschrieben werden, wobei Menschen, die als Angehörige der eigenen Gruppe oder Ethnie wahrgenommen werden, positive Charakteristika zugeschrieben werden, während dieselben Charakteristika bei Menschen der als fremd wahrgenommen Gruppe oder Ethnie negativ bewertet werden (vgl. Bozay 2005, S. 123). Diese Fremdethnisierung könne dazu dienen, Menschengruppen an bestimmten gesellschaftlichen oder politischen Problemen die Schuld zu geben. Ein bekanntes Beispiel hierfür ist „der Ausländer“, der „den Deutschen“ die Arbeit oder die Sozialwohnungen wegnehmen würde. Statt die Forderung nach mehr und besseren Arbeitsplätzen in die Politik zu tragen, werden kurzerhand „die Anderen“ bzw. „die Ausländer“ zu Schuldtragenden erklärt (vgl. ebd.: 125). Mögliche Gründe und Ursachen für diese Fremdethnisierung sieht Bozay zum einen in der kapitalistischen Gesellschaft, die »von Verteilungsproblemen und Konkurrenz, Deprivation und knappen Ressourcen (z. B. Arbeitsplätze) geprägt ist« (ebd:, 125f.). Laut Bozay würden Menschen, um sich Vorteile in dieser kapitalistischen Gesellschaft zu verschaffen, dazu neigen, sowohl Andere als auch sich selbst in ethnische Kategorien einzuteilen. Durch Ausgrenzung und Fremdethnisierung könnten Personen der Mehrheitsgesellschaft, in diesem Fall Weiße Deutsche ohne entsprechende Zuwanderungsgeschichte, diese Grenzziehung zwischen sich und *Anderen* dafür nutzen, ihre Privilegien etwa gegenüber zugewanderten Menschen zu verteidigen (ebd.). Als Reaktion auf die Erfahrung der Fremdethnisierung können die von der Mehrheitsgesellschaft konstruierten und negativ gewerteten Kreise, Traditionen und Ethnien für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte attraktiver werden (vgl. ebd.:127). Während Ethnisierung für die Mehrheitsgesellschaft ein Instrument zur Verteidigung der eigenen Privilegien sein könne, äußere sich die Selbstethnisierung bei Menschen mit Zuwanderungsgeschichte als »Instrument zur Selbstorganisation im Kampf um kollektive Güter, aber auch [als] Schutzreaktion auf Diskriminierung und Ausgrenzung« (Bozay 2011: 303).

Der auf dem Gebiet der Cultural und Postcolonial Studies renommierte Politologe Nghi Ha zeigt auf, dass Selbstethnisierung und das Zurückziehen in *ethnische Kreise* für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte eine Ressource darstelle, um auf Fremdethnisierung und Ausgrenzungsmechanismen zu reagieren. Nghi Ha schlüsselt auf:

> »Diese Eingliederung des Subjektes in eine längere Geschichtskette und eine größere Gemeinschaft wird als persönliche Selbstbestätigung und -aufwertung erfahren. Gerade in rassistisch strukturierten Gesellschaften ermöglicht ethnische Identität MigrantInnen ein positives Selbstbild, indem die eigene ethnische Herkunft vom Zeichen der Minderwertigkeit und Unterlegenheit zum identitätsstiftenden

> Privileg umgewertet wird. Die ethnische Gemeinschaft als so genannte Heimat in der Fremde, als Raum sozialer Beziehungen und ethnischer Ökonomie, die die vorhandenen Bedürfnisse nach sozio-kultureller Reproduktion und Repräsentation abdecken […].« (Nghi Ha 2000:379).

Das Bedürfnis nach Akzeptanz und Zugehörigkeit könne nach Nghi Ha auch dazu beitragen, dass sich Menschen in eigene *ethnische Kreise* zurückziehen und durch die Mythologisierung der Ethnie, der Heimat und der Nation diese als Selbstidentifikation besonders hervorheben (vgl. ebd.).

Kurze Geschichte der MHP und ADÜTDF

Ethnische Gruppierungen dürfen, nach Berger, nicht als einheitliche, übereinstimmende und nicht einmütige Gruppierungen verstanden werden, sondern müssten auch mit ihren Ambitionen und inneren Strukturen untersucht und verstanden werden (vgl. Berger 1990:125). Diese Arbeit muss folglich auch Intentionen und Rekrutierungsstrategien der Grauen Wölfe berücksichtigen. Die ADÜTDF stellt, wie angedeutet, eine Ablegerorganisation der türkischen faschistischen[3] Partei MHP dar, die politische Ambitionen in Deutschland hegt. Sie wurde 1978, kurz nach Gesprächen zwischen den damaligen Vorsitzenden der CSU und der MHP, Franz Josef Strauß und Alparslan Türkeş, gegründet (vgl. Taş 2017: 742). Zwar hatte die MHP schon vor 1978 Organisationen in Deutschland gegründet, die durch Kampagnen gegen Linke, vor allem den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), auffielen (vgl. ebd.: 742). Im Jahr 1976 mussten diese jedoch auf Beschluss des türkischen Verfassungsgerichts, welches Auslandsvertretungen von Parteien untersagte, schließen (vgl. Özcan 1989: 182). Doch nach den oben erwähnten Gesprächen im Jahr 1978 gründeten die 64 MHP-nahen Organisationen in Deutschland die ADÜTDF, die bewusst den Namen der Partei MHP nicht im Namen mitträgt (vgl. ebd.: 182ff.). Taş beschreibt, dass Strauß in den MHP-nahen Organisationen in Deutschland Verbündete im Kampf gegen das Erstarken von kommunistischen Ideen und Bewegungen gesehen und somit zur Gründung der ADÜTDF mitverholfen habe (vgl. Taş 2017: 742). Die MHP nutzt bis heute antikommunistische Propaganda, zum Beispiel den Kampf gegen die sogenannte Arbeiter:innenpartei Kurdistans (PKK) als Mobilisierungsressource (vgl. ebd.: 739). Die Propaganda gegen Linke, Sozialist:innen und Kommunist:innen gehört dabei nicht nur zur Mobilisierungsressource der MHP, sondern auch zum Kern ihrer Ideologie (vgl.

[3] Çati und Bilgili stufen die Grauen Wölfe entgegen dem Trend in deutschsprachigen wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit den Grauen Wölfen nicht als ultranationalistisch, sondern als faschistisch ein (Çati/Bilgili 2022). Im Folgenden wird diese Bezeichnung für die Grauen Wölfe und die MHP übernommen.

Bozay 2005: 151). Neben dem Rassismus gegenüber Minderheiten hetzen sie in der Türkei auch gegen Linke beziehungsweise Sozialist:innen (vgl. Bozay/Mangitay 2016: 31). Bozay und Mangitay beschreiben, dass die Grauen Wölfe an »Pogrome[n] gegen Alevit:innen in Kahramanmaraş, Çorum, Sivas, Gazi, Ümraniye und paramilitärische[n] Anschläge[n] auf kurdische Politiker:innen und Journalist:innen« (ebd.:31) beteiligt gewesen seien.

Die MHP erhielt bei der Parlamentswahl in der Türkei im Jahr 2018 11,1 Prozent der Stimmen und stellt seitdem in einem Wahlbündnis mit der regierenden Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) unter der Präsidentschaft Erdoğans die Mehrheit im nationalen Parlament (vgl. Ehrich 2018). In Deutschland erhielt die MHP 8,4 Prozent der Stimmen (vgl. Anzlinger 2018). Ihr Vorsitzender Devlet Bahçeli hatte im Wahlkampf auf Hauptversammlungen und Veranstaltungen der ADÜTDF in Deutschland teilgenommen und zeigt hier Präsenz, auch wenn die MHP nicht offiziell angibt, dass die ADÜTDF eine MHP-Ablegerorganisation in Deutschland darstellt (vgl. Bozay 2005: 180f.).

Die ADÜTDF ist sich der Diskriminierung, der türkeistämmige Menschen in Deutschland ausgesetzt sind, durchaus bewusst. Gegen das Verbotsverfahren äußerte sich der Vorstandsvorsitzender der ADÜTDF, Şentürk Doğruyol, in einem von Akbaba veröffentlichten Artikel bei der *Bayern Aktüel* wie folgt:

> »Wir befinden uns in einer Phase, in der die COVID-19-Epidemie die öffentliche Gesundheit äußerst wirksam bedroht, mit dazu sind in Deutschland Rassismus, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Islamfeindlichkeit in allen Bereichen zu spüren. Anstatt in solch einer Atmosphäre, in der sich alle Gesellschaftsschichten, insbesondere Politiker, die sich über diese Situation beschweren und sich auf die Tagesordnungen konzentrierten sollten, um diese Situation zu verbessern, wird der Bundestag von denjenigen beschäftigt, die mit Vorwürfen gegen die disziplinierte Organisation der ›Idealisten‹ beschuldigt, die seit Jahren mit ihren engagierten Bemühungen für die in Deutschland lebende türkische Gesellschaft um ein harmonisches und friedlichen Leben zu führen, wichtige soziale und kulturelle Beiträge geleistet haben; zugleich schaden Sie damit Deutschland.« (Akbaba 2020).

Somit versucht die ADÜTDF gegen das Verbot zu argumentieren, indem Diskriminierungserfahrungen türkeistämmiger Menschen in Deutschland betont werden und die ADÜTDF gleichzeitig von sich behauptet, als Schnittstelle für Türkeistämmige zu dienen und einen wichtigen politischen Einsatz in Deutschland zu leisten. Dies zeigt, dass die ADÜTDF Diskriminierungserfahrungen türkeistämmiger Menschen als Legitimation für ihre Existenz und ihre Arbeit in Deutschland instrumentalisiert.

Förderung von Selbstethnisierungsprozessen als politische Waffe

Ethnizität kann auch als Mobilisierungsressource für politische (Konflikt-)Parteien dienen (vgl. Sienknecht 2018a: 42). Der von Sienknecht dargestellte sogenannte *Instrumentelle Ansatz* sieht dabei ethnische Identitäten als einen potenziellen Konfliktgrund, sobald politische Parteien bzw. deren Anführer die Identifikation mit einer ethnischen Identität, bzw. die Selbstethnisierung, nutzen, um Menschen zu politisieren und organisieren. Dabei geht Sienknecht in ihrer Dissertation davon aus, dass Konflikte sich sowohl territorial, symbolisch als auch funktional entgrenzen können (vgl. ebd.: 5). Damit ist gemeint, dass ein Konflikt und die Konfliktkommunikation sich über die eigenen Landesgrenzen ausweiten kann, z. B. indem *territoriale* Konflikte in anderen Ländern ausgetragen werden, *symbolisch*, indem in anderen Ländern Unterstützung generiert und insbesondere die eigene Diaspora angesprochen und z. B. Kämpfer:innen rekrutiert werden, und *funktional*, wenn beispielsweise Beziehungen zu staatsexternen Organisationen und Parteien aufgebaut werden (ebd.). Sienknechts wissenschaftliche Ausarbeitungen und Methodik zur entgrenzten Konfliktaustragung ist insofern relevant, da sie sich gut auf politische Konflikte und Gruppierungen übertragen lässt, die über die eigenen Ländergrenzen hinweg Menschen für ihre politische Gruppierung und Agenda mobilisieren. Besonders interessant ist der Aspekt der symbolischen Entgrenzung. Der Begriff bezeichnet, dass *ein nationales Wir-Gefühl* über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg konstruiert wird. Sienknecht demonstriert in ihrer Dissertation am Beispiel der Arbeiter:innenpartei Kurdistans (PKK), wie ein nichtstaatlicher Akteur versucht, im Ausland die eigene Diaspora über spezifische Kommunikationsstrukturen zu mobilisieren und somit u. a. die symbolische Entgrenzung des Konfliktes voranzutreiben, indem der Kontakt zur Diaspora gesucht wird und besonders auch internationale Organisationen angesprochen werden. Diese Kommunikationsstrategien umfassen: Politisierung der Diaspora, Stärkung der Identitätsstrukturen etwa durch Kulturangebote, Öffentlichkeitsarbeit zur Kommunikation identitätsstiftender Narrative, sowie Repräsentation in gesellschaftlichen Stiftungen oder Parteien (ebd.: 23f.). Diese Instrumente können unterdrückten Minderheiten ein Gemeinschaftsgefühl schaffen, welches sonst verboten wird. Zwar verwendet Sienknecht selbst den Begriff der Selbstethnisierung nicht, dennoch können diese Aktivitäten als Förderung von Selbstethnisierungsprozessen bewertet werden. Dabei muss der Prozess der Selbstethnisierung nicht zwangsläufig als *negativ* oder *gefährlich* beurteilt werden, wenn marginalisierte Gruppen oder Parteien diese nutzen, um sich gegen Assimilierung, Unterdrückung und Ausgrenzung zu behaupten. Gefährlich wird die Förderung von Selbstethnisierungsprozessen, wenn faschistische Gruppierungen wie die MHP bzw. ADÜTDF

dieselben Kommunikationsstrategien wie marginalisierte Gruppen nutzen, um nicht etwa gegen Unterdrückung und Ausgrenzung anzukämpfen, sondern Unterdrückung und Ausgrenzung zu propagieren. Dieser Beitrag greift die von Sienknecht beschriebenen Kommunikationsstrukturen zur symbolischen Entgrenzung eines Konfliktes auf, um die Handlungen und Kommunikationswege der MHP bzw. von ADÜTDF in Bezug auf die türkeistämmige Community aufzudecken.

Die untersuchungsleitende Annahme dieses Beitrags lautet demnach:

Die Grauen Wölfe in Deutschland in Gestalt der ADÜTDF fördern und instrumentalisieren die Selbstethnisierung türkeistämmiger Menschen in Deutschland, um sie für ihre Organisationsstrukturen zu rekrutieren.

In dieser Betrachtung steht die Öffentlichkeitsarbeit der ADÜTDF im Netz, also auf ihrer Website sowie auf ihren Facebook- und YouTube-Seiten, im Vordergrund. Auf diesen Plattformen dokumentiert die ADÜTDF jene Aktivitäten, die öffentlichkeitswirksam veröffentlicht werden sollen. Indem sie online ihren Auftritt und die Inhalte selbst bestimmt, kann die ADÜTDF ihre eigene Wirklichkeit produzieren (vgl. Sienknecht 2018b: 23). Die Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit und der Nutzung von Plattformen werden genutzt, um eigene identitätsstiftende Narrative zu transportieren (vgl. ebd.: 23). Daher kann die Untersuchung der dargestellten Inhalte dabei helfen, die ADÜTDF so wahrzunehmen, wie es auch türkeistämmige Menschen in Deutschland tun (sollen). Jedoch birgt diese Methode die Schwäche, dass Aktivitäten der ADÜTDF, die nicht veröffentlicht werden (sollen), nicht aufgedeckt und untersucht werden können.

Werde Deutsch, bleibe Türke

Die Gründung der ADÜTDF ist nicht als isolierter Akt zu verstehen, sondern als zentraler Baustein im Konzept der politischen Strategie der MHP in Deutschland, für die Alparslan Türkeş 1995 auf der Jahreshauptversammlung der ADÜTDF den Begriff »Europäisches Türkentum« (Bozay/Mangitay 2016: 53) wählte. Hinter dieser Bezeichnung steckt die Aufforderung an die Türkeistämmigen in Deutschland zur »aktiven Politik in Deutschland« (ebd.). So wird dieser Personenkreis bei den Jahreshauptversammlungen explizit dazu aufgerufen sich in Deutschland politisch zu betätigen, in allen kulturellen, politischen und sozialen Bereichen präsent zu sein und die deutsche Staatsbürger:innenschaft anzunehmen – und dabei die politische Leitlinie der MHP zu vertreten (ebd.). So sollen türkeistämmige Menschen in Deutschland die Ideologie der MHP[4] in deutsche Strukturen weitertragen.

[4] Mehr zur Ideologie der MHP und den Grauen Wölfen bei Çati und Bilgili in diesem Sammelband.

Verschiedene Sozialwissenschaftler:innen wie Bozay fassen diese Aufforderung unter dem Slogan „Werde Deutscher, bleibe Türke!“ (Bozay 2017) zusammen. Die Bewahrung des Türkisch-Seins, auch in Deutschland, wird von der ADÜTDF öffentlich propagiert. So heißt es in der Selbstdarstellung der ADÜTDF:

> »Die Deutsch-Türkische Föderation übt alle Aktivitäten gemäß ihrem Zweck aus und deckt alle Segmente unserer im Ausland lebenden Menschen ab. Die Türkische Föderation Deutschlands, die es sich zum Ziel gesetzt hat, dass die in Deutschland lebenden Türken muslimische Türken bleiben, ohne sich von ihrer eigenen Kultur zu lösen, und in einem besseren Gefühl der Solidarität in ihrer Gesellschaft unter soliden Bedingungen und Harmonie zu leben, führt ihre Aktivitäten in Übereinstimmung mit diesem Ziel durch.« (Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V. o. J.) (Eigene Übersetzung aus dem Türkischen ins Deutsche).

Jacob beschreibt, dass »[d]ie pantürkische bzw. panturanistische Mobilisierung von Migranten in Europa (und deren meist hier geborenen Kindern und Enkeln) […] der Hauptzweck der von der AKP 2008 eingeführten reaktionären Wahlrechtsänderung« (Jacob 2018: 68) gewesen sei. Seitdem sich in Deutschland wohnende Bürger:innen mit türkischem Pass an den dortigen Wahlen beteiligen können, gehört diese Gruppe mit zum Wahlvolk, das von türkischen Politiker:innen und der Partei mobilisiert wird, und türkische Politiker:innen sehen in ihnen Adressat:innen ihres Wahlkampfs (ebd.: 69). Somit ist es aus Sicht türkischer Parteien lohnend, politischen Einfluss auf Türkeistämmige in Deutschland auszuüben, da dies zum Wahlerfolg in der Türkei beiträgt.

Organisationsstrukturen der ADÜTDF

Wie im dritten Kapitel beschrieben, wurde die ADÜTDF 1978 in Frankfurt gegründet (vgl. Taş 2017: 742). In Deutschland wird der Name *Deutsche Türkische Föderation* (*Almanya Türk Federasyonu*, ATF) genutzt (vgl. ebd.).

In ihrem Selbstverständnis auf ihrer Website schreibt die ADÜTDF, dass sie sich als »Brücke« zwischen den in Deutschland und der Türkei lebenden Menschen versteht (Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V. o. J.). In diesem fordert sie unter anderem, dass türkeistämmige Menschen in Deutschland Zugang zu Beteiligung an demokratischen Strukturen erhalten. Wie im Konzept von Alparslan Türkeş propagiert, appelliert die ADÜTDF an Türkeistämmige, demokratische Rechte zu nutzen und zu fordern und sich an lokalen Verwaltungen oder Ausländerräten zu beteiligen – doch gleichzeitig die türkische Kultur zu bewahren (vgl. Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V. o. J.).

Das Selbstverständnis verdeutlicht, dass die ADÜTDF in Deutschland als eine demokratische Organisation wahrgenommen werden will, die als Interessensvertretung von türkeistämmigen Menschen dient. Doch in ihrer Öffentlichkeitsarbeit auf YouTube oder Facebook wird u. a. durch das Teilen MHP-naher Inhalte und Aufforderungen sichtbar, dass sie Alparslan Türkeş’ Konzept *Werde Deutsch, bleibe Türke* folgen.

Analyse der Rekrutierungsstrategien der ADÜTDF

Im Folgenden wird die Öffentlichkeitsarbeit der ADÜTDF auf Facebook und auf YouTube auf (1) Politisierung der Diaspora, (2) Stärkung der Identitätsstrukturen und (3) Transportieren identitätsstiftender Narrative untersucht. Ferner werden die Studien von Aslan und Bozay genutzt, in denen das Vorgehen und die Aktivitäten der ADÜTDF in Deutschland untersucht werden. Für die Analyse werden die folgenden Internetseiten herangezogen:

Internetseiten der ADÜTDF in Deutschland

Internetseite	Reichweite
Facebook-Seite der ADÜTDF Deutschland: https://www.facebook.com/ALMANYATURKFEDERASYON; Letzter Zugriff am 25.05.2021.	27.277 Gefällt-mir-Angaben, 47.609 Abonnent:innen
Facebook-Seite der ADÜTDF Köln: https://www.facebook.com/T%C3%BCrk-Federasyon-K%C3%B6ln-T%C3%BCrk-K%C3%BClt%C3%BCr-Ocagi-400974346690676; Letzter Zugriff am 25.05.2021.	8.045 Gefällt-mir-Angaben, 8.107 Abonnent:innen
Facebook-Seite der ADÜTDF Bochum: https://www.facebook.com/ATF-Bochum-466029836841157; Letzter Zugriff am 11.06.2021.	1.848 Gefällt-mir- Angaben, 1.926 Abonnent:innen
Facebook-Seite der ADÜTDF Hamburg: https://www.facebook.com/aTfHamburgTurkKulturMerkezi; Letzter Zugriff am 25.05.2021.	3.160 Gefällt-mir-Angaben, 3.269 Abonnent:innen
YouTube-Seite der ADÜTDF Deutschland: https://www.youtube.com/channel/UCgLkVSIn-WHG9StH-9q0vOeA; Letzter Zugriff am 25.05.2021.	17.211 Aufrufe insgesamt

Soziale Medien und Mythen der ADÜTDF

Auf der Facebook-Seite der Türk Federasyon in Deutschland (*@AlmanTurkFederasyon*) wurden Videos einiger der von der Föderation veranstalteten Kulturabende veröffentlicht. Die ADÜTDF ist bemüht, jene Aktivitäten, die öffentlichkeitswirksam aufbereitet werden sollen, detailliert zu dokumentieren, weshalb eine Analyse der Kulturabende leicht möglich ist. Auf diesen Kulturabenden werden viele türkische Flaggen gezeigt, türkische Lieder gehört und die Symbolik der Grauen Wölfe, der sogenannte Wolfsgruß (siehe Abbildung 1), präsentiert. Diese Kulturabende können als Instrument genutzt werden, um ein kollektives *Wir-Gefühl* zu schaffen und die eigene ethnische Identität hervorzuheben (vgl. Sienknecht 2018b:). Diese identitätsstiftenden Aktivitäten nennt Sienknecht »symbolische Entgrenzung eines Konfliktes«. Mit solchen Aktivitäten wird die Einheit einer Gruppe über die eigenen nationalstaatlichen Grenzen hinweg »symbolisch inszeniert« (ebd.: 22). Diese symbolische Inszenierung bedient sich der Nutzung von Mythen und Markenzeichen. Das Marken– und Kennungszeichen der Grauen Wölfe (sowohl in der MHP in der Türkei als auch bei der ADÜTDF in Deutschland) ist dabei der sogenannte Wolfsgruß. Der Graue Wolf verkörpert im Mythos der Ultranationalisten einen »mächtige[n] Jäger, der den anderen Arten gegenüber naturgemäß überlegen ist« (Arslan 2009: 18). Mit dem Wolf bzw. Jungwolf werden auch Charaktereigenschaften definiert, denen türkeistämmige Menschen nacheifern sollen (vgl. ebd.:99). So werden dem Jungwolf der Mythologie der Grauen Wölfe nach die Eigenschaften *Kampfbereitschaft, Tapferkeit, Kameradschaftlichkeit* zugeschrieben (vgl. ebd.: 99f.).

In einem auf Facebook hochgeladenen Foto, das auf einem der Kulturabende der ADÜTDF aufgenommen wurde, schlägt sich diese Verbindung in der nationalistischen Symbolik der Grauen Wölfe eindrücklich nieder: Während sie ein Meer türkischer Nationalflaggen schwenken, strecken die Besucher:innen zugleich die zum *Wolfsgruß* geformten Hände in die Höhe (siehe Abbildung 1). Durch diese Symboliken und Mythen, welche die genannten Kulturabende fundieren, sollen ein Einheitsgefühl und der Glaube an eine gemeinsame Identität und Wertvorstellung geschaffen werden (vgl. Sienknecht 2018b: 22f.). Dieser Symboliken bedient sich die Türk Federasyon in den sozialen Medien ausgiebig; vor allem der *Wolfsgruß* spielt eine tragende Rolle. Dabei bewirkt die Verwendung der Symbolik den Wiedererkennungswert der Bewegung und ihrer Ideologien (vgl. ebd.).

Abbildung 1: Facebook-Post der ADÜTDF Deutschland vom 02.02.2020

Ein weiteres Motiv, das auf den fotografischen Inszenierungen hervorsticht, sind die Porträts vom MHP-Gründer Alparslan Türkeş sowie von Devlet Bahçeli und Mustafa Kemal, was den politischen Hintergrund der Organisation verdeutlicht. Beispielhaft ersichtlich wird das auf der folgenden Fotografie, die erneut an einem Kulturabend aufgenommen wurde und dessen Dokumentation durch die ADÜTDF hochgeladen wurde (siehe Abbildung 2). Durch die allgegenwärtige Erinnerung wird der Führerkult um Alparslan Türkeş als zentraler Teil der Ideologie der Grauen Wölfe in Deutschland wie in der Türkei beibehalten.

Abbildung 2: Facebook-Post der ADÜTDF Deutschland vom 02.02.2020

Auch die ideologische Nähe der ADÜTDF zur MHP tritt in ihren Onlineauftritten offen zutage. Ein Beispiel hierfür ist ein Beitrag auf Facebook vom 04.04.2020 (siehe Abbildung 3), in dem der Gründer der MHP, Alparslan Türkeş, mit dem Zitat abgebildet ist: »Ülküsüz insan çamurdan farkı olmayan bir varlıktır. « (Eigene Übersetzung: Ein Mensch ohne Ideal ist ein Wesen, das sich nicht von Schlamm unterscheidet). Die Grauen Wölfe bezeichnen sich dabei selbst als *Ülkücüler* (Idealisten). Auch im türkischen Sprachraum wird diese Bezeichnung von der MHP besetzt. Menschen, die ihnen widersprechende Ideologien vertreten, werden nicht *Ülkücüler* genannt, sodass dieses Zitat nicht mit der wortwörtlichen Übersetzung (Ideal statt Ülkü)

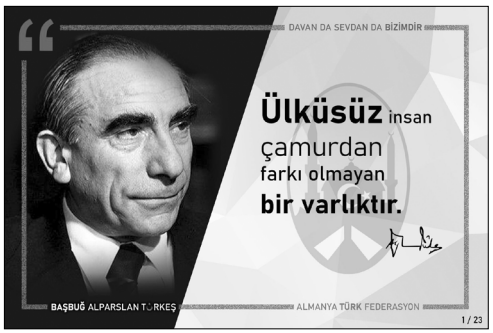


Abbildung 3: Facebook-Post der ADÜTDF Deutschland vom 04.04.2020

übersetzt werden kann. Menschen, die das als *Ideal* verbrämte nationalistische Gedankengut der MHP nicht teilen, werden durch die ADÜTDF als Schlamm, beziehungsweise Dreck markiert, somit entmenschlicht und in eine sprachliche Nähe zu Abfall gerückt (den es zu beseitigen gilt). Bezeichnend ist auch, dass der Gründer der MHP, Alparslan Türkeş, in diesem Facebook-Post der ADÜTDF als *Başbuğ* (auf Deutsch: *Führer*) betitelt wird. Somit wird ersichtlich, dass der Führerkult rund um Alparslan Türkeş von der ADÜTDF weitergetragen und propagiert wird.

Es zeigt sich in aller Deutlichkeit, dass die ADÜTDF ideologische Inhalte der MHP propagiert, aber auch, dass die ADÜTDF Facebook als wichtiges Medium zur Vermittlung dieser ideologischen Inhalte sieht.

Interessant ist auch ein Facebook-Post der ADÜTDF Köln (siehe Abbildung 4). In dieser ist wieder der Gründer der MHP, Alparslan Türkeş, zu erkennen mit der Aufschrift: „Türkçe düşün, konuş, oku, yaz“ (Eigene Übersetzung: Denke Türkisch, spreche Türkisch, lies Türkisch, schreibe Türkisch). Daraus lässt sich Folgendes schließen: Zum einen wird mit diesem Post *das Eigene* (wie die Sprache oder Flagge) hervorgehoben und zelebriert. Das *Türkisch-Sein* wird innerhalb dieser Strukturen somit positiv besetzt. Zum anderen wird offensiv propagiert: *Werde deutsch, bleibe Türke*.

Abbildung 4: Facebook-Post der ADÜTDF Köln vom 07.08.2020

Abbildung 5: Facebook-Post der ADÜTDF Deutschland vom 07.06.2018

Die »Politisierung der Diaspora« (Sienknecht 2018a: 188) findet insbesondere vor Wahlen in der Türkei statt. Die ADÜTDF wirbt dafür auf ihren Kanälen in den sozialen Medien und ruft Menschen in Deutschland mit türkischem Pass dazu auf, für die MHP zu stimmen (siehe Abbildung 5). Auffällig ist, dass sie sich neben der Stimmenwerbung für die MHP auch für die Präsidentschaftswahl Erdoğans engagieren (siehe ebd.). Die Wahlwerbung für Erdoğan ist nicht zufällig, sondern resultiert aus der politischen Verbindung zwischen MHP und AKP in der gemeinsamen Regierungskoalition. Erdoğan brauchte für die Einführung des Präsidialsystems die Unterstützung der MHP, um an eine regierungsbildende Mehrheit zu kommen (vgl. Güsten 2021).

Jugendstrukturen der ADÜTDF

Auf ihren Internetseiten bewirbt die ADÜTDF Veranstaltungen, mit denen sie offensichtlich gezielt Jugendliche ansprechen möchte. So warb die Jugendstruktur der ADÜTDF Bochum am 19. September 2020 für ein »Fifa-Turnier«, wobei primär Jugendliche zwischen zwölf und 20 Jahren adressiert wurden (vgl. ATF Bochum 2019). Dabei wirbt die ADÜTDF auch dafür, dass die Gewinner:innen des Turniers mit einer Auszeichnung belohnt werden. Mit solchen Aktivitäten würden »für Jugendliche sportliche, kulturelle, politische und soziale Attraktionen angeboten, die die Identifikation der Jugendlichen mit den Organisationen erhöhen und folglich eine gute Voraussetzung für die Ausbreitung ihrer ideologischen Ziele gewähren« (Aslan/Bozay 2012: 258). Jugendliche finden so inmitten ihrer Identitätsfindungsphase eine Struktur, in der sie *Gleichgesinnte* treffen, sich mit ihnen sozial austauschen und kulturelle Tätigkeiten ausüben können. Dies könne nach Aslan und Bozay ihr »Selbstwertgefühl« steigern, das durch »Ausgrenzungserfahrungen« leidet (vgl. ebd.: 265f.). Mit diesen Gleichgesinnten erfahren sie aber auch politische Propaganda, denn dass die ADÜTDF besonders Jugendstrukturen aufbaut und in diese Identitätsfindungsphase eingreift, ist nicht zufällig. So sind die Sport-Events an Organisationsstrukturen der ADÜTDF geknüpft, die diese anbieten. Die sportlichen und kulturellen Aktivitäten sollen nicht nur politisches Engagement in ADÜTDF-Strukturen fördern, sondern auch Freund:innenschaften, ein soziales Netz und Sicherheit bieten, die die Jugendlichen an die ADÜTDF binden. Insbesondere die streng hierarchisierte Struktur der ADÜTDF mit den erkennbaren Autoritäten bietet Orientierung in einer Gesellschaft, in der sie sonst selbst nach Orientierung suchen müssen (vgl. ebd.: 265f.).

Islam als Legitimationsstrategie?

Die MHP hebt sich in der Türkei von anderen faschistischen Parteien und Gruppierungen, vor allem durch ihr Islambild, ab (vgl. Taş 2017: 736f.). Historisch konnte die MHP in der Türkei insbesondere den landwirtschaftlich geprägten Teil der Bevölkerung mit konservativen Inhalten überzeugen. Taş beschreibt, dass die MHP den Islam als Instrument benutzt, »um die islamisch-konservativen Masse zu mobilisieren« (ebd.). Inwiefern die Grauen Wölfe religiös sind, ist nicht Gegenstand dieser Untersuchung. Jedoch wird dargestellt, inwiefern die ADÜTDF den Islam für ihre Öffentlichkeitsarbeit instrumentalisiert. Auf der YouTube-Seite der ADÜTDF Deutschland wurden viele Videos hochgeladen, in denen ein Imam hinter den Flaggen der ADÜTDF predigt (vgl. Türk Federasyon 2021). Durch die Flaggen der ADÜTDF im Hintergrund wird der eigentlich religiösen Predigt politischer Charakter hinzugefügt – ultranationalistisches Gedankengut wird mit dem Islam vermischt. Diese »Türkisch-islamische Synthese« (Bozay 2005: 155) zielt darauf ab, den Islam für die Mobilisierung von Menschen zu nutzen (vgl. Taş 2017: 740). Erkennbar ist dies auch auf dem Logo der ADÜTDF, auf dem eine Moschee und die türkische Fahne abgebildet sind (siehe: Türk Federasyon 2021).

Fazit

In Bezug auf die eingangs formulierte Fragestellung sollen die Ergebnisse nun knapp zusammengefasst werden. Die Anfälligkeit für Selbstethnisierungsprozesse durch Fremdethnisierungsprozesse muss zunächst kein Grund für das Engagement türkeistämmiger Menschen in faschistischen Organisationen wie der Grauen Wölfe sein. Doch diese Fremdethnisierung bietet einen Nährboden für Organisationsstrukturen wie die der ADÜTDF, der diese sich bedienen. Denn der Fremdethnisierung, Ausgrenzungsmechanismen und Diskriminierung türkeistämmiger Menschen in Deutschland ist sich die ADÜTDF durchaus bewusst. Daher wurde der Annahme nachgegangen, dass die Grauen Wölfe in Deutschland die Selbstethnisierung der türkeistämmigen Menschen in Deutschland fördern und instrumentalisieren, um sie für ihre Organisationsstrukturen zu rekrutieren.

Die Analyse der medialen Aufbereitung ihrer Aktivitäten durch die ADÜTDF in den sozialen Medien verdeutlicht, wie die ADÜTDF durch die Konstruktion von Mythen und kollektiven Aktivitäten versucht, gemeinsame Identitätsstrukturen unter türkeistämmigen Menschen in Deutschland aufzubauen. Durch ein konstruiertes Gemeinschaftsgefühl wird den Menschen ein Gefühl von Stärke und Kollektivität suggeriert, während gleichzeitig Feindbilder in Bezug auf ethnische Minderheiten wie die Kurd:innen geschaffen werden. Das Türkisch-Sein wird durch geteilte Posts, das Präsentieren der türkischen Fahne und durch das kollektive Gebrauchen vom sogenannten Wolfsgruß, welcher der Bewegung Wiedererkennungswert verschafft, verherrlicht.

Dies ist insofern interessant, da die ADÜTDF selbst in öffentlichen Presseerklärungen oder in ihrem Selbstverständnis angibt, in Deutschland als demokratische Organisation zu fungieren, welche als Interessensvermittlung von Diskriminierung betroffenen türkeistämmigen Menschen agiere. Die ADÜTDF instrumentalisiert die erlebten Ausgrenzungsmechanismen türkeistämmiger Menschen somit auch, insofern sie damit ihre eigene Existenzberechtigung in Deutschland begründet. Dabei wurde in diesem Beitrag durch die Darstellung der Verknüpfung der türkischen Partei MHP und der ADÜTDF deutlich, dass die ADÜTDF in Deutschland andere politische und ideologische Ambitionen hegt. Die ADÜTDF verfolgt den Plan der türkischen Partei MHP in Deutschland, nach dem Motto »Werde Deutscher, bleibe Türke« (Bozay 2017), in allen kulturellen, politischen und sozialen Bereichen präsent zu sein und dabei die politische und ideologische Leitlinie der MHP zu vertreten. Dazu versucht die ADÜTDF türkeistämmige Menschen in Deutschland für ihre Organisationsstrukturen zu gewinnen. Besonders durch politische Inhalte, wie die Wahlwerbung für die MHP und für die Wahl Erdoğans, versucht die ADÜTDF dabei über ihre sozialen Medien diese Personengruppe zu politisieren.

Gleichzeitig haben sich im Verlauf der Arbeit Fragen ergeben, zu deren Beantwortung weiterführende Untersuchungen nötig sein werden. Zum einen stellt sich die Frage, welche Ursachen die Fremdethnisierungsprozesse haben, wer die Profiteure dieser Fremdethnisierung und Diskriminierung bestimmter Gruppen sind und inwiefern diese mit der Kapitalisierung der Gesellschaft, wie von Bozay angeschnitten, zusammenhängen. Zum anderen bleibt zu prüfen, ob die Organisationsstrukturen der ADÜTDF – neben der Aufwertung und Stärkung der Identität und des Selbstbewusstseins der Menschen – auch ökonomische Ressourcen anbieten können, z. B. Arbeitsplätze, und ob sich das Engagement bei der ADÜTDF also auch ökonomisch für türkeistämmige Menschen lohnt. Zu analysieren bleiben weiterhin der Einfluss von deutschen Politiker:innen wie Franz Joseph Strauß und die dahinterstehenden Motive; gerade in Hinblick auf aktuelle Auseinandersetzungen mit Wegen der Einflussnahme seitens der Grauen Wölfe durch deutsche Parteien und Moscheen eine brennende Frage.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Facebook-Post der ADÜTDF Deutschland vom 02.02.2020

Abbildung 2: Facebook-Post der ADÜTDF Deutschland vom 02.02.2020

Abbildung 3: Facebook-Post der ADÜTDF Deutschland vom 04.04.2020

Abbildung 4: Facebook-Post der ADÜTDF Köln vom 07.08.2020

Abbildung 5: Facebook-Post der ADÜTDF Deutschland vom 07.06.2018

Literaturverzeichnis

Akbaba, Mustafa 2020: Presseerklärung. In: Bayern Aktüel. https://bayern-aktuel.de/presseerklaerung?fbclid=IwAR1frkXpeiCN3dx4Hc1lM8cDf20n0EGyqn1oSBI0Uyr-BzycqV7kVHif3XNU (letzter Zugriff am 07.06.2021).

Anzlinger, Jana 2018: Wahlen in der Türkei: So haben die Deutschtürken gewählt. In:. Sueddeutsche Zeitung. https://www.sueddeutsche.de/politik/wahlen-in-der-tuerkei-so-haben-die-deutschtuerken-gewaehlt-1.4028731 (letzter Zugriff am 24.05.2022).

Arslan, Emre 2009: Der Mythos der Nation im Transnationalen Raum. Türkische Graue Wölfe in Deutschland. 1. Auflage. Wiesbaden. Online verfügbar unter http://gbv.eblib.com/patron/FullRecord.aspx?p=747503.

Aslan, Fikret/ Bozay, Kemal 2012: Graue Wölfe heulen wieder. Türkische Faschisten und ihre Vernetzung in Deutschland, 3. überarbeitete und aktualisierte Auflage. Münster.

ATF Bochum 2019: [Facebook-Beitrag]. https://www.facebook.com/ATF-Bochum-466029836841157/photos/2193031787474278 (Zugriff am 19.09.2019).

Berger, Hartwig 1990: Vom Klassenkampf zum Kulturkonflikt. Wandlungen und Wendungen der westdeutschen Migrationsforschung. In: Dittrich, J. Eckhard/ Radtke, Frank-Olaf (Hg.): Ethnizität. Wissenschaft und Minderheiten. Opladen. S. 119–138.

Bozay, Kemal 2005: »…ich bin stolz, Türke zu sein!«. Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte im Zeichen der Globalisierung. Schwalbach/Ts.

Bozay, Kemal 2011: Ethnisierung sozialer Konflikte im Kontext von Migration und Globalisierung. In: Hentges, Gudrun/ Lösch, Bettina (Hg.): Die Vermessung der sozialen Welt: Neoliberalismus – Extreme Rechte – Migration im Fokus der Debatte. Wiesbaden. S. 295–307.

Bozay, Kemal 2017: Graue Wölfe – Die größte rechtsextreme Organisation in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung. https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/260333/graue-woelfe-die-groesste-rechtsextreme-organisation-in-deutschland (letzter Zugriff am 14.01.2022).

Bozay, Kemal/ Mangitay, Orhan 2016: »Ich bin stolz, Türke zu sein!« Graue Wölfe und türkischer (Rechts-)Nationalismus in Deutschland. Eine Informations- und Bildungsbroschüre. Hg. v. Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e.V. https://www.mbr-duesseldorf.de/material/unsere-veroeffentlichungen (Zugriff am 20.05.2021).

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2019: Verfassungsschutzbericht 2019. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb-2019-gesamt.pdf?__blob=publicationFile&v=10 (Zugriff am14.01.2022).

Deutscher Bundestag 2020: Antrag der Fraktionen CDUCSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Nationalismus und Rassismus die Stirn bieten – Einfluss der Ülkücü-Bewegung zurückdrängen. Hg. V. Deutscher Bundestag. Drucksache 19/24388. https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/243/1924388.pdf (Zugriff am 27.05.2021).

Ehrich, Issio 2018: MHP-Wahlerfolg in der Türkei. Plötzlich sind die Nationalisten wieder da. Hg. v. N-tv. https://www.n-tv.de/politik/Ploetzlich-sind-die-Nationalisten-wieder-da-article20498653.html (Zugriff am 24.05.2022).

Ekinci, Burhan/ Rüzgar, Arif 2020: Erdoğans Traum von einem großtürkisch-islamistischen Imperium. Der türkische Präsident will das Osmanische Reich zurück und hat einen Plan. https://www.rosalux.de/news/id/43250/erdogans-traum-von-einem-grosstuerkisch-islamistischen-imperium (Zugriff am 20.05.2021).

Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V. (o. J.): Hakkımızda. http://turkfederasyon.com/de/almanya-t%C3%BCrk-federasyonu/hakk%C4%B1m%C4%B1zda (Zugriff am 22.05.2021).

Güsten, Susanne 2021: Ultranationalisten in der Türkei. Erdogans Pakt mit Rechtsextremen. https://www.deutschlandfunk.de/ultranationalisten-in-der-tuerkei-erdogans-pakt-mit.724.de.html?dram:article_id=491553 (Zugriff am 03.06.2021).

Ha, Kien Nghi 2000: Ethnizität, Differenz und Hybridität in der Migration: Eine postkoloniale Perspektive. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 30. Jg, H. 120, S. 377–397.

Jacob, Günther 2018: Die Verdoppelung des Rassismus im Antirassismus. In: Zeitschrift für kritische Sozialtheorie und Philosophie 5. Jg., H. 1, S. 61–85.

Kücükhüseyin, Sevket 2002: Türkische politische Organisationen in Deutschland. Broschürenreihe »Zukunftsforum Politik«. https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=53b10dbe-a2af-fff6-fc20-eed21f311c15&groupId=252038 (Zugriff am 20.05.2021).

Özcan, Ertekin 1989: Türkische Immigrantenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin.

Riegel, Christine 2016: Bildung - Intersektionalität - Othering pädagogisches Handeln in widersprüchlichen Verhältnissen: transcript (Pädagogik). http://d-nb.info/1092206205/04.

Sienknecht, Mitja 2018a: Entgrenzte Konflikte in der Weltgesellschaft: Zur Inklusion internationaler Organisationen in innerstaatliche Konfliktsysteme. Wiesbaden.

Sienknecht, Mitja 2018b) Entgrenzte Konfliktkommunikation. Zum Aufbau von Kommunikationsstrukturen von nichtstaatlichen Konfliktparteien in das weltpolitische System. In: ZIB Zeitschrift für Internationale Beziehungen 25. Jg., H. 1, S. 5–35.

Taş, Savaş 2017: Die türkischen Ülkücüs im transnationalen Raum. Ein Blick auf die historischen und ideologischen Grundlagen der Ülkücü-Bewegung und ihre Netzwerke in Deutschland. In: Fereidooni, Karim/ El, Meral (Hg.): Rassismuskritik und Wider-

standsformen. Wiesbaden. S. 735–745.

Türk Federasyon 2018: [Facebook-Beitrag]. https://www.facebook.com/ALMANYA-TURKFEDERASYON/photos/1662519583846914 (Zugriff am 09.06.2021).

Türk Federasyon (2020a): [Facebook-Beitrag]. https://www.facebook.com/ALMANYA-TURKFEDERASYON/photos/2636632019768994 (Zugriff am 10.06.2021).

Türk Federasyon 2020b: [Facebook-Beitrag]. https://www.facebook.com/ALMANYA-TURKFEDERASYON/photos/2636631323102397 (Zugriff am 10.06.2021).

Türk Federasyon 2020c: [Facebook-Beitrag]. https://www.facebook.com/ALMANYA-TURKFEDERASYON/photos/2763332863765575 (Zugriff am 09.06.2021).

Türk Federasyon Köln Türk Kültür Ocagi 2020: [Facebook-Beitrag].https://www.facebook.com/T%C3%BCrk-Federasyon-K%C3%B6ln-T%C3%BCrk-K%C3%BClt%C3%BCr-Ocagi-400974346690676/photos/3089183274536423 (Zugriff am 10.06.2021).

Maryam Kohlgraf

Identität und Bedrohung - Die Konstruktion von „Heimat“ im Kontext der Bundeswehr

1. Einleitung

Nachdem im März 2018 das Innenministerium in »Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat« umbenannt wurde, veröffentlichten kritische Autor:innen das Buch: *Eure Heimat ist unser Albtraum* als Gegenreaktion. Im Vorwort heißt es:

> »>Heimat< hat in Deutschland nie einen realen Ort, sondern schon immer die Sehnsucht nach einem bestimmten Ideal beschrieben: einer homogenen, christlichen, weißen Gesellschaft, in der Männer das Sagen haben, Frauen sich vor allem ums Kinderkriegen kümmern und andere Lebensrealitäten schlicht nicht vorkommen.« (Aydemir, Yaghoobifarah 2019: 9)

Daraufhin wurde im öffentlichen Diskurs viel um die Bedeutungshoheit des Begriffes »Heimat« gestritten. Verschiedene Akteur:innen versuchen, diesen zu besetzen, so auch die Bundeswehr mit dem neuen freiwilligen Wehrdienst »Dein Jahr für Deutschland« im »Heimatschutz« (FWD). Am 06. April 2021 traten erstmals 340 Rekrut:innen den Wehrdienst an. Das Programm ist zum Politikum geworden. So twitterte die damalige Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer: »Heimat ist mehr als ein Ort. Heimat trägt man im Herzen. Freiheit, Demokratie und Vielfalt wollen wir gut beschützen. #Heimatschutz #DeinJahrFürDeutschland« (Kramp-Karrenbauer: 2021). Aber es gab auch negative Reaktionen, so von Tobias Pflüger, verteidigungspolitischer Sprecher der Linksfraktion: »Mit dieser Wortwahl riskiert die Bundeswehr, speziell rechte Kreise anzuziehen. Der neue Dienst darf nicht dazu führen, dass nun noch mehr rechtslastige Akteure an scharfen Waffen ausgebildet werden« (Pflüger: 2021). Aufgrund der kontroversen Debatte über Heimat und die Ausschlüsse, die damit einhergehen können, insbesondere im Kontext von staatlichen Institutionen, gilt es, das angewendete Konzept von Heimat zu analysieren.

Dieser Beitrag untersucht mittels einer Narrativanalyse die Konstruktion des Konzeptes »Heimat« im neuen Wehrdienst. In diesem Sinne fragt die Arbeit, wie die Bundeswehr den Begriff »Heimat« konstruiert und welche (möglichen) Effekte sich daraus ergeben? Da das Erkenntnisziel im Verstehen der Interaktion von Akteur:innen und Strukturen liegt, sowie auf der Konstruktion von Narrativen, wird sich eines konstruktivistischen Zugangs bedient. Dieser Beitrag untersucht die Effekte, die die militärischen und zivilen Sphären aufeinander haben und die gesellschaftlichen Normen, die sich aus einem gemeinsamen Diskurs ergeben.

Als Untersuchungsmaterial wurden folgende Dokumente ausgewählt: die Internetseite »Dein Jahr für Deutschland- Heimatschutz«, das Imagevideo der Bundeswehr, das Weißbuch »Zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr« sowie eine Rede der ehemaligen Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer zur Vorstellung des Wehrdienstes. Das Material eint, dass es explizit für die Außendarstellung geschaffen wurde und somit die Positionen der Bundeswehr repräsentiert[1]. Es lässt auch Rückschlüsse auf die allgemeine Konzeption des Begriffes »Heimat« der Bundeswehr zu.

Es erscheint sinnvoll, zunächst Definitionen des Konzepts »Heimat« aufzuzeigen und anschließend mit dem Material zu vergleichen, um zu ermitteln, welchen Konzepts sich die Bundeswehr bedient. Es gilt zu untersuchen, inwiefern Heimat in dem Material als Identität begriffen werden kann und ob Heimat als identitätsstiftend zu bezeichnen ist. Um mich diesen Fragen anzunähern, ist Stuart Halls Konzept der kulturellen Identität besonders nützlich (Hall 2012: 27), sodass ich untersuchen werde, inwieweit das oben genannte damit zu verknüpfen ist. Hall war ein Soziologe und politischer Aktivist, der sich mit verschiedenen Themen rund um Macht, Identität und Rassismus beschäftigt hat. Er gilt als einer der Begründer der Cultural Studies. Kulturelle Identität kann nach Hall als stabile und kollektive Gemeinschaft, beispielsweise einer Nation, verstanden werden. Diese bestimmt die Alltagswelt ihrer Mitglieder, durch einen gemeinsamen Referenz- und Bedeutungsrahmen und erschafft dadurch kulturelle Normen und Wertvorstellungen. Im Verlauf der Analyse soll zudem untersucht werden, inwiefern der Heimatbegriff der Bundeswehr exklusive oder inklusive Dimensionen aufweist. Eine weitere Unterfrage ist, wessen Heimat durch den Heimatschutz

[1] Aufgrund der hierarchischen Organisation der Bundeswehr und dem speziellen Zweck zur Außendarstellung des gewählten Untersuchungsmaterials wird von der Bundeswehr als einheitlicher Akteurin gesprochen. Damit soll keine Einheit der Meinungen innerhalb der Bundeswehr suggeriert werden. Das untersuchte Material allerdings kann einer einheitlichen Kommunikationsstrategie zur Außendarstellung zugeordnet werden, sodass es als repräsentativ für die dominante Meinung der entscheidenden Ebenen analysiert werden kann.

von wem und vor allem, vor was, geschützt werden soll? Es gilt zu untersuchen, wie die Bundeswehr den Grund für den benötigten Schutz der Heimat legitimiert, und welche Rolle die Konstruktion einer Bedrohung dabei spielt.

Mit der Datentriangulation, dem Verwenden von verschiedenen Arten an Material, werden zwei Ebenen abgebildet. Einerseits werden die staatlichen, die strategischen Überlegungen darlegt. Andererseits wird durch das Material eine direkte Ansprache an Rekrut:innen vorgenommen. Diese beinhalten auch Aussagen, was Soldat:innen sind und wie sie sein sollen. Daher kann das Material sowohl Schlüsse über die Außendarstellung, die in den gesellschaftlichen Diskurs einfließt als auch über das interne Idealbild der Bundeswehr zulassen.

Das Konzept »Heimat«

Der Begriff »Heimat« ist ein umstrittenes gesellschaftliches Thema und wird mitunter zum Kampfbegriff instrumentalisiert (Büchner 2020: 12). Es gibt unzählige Definitionen des Wortes. So herrscht kein Konsens darüber, »ob Heimat ein Ort, ein Gefühl oder beides ist, wo Heimat ist und was Heimat stiftet« (Büchner 2020: 11). Gross nähert sich dem Thema über eine räumliche Perspektive an und verortet »Heimat« zwischen Nationalstaat und Zuhause, das mit Emotionen mit dem Individuum verknüpft ist (Gross 2019: 17). Bausinger kommt zu folgender Bedeutung: »Heimat« leite sich aus dem Gefühl, »der Übereinstimmung [des Einzelnen] mit der kleinen eigenen Welt« (Bausinger 1990: 87) ab. »Heimat« sei Alltag ohne größere Irritationen (Bausinger 1990: 87). Weber et al. arbeiten sieben Dimensionen von »Heimat« heraus: das Soziale, das Wohlgefühl, das Zeitliche, die räumliche Verortung, die Kontextualisierung, die Ab- und Ausgrenzung und die Komplexitätsminderung (Weber et al. 2019: 8). Sie stimmen damit Bausingers Argumentation zu. Gross und Weber et al. beschäftigen sich mit dem Verhältnis von »Heimat« und »Identität«. Die Begriffe werden in der Literatur teilweise synonym verwendet, teilweise als ein Teil des jeweils anderen.

Das Konzept der »(kulturellen) Identität«

Ähnlich wie beim Konzept der »Heimat« gibt es keine eindeutige Gebrauchsform des Begriffs »Identität«. Für diesen Beitrag ist besonders das Verständnis von Hall relevant. Nach Stuart Hall wird »Identität« durch Repräsentation gebildet (Hall 2012: 26). Er beschreibt, wie »Identität« durch Differenz konstituiert wird. In anderen Worten bedeutet das, dass sie über ein Außen zu dem »Identität« tragenden Subjekt begründet wird. »Identität« ist dabei nichts Naturgegebenes, sondern wird durch Ausschluss und Machtmechanismen produziert. Hall betont die

Handlungsmacht des Individuums über die Bildung der »Identität«: »Identitäten sind Positionen, die das Subjekt ergreifen muss; das Subjekt muss >wissen<, dass Repräsentationen vorliegen« (Hall 2021: 173).

Hall skizziert zwei Betrachtungsweisen, wie »kulturelle Identitäten« verstanden werden. Die erste, traditionelle Betrachtungsweise ist in vielen Gesellschaften vorherrschend. Hall schließt sich dieser nicht an, aber beschreibt, dass »kulturelle Identität« durch die gemeinsame Geschichte einer Gruppe von Menschen, zum Beispiel einem Volk, geprägt sei. Diese seien konstant und böten einen immer gültigen »Referenz- und Bedeutungsrahmen«, der die Kultur dieser Gruppe von Menschen bildet (Hall 2012: 27).

Die Definition legt Kultur auf etwas Statisches und Naturgegebenes fest. Ein Volk hat eine festgelegte »kulturelle Identität«, die sich nicht verändert und durch äußerliche Einflüsse verfälscht wird (Hall 2021: 170). Die Nation ist der wirkmächtigste Faktor zur Bildung der »kulturellen Identität«. Menschen einer Nation handeln in Machtbeziehungen eine »kulturelle Identität« aus (Hall 2012: 201). Die Staatsbürger:innen unterscheiden sich zwar durch Klasse, Geschlecht oder Ähnliches, doch sie werden unter einer »kulturellen Identität« zusammengefasst, um so ihre Gemeinsamkeit zu betonen (Hall 2012: 206). Die Vorstellung einer Nation erschafft die Grundlage dafür, »dass ihre Mitglieder im Extremfall im Namen der Nation töten und sterben« (Mutz/Gerke 2019: 8). Damit können ein nationalstaatliches Militär und die Bereitschaft des:der Einzelnen, für die Nation in den Krieg zu ziehen und sich selbst oder andere zu verletzen und zu töten, erklärt werden. Die Nation wird damit zu einem höheren Gut aufgewertet.

Die zweite Betrachtungsweise, der sich Hall anschließt, sieht »kulturelle Identität« nicht als natürlich festgelegt, sondern als wandelbares Konstrukt mit einem heterogenen Innen. Menschen einer »kulturellen Identität« sind nicht nur in ihren Ähnlichkeiten miteinander verbunden, sondern durch ihre Differenzen. Dieser Ansatz bietet die Möglichkeit, Kultur, Staat und Volk als wandelbare Konzepte zu betrachten und diese zu dekonstruieren.

Narrativanalyse

Die Narrativanalyse ist eine vergleichsweise junge Methode in den Politikwissenschaften, die ihren Ursprung in den Kulturwissenschaften hat und der konstruktivistischen Theorie zuzuordnen ist. Das bedeutet, die Methode fragt nicht nach Objektivitäten, sondern nach sprachlicher Konstruktion von sozialen Realitäten. Sprache schafft demnach Realität. Ein Narrativ ist eine kollektive Erzählung, die im kollektiven Gedächtnis verankert ist und eine sinnstiftende Funktion hat. Das

Narrativ ist dabei komplexitätsreduzierend und befähigt »Akteure in situativen Momenten moralische Urteile zu fällen« (Gadinger et al. 2014: 70). Die Wissenschaftstheorie, in deren Fokus die Figur des »homo narrans« steht (Gadinger et al. 2014: 69) beschäftigt sich damit, wie eine Erzählung für (politische) Akteur:innen den Rahmen konstruiert, aufgrund dessen sie Situationen einordnen, bewerten und Handlungsmög- lichkeiten wahrnehmen. Situationen werden demnach je nach vorherrschenden Narrativen unterschiedlich bewertet und daraus leiten sich verschiedene Handlungsmöglichkeiten ab. Das Fragen nach vorherrschenden Narrativen ist damit ein Fragen nach realen Macht- und Herrschaftsmechanismen, da sich Macht und Herrschaft aus vorherrschenden Narrativen ab- leiten lassen (Gadinger et al. 2014: 69).

Die Untersuchung einzelner nationaler Strategiepapiere, wie das Weißbuch, und des anderen Materials kann nur beschränkt Auskunft über vorherrschende Narrative geben. Erst im Kontext mit anderem Material oder realen, gesellschaftlichen Wirkungen kann eine Narrativanalyse aussagekräftig sein (Barbehön 2019: 64). Deshalb ergibt sich die aussagekräftige Narrativanalyse erst aus der Summe des untersuchten Materials. Die Analyse fokussiert sich auf sprachliche und bildliche Zeichen, die in ihrem Zusammenwirken einen Sachverhalt nicht beschreiben, sondern konstruieren. Narrative werden durch verschiedene Erzählweisen dargestellt. Sie können im Sinne einer Romanze, einer Satire, einer Komödie oder einer Tragödie aufgebaut sein (Gadinger et al. 2014: 74), je nachdem welchen Inhalt sie transportieren. Im vorliegenden Text werde ich mich auf Gadingers et al. Definition der Romanze als Erzählweise des Narrativs beziehen. Nach Gadinger et al. dient die Romanze als Mittel zur Manifestierung normativer Ansprüche und um den Antagonismus zwischen dem Guten und dem Bösen und den Sieg des Guten zu betonen. Zentraler Aspekt einer Romanze ist immer der:die Held:in, der:die in der Lage ist, den drohenden Untergang im Kampf gegen das Böse abzuwenden (Gardinger et al. 2014: 74). Essenziell für Narrative sind neben den Plot-Mustern das Verwenden von Tropen als Mittel des Erzählens (Gradinger et al. 2014: 75).

Bundeswehrkarriere Webseite

Die Webseite »Bundeswehkarriere: Dein Jahr für Deutschland« ist als wichtiges Rekrutierungsmedium zu verstehen, so ist die Seite Teil des zentralen Rekrutierungsportals. Die Webseite spricht die Adressat:innen mit einem informellen »Du« an. Die direkte Ansprache und das Duzen suggeriert einerseits Nähe zwischen der Bundeswehr und den Lesenden und anderseits eine gewisse Coolness (Vogel 2014: 197). Die Seite ist übersichtlich angeordnet und alle Informationen sind für die Lesenden einfach verständlich, da kurze Sätze und kein Fach-

jargon verwendet werden. Es ist auffällig, dass im ersten Abschnitt, der über den FWD- Heimatschutz berichtet, gleich auf Übernahmemöglichkeiten nach dem Wehrdienst auf andere Laufbahnen bei der Bundeswehr hingewiesen wird (Bundeswehr 2020). Hier wird deutlich, warum der FWD oft als Schnupperkurs zu Rekrutierungszwecken bezeichnet wird (Funkkreis 2021 15:23). Auf der Webseite werden als Einsatzmöglichkeiten »Naturkatastrophen, Großschadenslagen, Pandemien und andere Ereignisse« genannt (Heimatschutz 2021). Diese Einsätze werden als aufregende und held:innenhafte Aktionen dargestellt. Allerdings ist festzustellen, dass es nicht viele Katastrophen gibt, bei denen die Bundeswehr im Inneren zum Einsatz kommt. Sie wird zwar sporadisch um Amtshilfe gebeten, doch dabei geht es häufig um die Bereitstellung von technischen Materialien (von Krause 2017: 5). Die Einsätze im Inneren bei Naturkatastrophen, wie den Flutkatastrophen aus den Jahren 2002, 2013 und 2021 werden also in der Erzählung überproportional dargestellt. Auf den größten, jüngsten Amtshilfseinsatz, abgesehen von der Coronapandemie, im Jahr 2015 im Rahmen der Geflüchtetenhilfe wird weder auf der Webseite noch in einer anderen Publikation eingegangen. Umstrittene Einsätze im Inneren werden nicht erwähnt, so auch die Einsätze im Rahmen der Bewachung von US-Kasernen 2003/2004 oder beim G8-Gipfel 2007 (von Krause 2017: 9). Die tatsächlichen Einsätze sind in diesem Beitrag nicht zu bewerten, da der Wehrdienst noch nicht so weit angelaufen ist, sie sollten aber in späteren Arbeiten untersucht werden.

Die Erzählung, die Heimatschützer:innen würden nur im Katastrophenfall eingreifen, untermauert das Narrativ, die Teilnehmenden des FWD Heimatschutzes wären Held:innen, umstrittene Einsätze widersprechen jedoch dem Narrativ und werden nicht erwähnt. Das Narrativ wird im Sinne einer Romanze aufgebaut. In der Erzählung gibt es zwei gegensätzliche Kontrahent:innen, die in Gut und Böse aufzuteilen sind. Zum einen das Böse, verkörpert durch Großschadenslagen, die das kostbare Gut, die »Heimat«, angreifen. Das Gute wird nie weiter definiert und »Heimat« als Synonym für »Deutschland« genutzt. Es wird nicht spezifiziert, wie die »Heimat« als Ort, der mit Emotionalität verknüpft ist, geschützt werden kann, sondern nur über militärischen Schutz gegenüber »Deutschland« berichtet. Zwar wird das Wort »heimatnah« einmal im Sinne von regional genutzt, sonst aber als gleichbedeutend zu »Deutschland« verwendet. Es schwingt immer mit, dass die »Heimat« wertvoll und unter allen Umständen schützenswert ist. Die Held:innen, die im Sinne der Romanze als Lösung des Problems auftreten, sind die FWD leistenden Heimatschützer:innen der Bundeswehr. Auf der Webseite wird durch sprachliche Formen immer wieder betont, dass die Heimatschützer:innen als Held:innen für »unser gesamtes Land« (Heimatschutz 2021) auftreten. Sie würden in Kooperation mit zivilen Rettungsdiensten gegen das Böse kämpfen, um die »Heimat« zu schützen (Heimatschutz 2021).

Im Podcast der Bundeswehr »Funkkreis« gibt Oberst Dirk Schwede, unter dessen Kommando der FWD steht, weitere Auskunft über den Wehrdienst. In Folge 67 »Dein Jahr für Deutschland – Heimatschutz« erläutert er, die Besonderheiten der Ausbildung der Heimatschützer:innen lägen in der Ausbildung an der Panzerfaust und an einer vertieften Ausbildung an der Pistole und am Gewehr (Funkkreis 67 7:25). Wie diese Ausbildung im Falle einer Naturkatastrophe oder einer Pandemie helfen solle, kann im Rahmen dieses Beitrags nicht beantwortet werden. Es lässt sich festhalten, dass die Ausbildung an diesen Waffen in Diskrepanz zu dem von der Bundeswehr dargestellten Narrativ stehen. Denn die verstärkte Waffenausbildung ist bei den dargestellten Einsätzen im Katastrophenschutz nicht hilfreich. Die Ausbildung passt nicht zu den dargestellten Einsätzen und wirft so Fragen auf. Entweder die Heimatschützer:innen wären im Katastrophenfall schlecht vorbereitet und damit nicht hilfreich für die zivilen Organisationen des Katastrophenschutzes, oder die Bundeswehr plant andere Einsätze, die in der Außendarstellung nicht benannt werden.

Video »Heimatschutz«

Das Video »Heimatschutz« wurde auf der Internetseite Bundeskarriere – Dein Jahr für Deutschland veröffentlicht. Das Video hat eine Gesamtlänge von 20 Sekunden. Ich analysiere das Video mithilfe einer Filmanalyse nach Mikos. Nach Mikos zeichnen sich bewegte Bilder als ein Kommunikationsmedium aus, das sich erst durch die Rezeption und die Aneignung der Zuschauenden vervollständigt und an Bedeutung gewinnt (Mikos 2015: 24). Ihm zufolge lassen sich Filme auf verschiedene Ebenen hin analysieren. In dieser Arbeit liegt der Fokus besonders auf den Ebenen des Inhalts und der Repräsentation, der Narration und der Dramaturgie sowie des Kontextes.

Das Video beginnt mit der Nahaufnahme einer blonden, weiblich gelesenen Soldatin. Diese Art der Nahaufnahme ist nach Vogel ein mustertypisches Bild, das die Bundeswehr verwendet (Vogel 2014: 205). Das Bild verleiht der Bundeswehr Authentizität, für die Zuschauenden wird sie durch die Verknüpfung mit echten Menschen weniger abstrakt (Vogel 2014: 205). Außerdem wird durch das Zeigen einer als jungen Frau gelesenen Person mit der Vorstellung gebrochen, in der Bundeswehr gäbe es nur Männer. Es fühlen sich mehr Menschen angesprochen. Das Zeigen einer weiblich gelesenen Person zu Anfang bietet für Frauen ein Identifikationsangebot. Auch wenn im übrigen Video mehr männlich gelesene Personen zu sehen sind, ist das Anfangsbild präsent platziert und bleibt länger im Gedächtnis. So wird allen Personen suggeriert, dass auch sie all die Tätigkeiten ausführen können, die im Video von männlich gelesenen Personen verkörpert

werden. Außerdem gelten Frauen in Militärkontexten als unschuldig, unpolitisch und ungefährlich (Bogerts 2020: 47). Die Zuschauenden ordnen die danach gezeigten Szenen, zum Beispiel Waffen, anders ein, weil sie im Gedächtnis haben, dass auch Frauen diese Aufgaben ausführen.[2] Damit wird die Gefährlichkeit der Einsatzgebiete der Bundeswehr generell weniger wahrgenommen. Die Einsätze wirken unschuldiger und werden so normalisiert.

Anschließend wird der Slogan »Wenn wir dich stark machen« eingeblendet (Bundeswehr 2020 02). Hier fällt besonders die informelle und direkte Ansprache durch die Verwendung von »Du« auf; so wird emotionale Nähe zwischen den Zuschauenden und der Bundeswehr erzeugt. Der Vorteil für den:die Einzelnen wird deutlich und gleichzeitig mit einem Vorteil für die Gemeinschaft verknüpft (Vogel 2014: 198). Die Sprechweise während des gesamten Videos ist informell gehalten. So wird die Bundeswehr von der jugendlichen Zielgruppe als gleichrangig wahrgenommen, sie sprechen die »gleiche Sprache« (Vogel 2014: 199). Im Anschluss sind Szenen zu sehen, in denen Soldat:innen sich unterschiedlich sportlich betätigen (Bundeswehr 2020 06). All diese Bilder untermauern die Aussage, dass die Bundeswehr Einzelne stark macht. Vogel kommt zu dem Schluss, dass sich die Bundeswehr als »ein fröhlicher, dynamischer und abenteuerlicher Lebensbereich, bei dem Freude, Abwechslung und Sportlichkeit dominieren« präsentiert (Vogel 2014: 198). Dies ist für das Video zu bestätigen.

Die zweite Sequenz beginnt damit, dass wieder ein Schriftzug eingeblendet wird, während zu lesen ist: »Machst du ein ganzes Land stark« (Bundeswehr 2020 09). Hier wird deutlich, wie der oben beschriebene Vorteil des Einzelnen wichtig für die Gemeinschaft, in diesem Fall »ein ganzes Land«, ist. Die Bundeswehr macht den:die Einzelnen stark und diese:r dann »Deutschland«. Die Aussage markiert einen patriotischen Beweggrund, sich zu verpflichten (Krebs, Ralston 2020: 4). Die Bundeswehr definiert nicht näher, wie ein starkes Deutschland für sie aussehen würde, aber es wird deutlich, dass damit offensichtlich militärisch stark gemeint ist. Ob ein militärisch starkes Deutschland erstrebenswert ist, bedarf gerade vor dem geschichtlichen Kontext einer Diskussion.

Dann werden Szenen von Soldat:innen mit Gewehren im Anschlag im Wald gezeigt. Es ist auffallend, dass die Waffen unmittelbar nach dem Sprechen über »ein starkes Land« eingeblendet werden. Als wäre ein Land nur durch Waffen stark. Dies könnte als Legitimation des Militärs an sich betrachtet werden. Naturbilder in Zusammenhang mit Waffen nehmen Letzteren ihre Gefährlichkeit und durch

[2] Sexistische Vorstellungen von Weiblichkeit werden hier aktiviert und zur Verharmlosung genutzt.

die harmonische Natur werden sie positiv konnotiert (Vogel 2014: 207). Daraufhin wird eine Gruppe von Soldat:innen bei einer Besprechung im Wald gezeigt, alle scheinen sehr konzentriert zu sein (Bundeswehr 2020 11). Die Art von Gruppenbildern betonen nach Vogel den Teamgeist und die Kamerad:innenschaftlichkeit. Dadurch, dass alle gezeigten Personen nah beieinanderstehen, wirken sie wie eine geschlossene Einheit (Vogel 2014: 204). So wird besonders für junge Erwachsene, die sich auf Grund ihrer Lebensphase oft nirgends zugehörig fühlen, ein Identifikationsangebot geschaffen. Hier können sie dazu gehören und sind Teil der Kameradschaft. Für Interessierte bietet sowohl die Stelle als auch die Romanze eine Antwort auf die Frage, wer das »Wir« ist, das zur »Heimat« gehört.

In der aktuellen Debatte ist umstritten, wer dazu gehört, aber feststeht, dass alle, die beim FWD mitmachen, Teil des »Wirs« sind, und noch dazu »richtig wichtig« (Bundeswehr 2020 13) für das »Wir« sind. So wird neben dem Zugehörigkeitsgefühl auch in Bezug auf »Heimat« angeboten, dass Personen, die am Freiwilligen Wehrdienst teilnehmen, definitiv Teil der Heimat sind und diese aktiv beschützen. Im Gegenzug erhalten die Teilnehmenden die Sicherheit, nicht ins konstitutive Außen zu fallen (Butler 2002: 75). In das Außen zu fallen, würde mit Verlusten einhergehen, wie von Redecker treffend zusammenfasst, ist es die Angst »…systematisch aus dem Menschlichen hinauskatapultiert« zu werden (von Redecker 2011: 14).

Die Musik des Videos lässt sich als elektronisch und sehr rhythmisch beschreiben; sie ist dem Hip-Hop-Genre zuzuordnen. Hip-Hop ist im kulturellen Gedächtnis dreier Gruppen verankert: der Black Community, verschiedener lokaler Kulturen, sowie einer jungen Community, die multinational ist (Mikos 2003: 71). Besonders der letzte Aspekt, der junge Leute anspricht – die Zielgruppe, die von der Bundeswehr zwischen 18 und 26 Jahre definiert wird (Hückelheim 2020) – ist für die Bundeswehr werbetechnisch relevant. Durch das Einsetzen von Hip Hop wird bei den Jugendlichen das Identitätsstiftende im kulturellen Gedächtnis angeregt (Mikos 2003: 71). Wird das Prinzip der Intertextualität auf die Hip-Hop-Stücke in Beziehung zu dem Video gesetzt, so ist festzustellen, dass Hip-Hop als authentisch und cool angesehen wird (Mikos 2003: 79). Beide Eigenschaften werden dadurch auch dem Inhalt des Videos, und folglich der gesamten Bundeswehr, zugeschrieben. Es lässt Jugendliche sowohl mit dem FWD als auch mit der Bundeswehr sympathisieren.

In den nächsten Szenen sind Soldat:innen zu sehen, wie sie Schnee von einem Hausdach schippen und einen Rachenabstrich von einer zivilen Person nehmen (Bundeswehr 2020: 12). Diese Szene greift die Lebensrealität von vielen Menschen auf, denen die Testungen während der Corona-Krise noch präsent sind.

Somit ist es ein besonders wirkungsmächtiges Argument, dass die Bundeswehr bei dieser internationalen Krise eine helfende Rolle einnimmt.

Die dritte Sequenz beginnt damit, dass eine Gruppe von Soldat:innen zu sehen ist, während ein Schriftzug erscheint: »Mit deinem Dienst in deiner Heimat« (Bundeswehr 2020 14). Als Nächstes sind Soldat:innen mit Waffen im Wald zu sehen. Hier greift wieder die oben genannte Analyse, dass bewaffnete Menschen im Kontext mit friedlicher Natur gezeigt werden und so ungefährlicher wirken. Daher nehmen die Zuschauenden die Szene erneut als nicht bedrohlich wahr. Dann wird aus der Nahaufnahme ein lachender Soldat gezeigt, daraufhin schwenkt die Kamera nach oben und die Szene ist aus der Vogelperspektive zu sehen (Bundeswehr 2020: 17). Goldie kommt zu dem Schluss, dass das Militär oft als kämpferisch, actionreich und mit Waffen und zugleich als rettend und helfend für Zivilist:innen dargestellt wird. So wird einerseits die Vielseitigkeit des Militärs dargestellt, andererseits werden Identifikationsangebote für verschiedene Gruppen geschaffen. Die, die Action und Abenteuer suchen und die, die helfen und retten wollen (Goldie 2014: 423). Goldies Analyse lässt sich für das Video »Heimatschutz« bestätigen.

Rede der ehemaligen Verteidigungsministerin

Die ehemalige Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hielt die zu untersuchende Rede am 23. Juli 2020 auf einer Pressekonferenz zum Thema »Dein Jahr für Deutschland«.

Die Rede ist die Erzählung einer Romanze. Als Heldin fungiert die Bundeswehr, insbesondere der FWD Heimatschutz, der die Gefahren abwenden kann und damit das Gute über das Böse siegen lässt. Die Gefahren gehen von verschiedenen Seiten aus. Es gibt zum einen Naturkatastrophen, zudem globale Bedrohungen wie die Corona-Pandemie, und zum anderen »den Zerfall der Gesellschaft« (Kramp-Karrenbauer 2020: 2). Das Plot-Muster der Romanze wird durch zwei Erzählweisen gestützt: der »story of stymied progress« und der »story of helplessness and control« (Gadinger et. al. 2014: 75). Die »story of stymied progress« wird durch das Konzept des bestehenden Wehrdienstes erzählt. Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie betont die Ministerin die glücklichen Umstände, die es der Bundeswehr erlaubt haben, sich ausschließlich auf die Pandemie zu fokussieren. Die Reserveeinheit ist mit der momentanen Struktur nicht in der Lage, die »Heimat« zu schützen (Kramp-Karrenbauer 2020: 2). Die veralteten Strukturen stehen so dem Fortschritt der Bundeswehr als solcher, aber auch der Gesellschaft, im Weg. Doch auch hier fungiert der FWD als Heldin, beziehungsweise Lösung. Denn durch den FWD Heimatschutz kann die Bundeswehr ihre Strukturen erneuern, die Reserve ist besser aufgestellt und auch neue Aufgabenbereiche wie der Heimatschutz werden in Angriff genommen.

Die »story of helplessness and control« wird durch Bedrohungsszenarien und deren Überwindung erzählt. Die Hilflosigkeit wird zum einen durch die permanente Bedrohung einer auseinanderbrechenden Gesellschaft, die zusammengehalten werden muss, (Kramp-Karrenbauer 2020: 1), zum anderen durch die Bedrohung von Katastrophen wie Naturereignisse oder Pandemien, die die Gesellschaft von außen bedrohen, konstruiert. Jede Bedrohung, und damit auch die Hilflosigkeit kann durch die Bundeswehr im Allgemeinen und den FWD im Speziellen abgewendet werden. Denn das Engagement der Bundeswehr scheint nicht nur der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält, sondern auch der Ausweg aus jeder Naturkatastrophe zu sein (Kramp-Karrenbauer 2020: 2). Damit fungiert die Bundeswehr als Heldin, die die Kontrolle über Krisen und Bedrohungen von innen und außen wiederherstellen kann.

Die ehemalige Ministerin bedient sich für ihre Rede verschiedener Tropen zur Unterstützung ihrer Erzählung. Ihre rhetorische Frage »Warum Heimatschutz« beantwortet sie mit Synekdochen, die die »Heimat« als absolut »positiv« und gemeinschaftsstiftendes »Lebensgefühl« für alle konstruieren (Kramp-Karrenbauer 2020: 2). Zur Untermalung nutzt sie an dieser Stelle auch die Metapher von Wurzeln als Herkunftsort (Kramp-Karrenbauer 2020: 4). Die Metapher von Wurzeln als Herkunft ist ein Bild, das viele Menschen anspricht. Denn Wurzeln sind im Gegensatz zur eigenen Identität oder Tradition leicht vorstellbar. Die Metapher der Wurzel als Ursprung der Identität propagiert nach Bettini Unverfälschtheit und Reinheit (Bettini 2016: 96). Sie wendet den Blick von der kulturellen Identität auf ein homogenes, geschlossenes Inneres, das natürlicherweise eine ursprüngliche Identität vorgegeben hat. Die Metapher legitimiert eine kulturelle Identität als natürlich und somit unveränderbar, anstatt sie als erlernt und damit verhandelbar zu dekonstruieren. Die Metapher der Wurzeln wird häufig genutzt, um vor einer vermeintlichen Überfremdung zu warnen. Die ursprüngliche Identität müsse geschützt werden, um nicht entwurzelt, beziehungsweise heimatlos, gemacht zu werden (Gross 2019: 69).

Die Ministerin benennt die Einheit aus Verteidigungsministerium und Bundeswehr als Retterin der verschiedenen Krisen. Somit werden die Ursache und die Mittel zur Bekämpfung der Krisen vertauscht. Die unterschiedlichen Krisen wurden durch verschiedene Mittel bekämpft. Das Engagement der Bundeswehr ist eines der Mittel, das zur Überwindung der Krisen führt. Sie ist nie bewiesenermaßen die ausschlaggebende Lösung gewesen, doch in der Erzählung der Romanze wirkt es so, als sei sie die Retterin in jeder Krise und könne die Gesellschaft allein

vor jeder Gefahr beschützen. Die Rolle der Bundeswehr im Katastrophenschutz wird übertrieben.

Das Weißbuch

Das Bundesministerium der Verteidigung veröffentlichte das Weißbuch 2016 unter dem Titel *Weißbuch 2016 – Zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr*.

Im Weißbuch wird die Erzählweise der »story of stymied progress« weitergeführt. Die veralteten Strukturen der Bundeswehr werden als dem Fortschritt entgegenstehend dargestellt. Sie hindern die Bundeswehr, ihr gesamtes Potenzial zu entfalten und sind damit eine Gefahr für die Gesellschaft und den Heimatschutz. Auf diese problematische Ausgangsstellung wird in Kapitel 5.1 »Anforderung an die Bundeswehr als Instrument deutscher Sicherheitspolitik« eingegangen. Das Kapitel erläutert die Vielzahl an Aufgaben und geht auf die möglichen Einsätze der Bundeswehr im Heimatschutz ein (Bundeswehr 2016: 89). Das Kapitel endet mit Forderungen nach mehr Ressourcen. Der Heimatschutz wird im Weißbuch 2016 als neuer Aufgabenbereich vorgestellt (Weißbuch 2016: 89). Im letzten Weißbuch 2006 kam »Heimat« nur in Bezug auf geflüchtete Menschen, die ihre »Heimat« verlassen haben und auf Angehörige von Soldat:innen im Einsatz vor (Weißbuch 2006: 20, 23, 75, 89). Damit gibt es eine Aufgabenverschiebung, der Fokus wird weg von Auslandseinsätzen zu Einsätzen im Inneren verschoben.

In Kapitel 5.2, »Auftrag der Bundeswehr« wird betont, warum »Deutschland« ein starkes Militär brauche. Zum einen wird mit dem Bedrohungsszenario argumentiert, »Deutschland« müsse »gegen äußere Bedrohung« geschützt werden (Bundeswehr 2016: 90). Es wird nicht deutlich, worin diese äußere Bedrohung besteht. Zum anderen sieht die Bundeswehr ihren Auftrag auch in der Identitätsstiftung, denn sie nimmt es als ihre Aufgabe wahr, zur »Resilienz von Staat und Gesellschaft« sowie »für unsere offene Gesellschaft« beizutragen (Bundeswehr 2016: 90). Sie wird nicht nur als Retterin »Deutschlands« durch militärischen Schutz inszeniert, sondern das Narrativ wird auf gesellschaftliche Aspekte ausgeweitet. Die Bundeswehr wird als gemeinschaftsfördernde Akteurin präsentiert, die für eine starke und offene Gesellschaft eintritt. Dies gehört nicht typischerweise zu den Aufgaben eines Militärs. Es wird auch zu keinem Zeitpunkt spezifiziert, wie die Bundeswehr für eine offene Gesellschaft eintritt.

Im Weißbuch finden sich die Vorläufer des Narrativs, das in der Rede der ehemaligen Verteidigungsministerin dargestellt wird. Anstelle des Wehrdienst Heimatschutzes, den es zum Zeitpunkt der Veröffentlichung noch nicht gab, fungiert die zukünftige Bundeswehr als Heldin, die »Deutschland« sowohl vor äußeren Gefahren rettet als auch vor gesellschaftlichem Zerfall. Zudem wird die Grenze der Einsatzgebiete der Bundeswehr verschoben, die ursprünglich nicht im Inland eingesetzt werden durfte. Es scheint, als würde die einstige Norm der deutschen »Kultur der Zurückhaltung«, die sich durch den Kosovo-Krieg bereits für Auslandseinsätze als nicht mehr geltend etabliert hat (Geis 2005: 4), nun auch im Inland verschoben werden. In der Bundesrepublik gab es bereits starke Normverschiebungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese machten es möglich, dass 1956 überhaupt eine Bundeswehr aufgestellt wurde. Sie ermöglichten Auslandseinsätze außerhalb des NATO- Gebiets (»out of area«-Urteil 1994). Außerdem muss beobachtet werden, ob für die Einsatzmöglichkeiten im Inneren Ausnahmen für den FWD gemacht werden, wie zur Coronaamtshilfe, die die Kompetenzen der Bundeswehr im Inneren ausweiten könnten. Denn vor dem damals verfassungswidrigen Handeln Helmut Schmidts bei der Sturmflut 1962 durfte sie nicht zur Katastrophenhilfe im Innern eingesetzt werden, das Grundgesetz wurde nach diesem Einsatz verändert (Geis 2005: 4). Artikel 35 des Grundgesetztes wurde später zu diesem Zweck ergänzt. Dies zeigt, dass die Befugnisse der Bundeswehr bereits mehrmals politisch angepasst wurden. Außerdem können durch ein vermehrtes Antreffen und Einsetzen im Innern, wie es durch den Wehrdienst der Fall wäre, die geltenden Normen, die Bundeswehr nur in Ausnahmefällen im Innern einzusetzen, verschoben werden. Das inländische Einsetzen der Bundeswehr könnte normalisiert werden.

In Kapitel 8.2, »Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft«, wird deutlich, wie die Bundeswehr ihre Rolle versteht. Sie sieht sich fest verankert in der Gesellschaft und immer populärer werdend. Als Grund dafür nennt die Bundeswehr die Möglichkeit, an Veranstaltungen wie dem »Tag der offenen Tür« teilzunehmen und das Militär selbst kennen zu lernen. Es wird angestrebt, die Bundeswehr für die Bürger:innen noch erlebbarer zu gestalten (Bundeswehr 2016: 112). Der FWD kann auch diesem Zweck dienen. Er wird häufig als Schnupperkurs der Bundeswehr beschrieben und festigt das Bild von uniformierten Soldat:innen im Inlandseinsatz.

Diskussion

Werden alle Ergebnisse der Analysen berücksichtigt, so wird ein Narrativ deutlich: Der Freiwillige Wehrdienst Heimatschutz, beziehungsweise die Bundeswehr, profiliert sich als Retterin der »Heimat«. »Heimat« wird als schützenswert, rein und wertvoll beschrieben. Sie wird nie genauer verortet und als Synonym für »Deutschland« verwendet. Der Schutz der »Heimat« wird als notwendig darge-

stellt, da ein Bedrohungsszenario konstruiert wird. Die »Heimat« kann von außen durch Naturkatastrophen, Großschadenslagen sowie Pandemien angegriffen werden. Von innen ist sie durch eine auseinanderbrechende Gesellschaft bedroht. Die Gefahren können alle von der Bundeswehr, beziehungsweise dem FWD Heimatschutz, besiegt werden. Keine der Szenarien ist eine kriegerische Bedrohung von Außen, die als ursprünglicher Legitimationsgrund für die Bundeswehr galt. Diese Legitimation scheint nicht mehr nötig.

In der »story of helplessness and control« (Gadinger et.al. 2014: 75) ist die »Heimat« den Gefahren hilflos ausgesetzt, wobei die Bundeswehr die Kontrolle zurückgewinnt. Denn das Engagement der Bundeswehr scheint nicht nur der Kitt zu sein, der die Gesellschaft zusammenhält, sondern sie ist auch die Heldin, die stets einen Ausweg aus Krisen ermöglicht.

Das Narrativ setzt »Heimat« als positiv und wertvoll voraus. In der Diskussion geht es nicht darum, was »Heimat« für Einzelne ist und wie sie allgemein zugänglich gemacht werden kann. Stattdessen zielt es auf den militärischen Schutz einer »Heimat« ab, die sich einer genaueren Definition entzieht. Dass sie schützenswert und rein ist, wird im Narrativ als gegeben angenommen, das konstruierte Bedrohungsszenario macht sie noch kostbarer. Dadurch verwahrt sich das Narrativ jeder Kritik am Konstrukt »Heimat«, da es als Tatsache gesetzt und somit aus dem Fokus der Diskussion genommen wird. Ob die Gefahrenszenarien in der Form wirklich bestehen und das Militär die richtige Wahl ist, diesen zu begegnen, wird in dem untersuchten Material ebenso ausgeblendet. Es werden keine konkreten Gefahrenanalysen gemacht und nicht diskutiert, ob Pandemien und Naturkatastrophen sinnvoller mit globalen Lösungen begegnet werden sollte.

Auch das Szenario der auseinanderbrechenden Gesellschaft wird nicht erläutert. Es scheint, als wäre die Gesellschaft akut vom Auseinanderbrechen betroffen. Doch auch hier scheint es keine andere Lösung als das Militär zu geben. Zwar wird argumentiert, dass es eine stärkere Resilienz bräuchte. Doch wirkliche Resilienz kann nur aus der Gesellschaft heraus und nicht durch staatliche Institutionen geschaffen werden (Bonß 2015: 21).

»Heimat« wird nicht als komplexes Konstrukt, bestehend aus einem lokalen Ort bis zum Alltag einzelner Individuen wahrgenommen, sondern als Synonym für »Deutschland« verwendet. Der Nationalstaat wird dabei nicht als neutrale Räumlichkeit aufgefasst, sondern als Zuhause zu dem die Menschen eine emotionale Bindung haben. Damit wird ein räumlich stark begrenztes Zusammenhaltsgefühl einer Nachbar:innenschaft oder einer Region auf die Nation ausgeweitet. Die Nation wird aufgewertet und als natürlich gegeben dargestellt. In diesem nationalen

Konstrukt von »Heimat« wird davon ausgegangen, dass sich alle Angehörigen der Nation sowohl mit der Nation als auch miteinander verbunden fühlen. Damit wird Gross‘ (2019) Ansatz, der »Heimat« zwischen Nation und Zuhause verortet, simplifiziert und die Nation zum Zuhause gemacht.

Nach Hall (2012) lässt sich die nationale Konstruktion von »Heimat« bei der Bundeswehr als eine Form eines traditionellen Konzepts von kultureller Identität beschreiben. Eine Gruppe von Menschen wird zu einer Nation zusammengefasst und deren Kultur wird als statisch und naturgegeben festlegt. Bezüglich der Dimensionen von »Heimat« nach Weber et.al. (2019) ist in dem Narrativ der Bundeswehr die soziale Dimension von »Heimat«, einschließlich der Identität, zentral. Daneben wird »Heimat« auch als räumliche Dimension verstanden, wenn sie mit den Grenzen der Bundesrepublik gleichgesetzt wird. Die Komplexitätsreduktion ist in dem Narrativ ebenfalls deutlich zu erkennen, denn das Konzept »Heimat« wird auch da angewendet, wo eine Beschreibung des schützenswerten Objekts vermieden wird.

Wenn »Deutschland« als Synonym für »Heimat« verwendet wird und diese als rein und schützenswert ist, gibt es eine ursprüngliche deutsche Identität. Das wird an der Metapher der Wurzeln als Herkunft deutlich - sie propagiert Unverfälschtheit und Reinheit der Herkunft. Sie beschreibt ein homogenes, geschlossenes Inneres, dem eine ursprüngliche Identität vorgegeben ist. Die Metapher schafft eine kulturelle Identität eines deutschen Volkes, die natürlich gegeben und somit unveränderbar ist (Gross 2019: 69). Hier dient die von Hall herausgearbeitet erste Konzeption der kulturellen Identität als kritische Brille. Denn die Bundeswehr bedient in dem Material die Erzählung, es gäbe eine einzige und stabile Identität, die allen Menschen mit derselben Geschichte und Abstammung gemein ist (Hall 2012: 27). Es gäbe eine deutsche Kultur, die immer gleichbleiben und die Identität des deutschen Volks ausmachen würde. Damit reproduziert die Bundeswehr traditionelle Konzepte von Identität und blendet neuere Ansätze aus, die davon ausgehen, Identität sei wandelbar und würde immer wieder durch Differenzen zu anderen ausgehandelt werden. Differenzen, also das Auseinanderbrechen der Gesellschaft, werden im Gegenteil als Gefahr wahrgenommen. Denn nach dieser Vorstellung, die im analysierten Material propagiert wird, gäbe es wenig Differenzen innerhalb und es käme eher auf die Gemeinsamkeiten einer vermeintlich natürlichen deutschen Identität an.

Außerdem wird dem Individuum jede Handlungsmöglichkeit über die eigene Identität abgesprochen, da es sie nicht selbst bestimmen kann, sondern sie vorgegeben und damit unwandelbar ist. Halls zweite Konzeption kultureller Identität wird somit völlig negiert. Sowohl das heterogene Innere wird durch die vermeint-

lich deutsche Identität verunmöglicht, denn Unterschiede in der Gruppe werden nicht anerkannt, sondern es wird sich lediglich auf die vermeintlich essenziellen Gemeinsamkeiten bezogen. Durch die Vorstellung, es gäbe eine konstante deutsche Identität, werden Machtgefälle verschleiert und die kulturelle Identität nicht hinterfragt, sie werden als natürlich und unveränderbar angesehen. Gleichzeitig wird abgestritten, dass die Aushandlung von Identitäten mit Macht und Ausschluss zusammenhängt und von den Individuen selbst getroffen werden kann (Hall 2021: 172).

Durch Halls (2012) Kritik am traditionellen Konzept von Identität werden folgende Probleme in der Heimatkonstruktion der Bundeswehr deutlich: Wenn angenommen wird, es gäbe eine wahre deutsche Kultur, die ursprünglich vorgegeben ist, wird damit jede Form von Unterdrückung gerechtfertigt. Diese Prämisse kann Rassismus, Sexismus und jede andere Form der Diskriminierung rechtfertigen. Denn es wird sich der Argumentation entzogen, eine Gesellschaft gerechter zu machen, wenn geglaubt wird, der Status Quo sei natürlich festgelegt und jede Veränderung stelle einen Eingriff in das Naturrecht dar. Dies wird auch deutlich am Absatz »Chancengerechtigkeit, Vielfalt und Inklusion« in Kapitel 8.6 des Weißbuches. Vielfalt in der Bundeswehr wird als wirtschaftlich positiv bewertet, weil diverse Teams bessere Ergebnisse erzielen und eine diversere Bundeswehr mehr Rückhalt aus der Gesellschaft erwarten kann (Bundeswehr 2016: 123). Die Bundeswehr sieht es folglich nicht als Pflicht, eine diverse Gesellschaft gerecht abzubilden und so Identifikationsangebote für alle zu schaffen. Vielmehr möchte sie diverser werden, um ihre Effizienz und gesellschaftliche Akzeptanz zu steigern. Dass die Bundeswehr diskriminierte Gruppen nicht als gleichberechtigten Teil der Gesellschaft wahrnimmt, wird daran deutlich, dass es in der zukünftigen Personalstrategie nicht um deren Bedürfnisse geht und dass die Bundeswehr auch nicht von ihnen Diversität lernen möchte. Stattdessen will sie von anderen Streitkräften und der Forschung über diskriminierte Gruppen lernen (Bundeswehr 2016: 123). Sie werden nicht als gleichberechtigter und wertvoller Teil der deutschen Gesellschaft wahrgenommen, sondern als neuer Faktor, über den sich die Bundeswehr erst von Anderen informieren lassen muss. Außerdem wird ihnen zugeschreiben, neu in der Gesellschaft und nicht schon immer dagewesen zu sein. Das wird daran deutlich, dass das Kapitel damit beginnt, die Gesellschaft würde »bunter« werden und dann Merkmale wie sexuelle Orientierung, Behinderung und Herkunft aufgezählt werden (Bundeswehr 2016: 123). Es zeigt sich, dass die Bundeswehr bisher Identität durch Ähnlichkeiten betrachtet hat und das Militär einheitlich im Sinne von *weiß*, *hetero* und nicht-be_hindert sein musste. Es wird sichtbar, dass Identität durch Macht und Ausschluss gebildet wird und wie in Institutionen, Zugänge für Menschen, die nicht der Dominanzgesellschaft angehören, bisher gefehlt haben. Doch auch jetzt wird die Aushandlung über mehr

Diversität bei der Bundeswehr ohne die entsprechenden Gruppen geführt, wie das Weißbuch zeigt. So werden die bestehenden Macht- und Ausschlussmechanismen verstärkt.

Wenn die Bundeswehr diskrimnierte Gruppen nicht als gleichwertigen Teil der Gesellschaft ansieht und sie durch den Heimatschutz »Deutschland« schützen will, wird greifbarer, wessen »Heimat« geschützt werden soll. Denn »in Deutschland legt die *weiße*, christlich geprägte und von Männern dominierte Mehrheitsgesellschaft fest, wo das >Wir< [der Heimat] endet und das >Ihr< beginnt« (Büchner 2020: 12).

Gleichzeitig wird ein Narrativ eines:r guten deutschen Staatsbürger:in vermittelt: Ein:e gute:r Staatsbürger:in wurde von der Bundeswehr »stark gemacht« und kann sich so für »Deutschland« stark machen (Bundeswehr 2020: 02). Mit dieser Aussage werden zwei Aspekte vermittelt. Erstens ist die einzige Möglichkeit, sich für »Deutschland« einzusetzen, zur Bundeswehr zu gehen. Besonders der Wehrdienst Heimatschutz steht in Konkurrenz zu schon bestehenden Freiwilligen Sozialen, Kulturellen oder Ökologischen Jahren, die dafür gemacht sind, Resilienz in einer offenen Gesellschaft aufzubauen. Denn gesellschaftliche Resilienz kann nicht durch staatliche Institutionen top-down geschaffen werden, sondern muss durch eine breite Vernetzung, panarchisch und im Lokalen organsiert werden (Bonß 2015: 21). Hier wird deutlich, dass das Ziel eine Resilienz aufzubauen (Bundeswehr 2016: 92) nicht durch den Wehrdienst erreicht werden kann, sondern dieser ihm im Wege steht.

Der zweite Aspekt der Aussage zielt auf patriotische Identifikationsangebote und eine Bestärkung dieser, innerhalb und außerhalb der Bundeswehr ab. Die Bundeswehr wirbt nicht ausschließlich für eine starke Gesellschaft, sondern für ein starkes »Deutschland«, wie auch der Titel »Dein Jahr für Deutschland«» zeigt. »Deutschland« wird als wertvoll und schützenswert inszeniert. Das spricht insbesondere rechte, patriotische Menschen an und kann für sie bestärkend wirken und zu einer weiteren Radikalisierung führen. Gleichzeitig wird ein politisierter »Heimatbegriff« (Büchner 2020: 144) genutzt und Menschen ohne deutsche Staatsbürger:innenschaft werden ausgeschlossen. Die Bundeswehr schließt sich mit der Voraussetzung der deutschen Staatbürger:innenschaft, um am Heimatschutz teilzunehmen, einem exklusiven Erzählstrang von »Heimat« im Sinne von Herkunft an (Büchner 2020: 12). Ob die Bundeswehr mit der Nutzung politisch aufgeladener und von Rechten besetzen Begriffen dem Trend von rechtsextremen Soldat:innen und Netzwerken in den eigenen Reihen Einhalt gebieten kann oder ob angesichts des Titels, der an den rechtsextremen Thüringer Heimatschutz

erinnert, nicht eher das Gegenteil der Fall ist, ist in diesem Beitrag nicht zu beantworten.

Bisher bezogen sich Debatten um Kompetenzsteigerung der Bundeswehr auf die NATO oder den europäischen Zusammenhalt. Es scheint eine Normverschiebung, weg von einer globalisierten Welt hin zu Nationalstaatlichkeit, zu geben. So wird »Heimat« von der Bundeswehr als »Deutschland« und nicht als Europa oder weltweites Konstrukt begriffen. Die Gleichsetzung von »Deutschland« und »Heimat« kann dazu führen, dass auch in der Gesellschaft »Heimat« nicht mehr als lokales oder globales Phänomen, sondern national begriffen wird.

Auch in Bezug auf die Gleichsetzung von »Heimat« und »Deutschland« hat es eine Normverschiebung gegeben. Während es 2018 wegen der Umbenennung des Innenministeriums noch einen gesellschaftlichen Aufschrei gab, war der bei Einführung des Wehrdienstes Heimatschutz deutlich kleiner. Die Politisierung des Begriffs und die Nutzung von staatlichen Akteur:innen ist normalisiert worden (Tanner 2019: 2). Dieser Trend wird durch den Wehrdienst und dessen held:innenhafter und patriotischer Inszenierung noch verstärkt werden. Das Narrativ legitimiert eine scheinbar natürliche, deutsche Identität, ohne zu spezifizieren, wie diese konkret aussieht und wer Teil dieser und damit schützenswert wäre. Auch eine Normverschiebung der Kompetenzen könnte durch die Etablierung des Wehrdienst Heimatschutzes angestoßen werden. Die bestehenden antimilitärischen Normen werden durch Erlebbarkeit und eigene Erfahrungen mit der Bundeswehr weiter aufgeweicht, und es wird normalisiert, uniformierte Soldat:innen im Inland zu sehen.

Gesellschaftliche Normverschiebungen haben bereits in der Vergangenheit zu mehr Einsatzmöglichkeiten für die Bundeswehr geführt und könnten dies auch wieder tun. So könnten der Bundeswehr weitere Kompetenzen im Inland als standardmäßigen Einsatz zugeschreiben werden. Dafür spricht, dass der Corona-Krisenstab des Bundeskanzleramtes von Generalmajor Breuer geleitet wurde, die Bundeswehr hatte so direkten Einfluss auf die Regierung (Bundeswehr 2021).

Fazit

Wie in der Analyse aufgezeigt, nutzt die Bundeswehr einen exklusiven »Heimatbegriff« und verwendet »Deutschland« als Synonym für »Heimat«. Die Notwendigkeit zum Schutz der »Heimat« wird über verschiedene Bedrohungsszenarien legitimiert. Für jede Art der Bedrohung inszeniert sich die Bundeswehr als Heldin, die dazu befähigt ist, Katastrophen abzuwenden. Sie nutzt für die Legitimation ein romantisches Narrativ. Das macht eine dichotome Trennung zwischen Gut und Böse auf; als Böses sind dabei die Bedrohungsszenarien zu verstehen, das Gute wird durch die Bundeswehr, beziehungsweise den Freiwilligen Wehrdienst Heimatschutz, verkörpert. Laut des Narrativs greift das Böse immer wieder die »Heimat« an. Die Bundeswehr kann jede Katastrophe besiegen und rettet damit die »Heimat«, also »Deutschland«. Die »Heimat« wird als kostbar und schützenswert inszeniert. Sie wird von der Bundeswehr, oder konkreter, dem Freiwilligen Wehrdienst Heimatschutz, bestehend aus guten Staatsbürger:innen, die ihrem Land dienen, geschützt. Die Erzählung besagt damit, dass nur Menschen, die der Bundeswehr angehören, wirklich etwas für »Deutschland« tun. Die Gleichsetzung von »Heimat« und »Deutschland« und die Inszenierung dessen als kostbar impliziert eine ursprüngliche deutsche Identität. »Heimat«, beziehungsweise »Deutschland«, ist damit als identitätsstiftend zu begreifen. Die Vorstellung einer Nation als »Heimat« bestätigt das von Hall beschriebene erste traditionelle Konzept von »kultureller Identität«, die den Menschen einer Nation eine gemeinsame Identität zu Grunde legt. Auch einige der fünf Faktoren, die Hall nennt, werden von der Bundeswehr aufgenommen, wie die Ursprünglichkeit der Kultur, deren Zeitlosigkeit und die Verschleierung der Banalität der Nation.

Zum einen kann durch die Normalisierung von uniformierten Soldat:innen im Inland eine Verschiebung der Kompetenzen im Inneren erreicht werden. Wie die Vergangenheit gezeigt hat, lassen sich bestehende Reglementierungen durch ein wohlwollendes gesellschaftliches Klima ändern und die antimilitärischen Normen in der Gesellschaft aufweichen. Zum anderen kann es eine Normverschiebung von einem bisher europäischen oder globalen Zusammenwachsen hin zu einer Rückbesinnung auf Nationalstaaten geben. Wenn suggeriert wird, globale Herausforderungen könnten durch ein deutsches Militär gelöst werden, wird »Deutschland« als überlegen dargestellt. Außerdem kann es eine Verschiebung der Normen hin zu mehr patriotischen und rechten Vorstellungen geben. Eine staatliche Institution, die damit wirbt, sich stark für »Deutschland« zu machen und es als die Pflicht von guten Staatsbürger:innen inszeniert, ihrem Land militärisch zu dienen, öffnet Tür und Tor für rechte Gedanken innerhalb und außerhalb der Bundeswehr. Denn die Schwelle zwischen einer positiven Grundeinstellung zum eigenen Land, einschließlich des Willens diesem auch mit militärischer Gewalt zu dienen und einer Abwertung anderer Nationen ist damit sehr gering (Mutz/Gerke 2019: 15). Zum einen könnten sich rechtseingestellte Jugendliche bewogen fühlen, zur Bundeswehr zu gehen, da diese Werbung sie ansprechen kann. Zum anderen wird diese Vorstellung auch in der restlichen Gesellschaft aufgenommen werden und der Diskurs wird sich weiter nach rechts verschieben, denn ein Staat, der selbst patriotische Werbung macht, ruft zu mehr Patriotismus auf.

Literarturverzeichnis

Bundesministerium der Verteidigung: https://www.bundeswehr.de/de/ueber-die-bundeswehr/die-reserve-der-bundeswehr/reservist-werden-in-der-bundeswehr-/reserve-der-streitkraeftebasis-/pilotprojekt-freiwilliger-wehrdienst-im-heimatschutz-iL (zuletzt geprüft am 28.05.2021).

Bundesministerium der Verteidigung: Dein Jahr für Deutschland. In: Bundeswehr. https://www.bundeswehrkarriere.de/deinjahrfuerdeutschland (Zugriff am 07.09.2021).

Bundesministerium der Verteidigung: Kindersoldaten in Afrika: Es bleibt viel zu tun. In: Bundesministerium für Verteidigung. https://www.bmvg.de/de/themen/dossiers/engagement-in-afrika/herausforderungen/menschenhandel/kindersoldaten (Zugriff am 28.09.2021).

Bettini, Maurizio 2016: Wurzeln. Die trügerischen Mythen der Identität. München.

Bundeswehr Podcast: Funkkreis. Folge 67: Dein Jahr für Deutschland- Heimatschutz. (Zugriff am 25.03.2021).

Aydemir, Fatma/ Yaghoobifarah, Hengameh 2019: Eure Heimat ist unser Albtraum. Berlin.

Barbehön, Marlon 2019: Politikwissenschaftliche Narrativanalyse zwischen Schematismus und Zurückhaltung: Eine Replik zum Beitrag »Die Politik der Radikalisierung«. In: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung 8. Jg., H. 1), S. 61-69.

Bausinger, Hermann 1990: Heimat in einer offenen Gesellschaft. Begriffsgeschichte als Problemgeschichte. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Heimat. Analysen, Themen, Perspektiven. Bonn: S. 76-90.

Bonß, Wolfgang 2015: Karriere und sozialwissenschaftliche Potenziale des Resilienzbegriffs. In: Endreß, Martin/ Maurer, Andrea: Resilienz im Sozialen. Theoretische und empirische Analysen. Wiesbaden. S.15-32.

Büchner, Timo 2020: Der Begriff »Heimat« in rechter Musik. Analysen- Hintergründe- Zusammenhänge. Frankfurt.

Bundesverfassungsgericht: Urteil vom 12.07.1994. 2 BvE 3/92, 2 BvE 5/93, 2 BvE 7/93, 2 BvE 8/93.

Butler, Judith 2020: Kritik der ethischen Gewalt. Frankfurt am Main.

Deutscher Bundestag 2016: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Berlin.

Die Bundesregierung 2016: Weißbuch. Zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr.

Die Bundesregierung 2016: Weißbuch. Zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr.

Friedl, Fabian 2021: Corona: Bundeswehr-General Breuer übernimmt neuen Krisenstab im Bundeskanzleramt. https://www.bundeswehr.de/de/aktuelles/meldungen/corona-bundeswehr-general-breuer-krisenstab-bundeskanzleramt-5295862. (Zugriff am 02.01.2022).

Gadinger, Frank/ Jarzebski, Sebastian/ Yildiz, Taylan 2014: Vom Diskurs zur Erzählung. Möglichkeiten einer politikwissenschaftlichen Narrativanalyse. In: Politische Vierteljahresschrift 55. Jg., H. 1, S. 67-93.

Geis, Anna 2005: Die Zivilmacht Deutschland und die Enttabuisierung des Militärischen. In: HSFK-Standpunkte, H. 2, S. 1-12.

Goldie, Janis LF 2014.: Fighting Change: Representing the Canadian Forces in the 2006–2008 Fight Recruitment Campaign. In: Canadian Journal of Communications 39. Jg, H. 3, S. 413–430.

Gross, Rainer 2019: Heimat. Gemischte Gefühle- Zur Dynamik innerer Bilder. Göttingen.

Hall, Stuart 2012a: Kulturelle Identität und Diaspora. In: Mehlem, Ulrich et al.: Rassimus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. Hamburg: Argumente Verlag.

Hall, Stuart 2021b: Wer braucht Identität? In: Koivisto, Juha/ Merkens, Andreas: Ideologie-Identität-Repräsentation. Ausgewählte Schriften 4. Hamburg. S. 167-187.

Hückelheim, Julian 2020: Dein Jahr für Deutschland statt Work and Travel. https://www.reservistenverband.de/magazin-die-reserve/sfb2020/ 2020.

Kramp-Karrenbauer, Annegret: Konzept zur Initiative »Dein Jahr für Deutschland«. Pressekonferenz 23. Juli.

Kramp-Karrenbauer Annegret (@akk): Tweet vom 06.04.2021, onlibe verfügbar unter https://twitter.com/akk/status/1379360973472022528 (Zugriff am 09.09.2021).

Krebs, Ronald R./ Ralston, Robert 2020: Patriotism or Paychecks: Who Believes What About Why Soldiers Serve. In: Armed Forces & Society. S. 1-24.

Mikos, Lothar 2003: Interpolation and sampling: Kulturelles Gedächtnis und Intertextualität im HipHop. In: Androutsopoulos, Jannis: HipHop: Globale Kultur – lokale Praktiken. Bielefeld. S. 64-84.

Mikos, Lothar 2015: Film- und Fernsehanalyse. Konstanz und München.

Mutz, Michael/ Gerke, Markus 2019: Fußball und Nationalstolz in Deutschland. Eine repräsentative Panelstudie rund um die EM 2016. Wiesbaden.

Pflüger, Tobias: Pressemitteilung vom 06.04.2021. https://www.tobias-pflueger.de/2021/04/06/die-bundeswehr-schwaecht-zivile-freiwilligendienste/ (Zugriff am geprüft am 26.04.2021).

Tanner, Jakob 2019. Der Heimat-Hype: Zu einer »grossen Koalition«» in der politischen Semantik. Berlin und Zürich.

Vogel, Friedmann 2014: Die Zukunft im Visier. Die mediale Selbstinszenierung der Bundeswehr gegenüber Jugendlichen aus der Perspektive engagierter Diskurslinguistik. In: Medien und Kommunikationswissenschaft 62. Jg., H. 2, S.190-215.

Von Krause, Ulf 2017: Der Einsatz der Bundeswehr im Innern. Ein Überblick über eine aktuelle, kontroverse politische Diskussion. Wiesbaden.

Von Redecker, Eva 2011: Zur Aktualität von Judith Butler. Einleitung in ihr Werk. Wiesbaden.

Kurzbiografien der Autor:innen

JULIA RASP ist ehemalige Studienstipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, lebt in Leipzig und studierte Sozialpädagogik (B.A.) und Erziehungswissenschaften (M.A.) in Dresden und Halle. Inhaltlich bewegen sie vor allem feministische, kritisch theoretische und psychoanalytische Perspektiven auf die Themen Erziehung und Sozialisation, Autorität und Autoritarismus, (Re-)Produktion, ästhetische Bildung sowie psychische Gesundheit. Aktuell befindet sie sich in der tiefenpsychologischen Ausbildung zur Kinder- und Jugendpsychotherapeutin. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf Fragen und Praxen der psychosozialen Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung.

LAURA MÜLLER ist Teil des Redaktionskollektivs und seit Oktober 2020 Studienstipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie hat im Sommer 2023 ihr Bachelorstudium der Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin mit einer Abschlussarbeit mit dem Titel „Der Militärputsch von 1964 in Brasilien aus Sicht der marxistischen Dependenztheorie - Rekonstruktion eines Trialogs“ abgeschlossen. Derzeit studiert sie im Masterstudiengang Interdisziplinäre Lateinamerikastudien an der Freien Universität Berlin. Ihr Interessenschwerpunkt ist soziologische Theorie und politische Philosophie, insbesondere marxistische und kritische Theorie. Laura Müller hat ein Kind, mit dem sie in Berlin lebt, und engagiert sich in ihrer freien Zeit gesellschaftspolitisch.

SVENJA BIERWIRTH studiert Geographie (M.Sc.) an der Universität Hamburg und ist Stipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Während ihres Bachelorstudiums in Kiel war sie als studentische Hilfskraft im Bereich Emprische Sozialforschung beschäftigt und studierte Politikwissenschaft im Nebenfach. Sie interessiert sich besonders für Feministische und Poltische Geographien und setzt sich im Rahmen ihres kommunalpolitischen Engagements vor allem für Erinnerungs-, Gleichstellungs- und Queerpolitik ein.

IRIS VERONICA RESTREPO LOPEZ hat ihr Masterstudium in Geographie an der Universität Hamburg absolviert. Ihren Bachelor mit Nebenfach Rechtswissenschaften erhielt sie an den Universitäten Kiel und Recife, Brasilien. Seitdem hat sie zur Bedeutung des Femizid-Begriffs in medialen Diskursen und philantrokapitalistischen Einflüssen auf die Stadtentwicklung geschrieben. Neben ihrem Studium hat sie u.a. in Jugendhilfeeinrichtungen und für die Körber-Stiftung gearbeitet und ist künstlerisch aktiv.

REGULA SELBMANN ist Kulturwissenschaftlerin, Politikwissenschaftlerin und Gesellschaftstheoretikerin. Sie hat in Jena und Bremen studiert und war von 2019-2022 Stipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie ist seit vielen Jahren in feministischen und antifaschistischen Zusammenhängen aktiv und in der kritischen Bildungsarbeit tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Geschlechterforschung und extreme Rechte. Aktuell arbeitet sie an einem Promotionsvorhaben zum gesellschaftlichen Umgang mit extrem rechten Terror.

LUKAS GEISLER macht einen Master in Politischer Theorie in Frankfurt am Main, ist politischer Aktivist und arbeitet als freier Journalist. Zuvor studierte er Philosophie und Politikwissenschaften mit Schwerpunkt auf Migration, Flucht und gesellschaftlicher Teilhabe sowie dem regionalen Fokus auf Nordafrika und Westasien in Erlangen und Kairo. In der Rosa-Luxemburg-Stiftung engagiert er sich im Arbeitskreis für kritische Flucht und Migrationsforschung und ist seit 2019 Studienstipendiat. Seine Kolumne »Grenzräume« publiziert er im MiGAZIN und sein Sachbuchdebüt mit dem Titel »Die Willkommensgesellschaft. Eine konkrete Utopie« erschien im Oktober 2022 beim oekom Verlag.

BAHAR ÇATI studiert Sozialwissenschaften (Bachelor) in Berlin und ist seit Oktober 2020 Studienstipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie beschäftigt sich mit feministischen Bewegungen in der SWANA (Süd-West-Asien und Nordafrika) Region, (Anti-)Rassismus und marxistischer Gesellschaftskritik.

HAZAL BILGILI studiert Politikwissenschaft in Halle. Sie beschäftigt sich mit Feminismus, marxistischer Gesellschaftskritik und (Anti-)Rassismus.

HÊVÎDAR IŞIK, geb. 1999 in Berlin, studiert den European Master in Labour Studies and Social Policy an der Universität Bremen und an der Universität Mailand, la Statale und erhält seit 2018 ein Studienstipendium der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie ist in verschiedenen feministischen Kollektiven in Hamburg und in Mailand aktiv und beschäftigt sich in ihrem Studium besonders mit den Themen Faschismus, Gender und Migration.

MARYAM KOHLGRAF studierte im Bachelor Politikwissenschaften an den Universitäten Freiburg im Breisgau, Hamburg und Barcelona. Seit dem Wintersemester 22/23 studiert sie den Master Internationale Kriminologie an der Universität Hamburg. Sie ist seit 2019 Stipendiatin der RLS und engagiert sich in verschiedenen gesellschaftspolitischen Projekten unter anderem in Gewerkschaften. Ihr Forschungsinteresse gilt besonders kritischer Sicherheitsforschung

Kurzbiografien der Mitglieder des Redaktionskollektivs

FEBEN AMARA ist Kunst- und Kulturwissenschaftlerin und war bis März 2023 Studienstipendiatin der RLS. Sie ist in der politischen und kulturellen Bildung tätig und arbeitet in musealen Kontexten. In ihrer wissenschaftlichen Forschung untersucht sie künstlerisch-kulturelle Produktionen als Teil von historischen und gegenwärtigen transnationalen Widerstands- und Organisierungspraxen.

ANNA DE ALWIS, seit 2020 Studienstipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, studiert Philosophie und Geschichte in Bonn und interessiert sich für Erinnerungskultur und Geschichtsbilder sowie die Geschichte des Realsozialismus. Außerdem engagiert sie sich im sozialistisch-demokratischen Studierendenverband, etwa in der Kampagne für einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte und der Organisation historisch-politischer Bildungsveranstaltungen. Die Arbeit an LuxPrima ist ihr erstes Mal als Redaktionsmitglied.

JONAS DYCK studiert Religionswissenschaft und Ethnologie in Heidelberg. Er ist gewerkschaftlich und wohnungspolitisch aktiv und interessiert sich vor allem für demokratische Selbstverwaltung und -organisation. Im wissenschaftlichen Kontext beschäftigt er sich vor allem mit sogenannten “Konversionsbehandlungen“ als extreme Form heteronormativer Gesellschaftsstrukturen. Jonas erhält seit 2019 ein Studienstipendium von der RLS.

ROXANA GHALIBAF ist Psychologiestudentin an der Universität Konstanz und an der Karls-Universität in Prag und seit 2019 Studienstipendiatin der RLS. Ihre Forschungsinteressen liegen insbesondere im Bereich der Sozialpsychologie, rund um die Themenfelder von Irrationalität, Entscheidungsfindung, Fehlerkultur, und der wissenschaftlichen Untersuchung von Verschwörungsmythen und Parawissenschaften. In ihrer Freizeit widmet sie sich verschiedensten gesellschaftspolitischen Themen und engagiert sich beispielsweise in der Geflüchtetenhilfe und in Menschenrechtsorganisationen. Mit ihrer Arbeit im Redaktionskollektiv von LuxPrima ist Roxana zum ersten Mal an der Veröffentlichung eines Sammelbandes beteiligt.

KIRA GÜTTINGER ist Sozialwissenschaftlerin und war bis Anfang 2023 Referentin im Studienwerk der RLS. Sie wohnt in einem selbstverwalteten Syndikatsprojekt in Brandenburg. Thematische Schwerpunkte liegen in der historisch-politischen Bildungsarbeit, Antifaschismus und Feminismus.

DAVIDE MOLINARI hat Kulturwissenschaften und Philosophie in Italien, Spanien und Deutschland studiert und erhielt bis 2022 ein Studienstipendium von der Rosa-Lixemburg-Stiftung. Er interessiert sich für Operaismus und Geschichtsphilosophie. Derzeit bereitet Davide sein Promotionsprojekt zum Thema „Einflüsse der Anthropozän auf die Historizität am Beispiel sozialer Bewegungen“ vor. Gleichzeitig ist er beruflich und leidenschaftlich Boxer und Boxtrainer in Leipzig.

LAURA MÜLLER ist seit Oktober 2020 Studienstipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie hat im Sommer 2023 ihr Bachelorstudium der Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin mit einer Abschlussarbeit mit dem Titel „Der Militärputsch von 1964 in Brasilien aus Sicht der marxistischen Dependenztheorie - Rekonstruktion eines Trialogs“ abgeschlossen. Derzeit studiert sie im Masterstudiengang Interdisziplinäre Lateinamerikastudien an der Freien Universität Berlin. Ihr Interessenschwerpunkt ist soziologische Theorie und politische Philosophie, insbesondere marxistische und kritische Theorie. Laura Müller hat ein Kind, mit dem sie in Berlin lebt, und engagiert sich in ihrer freien Zeit gesellschaftspolitisch. Als einzige Person aus dem Redaktionskollektiv hat Laura auch einen eigenen Beitrag für den Sammelband geschrieben.

TUAN ANH NGUYEN studiert Sonderpädagogik an der Humboldt-Universität zu Berlin und erhält seit 2020 ein Stipendium von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Tuan Anhs Forschungsinteresse ist in den Themenfeldern Disability und Public Health zu verorten. Tuan Anh ist Kulturschaffender, Community Organizer und Mitglied der United Networks.

ANDREA SCHLOSSER ist M.A.-Studentin der Amerikanistik und Romanistik an der Ruhr-Universität Bochum und war bis August 2022 Studienstipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ihre Forschungsinteressen erstrecken sich über Comics Studies bis zu Holocaust Studies; in diesen Bereichen hat Andrea bereits wissenschaftlich publiziert. Neben dem Studium engagiert sich Andrea gesellschaftlich in der Holocaust Education und kämpft so gegen Rassismus und Antisemitismus und betreibt Aufklärung über den Holocaust an deutschen Schulen.

ALINA VOINEA ist Medien- und Kulturwissenschaftlerin und seit Sommer 2017 als Referentin im Studienwerk der RLS beschäftigt. Vorher war sie in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung und in der Migrationsberatung tätig. Thematisch befasst sie sich seit längerem mit den Erscheinungsformen des Antiziganismus in Deutschland und Rumänien.